



Die Bundeswehr

März 2021

EIN JAHR CORONA-AMTSHILFE:

Wie der größte Einsatz aller Zeiten alles verändert

Zu alt, zu wenig Frauen:

Wieso Wehrbeauftragte Eva Högl die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver sehen will.

Kein Ende am Hindukusch:

Weshalb der Bundestag den Afghanistan-Einsatz wieder verlängern soll.

KSK im Kreuzfeuer:

Warum die Munitionsamnestie Kommandeur Markus Kreitmayr jetzt in Bedrängnis bringt.

AUTOS FÜR DIE BUNDESWEHR

OPEL CORSA | 1.2 L | 75 PS

KURZFRISTIG VERFÜGBAR & EINMALIG BIS ZUM 31.03.2021

AB MTL. **209€**



DEIN NEUWAGEN-ABO

- // 12 Monate Vertragslaufzeit // inkl. 20.000 km Freilaufleistung
- // inkl. Ganzjahresreifen // inkl. KFZ-Versicherung- & Steuer
- // inkl. Überführungskosten // inkl. Zulassungskosten
- // keine Anzahlung // keine Schlussrate // 24 std. Schadenaufnahme

WER KANN VON UNSEREM EXKLUSIVEN ANGEBOT PROFITIEREN?

Bundeswehrangehörige, die eine noch mind. 12 Monate andauernde Tätigkeit im Geschäftsbereich des BMVg vorweisen können, sowie Jeder, der eine aktuelle Mitgliedschaft im Deutschen BundeswehrVerband (DBwV) vorweisen kann, ist berechtigt ein Fahrzeug bei uns zu beantragen.



Limitierte Stückzahl. Angebot gilt bis zum 31.03.2021 und vorbehaltlich etwaiger Änderungen und Irrtümer. Gelieferte Fahrzeuge können von der Abbildung abweichen. Stand: 22.02.2021.

ICHBINDEINAUTO | Tel.: 0234 95128-40 | www.bundeswehr.ichbindeinauto.de

Das Land und die Bundeswehr in schwierigerem Fahrwasser

Auch in der Coronakrise hat jede Zeit ihre Begriffe: R-Wert, Inzidenz, zum Jahreswechsel der Impfstoff, jetzt also Mutationen. Irgendeine neue Schwierigkeit steht gefühlt immer zwischen uns und den früher als so selbstverständlich empfundenen Freiheiten. Auch wenn jetzt Anfang des Monats wieder die Ministerpräsidentenkonferenz zur Beratung zusammentritt: Der Lockdown scheint immer noch schier unendlich.

Die Folge ist: Beinahe jeder merkt jetzt auch in seinem unmittelbaren Umfeld, wie die Menschen leiden. Weil die Bedingungen für das Homeoffice nicht optimal sind, weil das Homeschooling niemals den Präsenzunterricht ersetzen kann. Zwar macht das Virus keinen Unterschied zwischen Arm und Reich, aber es liegt auf der Hand, dass einkommensschwächere Familien viel größere Schwierigkeiten haben – denken Sie nur an eine fünfköpfige Familie, die auf 65 Quadratmetern leben muss. Dazu kommen existenzielle Sorgen. Wirtschaftsexperten prognostizieren das Aus für 50 Prozent des Einzelhandels, den Innenstädten droht das Aussterben, Kleinunternehmer und Mittelständler warten verzweifelt auf die versprochenen Überbrückungshilfen. Hinter all dem steht eine Unzahl einzelner Schicksale. Wie sich das wohl im Wahljahr auswirken wird?

Auch in unserer Bundeswehr ist viel los. Die Verteidigungsministerin und der Generalinspekteur haben jetzt die Herausforderungen in puncto Modernisierung, Einsatzbereitschaft und Finanzen bestätigt und ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt. Ihm sollen im Mai Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft folgen, dann geht es in die politische Debatte. Das ist gut so – bietet es doch die Chance für einen neuen Reflexionsprozess im Ressort wie auch in der Politik. Ich erwarte im Ergebnis die Umsetzung längst überfälliger (und auch hier hinlänglich beschriebener) Entscheidungen. Allen, die jetzt von einer großen Reform träumen, möchte ich sagen: Vorsicht! Wir wissen, wie lange es braucht, um eine große Reform zur Wirkung zu bringen. Ob wir dann in kommenden Legislaturperioden tatsächlich Fortschritte sehen, bleibt offen – wie bei all den früheren Reformen. Groß angelegte und angekündigte Reformen zur Zukunft der Bundeswehr haben immer das Potenzial, von den eigentlichen Problemen abzulenken und die Organisation zu paralisieren, statt schnell die notwendigen Ergebnisse zu erzielen. Dennoch: Es ist gut, dass jetzt dieser Weg beschritten wird. Natürlich werden wesentliche Entscheidungen erst in der kommenden Legislaturperiode getroffen werden, dann allerdings nicht in Form eines Kaltstarts. Und entscheidend bleibt wie immer die

Frage, welche Anforderungen Politik an die Bundeswehr stellt und ob dafür die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Nicht langweiliger wird es in den Einsatzgebieten. Der Afghanistan-Einsatz geht erneut in die Verlängerung: Im zwanzigsten Jahr hoffe ich zuversichtlich, dass es endlich eine ehrliche Evaluation geben wird.

Zuversichtlich stimmt mich auch, wenn ich sehe, wie die Menschen zusammenrücken. Wie sich Vereine gründen, die den örtlichen Einzelhändlern und Gastronomen helfen. Wie Unternehmer, die bislang vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sind, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und Laptops oder Tablets für Schulkinder aus sozial schwachen Familien finanzieren. Und wenn ich sehe, wie unser DBwV der Krise trotz: Während bei anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden die Mitglieder schwinden, wir bleiben stabil. Unsere Kameradschaften machen das Beste aus der jeweiligen Situation. Besonders beeindruckt bin ich von denjenigen Mitgliedern, die sich zusätzlich ehrenamtlich in Vereinen zur Hilfeleistung in Coronazeiten engagieren. Das passt zu einer Bundeswehr, die trotz der zusätzlichen Belastung durch die Amtshilfe alles daransetzt, ihre Aufträge im In- und Ausland tadellos zu erfüllen. Ich bin ganz sicher: Die Mehrheit unserer Gesellschaft weiß, was sie an der Bundeswehr hat. Und das ist gut so!

Mit kameradschaftlichen und kollegialen Grüßen

*Ilse
André Wüstner*



Verteidigungsministerin besucht Soldaten in Afghanistan

Blitzbesuch: Annegret Kramp-Karrenbauer verschaffte sich Lage-Überblick.

Foto: ddp images/Bundeswehr/Sabine Oel



Überraschungsbesuch wenige Tage nach der Kabinettsentscheidung zur Verlängerung des Einsatzes: Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer besucht das deutsche Kontingent in Afghanistan.

weiter zu unterstützen. Kramp-Karrenbauer betonte: „Der Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten hat mit Blick auf die Sicherheitslage dabei sehr hohe Priorität, dafür werden alle erforderlichen Maßnahmen gemeinsam mit unseren Partnern ergriffen. Das Ziel bleibt der geordnete Abzug.“

Kurz zuvor hatte die Bundesregierung die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes bis Ende Januar 2022 beschlossen. Im Laufe des März soll die parlamentarische Debatte zur Mandatsverlängerung stattfinden. Mitte Februar hatten die Nato-Verteidigungsminister die Entscheidung über einen Abzugstermin vertagt. Ex-Präsident Donald Trump hatte einen Abzug bis Ende April angekündigt, doch die neue US-Administration unter Joe Biden und die Nato-Mitgliedstaaten waren sich einig, dass sich erst die Sicherheitslage verbessern müsse. Taliban-Kämpfer überziehen das Land seit Monaten mit einer Welle der Gewalt, die sich vor allem gegen afghanische Sicherheitskräfte, aber auch gegen Zivilisten richtet.

Sonja Schmidt/Yann Bombeke

Annegret Kramp-Karrenbauer hat dem deutschen Kontingent in Afghanistan Ende Februar einen Überraschungsbesuch abgestattet. Nur wenige Tage zuvor hatte das Bundeskabinett die Verlängerung des Afghanistan-Mandats der Bundeswehr beschlossen.

In einer Pressemitteilung teilte das Verteidigungsministerium mit, dass Kramp-Karrenbauer sich einen Überblick über die aktuelle Lage im Einsatzgebiet verschaffen und sich mit den Soldatinnen und Soldaten vor Ort austauschen wollte.

Die CDU-Politikerin sagte: „Afghanistan braucht dringend Perspektiven und den gesellschaftlichen Ausgleich zwischen verfeindeten Gruppen. Unsere Soldatinnen und

Soldaten können diese Prozesse nicht ersetzen. Die Männer und Frauen der Bundeswehr leisten aber gemeinsam mit Verbündeten insbesondere im Norden des Landes einen wichtigen Beitrag.“

Mit dem militärischen Engagement in den zurückliegenden fast 20 Jahren seien wichtige Voraussetzungen geschaffen worden. Die Ministerin verwies auf ein gestiegenes Bildungsangebot insbesondere für Mädchen und Frauen. Zudem habe die Mehrheit der Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser und die Jugend nutze die elektronische Vernetzung. „Die Mehrheit der Afghaninnen und Afghanen wird diese Fortschritte nicht missen wollen“, sagte die Kramp-Karrenbauer.

Deutschland sei bereit, den Friedensprozess

Bezügeanpassungsgesetz ist auf dem Weg

Berlin. Das Bundesinnenministerium hat einen entsprechenden Entwurf für ein Bezügeanpassungsgesetz vorgelegt. Danach sollen die Dienst-, Anwärter- und Versorgungsbezüge zeitgleich und systemgerecht zum 1. April 2021 um 1,2 Prozent und zum 1. April 2022 um weitere 1,8 Prozent steigen. Dies gilt wie in der Vergangenheit auch für Versorgungsempfänger. Davon profitieren nun auch Freiwillig Wehrdienst Leistende und Reservendienst Leistende, sobald die dafür erforderlichen Verordnungen angepasst sind; dies ist ein echter Verbandserfolg. Die Auszahlung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung wird nicht vor Mai, eher im Juni stattfinden.

Daneben ist eine umfangreiche Reform des Familienzuschlags geplant. Die Bundesregierung will damit Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts auf den Bereich der Bundesbesoldung übertragen. Wesentlicher Bestandteil dieser Planungen ist ein „Regionaler Ergänzungszuschlag“, eine an den Familienzuschlag gekoppelte und vom Wohnort abhängige Wohnkostenunterstützung. Damit wird eine langjährige Verbandsforderung aufgegriffen.

Aktuell findet zu diesem Gesetz das Beteiligungsverfahren statt, an dem der DBwV für die Menschen der Bundeswehr teilnimmt.

Robert Klute



© Rürup



32

Die Aussetzung der Wehrpflicht vor zehn Jahren bildete eine Zäsur in der Geschichte der Bundeswehr. Vier Entscheidungsträger äußern sich dazu, wie gut die Truppe heute ohne die Wehrpflichtigen auskommt. Auf dem Foto: Rekruten der Bundeswehr beim öffentlichen Gelöbnis vor dem Reichstagsgebäude.

VERBAND AKTUELL

- 3 Zur Sache: Das Land und die Bundeswehr in schwierigem Fahrwasser
- 38 65 Jahre DBwV: Fünf Jahrzehnte EUROMIL
- 54 Junger DBwV: Projektgruppe tagte virtuell

POLITIK

- 30 Wehrbeauftragtenbericht: Mangel an Nachwuchs
- 34 Veränderungsprozess: Bundeswehr der Zukunft
- 36 Finanzbedarf: Mehr als zwei Prozent notwendig
- 42 Nähe zur Truppe: SPD-Generalsekretär im Gespräch
- 44 Münchner Sicherheitskonferenz: Bidens Bekenntnis

TITEL

- 8 **Einleitung:** Ein Jahr Corona-Hilfeinsatz
- 10 **Amtshilfe:** Operativer Arm für territoriale Einsätze
- 11 **Grundbetrieb:** Auswirkungen auf personelle Einsatzbereitschaft
- 13 **Lissabon:** Sanitätskräfte unterstützen im Ausland
- 14 **Reportage:** Soldaten in der Corona-Hilfe in Berlin
- 18 **Pasewalk:** Amtshilfe im Impfzentrum
- 20 **Basisarbeit:** Trotz Corona aktiv
- 23 **Auslandseinsatz:** Stimmen aus den Einsatzgebieten
- 24 **EUROMIL:** Pandemie ohne Grenzen
- 27 **Überblick:** Geschichte der Amtshilfe der Bundeswehr



Zu unserem Titelbild:
17 000 Soldaten der Bundeswehr sind aktuell in der Amtshilfe gebunden. Wir beleuchten, wo diese Kräfte eingesetzt werden, aber auch, welche Auswirkungen dieser lange Einsatz auf die anderen Aufgaben der Streitkräfte hat.
Foto: Bundeswehr/Jonas Weber

AUS DER TRUPPE

- 52 Heer: Digitale Lernpakete
- 59 Luftwaffe: Objektschützer gehen in Einsatz
- 62 Marine: Neue App „Clubhouse“
- 64 Sanitätsdienst: Effiziente Führung in Portugal
- 66 SKB: Freiwilliger Wehrdienst Heimatschutz
- 69 Ressourcen: Veränderungen für Brandschutzkräfte
- 70 CIR: IT-Spezialisten im Kampf gegen Corona

FÜR UNSERE MITGLIEDER

- 49 Ansprechpartner Auslandseinsatz
- 96 Ansprechpartner Verband intern
- 55 Beteiligungsrechte aktuell
- 68 Veteranen: Bessere Einsatzversorgung ist das Ziel
- 72 Ehemalige/Versorgung: Einsicht in Patientenakte
- 75 SaZ-Kurier: Starke Partnerschaft
- 79 Reservisten: KVK-Leiter im Interview
- 80 Zivile Beschäftigte: Ein Jahr mit Corona
- 84 Aus den Landesverbänden
- 92 Justitia: Impfpflicht bei Soldaten
- 94 Bildungswerk: Petersberger Gespräche
- 67 Personalia
- 98 Gedenken
- 103 FöG-News: Neue Wohnungsbauprämie

MAGAZIN

- 104 Leserbrief
- 106 Freizeit: Kino, CD/DVD, Auto, Rätsel
- 110 Impressum

Vor 30 Jahren

Ein Vertrag von Weltrang tritt in Kraft

Die Geschichte der Wiedervereinigung Deutschlands enthält viele Kapitel. Ein sehr wichtiges ist der Zwei-plus-vier-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den USA, der UdSSR, Frankreich und Großbritannien. Am 15. März 1991 tritt er mit der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde durch die Sowjetunion in Kraft. Für Deutschland, Europa und die Welt ist der Zwei-plus-vier-Vertrag von immenser Bedeutung. Das spiegelt sich auch in seiner Aufnahme in das UNESCO-Weltregister „Memory of the World“ zehn Jahre später wider. Das Weltdokumenten-erbe enthält unter anderem 24 deutsche Einträge – der Zwei-plus-vier-Vertrag wird als ähnlich bedeutend aufgeführt wie unter anderem die Gutenberg-Bibel, Beethovens Neunte Sinfonie oder das Benz-Patent von 1886.



Memory of the World

Vor 70 Jahren

Sonderpolizei des Bundes wird gegründet

Am 16. März 1951 wird in Westdeutschland eine Sonderpolizei des Bundes gegründet: der Bundesgrenzschutz (BGS). Dem Bundesinnenministerium unterstellt, soll er nicht nur die Grenzen des Landes und seiner Grenzgebiete sowie als Grenzschutzdienste Bonn die Bundesorgane bewachen. Bei drohender Gefahr kann der BGS auch im Bundesgebiet eingesetzt werden. 2005 wird der BGS in Bundespolizei umbenannt. Für sie arbeiten heute rund 51 000 Beschäftigte, davon knapp 43 000 Polizeivollzugsbeamte. Zu den polizeilichen Aufgaben gehören insbesondere der Grenzschutz, die Luftsicherheit und die Bahnpolizei.



Vor 100 Jahren

Friedensvertrag von Riga wird unterzeichnet

1918 steht Polen vor großen Herausforderungen. Im Zuge des Ersten Weltkriegs ist das Land unabhängig geworden, die Zweite Polnische Republik wird am 11. November ausgerufen. Doch nicht eindeutig festgelegte Grenzlinien sind eines der großen Probleme, die gleich zu Beginn gelöst werden müssen. An der Ostgrenze will das Land Fakten schaffen: Mit ihrer Offensive lösen die Polen im April 1920 den Polnisch-Sowjetischen Krieg aus – und können ihn nicht einmal ein Jahr später für sich entscheiden. Mit dem Friedensvertrag von Riga, der am 18. März 1921 unterzeichnet wird, kann Polen einen erheblichen Gebietszuwachs verbuchen. Doch bereits 1939 beginnt mit dem Überfall Nazideutschlands auf das Nachbarland und dem Einfall der Roten Armee im Osten für Polen eine neue Schreckenszeit. Nach dem Krieg verliert Polen einen großen Teil im Osten an die Sowjetunion, allerdings bekommt es die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße zuerkannt.

Vor 75 Jahren

**„Eiserner Vorhang“ wird zum festen Begriff**

In Theatern dient der Eiserner Vorhang eigentlich dazu, im Fall eines Brandes den Zuschauerraum und die Bühne voneinander zu trennen. Als Umschreibung wird er bereits während des Ersten Weltkriegs von einigen Autoren als Synonym verwendet: Gerade für die Bereiche Politik und Militär ist er wohl an Symbolkraft auch naheliegend. Als Begriff für die Verhältnisse des heraufziehenden Kalten Krieges wird der „Eiserne Vorhang“ aber vor allem mit einer Rede von Winston Churchill, damals britischer Oppositionsführer, am 5. März 1946 bekannt. „From Stettin in the Baltic to Trieste in the Adriatic, an iron curtain has descended across the Continent (Von Stettin in der Ostsee bis nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gefallen)“, sagt der Politiker bei seinem Auftritt am Westminster College in Fulton, Missouri. Damit macht er ein bis heute verständliches Synonym für die Zeit der Spaltung von Ost und West populär.



Foto: dpa

Vor 80 Jahren

Neutraler Helfer im Kampf gegen Nazideutschland

Foto: Picture Alliance/AP Photo



Am 11. März 1941 tritt ein Gesetz in Kraft, das Präsident Franklin D. Roosevelt wenige Wochen zuvor unterzeichnet hatte: der Lend-Lease Act. Im Leih- und Pachtgesetz ist geregelt, dass die eigentlich neutralen USA Staaten, die sich im

Krieg mit Deutschland oder dessen Verbündeten befinden, Waffen, Munition und Kriegsmaterial verkaufen, schenken, leihen oder vermieten können. Anfangs gilt der Lend-Lease Act für Großbritannien und die anderen Staaten des Commonwealth. Doch mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion wird unter anderem auch sie in den Geltungsbereich aufgenommen. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs erbringen die USA im Rahmen des Leih- und Pachtgesetzes Leistungen im Wert von fast 50 Milliarden Dollar für ihre Verbündeten.

(Texte: Gunnar Kruse)

Jan Meyer,
Herausgeber

Flagge zeigen im Weißen Haus und Gesicht zeigen in Zeiten der Maske

Keine Frage: Den neuen US-Präsidenten als Redner für die Münchner Sicherheitskonferenz zu gewinnen, war ein Knüller, und MSC-Chef **Wolfgang Ischinger** war sicher ziemlich stolz darauf: Noch nie zuvor hatte ein amerikanischer Präsident bei der MSC gesprochen. Überhaupt war die Liste der Teilnehmer dieser virtuellen Sonderausgabe sehr eindrucksvoll (siehe S. 44) – aber der echte Hammer war ein anderer – jeden-

In Zeiten unerfreulicher Bundeswehr-Schlagzeilen ist es besonders wichtig, über die positiven Dinge zu berichten – in diesem Fall über ein eindeutiges und öffentliches Bekenntnis hunderter Soldaten und Zivilbeschäftigter. Sie haben es bestimmt auch gesehen, bei Facebook und Instagram: Bilder über Bilder, alle mit dem Hashtag #WirGegenExtremismus.

Menschen, so vielfältig wie die Bundeswehr, zeigen Gesicht für eine gute Sache – jedenfalls soweit das in Zeiten von Corona und Mund-Nase-Bedeckung möglich ist. Nicht, weil es eine offizielle Aktion wäre, sondern auf eigene Initiative. Stabsfeldwebel **Thomas Schwappacher**, Vorsitzender im Bundesvorstand, macht ebenso mit wie das Büro von Verteidigungsstaatssekretär **Peter Tauber**. Schwappacher: „Jede Soldatin, jeder Soldat

satz der Bundeswehr an der Corona-Front. Am 4. Februar wurde sie dafür zum „Gewinner des Tages“ gekürt – ausgerechnet vom „Spiegel“, von dem man so viel Lob für die Truppe sonst gar nicht gewohnt ist. Konkreter Anlass war der Beginn der Hilfsaktion für Portugal, die die Bundeswehr neben der ganzen Unterstützung für Gesundheitsämter, Impfzentren, Pflegeheime und Krankenhäuser in Deutschland auch noch stemmt. Schon ziemlich lange, übrigens. Bei aller Dankbarkeit sollten wir allerdings nicht vergessen, dass eigentlich andere dafür zuständig sind. Der Bundesvorsitzende Oberstleutnant **André Wüstner** sagte dazu der „Rheinischen Post“, es sei „ein Wahnsinn, dass die Bundeswehr als nicht zuständige Organisation seit über einem Jahr ununterbrochen Dienst im Innern leistet, weil es andere schlichtweg nicht gebacken kriegen“. Alle hätten mittlerweile erkannt, dass wir es „im letzten Jahr und teilweise noch heute mit einem größeren Staats- sowie Verwaltungsversagen zu tun haben“.

Damit sich die Bundeswehr wieder auf ihren Kernauftrag konzentrieren kann, sollte nach Auffassung Wüstners im Sommer verstärkt auf freiwillige Helfer und das Technische Hilfswerk gesetzt werden, um die Pandemie zu bekämpfen.



US-Präsident Biden spricht zu Europa - eingerahmt von Aufstellern mit den Logos der MSC.

falls aus der Sicht des Öffentlichkeitsarbeiters: Rechts und links von **Joe Biden**, der hinter einem Pult mit dem präsidentialen Wappen stand, prangten zwei Banner mit dem Logo der MSC! Gelungen ist dieser Meisterstreich, wie man hört, der Kommunikationsabteilung der MSC, die den Amerikanern einfach mal übermittelt hat, wie man sich das alles so am besten vorstellen könnte – und wo man fünf Minuten vor Beginn der Rede den Mund vor Staunen nicht mehr zubekam. Auch von uns an dieser Stelle absolute Hochachtung! Chef dieser Truppe ist Kommunikationsdirektor **Johannes Schmid**, der sich jetzt auf eigenen Wunsch weiterentwickelt und zum 1. März auf die neu geschaffene Stelle des Chief Operating Officer aufrückt. Sein Nachfolger wird **Christian Thiels**, zuvor Sprecher des BMVg. Wir wünschen beiden viel Glück und Erfolg und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!

sollte sich gegen jede Form von Extremismus stellen – egal, ob politisch oder religiös motiviert.“ Das Bekenntnis zu Vielfalt, Toleranz und Demokratie findet auch den Beifall von Verteidigungsministerin **Anne-gret Kramp-Karrenbauer**. Sie twitterte: „Großartige Initiative unserer Soldatinnen und Soldaten!“ Zu den Organisatoren der Kampagne gehört auch Oberstleutnant i.G. **Marcel Bohnert**, über den ich an dieser Stelle schon einmal geschrieben habe.

Positive Schlagzeilen bringt derzeit auch der unermüdliche Ein-



Stabsfeldwebel Thomas Schwappacher, Vorsitzender SKB, macht mit bei der Initiative #WirGegenExtremismus.

Im Wettlauf mit der Zeit

Christian Trox, Oberstleutnant der Reserve, 59 Jahre alt, zu Hause in Heinsberg im Rheinland, war einer der Ersten, der 2020 an vorderster Front stand, als vor einem Jahr ein neues Virus aus China sich aufmachte, das Leben, die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Zukunft Deutschlands und Europas dramatisch zu verändern. Ein Jahr später ist alles anders in unserem Land.

1 Drei Impfstoffe, die zugelassen, wirksam und sicher sind*

Firma/ Impfstoffname	Empfohlene Altersgruppe	Impfstofftyp	Nötige Impfungen	Empfohlener Impfabstand	Anwendung	Wirksamkeit**	Lagerung & Kühlung	EU- Zulassung
BioNTech/Pfizer Comirnaty (BNT162b2)	ab 16 Jahren	mRNA + LNP***		3-6 WOCHEN	intramuskulär	bis zu 95%	-90 bis -60 °C 5 Tage bei 2-8 °C	 21. Dez. 2020
Moderna COVID-19 Vaccine Moderna (mRNA-1273)	ab 18 Jahren	mRNA + LNP***		4-6 WOCHEN	intramuskulär	bis zu 94%	-25 bis -15 °C 30 Tage bei 2-8 °C	 6. Jan. 2021
AstraZeneca COVID-19 Vaccine AstraZeneca (AZD1222)	18-64 Jahre	Vektor-basiert ChAdOx1, nicht replizierend		9-12 WOCHEN	intramuskulär	bis zu 70%	2-8 °C	 29. Jan. 2021

* Quelle: europäische Zulassung, Empfehlungen der Ständigen Impfkommission, Impfverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit. ** Die Wahrscheinlichkeit, an COVID-19 zu erkranken, sinkt bei den Geimpften um den genannten Prozentsatz. *** Lipid-Nanopartikel-Formulierung.

Was ist mRNA?

mRNA (Boten-Ribonukleinsäure) ist die „Bauanleitung“ für jedes einzelne Eiweiß des Körpers und ist nicht mit der Erbinformation – der DNA – zu verwechseln. In mRNA-Impfstoffen gegen COVID-19 ist eine „Bauanleitung“ für einen Baustein des Virus, das sogenannte Spikeprotein, enthalten. Die nach der Impfung gebildeten Spikeproteine werden vom Immunsystem als Fremdeiweiße erkannt, dadurch werden spezifische Abwehrzellen aktiviert.

Was bedeutet Vektor-basiert?

Vektor-basierte Impfstoffe enthalten für den Menschen harmlose Erreger – die Vektoren. In diese wurde ein Gen eingebaut, das den Bauplan für das bereits erwählte Spikeprotein enthält. Ein Vorteil dieser Impfstoffe: Sie können bei 2 bis 8 Grad transportiert und gelagert werden.

2 Die Impfung schützt vor schwerer Krankheit

Häufige Symptome von COVID-19

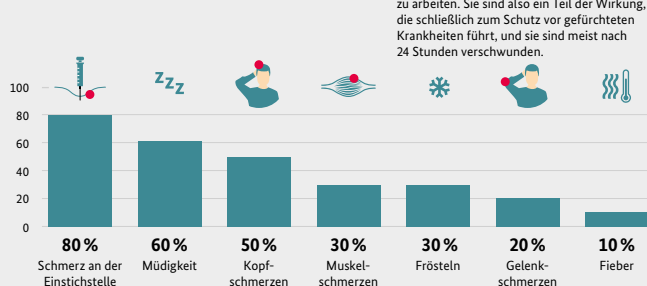


Komplikationen von COVID-19



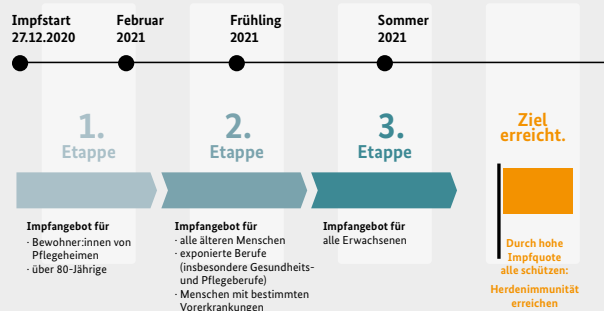
3 Typische Impfreaktionen

% der Geimpften, gerundet, Basis mRNA-Impfstoffe



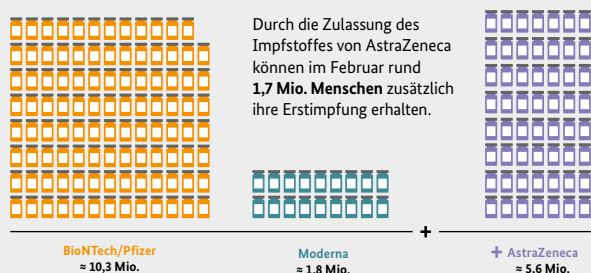
Diese Beschwerden nach einer Impfung sind keine schweren Nebenwirkungen, sondern ein Zeichen dafür, dass das Immunsystem anfängt zu arbeiten. Sie sind also ein Teil der Wirkung, die schließlich zum Schutz vor gefährlichen Krankheiten führt, und sie sind meist nach 24 Stunden verschwunden.

4 Der Etappenplan 2021: Wer wird wann geimpft?



Lieferung der drei Impfstoffe im 1. Quartal

Gesamtmenge Deutschland aus EU-Bestellungen, gemäß Planzahlen der Hersteller, abhängig von Einhaltung der geplanten Liefertermine



Durch die Zulassung des Impfstoffes von AstraZeneca können im Februar rund **1,7 Mio. Menschen** zusätzlich ihre Erstimpfung erhalten.

Von Frank Jungbluth
Inzwischen hat man sich beinahe daran gewöhnt. Die gespenstische Ruhe in Deutschlands Einkaufsstraßen, die verriegelten Restaurants, die kinderlosen Schulen, die Bundeswehr im Dauereinsatz an der Grenze zu Österreich, in Impfzentren, Gesundheitsämtern und Altenheimen. Bis zu 25 000 Soldaten stehen bereit, 17 000 Kräfte hat die Truppe im Einsatz, die meisten aus dem Heer.

Die Bundeswehr habe in dieser Zeit ein exzellentes Ansehen, sagt die Wehrbeauftragte Eva Högl, die Amtshilfe muss irgendwann ein Ende haben, hat der DBwV-Bundesvorsitzende Oberstleutnant André Wüstner gewarnt. Denn es geht um Ausbildung und Einsatzfähigkeit. Beides muss auch in Zeiten der Pandemie aufrechterhalten werden, denn die Bundeswehr steht vor großen Herausforderungen. Auslandseinsatz, Landes- und

Bündnisverteidigung, die Aufgaben wachsen, allein es fehlt am Geld.

Christian Trox, der als stellvertretender Leiter des Kreisverbindungskommandos in Heinsberg schon 2020 im Corona-Hotspot dabei war, ist einer von zehntausenden, die im Einsatz waren und sind. Zum Glück hat jetzt auch die Bundeswehr Impfstoff. Antworten auf die Fragen zum größten Einsatz im Innern lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Amtshilfe kann kein Dauerzustand sein

Seit Monaten ist die Bundeswehr im längsten Amtshilfe-Einsatz ihrer Geschichte gebunden – das hinterlässt Spuren im Grundbetrieb und kann nicht ewig so weitergehen. Auf zukünftige Krisen müssen sich die zivilen Behörden besser vorbereiten.

Von Yann Bombeke

Der Kernauftrag der Bundeswehr ist die Landes- und Bündnisverteidigung – das ist unbestreitbar. Doch wenn man sieht, welchen personellen Kraftaufwand die Bundeswehr seit Monaten betreibt, um im Rahmen der Amtshilfe bei der Bewältigung der Corona-Pandemie zu unterstützen, wird schnell klar: Zumindest aktuell sind die Prioritäten anders gelagert. Das kann nicht ewig so weitergehen.

Die Bundeswehr ist zur Stelle, wenn die zivilen Behörden überfordert sind: Hochwasser, Schneemassen oder jetzt eben Corona. Die Streitkräfte haben die Technik und – noch viel wichtiger – die Manpower, um im Krisenfall zur Stelle zu sein. Die Hilfe der Bundeswehr ist gut und wichtig, doch der aktuell laufende Amtshilfe-Einsatz beginnt, sichtbare Spuren zu hinterlassen. Kein Wunder, wenn bis zu 25 000 Soldatinnen und Soldaten in Corona-Bereitschaft sind. Ende Februar waren es 18 000, die vor Alten- und Pflegeheimen Schnelltests durchführten oder in Impfzentren das heißbegehrte Vakzin verabreichten.

Eine Bundeswehrsoldatin bringt im Impfzentrum im Terminal 5 des BER-Flughafens eine ältere Frau zur Impfung. Die Impfungen werden hier durch medizinisches Personal der Bundeswehr durchgeführt.

Es war der Inspekteur der Streitkräftebasis, Generalleutnant Martin Schelleis, der im Februar als einer der Ersten warnte: Die Amtshilfe könne kein Dauerzustand sein. Die Bundeswehr stehe natürlich schnell und flexibel für die akute Nothilfe zur Verfügung, sagte der Nationale Territoriale Befehlshaber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, aber er gab auch zu bedenken: „Unser Hauptauftrag ist die äußere Sicherheit.“ Es gebe „wirklich Handlungsbedarf in der Aufstellung für künftige zivile Krisen“, so Schelleis weiter. Auswirkungen auf den Grundbetrieb habe die Pandemie schon jetzt: „Nun müssen wir im Grund-, Ausbildungs- und Übungsbetrieb spürbar eingreifen.“ Dass es schon jetzt zu Einschränkungen kommt, bestätigte auch das BMVg unserer Redaktion (siehe Seite 11). Laut F.A.Z. forderte Schelleis, „möglichst rasch den Einsatz

Tausender Soldatinnen und Soldaten in Alten- und Pflegeheimen zu beenden und sie durch zivile Helfer zu ersetzen“, unter anderem mit Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit.

Volle Unterstützung erhielt der Nationale Territoriale Befehlshaber von der verteidigungspolitischen Sprecherin der FDP,



Soldaten registrieren Impflinge vor der Impfung im Impfzentrum Brandenburg an der Havel.

Marie-Agnes Strack-Zimmerman. Die „Bundeswehr ist nicht das THW, ihre Aufgabe ist die Landes- & Bündnisverteidigung“, twitterte sie. Die Streitkräfte können nicht „ohne Weiteres auf die 20 000 Soldatinnen und Soldaten verzichten, ohne den Grundbetrieb zu beeinträchtigen. Sie fehlen der Truppe an allen Ecken und Enden.“

Der DBwV-Bundesvorsitzende warnte in diesem Zusammenhang vor einem schleichenden Verlust der Einsatzbefähigung. „Die Verbindung von Amtshilfe und eigenen Hygienevorkehrungen führt dazu, dass Ausbildung und Übung vielerorts ausfallen“, sagte Oberstleutnant André Wüstner. Die Bundeswehr könne nicht dauerhaft als Lückenbüßer für Versäumnisse auf der zivilen Ebene agieren. In der aktuellen Lage sei erkennbar, „dass wir völlig unzureichende Strukturen und Verfahren haben, um Krisen und flächendeckende Katastrophen bewältigen zu können“. Wüstner spricht daher von einem „größeren Staats- sowie Verwaltungsversagen“. Für den Bundesvorsitzenden liegt die Schlussfolgerung auf der Hand: „Wir müssen daraus schnellstmöglich lernen. Die Bundesregierung sollte bis zum Sommer einen Erfahrungsbericht vorlegen und aufzeigen, welche Konsequenzen zu ziehen sind.“



„Was gibt es Wichtigeres als den Schutz der Menschen in Deutschland?“



Foto: Bundeswehr

Generalmajor Carsten Breuer,
Kommandeur Kommando Territoriale
Aufgaben der Bundeswehr

Das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr in Berlin ist seit 2013 der operative Arm für territoriale Einsätze der Streitkräfte im Inland. Hier laufen alle Fäden der Corona-Amtshilfe zusammen. Kommandeur Generalmajor Carsten Breuer spricht im Interview über diese besondere Herausforderung.

Von Christine Hepner

Die Bundeswehr: Geben Sie uns bitte einen Überblick über die aktuellen Unterstützungsleistungen im Rahmen der Amtshilfe durch die Bundeswehr?

Generalmajor Carsten Breuer: Der personelle Schwerpunkt bei den Unterstützungsleistungen liegt auf der Nachverfolgung von Infektionsketten. 5100 Männer und Frauen arbeiten derzeit in allen 16 Bundesländern und verfolgen Kontaktpersonen. Des Weiteren sind rund 2500 Kräfte zur Unterstützung der Impfstrategie eingesetzt. Mehr als 3000 Soldatinnen und Soldaten haben wir für die Schnelltestungen eingesetzt. Insgesamt mehr als 1000 Frauen und Männer unterstützen in Alten- und Pflegeeinrichtungen. Zusätzlich haben wir rund 500 Kräfte in den Krankenhäusern eingesetzt.

Wir stellen ein umfangreiches Hilfeleistungskontingent, mit dem wir sozusagen Nachbarschaftshilfe unter Behörden leisten. Wir unterstützen immer dann, wenn die zivile Seite an ihre Grenzen kommt. Koordiniert werden die Hilfeleistungen der Bundeswehr im Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr. Unsere Operationszentrale ist seit Mitte 2018 24/7 an 365 Tagen im Jahr besetzt und einsatzbereit. In der Vergangenheit wurden hier unter anderem Hilfeleistungen für Flut- und Schneekatastrophen koordiniert.

Aus welchen Gründen wird ein Teil der Amtshilfeersuchen abgelehnt?

Die Bundeswehr leistet Behörden des Bundes und der Länder nach Art 35 Abs. 1 GG

technische Amtshilfe in Rahmen der COVID-19-Pandemie. Dieser Artikel verlangt nur eine ausnahmsweise Unterstützungsleistung für andere Behörden, wenn diese hilfsbedürftig sind. Zuerst wird durch die Bundeswehr auf der Ebene des Kommandos Territoriale Aufgaben eine Rechtmäßigkeitsprüfung durchgeführt. Dabei muss geprüft werden, ob die beantragte Unterstützungsleistung rechtlich zulässig ist. In einem zweiten Schritt wird eine Ressourcenprüfung vorgenommen. Dabei wird geprüft, ob die Fähigkeiten und die Mittel bei der Bundeswehr verfügbar sind. Erst dann kann der Antrag gebilligt werden. Kurz gesagt, es wird geprüft: Dürfen wir und können wir. Und diese Prüfung fällt in aller Regel positiv aus. Erst Mitte Februar sagten wir 4000 positive Hilfeleistungen zu. Das bedeutet, dass mehr als 85 Prozent der an uns gestellten Anträge umgesetzt werden können.

Vor allem zu Beginn der Pandemie konnten wir den Anträgen nach Sanitätspersonal und -material nicht zustimmen, da wir hier auch nur auf begrenzte Kapazitäten zurückgreifen konnten. Nur selten gibt es rechtliche Hinderungsgründe, beispielsweise fehlt es beim Antragsteller an der Behördeneigen-

schaft oder es müssten hoheitliche Zwangs- und Eingriffsbefugnisse wahrgenommen werden, was der Bundeswehr bei der Amtshilfeleistung nicht gestattet ist. Die Vorabberatung durch die Leiter der Kreis- und Bezirksverbindungskommandos bei den Landräten hat bewirkt, dass die Unterstützungsleistung durch die zivile Seite gezielter angefragt werden kann und damit schneller zum Erfolg führt.

Wie hat sich der Kabinettsbeschluss zur Übernahme der Kosten für die Hilfeleistungen der Bundeswehr auf die Anfragen ausgewirkt? Gibt es noch andere Möglichkeiten, wie die Bundeswehr stärker auf die Kommunen zugehen und Unterstützung anbieten kann? Insgesamt haben uns mittlerweile über 4700 Hilfeleistungsanträge erreicht. Davon befinden sich aktuell etwa 1100 in Durchführung. Während zu Beginn der Pandemie auf materielle Unterstützung gesetzt und dringend die Beschaffung, der Transport und die Einlagerung von medizinischer Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln gefordert wurden, verschob sich der Schwerpunkt im Zuge der Pandemie auf personelle



Foto: picture alliance/dpa

In der Region Hannover helfen Soldaten der Bundeswehr bei der Nachverfolgung von Infektionsketten.



In einem Pflegeheim nimmt ein Bundeswehrosoldat einen Corona-Schnelltest vor.

Unterstützung. Eine Steigerung der Anfragen als Auswirkung des Beschlusses zur Kostenübernahme konnten wir nicht feststellen. Für uns ist wichtig, dass die Hilfe schnell und unkompliziert dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Wie bewerten Sie die Entscheidung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg im Oktober letzten Jahres, Hilfe durch die Bundeswehr aus politischen Gründen zunächst abzulehnen?

Die Bundeswehr unterstützt inzwischen auch im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Wir haben dort Soldatinnen und Soldaten in den mobilen Abstrichteams, in den mobilen Impfteams, bei den Servicepoints in Pflegeheimen sowie bei Schnelltest-Teams eingesetzt. Überall dort, wo wir können und dürfen, leisten wir tatkräftige Unterstützung und bringen unsere Expertise ein. Grundlage ist immer die Notwendigkeit von Amtshilfe. Wir helfen aktiv, wo wir können, wir drängen uns aber nicht auf.

Die Bundeswehr hat aktuell noch kein eigenes Kontingent an Impfdosen zur Verfügung. Wie werden die Soldaten im Corona-Hilfeinsatz vor einer Ansteckung geschützt?

Wir organisieren uns so, dass die Ansteckungsgefahr minimiert wird. Auch für unsere Männer und Frauen gelten die Hygiene- und Schutzmaßnahmen. Die persönliche Schutzausstattung und der richtige Umgang sind eine wichtige Voraussetzung für den sicheren Einsatz. Auflockerung vor, während und nach den Einsätzen kommt eine große Bedeutung zu. Ich bin selbst regelmäßig – genau wie auch die anderen militärischen Führer – bei den Soldatinnen und Soldaten vor Ort, um die Rahmenbedingungen für deren Einsatz zu erleben und, unter Berücksichtigung aller Schutzmaßnahmen, Dienstaufsicht durchzuführen.

Wie durchhaltetfähig ist die Bundeswehr in diesem bereits über Monate andauernden Hilfeinsatz und welche anderen Aufgaben müssen dafür vernachlässigt werden?

Während bei den bisherigen Hochwasser- oder Schneekatastrophen einigermaßen absehbar nach wenigen Tagen die Hilfeleistungen zu Ende gingen, müssen wir in der jetzigen Lage in sehr viel längeren Zeitspannen denken. Der personelle Einsatz in Pflegeheimen oder auch die Nachverfolgung von Infektionsketten bindet über Wochen viel Personal im gesamten Bundesgebiet. Somit ist diese Pandemie auch für uns eine besondere Herausforderung. Fakt ist: Es ist eine Welt-Pandemie, in der wir jetzt alle zusammen kämpfen, die es möglichst schnell einzudämmen gilt. Denn eines ist klar: Was gibt es Wichtigeres als den Schutz der Menschen in Deutschland, in Europa, in der Welt? Da müssen wir zusammenstehen.

Laufbahnnachteile sind Kehrseite der Medaille

Die seit einem Jahr andauernde Corona-Amtshilfe der Bundeswehr bleibt nicht folgenlos für den Grundbetrieb der Truppe: Lehrgänge und Übungen werden abgekürzt oder abgesagt, dadurch werden Auswirkungen auf die personelle Einsatzbereitschaft befürchtet. Die Hoffnung ruht auf Schnelltests und Impfungen.



Foto: Bundeswehr/Dorow

Soldaten vom Panzerbataillon 104 mit Mund-Nasen-Schutz im Gefechtsübungszenrum Heer in Letzlingen.

Von Yann Bombeke

Seit einem Jahr läuft der Corona-Einsatz der Bundeswehr – es ist der umfangreichste und längste Amtshilfe-Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr. Ende Februar waren es 25 000 Soldatinnen und Soldaten, die für das Unterstützungskontingent bereitgestellt wurden, mehr als 18 000 von ihnen waren zu der Zeit im Hilfeinsatz gebunden, in Pflegeheimen, Krankenhäusern, Gesundheitsämtern oder auch im Ausland wie in Portugal. Doch welche Auswirkungen hat diese Dauerbelastung der Streitkräfte auf den Grundbetrieb, auf Ausbildung und Einsatzvorbereitung?

„Es ist klar, dass dieser besondere Einsatz der Bundeswehr viel abverlangt, weil er unmittelbare Auswirkungen hat – von Ausbildung und Grundbetrieb bis hin zum Einsatz – und dies auch absehbar so bleiben wird“, sagte ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums unserer Redaktion. Und weiter: „Eine Rückkehr zur gewohnten Routine ist noch nicht in Sicht.“

Die Bundeswehr passe ihre Maßnahmen permanent an die Pandemie-Lage an und bewerte diese ständig neu, um ihre Aufträge mit Disziplin, Kompetenz und auch Kreativität zu erfüllen, heißt es weiter aus dem Ministerium. Die Auftragstaktik habe sich dabei „wieder einmal herausragend bewährt“. Die Auftragserfüllung, insbesondere für Einsätze und Missionen, einsatzgleiche Verpflichtungen und Dauereinsatz-



Ein Oberstabsgefreiter wird als Richtschütze in einem Schützenpanzer „Puma“ auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz ausgebildet.

aufgaben, seien sowohl in der vorgesehenen Qualität als auch der Quantität gewahrt.

Für die Bereiche Ausbildung und Übungen nehmen die Streitkräfte eine Priorisierung vor: Was MUSS, was KANN und was SOLL geleistet werden, um die personelle Regeneration und Einsatzbereitschaft des Personals sicherzustellen. Das Ziel sei es, die Aufträge weiterhin verlässlich zu erfüllen und den Bedingungen der Pandemie, die sich regional sehr unterscheiden, dabei angepasst vor Ort zu begegnen. „Dabei stehen einsatz- und lauffahnrelevante Ausbildungen ganz klar im Vordergrund“, so der BMVG-Sprecher.

Um Ausbildungen und Übungen weiter durchführen zu können, würden die „Fachlichen Leitlinien des InspSan zum Gesundheits-/Infektionsschutz im Rahmen der SARS-CoV-2-Pandemie in der Bundeswehr“ sowie örtlich angepasste Hygienekonzepte und darauf abgestimmte Maßnahmen zum Gesundheits- und Infektionsschutz an-

gewendet. Ziel sei es, „nach einer bislang deutlichen Reduzierung perspektivisch wieder ein Mehr an Ausbildung und Übungen realisieren zu können“.

„Dennoch bleibt festzuhalten, dass es pan-

„Eine Rückkehr zur
gewohnten Routine ist
noch nicht in Sicht.“

Sprecher BMVG

demiebedingte Einschränkungen gegeben hat und weiterhin geben wird“, so der Sprecher des BMVG weiter. Insbesondere zu Beginn der ersten Pandemiewelle seien Lehrgänge abgebrochen, verkürzt und gestrafft worden. Übungen seien einer Bewertung auf

erfüllung der Bundeswehr entfallen werden“, heißt es aus dem Ministerium. Und weiter: „Auch Laufbahnnachteile werden sich in vielen Fällen nicht vermeiden lassen.“ Um diesen zumindest kurzfristig zu begegnen, seien beispielsweise Lizenzen und Gültigkeiten von Ausbildungen verlängert, Ausbildungen wie die Grundausbildung gestrafft und neue Wege beschritten worden. Dabei habe insbesondere der Anteil der Fernausbildung an Relevanz zugenommen.

Auch mit Blick auf Einsätze und einsatzgleiche Verpflichtungen der Bundeswehr führten die Maßnahmen zum Gesundheits- und Infektionsschutz sowie die damit verbundenen Auflagen zu reduzierten Ausbildungsumfängen und Übungsdurchgängen. Die Folge: Perspektivisch steht auch hier weniger qualifiziertes Personal zur Verfügung. Dadurch könne es dazu kommen, „dass die Einsatzbelastung für bereits ausgebildetes Personal zunimmt“.

Einen Lichtblick gibt es dennoch: Die Bundeswehr erwartet durch die absehbare Verbesserung von Testmöglichkeiten, die mögliche Ausweitung von Schnelltests für die Bevölkerung sowie die Impfung der Bevölkerung und Angehörigen der Bundeswehr eine schrittweise Verbesserung der Pandemie-Lage. Dies werde sich weiter positiv auf Ausbildung und Übung wie auch Einsatzgestellungen auswirken.

Der BMVG-Sprecher gibt sich zuversichtlich: „Die Bundeswehr wird so weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, um auf der Grundlage der bewährten und sich stetig fortentwickelnden Schutzmaßnahmen einen verantwortungsvollen Ausbildungs- und Übungsbetrieb zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft aufrechtzuerhalten.“



Foto: Bundeswehr/Jane Schmidt

Übungsroutine, wie sie im Jahr 2017 aussah: Soldaten des Objektschutzregiments der Luftwaffe üben in Vorbereitung auf ihren Mali-Einsatz im Gefechtsübungszenrum.

Lissabon am Limit: Ohne die Bundeswehr bleibt die ganze Intensivstation außer Betrieb

Am 3. Februar schickte die Bundeswehr ein Team von Ärzten, Pflegeern und Hygieneexperten nach Portugal, um das von der Coronavirus-Pandemie schwer getroffene Land zu unterstützen. Mit dabei war Hauptfeldwebel Daniela Ohrem von der Sanitätsstaffel Einsatz des Sanitätsunterstützungszentrums Köln-Wahn.

Sie schildert uns ihre Eindrücke aus Lissabon.

Das Team der Sanitätssoldaten der Bundeswehr bei der Ankunft in Lissabon.



Foto: Bundeswehr/Jane Schmidt

Von Christine Hepner

Die Bundeswehr: In welchem Krankenhaus leisten Sie Ihren Dienst und für welche Tätigkeiten werden Sie konkret eingesetzt?

Hauptfeldwebel Daniela Ohrem: Wir sind in dem privaten Krankenhaus „da Luz“ eingesetzt. Wir betreiben dort eine Intensivstation mit acht Betten. Da ich Notfallsanitäter bin und die Intensivtätigkeit nicht zu meiner Regelarbeit gehört, unterstützen wir unsere Anästhesie- und Intensivfachpfleger bei ihrer Tätigkeit. Dazu gehören das Lagern und Waschen der Patienten, die Medikamentengabe, Blutabnahme, die Dokumentation und das Vorbereiten der Medikamente sowie logistische Arbeiten wie die Bestellung von Medikamenten oder Materialien.

Wie stellt sich Ihnen die Situation in Lissabons Krankenhäusern dar? Wie ist die Situation in der Notaufnahme, auf der Intensivstation und unter den Ärzten und Pflegeern? Woran fehlt es besonders?

Wir haben keine anderen Krankenhäuser besucht, daher kann ich das nicht beantworten. Was wir sehen und feststellen ist, dass es an Pflegeern und Ärzten fehlt. Das Personal ist erschöpft und müde. Deshalb konnten wir auch diese Intensivstation übernehmen, da sie sonst aufgrund des Personalmangels leer gestanden hätte.

Laut BMVg haben Sie vor Abflug nur die erste der beiden Impfdosen erhalten. Fühlen Sie sich ausreichend vor dem Virus – ins-

besondere vor der aggressiveren britischen Variante – geschützt?

Das ist richtig, ich habe meine Impfung am 1. Februar bekommen. In erster Linie bin ich für mich selbst verantwortlich, wie jeder von uns. Wichtig ist, dass man den Abstand einhält sowie die FFP2-Maske trägt. Auch im Dienst achten wir gemeinsam im Vier-Augen-Prinzip darauf, dass wir die Schutzkleidung vernünftig an- und vor allem ablegen. Sowie das regelmäßige Händewaschen und Desinfizieren. Da ich meiner Meinung nach diese Vorsichtsmaßnahmen einhalte, fühle ich mich recht sicher und geschützt.

Sind auch portugiesische Soldaten in den Krankenhäusern eingesetzt?

Nein, in unserem Krankenhaus nicht. Die portugiesischen Kameraden übernehmen aber zum Beispiel den Bustransport für uns, wenn wir zum Krankenhaus hin- oder zurückfahren.

Wie sind Sie untergebracht und wie und durch wen werden Sie außerhalb Ihres Krankenhausedienstes versorgt und geschützt?

Wir sind von den Portugiesen in einem Hotel in Lissabon in Einzelzimmern untergebracht. Wir werden hier ganz normal im Rahmen einer Vollpension versorgt. Schützen tun wir uns selbst, indem wir nur in kleinen Gruppen die Mahlzeiten einnehmen und auf die Abstände achten und selbstverständlich unsere FFP2-Maske tragen.

Wie gehen Sie persönlich mit dieser fordernden Situation um, in der Sie sicherlich auch viel Hilfslosigkeit und Leid erleben müssen? Für mich gehört das zu unserem Job dazu. Ähnliche Situationen gibt es bei der Amtshilfe zu Hause ja auch. Da ist es sehr aufbauend, dass die Hilfe, die wir bringen, gerne angenommen und dankend honoriert wird. Wenn wir an einem schichtfreien Tag unterwegs sind, werden wir oft erkannt und die Leute zeigen uns ihre Dankbarkeit. Das gibt Kraft und macht die Situation etwas erträglicher, weil man weiß, man kann etwas für die Portugiesen tun.

Ist eine Situation, wie Sie sie derzeit in Lissabon erleben, auch in Deutschland denkbar oder sind wir hier materiell und personell besser aufgestellt?

Ich persönlich denke schon, dass, wenn es diese Einschränkungen wie den Lockdown nicht gäbe, auch so eine Situation in Deutschland denkbar wäre. Wenn so viele Menschen an COVID erkranken, dass die Krankenhäuser an ihre Auslastungsgrenze kommen und gegebenenfalls auch medizinisches Personal an COVID erkrankt ist, kämen wir auch in Deutschland an so einen Punkt. Das Hauptproblem hier in Portugal ist meiner Meinung nach einfach, dass das Personal selbst betroffen und überlastet ist. An Materialien fehlt es meiner Meinung nach hier weniger.

Hauptfeldwebel Daniela Ohrem im Hospital da Luz in voller Schutzmontur



Foto: Bundeswehr



Stabsunteroffizier Nico Berenz führt bei einem Mitarbeiter des Altenstifts einen Corona-Schnelltest durch.

Bundeswehr macht, das interessiert sie“, erzählt Holthaus.

Der 22-jährige Luftwaffenpionier aus Diepholz lernt im Pflegeheim in Berlin-Wedding aber auch die tragische Seite der Corona-Epidemie kennen: Am Tag unseres Gesprächs sind hier zwei Bewohner an dem Virus gestorben. Holthaus kannte sie schon aus seinem ersten Einsatz Anfang Januar. „Man merkt wirklich: Wenn das Virus hier erst einmal ausbricht, kann das sehr schwerwiegende Folgen haben, auch leider bis hin zum Tod. Das geht schon irgendwo an die Substanz. Man kann sich natürlich darauf einstellen, wenn man in so eine Einrichtung kommt, aber man hat ja tagtäglich mit den Menschen zu tun und es geht einem dann doch näher, als man sich das selbst eingestehen möchte.“

An den Erfahrungen wachsen

Damit Peter Holthaus und seine Kameraden mit solchen Erlebnissen nicht allein fertig werden müssen, ruft sein Zugführer Hauptmann Timo Alt jeden Abend die ihm anvertrauten Soldaten vom Objektschutzregiment zu einer Abendlage im Hotel zusammen. Bei

„Ein gutes Gefühl“: Soldaten in der Corona-Amtshilfe in Berlin

Ein Tag in Begleitung des Regionalen Führungsstabes 3 OST zeigt die unterschiedlichen Facetten der Amtshilfe durch die Bundeswehr, die erfreulichen ebenso wie die bewegenden Erfahrungen und die hohe Motivation der eingesetzten Soldaten.

Von Christine Hepner

Antreten zum Dienst um 9 Uhr, dann zunächst ein Corona-Schnelltest und der Arbeitstag kann beginnen. Der sieht für Hauptgefreiter Peter Holthaus allerdings derzeit völlig anders aus als gewohnt: Statt Schäden an Landebahnen und Flugnutz-

Schöne und traurige Momente nah beieinander

„Wenn ich morgens im Pflegeheim hoch auf Station komme, haben die Bewohner bereits gefrühstückt. Ich räume das Geschirr ab, schaue, ob jemand Kaffee, Wasser oder Kekse möchte, helfe bei organisatorischen Dingen, bringe mittags den Bewohnern das Essen auf Bude, räume danach das Geschirr ein. Zwischendurch suche ich das Gespräch mit den Bewohnern. Natürlich ist es für einige der Älteren etwas ungewohnt, dass da auf einmal Leute in Uniform sind, aber sie haben sich gut daran gewöhnt und gehen sehr positiv mit uns Soldaten um. Viele wollen einfach mal reden, da sitzt man daneben und hört sich die Geschichten an. Einige wollen auch wissen, wie zum Beispiel die Grundausbildung heutzutage aussieht, was man bei der



Hauptgefreiter Peter Holthaus unterstützt das Pflegepersonal und ist für die Bewohner eines Pflegeheims da.

„Der Imagegewinn für die Bundeswehr ist in Berlin enorm.“

Oberstleutnant Thomas Meissner

flächen instand zu setzen, schmiert er Brote, serviert Essen und leistet alten Menschen Gesellschaft. Holthaus ist einer von 90 Soldatinnen und Soldaten des Objektschutzregiments der Luftwaffe, die derzeit in Berlin im Rahmen der Corona-Amtshilfe eingesetzt sind.

Gesprächsbedarf stehen zudem der Spieß und sogenannte Peers, Kriseninterventionskräfte, aus der Einheit regelmäßig zur Verfügung. Zugführer Timo Alt war auch schon beim ersten zweiwöchigen Einsatz der 90 Soldaten aus Schortens und Diepholz dabei. Über den Hilfeinsatz sagt er: „Hier steht der Mensch im Vordergrund, nicht der Auftrag. Ich habe aber keinen einzigen in meiner Truppe, der nicht wieder mitkommen wollte. Beim Hauptgefreiten Holthaus ist es verblüffend, welche Entwicklung er hier gemacht hat. Wenn er mir abends von seinem Tagesablauf berichtet, dann ist er richtig dabei. Er hat eine emotionale Bindung aufgebaut, kennt jeden Bewohner beim Namen.“

Holthaus war komplett ohne Erfahrung in diesen Hilfeinsatz gegangen, wäre aber sofort wieder mit dabei. „Ich persönlich halte das für eine absolut super Sache. Man merkt wirklich, dass das Pflegepersonal sehr über-

Fotos (2): DBw/VHegner



Dienstbesuch im Pflegeheim: Oberstleutnant Thomas Meissner (l.) mit Zugführer Hauptmann Tima Alt (r.) und den im Pflegeheim eingesetzten Soldaten.

„Wir freuen uns über die helfenden Hände und die Unterstützung durch die Soldaten, die unsere Pflegekräfte entlasten.“

Leiter des Pflegeheims in Berlin-Wedding

lastet ist, vor allem wenn sich die Pfleger selbst anstecken. Hier sind alle superfroh, dass wir da sind und das gibt einem auch die Motivation, sich noch mehr zu engagieren, als man eigentlich müsste. Letztens hat eine Besucherin zu mir gesagt, dass ihre Schwester hier im Pflegeheim sich immer freut, wenn ich da bin. Das sind Sachen, die man sonst nicht so zu hören bekommt. Man hat wirklich das Gefühl, dass man den Bewohnern und den Pflegern in dieser Ausnahmesituation sehr helfen kann.“

Rückgriff auf Soldaten aus Niedersachsen

Oberstleutnant Thomas Meissner ist heute auf Tour durch Berlin. Der Logistikstabsoffizier aus der Flugabwehrraketengruppe 24 in Bad Sülze ist derzeit beim Regionalen Führungsstab 3 OST als Verbindungselement für das Bundesland Berlin und das verantwortliche Landeskommando eingesetzt. Eine seiner Aufgaben sind dabei Dienstbesuche in Berliner Einrichtungen, in denen die Bundeswehr im Rahmen der Corona-Amtshilfe eingesetzt ist. Im Gespräch mit den Zugführern und Soldaten gewinnt Meissner einen Eindruck, wie es in den Einrichtungen läuft, für welche Tätigkeiten die Soldaten herangezogen wer-

den und wie es ihnen dabei geht. „Als Regionaler Führungsstab haben wir ein Auge darauf, wie sehr es die Soldaten mitnimmt, wenn sie zum Beispiel mit dem Tod konfrontiert werden. Teilweise unterstützen sie ja auch beim Ausräumen der Zimmer von Verstorbenen – hier ist das Sechs-Augen-Prinzip erforderlich. Wir haben zur Betreuung regelmäßig einen Truppenpsychologen vor Ort und sind immer mit den Soldaten im Gespräch. Ich habe bisher keinen Anlass zur Sorge, dass da nachhaltig etwas passieren könnte, denn die Vorgesetzten haben das sehr gut auf dem Schirm.“

Der Regionale Führungsstab ist eng in das Prozedere der Amtshilfe eingebunden. Stellt die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung in Berlin beispielsweise fest, dass weitere Unterstützung für Corona-Schnelltests gebraucht wird, berät zunächst das hiesige Landeskommando die Stadt Berlin bei der Antragstellung. Liegt der Antrag dann beim Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr zur Billigung vor, hat der Regionale Führungsstab 3 OST die Aufgabe zu prüfen, wo Ressourcen frei sind. Grundlage ist eine Aufstellung von gemeldeten Truppenteilen, aus denen Manöverelemente oder eine bestimmte Anzahl von Soldaten eingesetzt werden können. Oberstleutnant Meissner: „Wenn alle zur Verfügung stehenden Manöverelemente in Berlin und Brandenburg gebunden sind, werden im Bereich der anderen drei Regionalen Führungsstäbe weitere Truppen abgefragt. So kam es zum Einsatz der drei Manöverelemente von je 30 Soldaten vom Objektschutzregiment der Luftwaffe aus dem Bereich des Regionalen Führungsstabes 2 WEST. Deshalb sind Hauptmann Alt und seine Leute aus Schortens und Diepholz vor Ort. Das erfordert von der Bundeswehr ein gewisses Maß an Flexibilität, wenn wir, wie in diesem Fall, zwei Tage vor Weihnachten



Im Impfzentrum Arena Treptow stehen die Soldaten bereit, um älteren Menschen Unterstützung und eine Begleitung durch den Impfparcours anzubieten.

den Auftrag bekommen und die Soldaten aus Niedersachsen bereits am 25. Dezember nach Berlin geholt werden.“

Vorurteile überwinden

Im Impfzentrum Arena Treptow in Berlin unterstützen 70 Soldaten der Bundeswehr, 30 von ihnen kommen aus dem Kommando Luftwaffe, die anderen vom Einsatzführungskommando, vom Wachbataillon und dem IT-Bataillon 381. Der zentrale Ansprechpartner für den Regionalen Führungsstab 3 OST, Hauptmann Frank Heinzler, ist ganz begeistert, wie gut der Betrieb hier läuft: „Die zivile Führung war uns gegenüber am Anfang ein wenig reserviert, aber jetzt läuft alles sehr

gut. Die Leitung der Arena Berlin in Trep-
tow kommt aus dem Eventbereich und beim
Personal sind viele Menschen dabei, die mit
Bundeswehr so gar nichts am Hut haben. Da
wurde viel Eis gebrochen, viel Fremdeln über-
wunden, aber jetzt läuft es absolut positiv und
Hand in Hand. Wir haben auf Wunsch des
zivilen Personals sogar Plakate mit unseren
Dienstgraden aufgehängt.“ Die Soldaten sind
sieben Tage die Woche da, seit dem Start am
21. Dezember gab es keinen einzigen Ausfall,
niemand ist krank geworden. „Die Kamera-
den gehen abends erfüllt nach Hause. Wann
kann man denn schon mal mit so vielen Men-
schen über 100 Jahren sprechen, da reifen
viele noch mal. Und hinten gibt es eine ganze
Wand mit Dankeschreiben, wir bekommen
ausnahmslos positive Reaktionen zum Ablauf
hier“, berichtet Heinzeller.

Die Soldaten sind an verschiedenen Statio-
nen des Parcours im Impfzentrum eingesetzt.
Sie helfen den ankommenden Impfungen beim
Ausstieg aus dem Taxi, stehen mit Rollstuhl
oder als Begleitung zur Verfügung, prüfen
und bereiten die Dokumente auf, unterstützen
das Personal im IT-Bereich und setzen die Ge-

„Ich gehe jeden Abend erfüllt nach Hause.“

Stabsunteroffizier Julia Kleppert

impften hinterher wieder ins Taxi. Besondere
Sorgfalt ist in der Impfstraße notwendig: Hier
verteilen die Soldaten die Spritzen an die
Impfkabine. Da der Biontech-Impfstoff nur
eine bestimmte Zeit bei Zimmertemperatur
haltbar ist, bedarf es großer Präzision, das
Mittel zeitgerecht zu verimpfen.

Stabsunteroffizier Julia Kleppert war be-
reits an jeder dieser Stationen eingesetzt. Die
Soldatin ist erst seit Juli 2020 bei der Bundes-
wehr und normalerweise im Stabsquartier des
Kommandos Luftwaffe in Köln als S6-Feld-
webel eingesetzt. Sie nutzt ihre Pause, um
von ihren Erfahrungen im Impfzentrum zu
erzählen: „Im Bereich Mobility ist man von
der Begrüßung bis zur Entlassung die ganze
Zeit beim Impfung dabei. Es ist hier jeden
Tag anders, aber unheimlich schön. Man
geht hier abends raus und ist einfach glück-
lich, weil sich jeder so bedankt. Für manche
der älteren Leute ist das ein richtiges Erleb-
nis hier, die möchten noch mal kommen und
wollen sogar noch eine dritte Impfung! Das
gibt einem ein gutes Gefühl, macht stolz, und
mit den ganzen Kameraden sind wir ein ein-
gespieltes Team. Die zivilen Kräfte sind auch
supernet. Die sagen, sie wussten gar nicht,
dass die Soldaten so cool drauf sind. Gerade
die älteren Impfungen erzählen, dass sie gern
mal wieder ihre Tochter sehen würden oder



Hauptmann Frank Heinzeller im Gespräch mit
Stabsunteroffizier Julia Kleppert.

wieder ein bisschen mehr raus möchten. Die
können hier ein bisschen Hoffnung schöpfen
und das ist toll.“

Mit dem Wattestab gegen das Virus

Stabsunteroffizier Nico Berenz führt vor-
sichtig den langen Wattestab in die Nase eines
Mitarbeiters. Anschließend wird der Stab in
eine Testflüssigkeit gehalten, geschüttelt und
nach einer Wartezeit die Flüssigkeit auf den
Teststreifen aufgebracht. 15 Minuten später
liegt das Ergebnis vor: negativ. Der Getestete
darf seinen Dienst in der Küche des Alten-
heims antreten. Für Nico Berenz ist es der
dritte Tag im Altenstift in Berlin-Treptow.
Aktuell testet er hier vor allem die Besucher
auf Corona, in den nächsten Tagen wird er
auch das Pflegepersonal testen dürfen. „Es
wird jeden Tag besser und ich verliere die
Angst, jemandem wehzutun.“

Die Leiterin des Altenstifts freut sich über
die Unterstützung durch den Soldaten: „Wir

Im Schnitt sind 1250 Soldaten in Berlin im Rahmen der Amtshilfe im Einsatz, davon im Wesentlichen

- bis zu 250 für Corona-Schnelltests in über 160 verschiedenen Pflegeheimen,
- rund 150 für Unterstützungsleistungen in über 80 Alten- und Pflegeheimen,
- knapp über 200 in Impfzentren,
- über 150 im Bereich des mobilen Impfens
- sowie zur Unterstützung der Impfhotline und von Gesundheitsämtern.

Über 20 verschiedene Truppenteile sind in Berlin eingesetzt. Sie kommen aus Brandenburg und Berlin, aber auch aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern.

sind sehr dankbar, dass er hier ist und er
macht das wirklich toll!“ Sie kann ihre Mit-
arbeiter für andere Tätigkeiten einsetzen und
weiß ihr Haus gut geschützt. Nachdem das
Altenheim zuletzt in Quarantäne war und
keine Besuche zugelassen waren, melden sich
inzwischen täglich mehr Besucher an. Sie
erhalten einen Termin und dürfen maximal
eine Stunde bleiben, da nicht mehr als zehn
Prozent „Fremdpersonen“ im Verhältnis zu
den Bewohnern im Haus sein dürfen. Die aktuel-

le Amtshilfe ist bis Ende Februar beantragt,
doch höchstwahrscheinlich wird darüber hi-
naus Bedarf bestehen.

Aufgaben und Schutz der Soldaten

Im Altenstift wie auch im Pflegeheim wer-
den zwei Themen angesprochen, denen sich
Verbindungselement Thomas Meissner immer
wieder gegenüber sieht: Für welche Tätigkeiten
können die Soldaten eingesetzt und unter wel-
chen Voraussetzungen geimpft werden? Bei
den Heimleitern gibt es Irritation darüber,
dass die Soldaten entweder als Schnelltester
oder als Unterstützungspersonal Dienst tun
und nicht einfach je nach Bedarf eingesetzt
werden können. Meissner: „Das ist eine Wei-
sung des Ministeriums, nach meiner Kennt-
nis aus juristischen Gründen. Hier kommen
zwei unterschiedliche Amtshilfeanträge zur
Anwendung, ein Vermischen dieser Tätig-
keiten ist nicht gewünscht.“ Als Schnelltester
dürfen die Soldaten auch nur Pflegepersonal
und Besucher, explizit aber keine Bewohner
testen mit der Begründung, dass die Bundes-
wehr unterstützt, aber nicht die Aufgaben
der Pflegekräfte übernimmt. Als Unter-
stützungspersonal werden die Soldaten für
Betreuungstätigkeiten eingesetzt, helfen dem
Pflegepersonal bei der Essensausgabe, beim
Facility Management, übernehmen Spazier-
gänge. Sie dürfen auch den Hausmeister bei
der Einlagerung von Masken und medizini-
schem Material unterstützen, aber nicht bei
umfangreichen Instandsetzungsarbeiten.

Zum Thema Impfen erläutert Meissner: „Im
Rahmen freier Kapazitäten beispielsweise in
Pflegeheimen ist es für die Bundeswehr-

soldaten möglich, unter
bestimmten Voraus-
setzungen geimpft zu
werden: Die Bewohner,
für die dies vorgesehen
ist, müssen durchgeimpft
sein. Wenn noch Impfstoff
übrig ist, wird dieses zu-
nächst an das Pflege-
personal verimpft, erst
danach sind die Soldaten
dran. Zugleich muss die
Möglichkeit bestehen,
dass die Soldaten auch
zum zweiten Impftermin
drei Wochen später wie-
der hier in Berlin sind.“

Während Stabsunter-
offizier Julia Kleppert im
Impfzentrum bereits ihre
erste Impfung erhalten hat,
müssen Hauptgefreiter Peter
Holthaus und Stabsunter-
offizier Nico Berenz weiter-
hin genauestens auf ihren
Eigenschutz achten. Mit
FFP2-Maske, Einweghandschu-
hen, Schutzbrille, Händedes-
infektion bei jeder Gelegen-
heit, frischer Kleidung und
Einmalkittel bei direktem
Kontakt bleiben sie hoffent-
lich vor einer Ansteckung
geschützt und tun ihren
wichtigen Dienst im Kampf
gegen Corona.

20 000 Impfungen sind möglich, aber nur 3000 mal am Tag wird tatsächlich geimpft

Albrecht Broemme, ehemaliger Präsident des Technischen Hilfswerks und zuvor Leiter der Berliner Feuerwehr, hat innerhalb weniger Wochen sechs Impfzentren in Berlin aufgebaut. Im Interview betont er, dass die fürsorgliche Betreuung der Impflinge nicht vernachlässigt werden darf und welchen Stellenwert die Unterstützung der Impfkampagne in Berlin durch die Bundeswehr einnimmt.

Von Christine Hepner

Die Bundeswehr: Herr Broemme, am 21. Dezember meldeten Sie, dass alle sechs Berliner Impfzentren vorbereitet seien und Anfang Januar rechneten Sie mit einer Vollinbetriebnahme in vier Wochen. Das wäre jetzt, im Februar. Wie ist der aktuelle Stand?

Albrecht Broemme: Mangels genügend Impfstoffes sind wir von diesem Vollbetrieb leider noch weit entfernt. Es sind zurzeit nur drei von sechs Impfzentren in Betrieb, in dieser Woche soll das nächste in Betrieb gehen. Und wir können dadurch nicht die geplanten 20 000 Impfungen pro Tag in den Impfzentren durchführen, sondern sind zurzeit bei dreieinhalbtausend pro Tag.

Wann rechnen Sie damit, dass alle Impfzentren geöffnet sind und im Vollbetrieb arbeiten?

Wenn genügend Impfstoff da ist. An den Spekulationen, warum nicht genug kommt und wer im Bestellwesen Fehler gemacht hat, beteilige ich mich nicht. Ich freue mich über jede Lieferung, die kommt. Ich schöpfe die größte Kraft daraus, wenn ich in einem Impfzentrum bin, so wie zuletzt in der Messe, und sich viele Impflinge ausdrücklich vor Ort bedanken und sagen, dass sie so was gut Organisiertes von Berlin nie erwartet hätten.

Abgesehen von den Verzögerungen bei der Impfstoffproduktion: Fehlt es auch an anderen Dingen wie beispielsweise an Personal? Das Personal konnte bisher immer synchron mitgewonnen werden, dank des Engagements verschiedener Stellen, die dafür zuständig sind. Da sind die kassenärztliche Vereinigung für das Impfpersonal, die Pharmazeuten für die Herrichtung des Impfstoffes, was ja immer noch ziemlich kompliziert ist, da sind die Arbeitsgemeinschaften und Hilfsorganisationen mit der DLRG unter Leitung des DRK. Eine riesige Stütze ist die Bundeswehr, die auf Zuruf immer ganz tolle Leute bereitstellt, die gemeinsam mit den anderen Akteuren sehr gut funktionieren.

Denn es geht hier um mehr als darum, eine Spritze zu verabreichen. Auf die menschliche Betreuung kommt es ganz wesentlich an und das haben alle Beteiligten verstanden. Viele

haben Angst vor der Spritze, viele haben Angst, aus dem Haus zu gehen und diese Ängste muss man verstehen und die Menschen ein Stück abholen.

Sie sagten, auch die Bundeswehr sei in den Impfzentren eingebunden. Sind diese Soldaten aktuell aktiv oder stehen sie bereit für den Bedarfsfall?

Sie sind im Einsatz. In Berlin unterstützen Soldaten die Gesundheitsämter bei der Nachverfolgung, wir haben Soldaten, die die mobilen Impfteams unterstützen und Soldaten in den Impfzentren. In den Impfzentren sind das grob 150 bis 300 Soldaten, die dort Dienst tun. Sie werden eingesetzt bei der Unterstützung administrativer Aufgaben, bei der Datenerfassung und der Betreuung der Impflinge. Aber es ist überall ein Mischbetrieb, es gibt keine exklusiv der Bundeswehr vorbehaltene Aufgabe.

Kann die Bundeswehr flexibel auf Personalanforderungen reagieren?

Die Bundeswehr braucht immer einen kurzen Planungsvorlauf. Es wird manchmal gesagt, die müssten es am besten ein Jahr vorher wissen, das stimmt aber nun wahrlich nicht. Und wenn man eine Woche im Voraus wissen muss, wie viele Soldaten gebraucht werden, dann ist das nur recht und billig. Das ist auch das Pro-

blem bei den Impfstofflieferungen: Wenn mittwochs Lieferungen abgesagt werden, die für die kommende Woche geplant waren, dann ist das natürlich für alle Personalplanungen, auch bei der Bundeswehr, schwierig.

Wie wichtig ist die Unterstützung durch die Bundeswehr in einer solchen Extremsituation?

Ich habe mit der Bundeswehr ja schon gute Erfahrungen gemacht bei den Testzentren, die ich am Zentralen Omnibusbahnhof und am Hauptbahnhof geleitet habe. Da war die Bundeswehr immer eine verlässliche Stütze und ich habe mit den gut motivierten Soldaten nur beste Erfahrungen gemacht.

Was mich aber maßlos geärgert hat, ist, dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ursprünglich entschieden hatte, keinen Einsatz der Bundeswehr aus rein politischen Gründen zuzulassen. Dort, wo man das auch noch wirklich gut bräuchte, allein um diese Mengen zu bearbeiten, wird aus politischen Gründen die Bundeswehr abgelehnt. Ich wundere mich, dass es da nicht mehr Druck auch von der Politik gegeben hat. So etwas dürfen wir gesellschaftlich nicht hinnehmen. Bei all dem Engagement, das die Bundeswehr in Berlin und bundesweit zeigt, können wir uns solche politischen Entgleisungen nicht erlauben!



Albrecht Broemme im Oktober 2020 im temporären Corona-Behandlungszentrum auf dem Berliner Messegelände. Dort helfen Soldaten bei der Rückverfolgung von Infektionsketten.



Der pharmazeutisch-technische Assistent Stabsfeldwebel Norman Gill bereitet Impfstoff gegen eine Corona-Infektion für die Verwendung vor.

Sanitätskräfte geben trotz des Mangels an Impfdosen ihr Bestes

Einst waren hier ein Supermarkt und ein Kino untergebracht. Jetzt befindet sich im Gebäude mitten in Pasewalk in Vorpommern eines der vielen Impfzentren, in denen die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe unterstützt. Wir haben uns vor Ort angeschaut, wie der Kampf zur Eindämmung der Corona-Pandemie im äußersten Nordosten Deutschlands abläuft.



Ulrich Becker (82) wird durch Stabsunteroffizier Anne Peters im Pasewalker Impfzentrum empfangen.

Fotos: Kruse/DBwV

Besonders gefährlich ist das Coronavirus aus Sicht der Experten für ältere Menschen. Deshalb stehen sie bei der derzeit laufenden Impfkampagne zusammen mit anderen Hochrisikogruppen mit an erster Stelle. So wie beispielsweise Irma und Ulrich Becker. Beide sind über 80 Jahre alt, im Impfzentrum in der Pasewalker Innenstadt wollen sie sich an diesem Februartag vor einer Infektion schützen lassen. Betrieben wird die Einrichtung im Rahmen der Amtshilfe von der Bundeswehr, die bis zu 26 Impfzentren bereitstellt. Das Besondere: Ausschließlich Personal des Sanitätsdienstes der Bundeswehr aus Mecklenburg-Vorpommern sowie Kameraden des Panzergrenadierbataillons 411 als „helfende Hände“ sind hier im Einsatz, wie Oberfeld-

arzt Peter Arndt informiert. Er ist Leiter des Impfzentrums im vorpommerschen Pasewalk und der Sanitätsstaffel Einsatz im nahe gelegenen Torgelow.

Prozedere ist klar strukturiert

Für unser Verbandsmagazin erläutert der Mediziner den Ablauf, der wie für Irma und Ulrich Becker auch für alle anderen Impfungen gilt. Zu einem vereinbarten Termin betreten sie über einen Seiteneingang das Gebäude. Nach einem Infektscreening geht es weiter zur Anmeldung. Diverse Formulare sind hier auszufüllen, doch es geht um weit mehr als „Papierkram“. Insbesondere das Aufklärungsgespräch mit dem Patienten und die Anamnese, also die Aufnahme medizinisch relevanter Informationen zu seiner Krankengeschichte, stehen im Mittelpunkt, erläutert Oberfeldarzt Arndt. Für die beiden Senioren aus Lübs bei Ueckermünde könnte es danach weiter in einen Wartebereich gehen, beide können aber gleich weiter zur Ärztin. Warum der Aufenthaltsraum an diesem Tag leer ist, wird Peter Arndt später erläutern.

In einem kurzen Aufklärungsgespräch (Arndt: „Das muss zwingend von einem Arzt geführt werden“) geht es dann weiter zur nächsten Station. Hier heißt es: Ärmel hoch, Impfung, Pflaster drauf, fertig. Doch fertig sind die Impfungen noch nicht ganz. Bevor sie das Pasewalker Impfzentrum am anderen Ende des Gebäudes wieder verlassen können, müssen sie sich für eine Viertel- bis zu einer halben Stunde zur Nachbeobachtung einfinden. In einem weiteren abgetrennten Bereich können sie dafür Platz nehmen. Über einen Beamer werden Fernsehsendungen zur Ablenkung gezeigt. Und medizinisches Fachpersonal der Bundeswehr beobachtet genau, ob es Probleme gibt. Für den sehr unwahrscheinlichen „Fall der Fälle“ ist vorgesorgt, so Arndt, und er verweist auf den voll ausgerüsteten Notfallbereich. Auch für die direkte Zufahrtsmöglichkeit eines Rettungswagens ist gesorgt. Gebraucht wurde der aber im Pasewalker Impfzentrum noch nicht, und auch Irma und Ulrich Becker können wieder nach Hause.

Nur eine von drei Impfstraßen in Betrieb

So wie die beiden könnten vor Ort täglich viel mehr Menschen geimpft werden, als es tatsächlich der Fall ist. An drei Impfstraßen parallel kann das Fachpersonal des Sanitätsdienstes tätig sein, an diesem Februartag ist es aber nur eine. Wie in ganz Deutschland ist fehlender Impfstoff auch in Pasewalk ein Problem: „Er ist noch nicht in so ausreichender Menge verfügbar, dass wir hier unter Volllastbetrieb unser maximal Mögliches leisten könnten“, so Oberfeldarzt Arndt. Er zeigt sich jedoch optimistisch, dass sich die Lage in den nächsten Tagen und Wochen verbessert.

Dann rechne er auch damit, dass der

Nach der Impfung versorgt Oberfeldweibel Saskia Jadzinski die Impfstelle am Oberarm von Ulrich Becker mit einem Pflaster.



Wartebereich doch noch gebraucht und genutzt wird. Und dann werde die Bundeswehr auch das eingeplante Personal von 26 Kameraden und Kameradinnen plus Leiter einsetzen. An diesem Februartag sind es 15.

Erinnerung an turbulente Zeiten

Im Großen und Ganzen ist Arndt, der seinen Dienst in Torgelow Anfang Oktober 2020 mitten in der wiederauflebenden Corona-Pandemie aufgenommen hat, mit dem bisherigen Betrieb des Pasewalker Impfzentrums zufrieden. Nach einem Probebetrieb Ende Dezember hatte es Mitte Januar den Regelbetrieb aufgenommen. Gleichzeitig betont er, dass es auch turbulente Zeiten waren, in denen sich nahezu täglich das Lagebild verändert hat. Wie wird geimpft? Welcher Impfstoff kommt? Wann wird er zugelassen? Und wann ausgeliefert? Bei einer weltweiten Pandemie sei das aber nicht ungewöhnlich. Das alles habe ihn und sein Team aber vor große organisatorische und logistische Herausforderungen gestellt. „Zum einen war die Einrichtung rechtzeitig zum Impfstart zu beziehen, zum anderen ging es um die konzeptionelle und personelle Planung“, blickt der 34-Jährige zurück. Doch schließlich habe alles gut geklappt.

Und er betont noch einmal die Bedeutung der Impfzentren. Schließlich drohe vor allem älteren Menschen bei einer COVID-19-Erkrankung ein schwerer Verlauf und die Gefahr, an Corona zu sterben.

Sehr gute Kooperation von ziviler und militärischer Seite

Dass, wie an vielen Orten in Deutschland, auch in Pasewalk die Amtshilfe zwischen Landkreis und Bundeswehr sehr gut funktioniert, führt er teilweise auf die Region zurück. „Mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald haben wir eine enge partnerschaftliche Zusammenarbeit aufbauen können“, schätzt der

Sanitätsoffizier ein. Schon vor dem Start des Impfzentrums habe es im Rahmen der Abstrichzentren eine gute Kooperation gegeben.

Optimierungsbedarf sieht Oberfeldarzt Arndt aber ebenfalls. „Wir sind zwar schon auf einem sehr, sehr guten Level. Aber sowohl auf Landkreis- wie auch auf Bundeswehrseite sind wir stetig bemüht, noch besser zu werden“, sagt er und nennt kleinere Abstimmungen in der Koordination als Beispiel. Bei derartigen Großvorhaben sei das aber normal.

Für Arndt ist die Leitung des Pasewalker Impfzentrums übrigens nicht die einzige Aufgabe in diesen Tagen. Zusätzlich muss sich der Neubrandenburger auch um seinen üblichen Dienst kümmern. Hauptfeldweibel Tom Kitzrow steht ihm deshalb als Organisator zur Seite. Der 32-Jährige kümmert sich um alles, was außerhalb des medizinischen Betriebs geplant und beachtet werden muss. Als eine Art „Mini-Spiß“ kümmert er sich unter anderem um das Personal und weist es ein, koordiniert die Mahlzeiten des Teams und betreut die externen Besucher im Impfzentrum Pasewalk.

Oberfeldarzt Peter Arndt ist Leiter der Sanitätsstaffel Einsatz in Torgelow und des Impfzentrums der Bundeswehr im vorpommerschen Pasewalk.

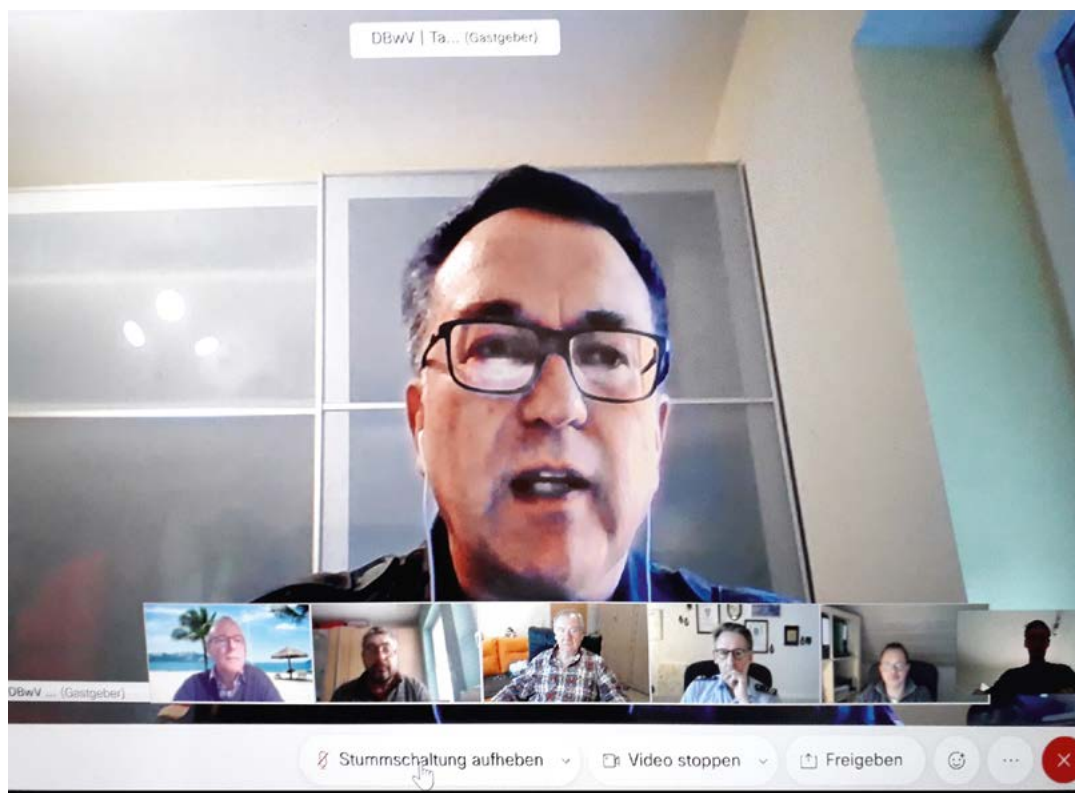


Fotos: Kruse/DiW

Pandemie kann Basisarbeit nicht stoppen

Mit dem Beginn der Corona-Krise musste auch die Kameradschaftsarbeit neu organisiert werden. Zwar gingen mit den Regelungen zur Eindämmung der Virusausbreitung viele Einschränkungen einher, doch diese konnten die DBwV-Basisarbeit lediglich etwas bremsen, aber nicht stoppen. Wie das gelungen ist, aber auch, wo besonders der Schuh drückt, berichten Mandatsträger aus den vier Landesverbänden.

Foto: DBwV/Andeh



Anfangs gewöhnungsbedürftig, mittlerweile Alltag: Videokonferenzen sind ein Mittel, um die Verbandsarbeit am Laufen zu halten.

der Corona-Beschränkungen ausfallen. „Aber wir sind lieber vorbereitet, als spontan etwas aus dem Hut zaubern zu müssen.“ Das gelte auch für dieses Jahr. Die Planung der KERH Würzburg/Veitshöchheim inklusive einer gemeinsamen Reise steht. Ob jedoch alles umgesetzt werden kann, hänge nun vom weiteren Pandemieverlauf ab.

Gelebte und ganz praktische Kameradschaft

Ähnliches wird aus dem LV Ost berichtet. Von einem zunehmenden Isoliertheitsgefühl der Mitglieder, vor allem innerhalb von Familie und Freundeskreis, spricht wie Schneider auch Oberst-

Es sind die vielen engagierten Mitglieder und Mandatsträger, die das DBwV-Leben vor Ort am Laufen halten und seit Monaten der Corona-Krise trotzen. Zu ihnen gehört Feldweibel d.R. Siegbert Schneider. Er ist Vorsitzender der rund 500 Mitglieder zählenden KERH Würzburg/Veitshöchheim im Landesverband (LV) Süddeutschland. Nach seiner Einschätzung sind gut ein Jahr Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Auflagen und Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Virusverbreitung nicht spurlos an den Angehörigen seiner Kameradschaft vorübergegangen. Viele, vor allem Alleinstehende, seien schon sehr einsam, sagt der 68-Jährige. Doch vom Verband werden sie nicht alleingelassen. „Uns war und ist es wichtig, den Kontakt zu halten“, sagt Schneider. Unter Einhaltung aller Auflagen wurden beispielsweise Ehrungen persönlich vorgenommen. Aber auch bei der Organisation von Impfterminen stehe man den Mitgliedern gern zur Seite. Also nichts Besonderes eigentlich, wehrt er ab. Schneider weiß aber auch,

wie wichtig dieses persönliche Füreinanderdasein für den Einzelnen ist.

„Wir sind lieber vorbereitet, als spontan etwas aus dem Hut zaubern zu müssen.“

Feldweibel d.R. Siegbert Schneider

Zu spüren sei dies beim jüngsten Sommerfest – organisiert zwischen den Lockdowns – gewesen. „Das war sehr gut besucht, was zeigt, wie wichtig die Nähe und direkte Kommunikation ist und in Zeiten von Corona stark vermisst wird“, schätzt Schneider ein. Das sei auch bei einer Ausflugsfahrt nach Bad Sinsheim zu spüren gewesen. Weihnachtsfeier und Neujahrsempfang waren zwar ebenfalls schon organisiert, mussten dann aber doch wegen

leutnant a.D. Horst Matschey. Der Vorsitzende der KERH Strausberg kann aber wie sein Kamerad aus Franken resümieren: „Die DBwV-Arbeit an der Basis läuft.“ Und das auf ganz persönlicher Ebene beispielsweise beim Einkaufen. „Ein Ehepaar, beide über 80 Jahre alt und beide DBwV-Mitglied, habe ich zum Impfen nach Schönefeld gefahren“, nennt er ein weiteres Beispiel der gelebten – und ganz praktischen – Kameradschaft.

Gerade in dieser herausfordernden Zeit erweise sich das Strausberger KERH „Füreinander-Miteinander“ als richtig und wichtig. „Die Uneigennützigkeit des Füreinander-einstehens ist in der Basiskameradschaft ehrenamtliche Sache. Nicht nur die persönliche Übergabe von Treueurkunden, das zeitgerechte Gratulieren zu runden Geburtstagen und Jubiläen, sondern auch die kameradschaftliche Zusicherung von Unterstützung im Bedarfsfall gehören zum täglichen Leben“, sagt Matschey. Auch die Schattenseite des Lebens – der Tod von Mitgliedern – müsse erwähnt werden. „Denn in den meisten Fällen wenden sich die Hinterbliebenen an uns als

Ansprechpartner, um Unterstützung zu administrativen Fragen zu erhalten, die Präsenz des DBwV ist zur Beisetzung oft ausdrücklich erwünscht. Die Unterstützung des Kreisseniorenbeirats im Landkreis Märkisch-Oderland ist ein Hauptanliegen, um die Isolation unserer Senioren abschwächen zu helfen.“

„Ab März gibt es monatlich auch eine Videosprechstunde für die Mitglieder.“

Oberstleutnant a.D. Horst Matschey

Da mit wenigen Ausnahmen keine Präsenzveranstaltungen möglich waren und sind, setzen die Strausberger wie die anderen DBwV-Kameradschaften auch auf neue Wege. Mit insgesamt acht Rundbriefen allein im vergangenen Jahr seien die rund 350 Mitglieder auf dem Laufenden gehalten worden, berichtet Matschey. Ebenso hätten sie sich über die DBwV- sowie die Kameradschaftswebsite informieren können, hebt er hervor. Und das Thema Online werde weiter wichtig bleiben.

„Neben den Vorstandssitzungen per Videokonferenz gibt es ab März monatlich auch eine Videosprechstunde für die Mitglieder“, informiert der Kameradschaftsvorsitzende. Ihm und seinen Mitstreitern ist schließlich eines auch für die Zukunft besonders wichtig: „Unsere Kontakte untereinander haben wir bislang nicht verloren, und das soll auch so bleiben.“ Wie beim Sommerfest der KERH Würzburg/Veitshöchheim hat auch eine Präsenzveranstaltung in Strausberg gezeigt, wie sehr sich die Menschen nach persönlichen Treffen sehnen. Zur Wahlversammlung Mitte September seien merkbar mehr Kameraden gekommen als üblich, blickt Matschey zurück.

Zugleich ist ihm anzumerken, dass eine Sache ihn besonders schmerzt. Denn eigentlich hätte die KERH Strausberg Mitte November einen runden und ganz besonderen Geburtstag feiern können. Vor 30 Jahren war sie als erste Kameradschaft des DBwV in den damals neuen Bundesländern gegründet worden. Dieses Ereignis solle nun am 22. Juni im Rahmen einer Mitgliederversammlung gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden André Wüstner angemessen gewürdigt werden, blickt Host Matschey voraus.

Pilotprojekt durchgeführt

Der sKERH Wittmund im LV Nord ist in den vergangenen Monaten eine besondere Rolle zugekommen. Quasi als Pilotprojekt wurde vorbildlich durchgezert, wie Brief-

Bei einem „Meet & Grill“ der StoKa Koblenz/Lahnstein im Sommer konnte deren Vorsitzender Oberstleutnant Michael Schwab (r.) auch den DBwV-Bundesvorsitzenden Oberstleutnant André Wüstner begrüßen.



Foto: DBwV/Arleth

Mitte August 2020 konnte die KERH Wittmund ihre Mitgliederversammlung durchführen. Zu diesem Zeitpunkt war dies gemäß niedersächsischer Verordnung so möglich.



Foto: DBwV

wahlen durchgeführt werden können (wir berichteten). „Die OrgWeisung hatte die Grundlagen gegeben. Darüber hinaus konnten viele Verbesserungen und Ausführungsanleitungen gemeinsam mit dem Justiziar und der Bundesgeschäftsstelle erarbeitet und dann in die OrgWeisung eingefügt werden, sodass bundesweit andere Kameradschaften davon profitieren konnten“, erinnert sich der sKERH-Vorsitzende Hauptfeldwebel a.D. Ulrich Peise. Und noch Weiteres konnten die Wittmunder trotz Corona organisieren. Nach dem Ende des ersten Lockdowns habe eine Mitgliederversammlung stattfinden können. „Wie in den niedersächsischen Verordnungen vorgeschrieben, haben wir die Mitgliederzahl von fünfzig Teilnehmern ohne Probleme eingehalten und die Delegiertenwahl für die Hauptversammlung durchgeführt.“ Auch die eine oder andere Vorstandssitzung habe ebenso reibungslos organisiert werden können.

Doch auch im hohen Norden fehlten in den vergangenen Monaten die persönlichen Kontakte mit den Mitgliedern. „Geburtstagsgrüße und Ehrungen konnten nur per Post oder Telefon ausgesprochen werden oder wurden erst einmal bis zur Aufhebung des Lockdowns herausgeschoben. Die Stimmung ist natürlich sehr unterschiedlich, da jeder diese Einschränkungen anders aufnimmt. Aber besonders im Bereich der Familien ist es schwierig“, resümiert Peise. Ihm fehle eine klare Linie der Bundesregierung in Bezug auf die

Einschränkungen. („Immer nur scheinbar Salami-Taktik, anstatt einmal richtig einzugreifen.“) Auch die Impfsystematik („ein Beispiel: In einem Altenwohnheim wird fleißig getestet. In der direkt angeschlossenen Kita, die auch das Mittagessen aus dem Altenwohnheim bekommt, wird gar nichts gemacht“) und die dazugehörige Informationspolitik könne er nicht nachvollziehen.

„Man muss jemandem auch in die Augen schauen können.“

Hauptfeldwebel a.D. Ulrich Peise

Von der Pandemie stoppen lasse er sich persönlich in seinem Ehrenamt nicht: „Ich bin jetzt seit über zehn Jahren in der sKERH Wittmund im Vorstand und war es Ende der 80er bis 1991 schon einmal im nordfriesischen Leck. Das prägt und es ist für mich eine Berufung, mich für unsere Kameraden einzusetzen. Daran ändert auch die Corona-Pandemie oder der Lockdown nichts.“ Mit diesen Worten spricht er stellvertretend aus, was auch die anderen Mandatsträger in ihrem Amt motiviert.

Und wie ihnen ist Peise eines besonders

Stabsfeldwebel a.D. Ekkehard Wien, Rechtsanwalt Werner Nied und Feldwebel d.R. Siegbert Schneider (v.l.) während einer Informationsveranstaltung der KERH Würzburg/Veitshöchheim zum Thema „Erben und Vererben“ im Oktober 2020

Foto: DBwV



Abstand halten ist eines der Gebote zur Eindämmung der Corona-Pandemie – dies galt auch bei der jüngsten Vorstandswahl der KERH Strausberg. Von links: Hauptmann a.D. Steffen Braun, Oberstleutnant a.D. Horst Matschey und Oberstleutnant a.D. Klaus Eckert

Foto: DBwV



wichtig. „Definitiv sind gerade bei uns Ehemaligen die Präsenzversammlungen nicht wegzudenken und unbedingt erforderlich. Man muss seinem Gegenüber nicht nur sein Ohr leihen, sondern +auch in die Augen schauen können. Nur dann ist man ehrlich“, sagt er. Deshalb hoffen er und seine sKERH, baldmöglichst wieder persönliche Treffen durchführen zu können. Mitgliederbriefe seien zwar eine der Möglichkeiten, miteinander zu kommunizieren, leider aber doch zu unpersönlich und nicht ausreichend. Etwas ganz Elementares sei aber im Umgang mit Corona gelungen: „Die wichtigste Erfahrung ist, dass die Kameradschaft nicht auseinanderbricht und Kameraden ‚verloren gehen‘.“

Strenge dienstliche Hygieneauflagen als Maßstab

Auch im LV West versuchen die vielen engagierten Mitglieder und Mandatsträger, die DBwV-Arbeit trotz der Corona-Auflagen bestmöglich am Laufen zu halten. Oberstleutnant Michael Schwab ist einer von ihnen, und das in einer Doppelfunktion: Er ist sowohl Vorsitzender des Bezirks 8 im Landesverband West als auch Vorsitzender der Standortkameradschaft Koblenz/Lahnstein. Letzterer ist es im Herbst vergangenen Jahres sogar gelungen, ein Informationsseminar für angehende Pensionäre zu organisieren (wir berichteten).

„Die erste Schwierigkeit bei der Organisation des Seminars war, dass im Zuge der

Vorbereitungen gar nicht absehbar war, ob überhaupt und unter welchen konkreten Bedingungen das Seminar durchgeführt werden könnte. Die Hygieneauflagen sowie die Corona-bedingten Einschränkungen änderten sich ja rasant“, erinnert sich Schwab. Obwohl in der damals noch geöffneten Gastronomie ein strenges Hygienekonzept vorgeschrieben war, sei für ihn klar gewesen, die deutlich strengeren dienstlichen Hygieneauflagen zum Maßstab zu nehmen. „Deshalb konnten nur 55 Teilnehmer, sonst sind es im Schnitt mehr als 80, dabei sein, und ich musste Anmeldungen von Kameradinnen und Kameraden zum Schluss ablehnen und sie auf dieses Jahr vertrösten.“ Von denen, die teilnehmen konnten, wurde aber besonders hervorgehoben, „dass wir überhaupt etwas angeboten hätten – gerade in dieser schwierigen Zeit, wo viele Maßnahmen abgesagt oder gekürzt wurden“, so Schwab. Das gelte auch für den Besuch von Oberstleutnant André Wüstner in Koblenz im Sommer. Beim „Meet & Grill“ mit dem Bundesvorsitzenden in der Falkenstein-Kaserne waren 70 Kameraden dabei – mehr ließen die damaligen Hygieneauflagen nicht zu, auch wenn das Interesse an der Veranstaltung groß war.

Momentan sind Online-Videokonferenzen, wie auch in den anderen DBwV-Kameradschaften, ein wichtiges Kommunikationsmittel in der StoKa Koblenz/Lahnstein. „Mit Bild ist der Austausch persönlicher als nur per Telefon. Allerdings ist auch klar: das Vereins-

leben, vor allem gepflegt in den KERH, lässt sich dadurch nicht ersetzen. Im Gegenteil, je weniger soziales Miteinander mit direkten Begegnungen, desto mehr leidet das soziale Gefüge. Wir haben es in den vergangenen Monaten erlebt“, pflichtet er den Mandatsträgern aus den anderen Landesverbänden bei. Schwab kann Online-Konferenzen aber mit Blick in die Zukunft etwas Positives abgewinnen, „denn auch in normalen Zeiten spart man sich Fahrtwege und -zeiten zu den Sitzungsorten. Ein erfreulicher, ökologischer Nebeneffekt sozusagen.“

Klar sei aber auch, dass technische Hilfsmittel das soziale Miteinander, das Zusammenkommen an einem Ort nicht ersetzen können. Pausengespräche oder das abendliche Zusammensein bei mehrtägigen Veranstaltungen ließen sich nicht virtuell simulieren.

„Vorsorge treffen heißt auch, in Strukturen zu investieren.“

Oberstleutnant Michael Schwab

Mit Blick auf die vergangenen Monate sieht Michael Schwab sowohl Positives als auch Kritikwürdiges. „Was mich beeindruckt, ist das Engagement von vielen Kameradinnen und Kameraden im Zuge der Amtshilfe, vor allem diejenigen, die gerade zu Beginn dieser Einsätze ohne Impfschutz in Einrichtungen und anderen Stellen eingesetzt waren und dort tolle Arbeit leisten. Das Feedback und die Dankbarkeit der Menschen, denen wir helfen können, tut uns gut, motiviert und wird von den Beteiligten sehr positiv bewertet“, sagt er. Offensichtlich sei jedoch, dass die Bundeswehr im Zuge der Einplanung und Zuweisung von Impfstoff vergessen worden sei. „Und das nicht, weil wir in der Organisation etwas verschlafen hätten! Das ist ein Vorwurf in Richtung der politischen Entscheidungsträger, die die Bundeswehr dann aber schnell und häufig als Helfer in der Not zum Einsatz gebracht haben“, kritisiert er.

Für die Zukunft erhofft sich der aktive Soldat ein „lessons learned“ aus der Corona-Krise. „Vorsorge treffen heißt auch, in Strukturen zu investieren, die vielleicht im Moment nicht gebraucht werden, aber im Fall der Fälle bereitstehen“, betont er. „Ich hoffe, dass wir uns bewusst werden, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist und wir aufhören, alles nach wirtschaftlichen Effizienzkriterien zu beurteilen.“ Mit Blick auf die Bundeswehr zeige sich, dass der eingeschlagene Weg der Digitalisierung, wo möglich und notwendig, noch konsequenter vorangetrieben werden müsse.

Klares Ja zur Impfung vor dem Einsatz

Wie geht es den Kameraden in den Auslandseinsätzen mit den dort bestehenden Einschränkungen durch Corona? Wir befragten unsere Ansprechpartner im Auslandseinsatz in Afghanistan, im Südsudan und bei UNIFIL zur Stimmung vor Ort.



Eine Patrouille im Rahmen der Mission United Nations Mission in South Sudan, kurz UNMISS.

Resolute Support: Besser als in Deutschland

In Masar-e-Sharif ist nach Ankunft und der bereits in Deutschland durchgeführten 14-tägigen isolierten Unterbringung keine weitere Quarantäne vorgesehen. Die Soldaten tragen eine Mund-Nasen-Bedeckung und der Zutritt in den jeweiligen Betreuungseinrichtungen ist begrenzt. Die Sporthalle und Fitnessräume sind geschlossen, Ergometer und Spinning-Bikes können aber im Freien genutzt werden. Unser Ansprechpartner vor Ort: „Eine Impfung in den jetzigen Einsatzgebieten wäre schnellstens vonnöten. Zusammenfassend sind viele Soldaten der Meinung, dass es uns in Masar-e-Sharif in Bezug auf Corona viel besser geht als in Deutschland. Mit Abstandsregeln und mit Zutrittsbegrenzungen sowie der damit verbundenen Staffelung von Teilnehmern konnte hier sogar ein Weihnachtsmarkt stattfinden.“

UNMISS: Quarantäne vor Entsendung

Während die 14-tägige Quarantäne vor Entsendung in den Einsatz bei Kontingenten, die anschließend mit Bundeswehr-Luftfahrzeugen in das Einsatzland fliegen, durchaus Sinn macht, ist diese Vorgehensweise bei den Einzelabstellungen sinnlos. Nach der Quarantäne in Deutschland verlegt dieses Personal mit kommerziellen Fluggesellschaften in das jeweilige Einsatzland – allein dadurch ist die vorherige Quarantäne obsolet. Also müs-

sen Einzelabstellungen bei UNMISS für 14 Tage in Juba in Quarantäne. Dies führt zu einer deutlichen psychischen Belastung der Soldaten und ihrer Angehörigen.

Da insbesondere die Militärbeobachter in stetigem Kontakt mit der lokalen Bevölkerung und den Soldaten anderer Nationen ständen, wäre eine Impfung wünschenswert, sagt unser Ansprechpartner. Corona sei zwar in den Köpfen der Menschen im Südsudan angekommen, diene aber eher als zusätzliche Einnahmequelle der Regierung. Man dürfe nicht vergessen, dass allein durch Malaria wesentlich mehr Menschen im Südsudan sterben als an Corona, hinzu kämen noch Cholera und Typhus.

UNIFIL: Kontaktlose deutsche Welt

Für den UNIFIL-Einsatz gibt es zwei unterschiedliche Verfahren für die Einsteuerung nach Zypern und in den Libanon: Nach Zypern reicht die 14-tägige Isolation in Deutschland, die in den Libanon gehenden Soldaten müssen für weitere 14 Tage in die Isolation vor Ort. Bei der Einsatzvorbereitung würden die Reservisten gerne vergessen, auch die isolierte Unterbringung in einem Hotel in Hannover sei erst sehr kurzfristig mitgeteilt worden, berichtet unser Ansprechpartner vor Ort. „Ansonsten leben wir hier weiter in der kontaktlosen deutschen Welt. Damit wir nicht einen Vorfall bekommen, dürfen wir uns nur zwischen der Unterkunft und der Arbeitsstelle

Foto: picture alliance/dpa

Foto: Bundeswehr/Schachel



Zwei Soldaten des deutschen Einsatzkontingents Resolute Support befestigen ein Kfz-Zeichen an einem Fahrrad.

bewegen. Die Aussicht ist nicht besser, da wir hier nicht geimpft werden können. Eine Impfung vor dem Einsatz wäre ratsam.“

UNMISS: Gesamte Basis abgeriegelt

Nachdem im Field Office in Bor Anfang Juni der erste Fall von Corona auftrat, wurde die gesamte Basis abgeriegelt und nur die essenziell notwendigen Bewegungen waren erlaubt. In dieser Zeit waren auch alle sozialen Einrichtungen wie Kantinen, Fitnessraum, Friseur, Basketballfeld gesperrt. Gearbeitet wurde von der Unterkunft aus und der tägliche Kontakt zu den sudanesischen Streitkräften erfolgte per Telefon. Nach acht Wochen wurden die Maßnahmen langsam wieder gelockert, zuletzt war nur noch der Friseur geschlossen.

Über seine Rückreise aus dem Einsatzland nach Deutschland berichtet unser Ansprechpartner: „Das klappte alles hervorragend. Meinen PCR-Test in Juba konnte ich weniger als 48 Stunden vor Ankunft in Deutschland machen, sodass dieser bei Einreise noch gültig war. Einzig, dass Soldaten nicht die digitale Einreiseanmeldung nutzen können, sorgte bei der Einreisekontrolle für ein wenig Verwirrung. Hier gibt es deutlichen Verbesserungsbedarf, insbesondere, was die Digitalisierung angeht. Wobei ebenfalls anzumerken ist, dass die entsprechende Weisung des Einsatzführungskommandos nur für Einsatzkontingente anwendbar ist – Einzelabstellungen sind in der Weisung nur ein Appendix und die für sie anzuwendenden Verfahren nur rudimentär beschrieben.“ **DBwV**

Eine Pandemie ohne Grenzen ist nur im gemeinsamen Ansatz überwindbar

Ein Gastbeitrag von EUROMIL zum Umgang mit der COVID-19-Pandemie in den europäischen Streitkräften



In Neapel sind im November 2020 italienische Soldaten im Rahmen großangelegter Corona-Tests eingesetzt.

Foto: picture alliance/abaca

gehörige der Streitkräfte vor besonderen Herausforderungen: Es herrschte Mangel an Schutzausrüstung und medizinischen Teams sowie an gesundheitsbezogenen Daten. Lange Arbeitszeiten und erschwerte Vereinbarkeit von Beruf und Familie kamen hinzu. Außerdem wurde COVID-19 nicht als Berufskrankheit anerkannt. Schulungen wurden abgesagt, was die die Bereitschaft beeinträchtigte, und es gab keine Lehrgänge oder Vorbereitungen

„EUROMIL und seine Mitgliedsverbände erkennen an, dass die Streitkräfte die Bevölkerung in Krisenzeiten unterstützen müssen. Wir fordern jedoch auch den Schutz derer, die schützen!“

Vor einem Jahr hätte kaum jemand geglaubt, dass es sich heute, Anfang 2021, immer noch um ein Virus handelt, welches trotz der andauernden globalen Bemühungen es einzudämmen, schwer zu kontrollieren ist. Das Virus und die damit einhergehende Pandemie beherrschen seit fast einem Jahr unsere Gesellschaft und unser Leben.

Auch für unsere Streitkräfte hat COVID-19 neue Herausforderungen geschaffen. Seit Beginn der Pandemie hat EUROMIL die Rolle der verschiedenen europäischen Streitkräfte bei der Bekämpfung des Virus sowie der Unterstützung der Zivilbehörden und der Bevölkerung genau beobachtet. Sobald klar wurde, dass diese Gesundheitskrise mehr als nur ein kurzlebiges Phänomen unserer Geschichte sein würde, ergriff EUROMIL die Initiative, um Informationen über den Einsatz der Streitkräfte im Rahmen der Pandemie zu sammeln. Diese Informationen (von Mitgliedsverbänden und internationalen Organisationen) sind auf der EUROMIL-Website unter <https://bit.ly/3qBwAt2> öffentlich verfügbar. Darüber hinaus wurden intern und in Zusammenarbeit mit DCAF (Geneva Centre for Security Sector Governance) und OSZE-ODIHR (OSZE Office for Democratic Institutions and Human Rights) verschiedene Online-Diskussionen organisiert, unter anderem zum Recht der Angehörigen der Streitkräfte auf Gesundheit.

In fast allen europäischen Ländern haben die Streitkräfte zivile Behörden logistisch und medizinisch unterstützt. Sie wurden beauftragt, medizinische Versorgung zu transportieren, Feldkrankenhäuser einzurichten, persönliche Schutzausrüstung zu verteilen und medizinische Ausrüstung und Personal bereitzustellen. Darüber hinaus wurden Soldatinnen und Soldaten in einigen Ländern aufgefordert, Sperrmaßnahmen durchzusetzen oder andere Aufgaben wie die Desinfektion öffentlicher Plätze, die Durchführung von Tests oder den Transport von Leichen zu übernehmen.

Insbesondere während der ersten Welle der COVID-19-Pandemie standen An-

auf die neuen Aufgaben. Auch Menschenrechtsverletzungen und mangelnder sozialer Dialog waren festzustellen. Der mentale Druck war in diesem Zusammenhang besonders hoch.

EUROMIL und seine Mitgliedsverbände erkennen an, dass die Streitkräfte die Bevölkerung in Krisenzeiten unterstützen müssen. Wir fordern jedoch auch den Schutz derer, die schützen! Einige europäische



Foto: picture alliance/abaca

Soldaten der französischen Armee unterstützen im April 2020 beim Transport medizinischer Ausrüstung im Sainte-Anne Hospital in Paris.

Streitkräfte sind nicht mehr offiziell an der Bekämpfung von COVID-19 beteiligt, andere leisten weiterhin Amtshilfe, ihr Personal erhält jedoch keine angemessene Betreuung oder Unterstützung. Dies wirkt sich negativ auf Moral und Motivation und folglich auch auf die Betriebsbereitschaft aus. EUROMIL erinnert daran, dass das Militär ohne die Männer und Frauen in Uniform nicht funktionieren kann. Wir bestehen darauf, dass Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des Personals von entscheidender Bedeutung für unsere kollektive Sicherheit sind. Wenn die Soldaten wissen, dass sie und ihre Familie gut versorgt werden, wirkt sich das positiv auf ihre Motivation und Einsatzfähigkeit aus.

EUROMIL ist der Ansicht, dass es höchste Zeit ist, klare Lehren aus der COVID-19-Pandemie zu ziehen: Die Streitkräfte müssen nicht nur auf nachfolgende Wellen, sondern auch auf künftige Pandemien besser vorbereitet werden. Daher fordern wir die politischen und militärischen Entscheidungsträger auf, ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Angehörigen der Streitkräfte zu respektieren und gleichzeitig das gute Funktionieren ihrer Streitkräfte in Krisenzeiten und darüber hinaus sicherzustellen. Ohne die Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte beeinträchtigen oder kürzlich eingesetzte Strategien kritisieren zu wollen, hat EUROMIL kürzlich einen Aufruf zum Schutz europäischer Truppen im Ausland gestartet: <https://bit.ly/3ucWB4n>. Mehr als bei jedem anderen Thema ist in diesem Zusammenhang klar, dass ein internationaler Ansatz unter anderem für eine Impfstrategie nicht nur gerechtfertigt ist, sondern auch eine moralische Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft darstellt, unter deren Flagge Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

Ein Virus kennt keine Grenzen, keine Sprache, keine Nationalität, Rasse oder Hautfarbe. Die Herausforderung ist global und betrifft jeden von uns. Wir als Angehörige der Streitkräfte müssen daher koordiniert vorgehen. Eine Pandemie ohne Grenzen kann nicht mit einer Politik innerhalb (nationaler) Grenzen überwunden werden! Dies ist auch das Ziel von EUROMIL, sowohl in dieser Krise als auch in anderen Situationen: zusammenarbeiten und Erfahrungen austauschen.



Ein Soldat nimmt bei einer der ersten Amtshilfemaßnahmen im März 2020 Abstriche im Diagnosezentrum der Corona-Teststation Landau.

Ein Jahr Bundeswehr-Corona-Hilfe: Eine beachtliche organisatorische Leistung der Streitkräftebasis

Die Corona-Hilfe ist der größte Hilfeleistungseinsatz in der Geschichte der Bundeswehr. Die zivil-militärische Zusammenarbeit der Streitkräftebasis hat sich in dieser nationalen Krise bewährt.

Von **Oberstleutnant
Stephan-Thomas Klose**

Seit rund einem Jahr steht die Bundeswehr im Kampf gegen das Coronavirus. Anfang Februar vermeldete das Kommando Streitkräftebasis den 3000. bewilligten Antrag auf Amtshilfe. Bei Erscheinen dieser Ausgabe werden es bereits über 4000 bewilligte Anträge im Zusammenhang mit COVID-19 sein – mehr als jemals zuvor. Die Corona-Hilfe ist längst der größte Hilfeleistungseinsatz in der Geschichte der Bundeswehr. Von der schieren Anzahl der Amtshilfemaßnahmen, von ihrer zeitlichen Ausdehnung sowie von der Stärke des eingesetzten Personals lässt die Corona-Hilfe der Bundeswehr inzwischen auch die Flüchtlingshilfe der Jahre 2015 und 2016 weit hinter sich. Seit März 2020 hilft die Bundeswehr durch-

gehend mit einem Einsatzkontingent von ständig steigendem Umfang. Ständen dem Kontingent zunächst 15 000 Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung, so wurden die Kräfte im Zuge der zweiten Welle im Herbst 2020 zunächst auf 20 000 und im Februar 2021 auf 25 000 Männer und Frauen aufgestockt.

„Tragende Säule des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung“

Rund 18 000 Angehörige des Einsatzkontingentes „Hilfeleistung Corona“ sind zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Beitrags Mitte Februar in allen Bundesländern mit den unterschiedlichsten Aufgaben zur Bewältigung der Krise befasst. Sie leisten sanitätsdienstliche Unterstützung, helfen in Gesundheitsämtern, Krankenhäusern und Impfbetrieben oder in zunehmendem Umfang



Emmanuel
Jacob,
Präsident von
EUROMIL



Generalleutnant Martin Schelleis (r.) besucht am 29. Juni 2020 die Einsatzleitung für die Reihentestungen im Landkreis Gütersloh.

auch mit Corona-Schnelltests in Alten- und Pflegeheimen. Inhaltlicher Schwerpunkt ist mit über 5000 Kräften unverändert die Unterstützung bei der Kontaktnachverfolgung in über 300 der 381 deutschen Gesundheitsämtern. Zu einem zweiten Schwerpunkt haben sich seit Anfang Februar aber eindeutig die Schnelltests in Alten- und Pflegeheimen zum Schutz der Hochrisikogruppen und zur Entlastung des Pflegepersonals entwickelt. Auch hier unterstützten Mitte Februar rund 4000 Kräfte.

„Die Bundeswehr ist mit der Hilfeleistung Corona zu einer tragenden Säule des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung geworden“, sagte der Inspekteur der Streitkräftebasis und Nationale Territoriale Befehlshaber, Generalleutnant Martin Schelleis, bei seinem Besuch in einem Seniorenhaus in Meckenheim bei Bonn am 11. Februar.

Bundeswehr kann nicht kraft eigener Entscheidung aktiv werden

Vielen Menschen in Deutschland ist dieser umfassende Beitrag der Bundeswehr zur Überwindung der Corona-Krise durchaus bewusst, wenn auch sein verfassungsrechtlicher Rahmen und sein administrativer Aufwand vielfach unbekannt sind oder mitunter sogar öffentlich in Frage gestellt werden. Aber gemäß Verfassungslage ist es nun einmal so, dass die Bundeswehr nicht kraft eigener Entscheidung aktiv werden kann, sondern in Form eines Antrags auf Amtshilfe gefragt werden muss. Alle derzeitigen Hilfeleistungen der Bundeswehr haben ihre Grundlage im Artikel 35, Absatz 1 des Grundgesetzes. Er regelt die gegenseitige Rechts- und Amtshilfe aller Behörden des Bundes und der Länder. Für die Anforderung der Streitkräfte gilt ferner das Subsidiaritätsprinzip. Es besagt, dass die Bundeswehr im Inland nur Hilfe leisten darf, wenn keine andere Behörde diese Hilfe einfacher oder mit geringerem Aufwand leisten könnte. Das klingt alles sehr juristisch,

technisch und bürokratisch, geht aber tatsächlich sehr schnell, wie die vergangenen Monate bewiesen haben.

Bundeswehr-Kräfte nach 24 Stunden vor Ort

Auswertungen des Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr in Berlin belegen, dass ein Genehmigungsverfahren in der Amtshilfe zumeist nicht länger als 24 Stunden dauert. In Berlin wird jeder Amtshilfeantrag auf rechtliche Zulässigkeit und vorhandene Ressourcen überprüft. So beantragte beispielsweise der Landkreis Nienburg für ein Seniorenzentrum in Steimbke am 25. Januar 2021 um 9.23 Uhr zwei Kräfte der Bundeswehr für Schnelltestungen. Der Antrag wurde nach Prüfung auf Rechtmäßigkeit und verfügbare Ressourcen um 18 Uhr vom Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr gebilligt. Am nächsten Morgen um 9 Uhr waren zwei Soldaten aus der Nienburger Clausewitz-Kaserne vor Ort.

Um die Akzeptanz und Planungssicherheit der Städte und Kreise für dieses Angebot schneller und unbürokratischer Amtshilfe weiter zu erhöhen, beschloss das Bundeskabinett

„dringliches Bundesbedürfnis“ vorliegt. Die Regelung gilt rückwirkend vom 1. März 2020 an und ist zunächst bis zum 31. Dezember 2021 begrenzt.

Bewährungsprobe unter Pandemie-Bedingungen

Es ist eine beachtliche organisatorische Leistung, die unter der Führung des Nationalen Territorialen Befehlshabers im vergangenen Jahr im Kampf gegen das Coronavirus erbracht worden ist. Tausende Soldaten sind auf ihre Aufgaben vorbereitet und in ihre zumeist komplett sachfremden Aufgaben eingewiesen, an ihre Einsatzorte in Gesundheitsämtern, Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen transportiert und in Hotels und Pensionen untergebracht worden. Sie mussten durch die jeweiligen regionalen Führungsorganisationen betreut, begleitet sowie regelmäßig abgelöst und ausgetauscht werden. Dabei hat sich die enge Zusammenarbeit aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche, ihrer Kommandos, Dienststellen und Verbände, untereinander und mit den zivilen Behörden, auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie bewährt.

Stabsunteroffizier Benjamin Weinschenk aus Frankenberg unterstützt im Oktober 2020 Dr. Annelie Jordan im Gesundheitsamt in Mittweida.



Geschichte der Amtshilfe der Bundeswehr ist eine Erzählung von Schwalben in Not und verschreckten Demonstranten

Ob bei Hochwasser, Schneekatastrophen oder der Suche nach vermissten Kindern: Die Hilfe der Bundeswehr wird immer wieder gerne angenommen und vor allem gebraucht.



Als im Juni 2013 die Elbe über die Ufer trat, waren zahlreiche Soldaten im Einsatz, wie hier in Magdeburg.



Hamburger Sturmflut im Februar 1962

Der Einsatz zur Bewältigung der Corona-Pandemie ist ohne Zweifel der längste Amtshilfe-Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr. Doch schon in der Vergangenheit gab es eine ganze Reihe von vielfältigen Einsätzen der Bundeswehr, in denen es um Hilfe für die Zivilbevölkerung ging.

Der erste Amtshilfe-Einsatz der Bundeswehr war illegal: Als der damalige Hamburger Innensenator Helmut Schmidt im Februar 1962 angesichts der verheerenden Sturmflutkatastrophe in Norddeutschland die Hilfe der Bundeswehr anforderte, war laut Grundgesetz ein solcher Einsatz im Innern noch gar nicht gestattet – auch nicht im Bereich der Katastrophenhilfe. Dennoch kamen binnen kurzer Zeit 90 Hubschrauber zum Einsatz, die viele Menschen von den Dächern ihrer überfluteten Häuser holten. Zusätzlich rückten Pioniere mit Booten aus. Ohne den Einsatz der Bundeswehr hätte es vermutlich weitaus mehr Todesopfer gegeben.

Nach dieser Erfahrung reagierte der Gesetzgeber und regelte mit dem Artikel 35 GG Hilfeleistungen durch die Bundeswehr im Innern. Demzufolge kann die Bundeswehr bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen Hilfe leisten, aber im Rahmen der Amtshilfe auch auf Anfrage von anderen Behörden technisch-logistische Unterstützung leisten.

Von Yann Bombeke

stützung bei der Bekämpfung von Waldbränden. Aber auch kuriose Missionen kommen zustande: Im Herbst 1974 gefährdet ein plötzlicher Wintereinbruch die Schwalbenpopulation in Deutschland. Prompt wird rund eine Million der Singvögel eingefangen und in den Süden verfrachtet – auch mit Unterstützung der Bundeswehr, die die kleinen Vögel nach Portugal oder Sardinien fliegt.

Einen ganz anderen Maßstab hat der Wintereinsatz der Bundeswehr zum Jahreswechsel 1978/1979. In Norddeutschland sind zahlreiche Ortschaften durch die Schneemassen von der Außenwelt abgeschnitten und müssen aus der Luft versorgt werden. Auch Pioniere kommen mit schwerem Gerät zum Einsatz. In einem Bergepanzer kommt in diesen Tagen sogar ein Kind zur Welt, berichtet der NDR. Auf der anderen Seite der Grenze sind in Mecklenburg-Vorpommern übrigens auch Einheiten der NVA im Schnee-Großeinsatz.

In einer breiten Öffentlichkeit werden aber vor allem die Einsätze der Bundeswehr bei Hochwasserkatastrophen bekannt: Eingebannt haben sich Bilder von Soldaten, die pausenlos Sandsäcke schleppen und an Deichen aufschichten, wie etwa bei der Oderflut 1997 oder beim Hochwasser 2002, als mehr als 45 000 Soldaten und 500 Zivilbeschäftigte der Bundeswehr zum Einsatz kommen.

Mehrere Tausend Soldatinnen und Sol-

daten werden auch 2015 eingesetzt, um in der Migrationskrise bei der Registrierung der vielen Flüchtlinge zu unterstützen. Im Januar 2019 helfen insbesondere Gebirgsjäger und Pioniere, um einsturzgefährdete Dächer in Süddeutschland von Schneemassen zu befreien.

Es gibt aber auch umstrittene Einsätze. So fordert die Thüringer Landespolizei beim Amoklauf 2002 in Erfurt gepanzerte Fahrzeuge der Bundeswehr an, da sie selbst nicht über geeignete Fahrzeuge verfügt. Die Bundeswehr stellt zwei Fahrzeuge mit Fahrern bereit, die aber nicht mehr zum Einsatz kommen, weil sich der Amokläufer selbst tötet. Ein juristisches Nachspiel hat dagegen der Einsatz der Bundeswehr beim G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm. Die Polizei fordert dabei Recce-Tornados der Bundeswehr an, um Luftaufnahmen vom Lager der Demonstranten zu erhalten. Um den Auftrag auszuführen, fliegen die Jets in knapp 150 Metern Höhe über die Demonstranten hinweg, was ziemlich furchteinflößend gewirkt haben muss. Das Bundesverfassungsgericht weist wenige Jahre später eine Klage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu diesem Einsatz aus formalen Gründen ab.

Die Aufklärungs-Tornados der Luftwaffe steigen auch bei anderer Gelegenheit zum Amtshilfe-Einsatz auf, dieses Mal jedoch ohne politische und juristische Folgen: 2001 und 2010 geht es darum, vermisste Kinder zu finden. Selbst eingefleischten Bundeswehrgegnern fällt es da schwer, triftige Argumente gegen eine solche Mission der Bundeswehr anzubringen.

Die geliebte Seite der Bundeswehr

Humanitäre Einsätze der Bundeswehr als sicherheitspolitisches Instrument?

Von Frederik Koch

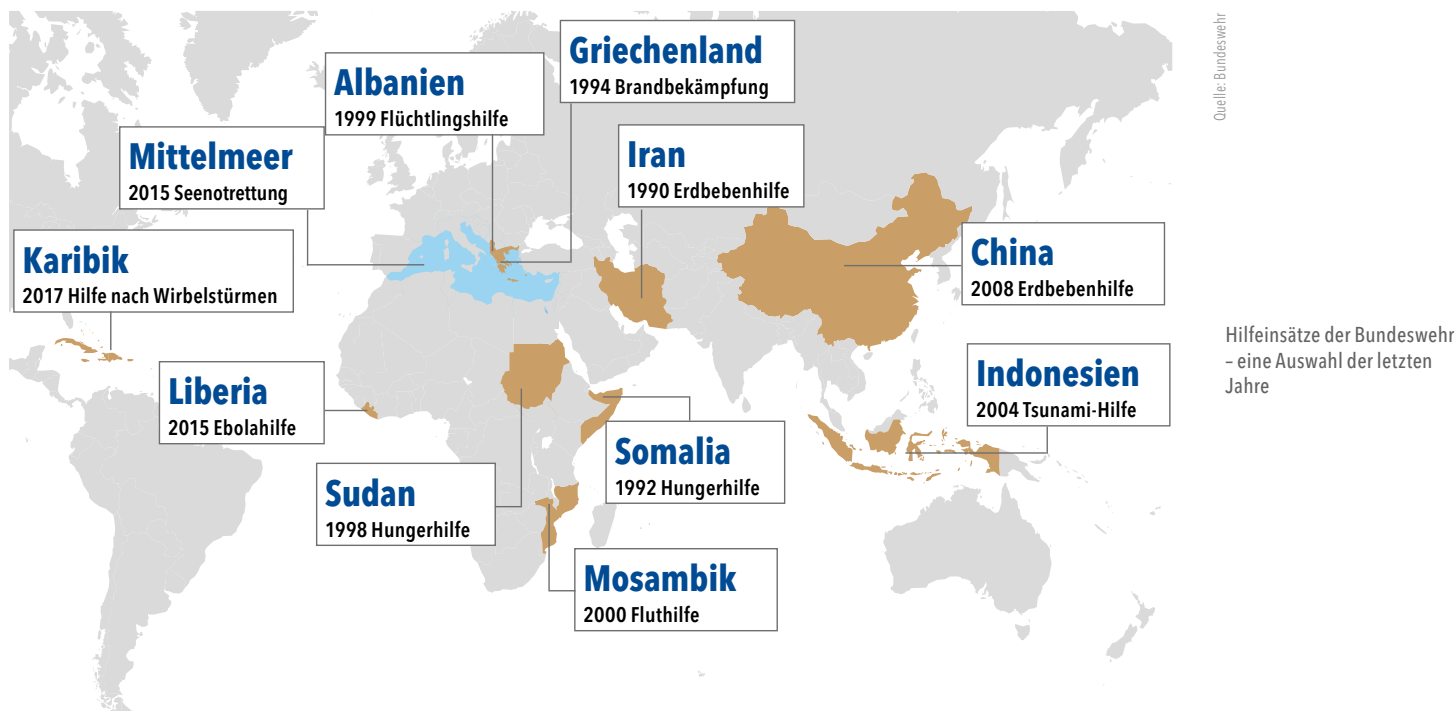
Es ist ein deutsches Phänomen, dass der Bundeswehr periodisch sprichwörtlich die Herzen zufliegen, wenn sie eines macht, nämlich als Katastrophen- oder als humanitärer Nothelfer zu wirken. Dieser Aufgabe muss sie dabei nicht unbedingt im Inland nachgehen, wo die rechtlichen Bedingungen ohnehin enge Grenzen setzen. Nein, auch die humanitären Einsätze im Ausland, wie jüngst in Portugal gegen die Auswirkungen der Corona-Pandemie, werden von einer großen Mehrheit der Bevölkerung befürwortet. Das ist verständlich, hat doch die Bundeswehr alle diese Einsätze mit Bravour gemeistert und ist dafür auch im Ausland hoch anerkannt.

ko zur Verfügung gestellt – gab es bereits über 120 humanitäre Einsätze in über 50 Staaten. Selbst die eher bundeswehrkritische Bundestagsfraktion Die Linke hat an humanitären Einsätzen der deutschen Streitkräfte eher weniger auszusetzen.

Auch die Reaktionen auf den beginnenden Pandemie-Hilfeinsatz in Portugal, der zunächst mit einem kleineren sanitätsdienstlichen Erkundungsteam durchgeführt wurde, waren durchweg positiv. Als „Zeichen der Solidarität“ gerade in diesen Zeiten beschrieb Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer den Einsatz, und die Medien übernahmen den Tenor weitestgehend. Aber selbst bei den eigentlichen Auslands-

zen. Die Bundeswehr soll und ist der „Retter der letzten Instanz“, er übernimmt Aufgaben, wenn sie von anderen Behörden und zivilen Akteuren nicht mehr geleistet werden können. Vielleicht wird die schiefe, viel zu selten geführte sicherheitspolitische Debatte auch durch eindimensionale politische Annahmen geleitet?

Nun nimmt die Bundeswehr international ohne Frage bereits einen großen Teil der sicherheitspolitischen Aufgaben wahr. In dem vielzitierten „sicherheitspolitischen Werkzeugkasten“ des Comprehensive Approach gehört auch die humanitäre Hilfe dazu. Aber eben auch das militärische Element ist ein zwingender Teil des vernetzten Ansatzes,



Nun ist das Phänomen natürlich nicht allein auf Deutschland beschränkt, auch Streitkräfte anderer Staaten werden dafür gefeiert, diesen nichtmilitärischen Dienst für ihr Land zu leisten. Aber es gibt Unterschiede. So würde kaum jemand in Abrede stellen, dass die eigentliche Aufgabe, das militärische Handwerk, immer an erster Stelle steht. Auch gibt es in vielen anderen Staaten keine Organisation auf zentralstaatlicher Ebene wie das Technische Hilfswerk, die ähnliche Aufgaben regelmäßig und erfolgreich in ausländischen Katastrophengebieten übernehmen kann.

Seit die Bundeswehr 1960 ihren ersten Auslandseinsatz durchgeführt hat – die Luftwaffe hat Transportkapazitäten für Rettungskräfte und Material nach einem Erdbeben in Marok-

einsätzen im Rahmen der Bündnisverpflichtungen zeichnen sich bestimmte Fähigkeiten ab, die von der Bundesregierung im Rahmen der Bündnisunterstützung häufiger gewählt werden. Dazu gehören eben auch vermehrt die Fähigkeiten des Sanitätsdienstes. Mit dem nun in Portugal stattfindenden medizinischen Hilfeinsatz wird dieser Trend bestätigt, gerade auch im Zusammenhang mit dem unzureichenden Bild, welches von der Bundesregierung im Rahmen der Amtshilfe im Inland vermittelt wird: Die Bundeswehr, der Retter in der Not, der militärische Einsätze „mal eben nebenbei erledigt“. Der Einsatz im Innern, zu dem auch die derzeitige Corona-Amtshilfe zählt, unterliegt nicht ohne Grund engen verfassungsrechtlichen Gren-

wenn auch im besseren Falle als reine Drohkulisse. Im Rahmen der personell, materiell und auch immer noch finanziell nur teilweise umgesetzten Verbesserungen hin zur vollausgestatteten, schlagkräftigen Bundeswehr, ist bereits das bestehende Aufgabenprofil derzeit (noch) nur schwerlich zu erfüllen. Dem eine zusätzlich ausgebaute humanitäre Komponente hinzufügen zu wollen, dürfte zwar Zustimmung in breiten Teilen der Gesellschaft erfahren, letzten Endes aber wenig zielführend sein. Gerade vor dem Hintergrund einer großen Zahl von etablierten, nicht-militärischen sicherheitspolitischen Akteuren sollte es also lieber bei der bewährten Arbeitsteilung bleiben.

Foto: picture alliance/dpa



Angehörige des Sanitätsregiments 3 der Bundeswehr aus Dornstadt fliegen am 23. Februar nach Portugal. Sie lösen die 26 Soldatinnen und Soldaten ab, die seit Anfang Februar in einer Klinik in Lissabon bei der Behandlung von Corona-Patienten helfen.

Pandemien als globale Herausforderungen

Wie Pandemien regional begrenzt und global bekämpft werden können.

Von Philipp Lorse

In dem Zehn-Millionen-Einwohner-Staat auf der iberischen Halbinsel wütet die B.1.1.7-Variante des Coronavirus besonders stark. Laut jüngst veröffentlichter Studien der britischen Regierung soll diese Mutation um bis zu 70 Prozent ansteckender sein als das bisher gängige Virus. Als Ende Januar die 7-Tage-Inzidenz auf über 1200 COVID-19-Infektionen pro eine Million Einwohner anstieg, übernahm Portugal zwischenzeitlich den weltweit höchsten Inzidenzwert. Die ungebremste exponentielle Verbreitung in Portugal lässt sich zum einen auf halbherzige Lockdown-Verordnungen der portugiesischen Regierung zurückführen, die auch vor weiteren Restriktionen um die Weihnachtsfeiertage zurückschrak, und zum anderen auf das chronisch überlastete portugiesische Gesundheitssystem, das sich bereits seit dem Jahr 2020 im permanenten Stresstest befindet.

Dass hier die Bundeswehr ohne großen Anlauf seit dem 3. Februar mit 26 Sanitäts-soldatinnen und Soldaten in Portugal einen humanitären Unterstützungseinsatz leistet, ist richtig und wichtig. Dass es hinter der ministeriellen Kulisse vielleicht zeitweise eher um Schnelligkeit als um Gründlichkeit in der Einsatzvorbereitung ging, lässt sich einer BMVg-Antwort bei Twitter auf Fragen des ZDF-Journalisten Thomas Walde ableiten. Der Antwort zufolge waren nicht alle deutschen Soldatinnen und Soldaten bereits zu Beginn dieses Portugal-Einsatzes erstgeimpft, von einer Zweitimpfung vor Einsatzbeginn war auch nicht die Rede, da diese erst im Einsatzland erfolgen soll.

Der Empfang des deutschen Unterstützungsteams in Portugal wurde dann umso deut-

licher auch zur Verbesserung der eigenen deutschen Außenwirkung genutzt. An der Rollbahn des Lissaboner Militärflughafens Figo Maduro wurden die Bundeswehrsoldaten von der portugiesischen Gesundheitsministerin Marta Temido und dem portugiesischen Verteidigungsminister João Gomes Cravinho hofiert. Vielleicht war man von portugiesischer Seite auch nur sehr erfreut über die zusätzliche logistische Ausstattung, die das Sanitätsteam mit sich führte: 50 Beatmungsgeräte sowie jeweils 150 Infusionsgeräte und Krankbetten. Dass der COVID-19-bedingte Unterstützungseinsatz in Portugal auch zur „Chefsache“ gemacht werden kann, hat das Nachbarland Österreich vorgemacht. Bundeskanzler Sebastian Kurz verkündete am 5. Februar bereits, dass seine Bundesregierung Portugal im Vorfeld angeboten habe, fünf COVID-Intensivpatienten sowie fünf weitere schwer erkrankte Patienten nach Österreich ausfliegen zu lassen. Mit dem Verweis auf die gebotene europäische Solidarität rascher und unbürokratischer Hilfe gliederte man sich ein in eine Reihe anderer europäischer Länder wie Frankreich, Italien und Montenegro, so der österreichische Bundeskanzler in einer Pressemitteilung.

Historische und politische Parallelen verleiten häufig dazu, vermeintlich nicht vergleichbare Ereignisse vergleichen zu wollen. Einige humanitäre Krisen, so auch in der deutschen Vergangenheit mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust, lassen sich auf-

grund der Singularität der historischen Umstände nicht vergleichen, das gilt auch für etliche neuere humanitären Krisen.

Mit der COVID-19-Pandemie und dem damals regional begrenzten Ebola-Ausbruch in Westafrika im Jahr 2014/2015 verhält es sich jedoch anders. Eine der damaligen Herausforderungen beim Ebola-Ausbruch kann auch als eine Konstante für die aktuelle Herausforderung der Bewältigung der



ThomasWalde @ThomasWalde · 3. Feb.
danke für die Antwort.



1



4



22



↑

Verteidigungsministerium @BMVg_Bundeswehr · 3. Feb.

Antwort an @ThomasWalde

Ein Großteil des Team kommt aus den Bundeswehrkrankenhäusern und ist bereits vor längerer Zeit erstgeimpft worden - dadurch ist bereits ein gewisser Schutz eingetreten. Die Zweitimpfung findet im Einsatz in Portugal nach Herstellervorgaben statt.

COVID-19-Pandemie angesehen werden: Die digitale Registrierung von Infektionen in Verbindung mit einer effizienten Vernetzung von staatlichen Behörden untereinander und mit der Schwierigkeit, Infektionsketten zeitnah zu unterbrechen. Genau diese im Einsatz gesammelten Erfahrungen der Pandemiebekämpfung aus dem Jahr 2014/2015 fanden auch Eingang in das sicherheitspolitische Grundlegendokument der Bundesregierung im Jahr 2016 in Form des Weißbuches. Es ist mit Hinblick auf den aktuellen pandemischen Verlauf nur wünschenswert, dass der Anfang Februar 2021 von der WHO verzeichnete Ebola-Ausbruch in Guinea und in der Demokratischen Republik Kongo regional begrenzt werden kann.

Soldat zu sein, ist kein normaler Beruf, man steht dafür mit seinem Leben ein

Die neue Wehrbeauftragte Dr. Eva Högl hat ihren ersten Jahresbericht im Amt vorgelegt: Die Bundeswehr wird immer älter, die Suche nach jungen Leuten und Spezialisten bleibt schwierig und der Wunsch nach mehr Frauen an der Spitze ist noch nicht erfüllt.

Von Frank Jungbluth

Die Bundeswehr: Die Bundeswehr wird immer älter. Mehr als drei Jahre sind Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere älter als zu den Zeiten vor Aussetzung der Wehrpflicht. Das ist ein Ergebnis des Jahresberichts 2020 der Wehrbeauftragten. Was kann die Truppe tun, um mehr junge Menschen für den Dienst in der Bundeswehr zu begeistern?

Eva Högl: Die Bundeswehr muss deutlich besser werden bei der Personalgewinnung. Wir brauchen mehr jüngere Leute, vor allem auch mehr Frauen in der Bundeswehr. Ein Beispiel sind IT-Expertinnen und -Experten. Das sind angesichts der Bedrohungen durch Cyberangriffe gefragte Fachkräfte. Wir brauchen sie in der Bundeswehr. Gutes Personal ist das A und O. Deshalb müsste sich die Bundeswehr noch mehr als bisher als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. In der Pandemie zeigt sich,

wie wertvoll ein krisensicherer Arbeitsplatz ist.

Sie beklagen in Ihrem Bericht, dass sich noch zu wenige Frauen für den Arbeitgeber Bundeswehr entscheiden. Die Quote ist in anderen Ländern, bei anderen Armeen, als Beispiele können die USA oder Schweden dienen, besser. Wie kann man Frauen für den Dienst begeistern?

Wir haben einen großen Nachholbedarf. Das ergibt sich aus der Tatsache, dass wir erst seit 20 Jahren Frauen in allen Bereichen der Bundeswehr haben. Ich bin nicht damit zufrieden, dass wir bei den Frauen in der Truppe nur einen Anteil von 12,5 Prozent haben. Der muss noch deutlich aufwachsen. Ich denke, dass die Bundeswehr deutlich besser werden muss bei der Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Das gilt im Übrigen nicht nur für Frauen in Uniform. Die Bundeswehr muss auch

noch besser werden beim Anteil der Frauen in Führungspositionen. Das hat immer eine Sogwirkung, denn dann interessieren sich auch mehr Frauen für den Dienst. Es gibt noch eine ganze Menge zu tun. Darüber bin ich im Austausch mit den Inspektoren und Kommandeuren. Ich will dafür sensibilisieren, dass hochqualifizierte Frauen in der Bundeswehr gesehen und gefördert werden. Dafür müssen Vorgesetzte einen wachen Blick haben. Ich weiß auch, dass es für Frauen in der Bundeswehr entscheidend ist, ihren männlichen Kameraden gegenüber gleichgestellt zu sein, das Gleiche leisten zu können und zu wollen. Die Voraussetzung ist, dass sie dieselben Chancen und Möglichkeiten haben.

Wir haben eben darüber gesprochen, dass Fachleute fehlen, etliche tausend Dienstposten für Unteroffiziere, Feldwebel und Offiziere sind nicht besetzt. Ist der Ruf des



Arbeitgebers Bundeswehr nicht gut genug?

Der Ruf ist jetzt gerade exzellent, die Bundeswehr zeigt aktuell, was sie kann. Der Grundbetrieb läuft trotz Pandemie gut und gleichzeitig zeigen die Soldatinnen und Soldaten im Pandemieinsatz von Flensburg bis ins Allgäu, was die Truppe alles kann. Wir erleben unglaublich viele positive Reaktionen. Soldatin oder Soldat zu sein, das ist trotz allem immer noch kein normaler Beruf oder Job. Sie stehen im äußersten Fall mit ihrem Leben ein – für unsere Freiheit und unsere Demokratie. Deshalb müssen alle mit Verantwortung die Rahmenbedingungen für Soldatinnen und Soldaten verbessern. Sie müssen bestens ausgestattet und gut ausgebildet sein. Und sie müssen nachhaltig vom Parlament sowie der gesamten Gesellschaft unterstützt werden. Dafür setzt sich ja auch der Bundeswehrverband engagiert ein.

Trotz aller Wertschätzung für den Pandemieinsatz, wie sind die Grenzen?

Die Bundeswehr hilft, wo sie gefragt wird, und macht das hervorragend. Ich will keine Grenze definieren, aber irgendwann muss die Amtshilfe auch enden. Ich habe erlebt, dass die Bundeswehr an vielen Stellen während dieser Pandemie unverzichtbar ist. Man mag sich gar nicht vorstellen, wie das wäre, wenn es die Bundeswehr in diesem Einsatz nicht gäbe. An vielen Stellen geht es in diesem Einsatz um mehr als Unterstützung, nicht selten halten die Soldatinnen und Soldaten den Betrieb am Laufen in Gesundheitsämtern und

Junge Soldatinnen und Soldaten händelnd gesucht: Die Truppe wird immer älter, steht im Jahresbericht der Wehrbeauftragten.



Foto: picture alliance / SZ Photo

Eva Högl (52, SPD) ist seit Mai 2020 Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages. Die Juristin aus Niedersachsen ist die zweite Frau im Amt.



Foto: imago images/photothek

Impfzentren. Das kann so auf Dauer nicht bleiben. Deshalb muss man auch kritisch analysieren, ob wir im zivilen Sektor für solche Pandemien gut genug aufgestellt sind, ob wir richtig vorbereitet waren. Die Bundeswehr leistet sehr viel, aber sie muss das auch leisten, weil die zivilen Strukturen offensichtlich nicht gut genug aufgestellt waren.

Rechtsextremismus in der Truppe, das ist eine Schlagzeile, die dunkle Schatten auf die Bundeswehr wirft. Ist es angesichts von 229 Fällen im Jahr 2020 und gleichzeitig 180 000 Frauen und Männern in der Truppe gerecht, von einem Bundeswehr-Problem zu sprechen?

Rechtsextremismus ist ein Problem der gesamten Gesellschaft und entsprechend in der Bundeswehr. Die Fälle sind gestiegen, es wird heute mehr gemeldet als früher, es wird aufmerksamer hingeschaut. Das zeigt, dass beim Thema Rechtsextremismus weiter Handlungsbedarf besteht. Ich will das nicht kleinreden, jeder Fall ist einer zu viel, aber die absolute Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten leistet jeden Tag engagiert und verantwortungsvoll ihren Dienst. Sie stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Daran gibt es keinen Zweifel.

Der Bundestag wird in Kürze über eine Verlängerung des Afghanistan-Mandates entscheiden müssen. Wie sicher sind unsere 1500 Soldatinnen und Soldaten, die heute noch in Afghanistan sind, wenn die Taliban ihre Drohung wahr machen und die Angriffe wieder verstärken?

Es herrscht eine große Verunsicherung. Die Bundeswehr ist vorbereitet auf alle Szenarien. Wichtig ist, dass die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten gewährleistet ist. Die Frage nach der Verlängerung des Einsatzes oder nach einem Rückzug kann immer nur gemeinsam mit den internationalen Partnern, den Verbündeten und vor allem mit den USA, beantwortet werden. Klar ist, dass wir die Sicherheit für unsere Soldatinnen und Soldaten nur gemeinsam mit den internationalen

Partnern ausreichend gewährleisten können. Das wird jetzt auch im Bundestag diskutiert werden, denn das Mandat läuft ja Ende März aus. Für mich ist auch wichtig, dass wir den Afghanistan-Einsatz kritisch bilanzieren, dass wir darüber sprechen, was wir erreichen wollten, was wir erreicht haben. Das ist wichtig für künftige Auslandseinsätze.

Seit mehr als einem halben Jahr wird das Kommando Spezialkräfte kritisch betrachtet und reformiert, seit es Vorwürfe von Rechtsradikalismus in den Reihen des KSK gegeben hat. Wie weit ist man auf dem Weg, ist das Ziel schon erreicht?

Der Reformprozess ist noch nicht am Ziel, wir sind aber auf einem guten Weg. Wir sprechen beim KSK von 60 Einzelmaßnahmen, die umgesetzt werden müssen, um den Verband wieder zu stabilisieren. Es geht um Reformen und auch um Aufklärung von Ereignissen, die besorgniserregend waren. Damit meine ich nicht nur die aktuelle Debatte um die Munitionsamnestie. Wir brauchen die Fähigkeiten des KSK, wir können froh sein, die Spezialkräfte zu haben. Es gab gute Gründe, die Einheit vor 25 Jahren aufzustellen. Aber das KSK braucht auch das Vertrauen der Öffentlichkeit und des Parlamentes, deshalb brauchen wir die Aufklärung aller Sachverhalte im KSK und absolute Transparenz. Dann kann das KSK sich gut für die Zukunft aufstellen.

65 Jahre Bundeswehr, 30 Jahre Armee der Einheit, die Parlamentsarmee hat inzwischen eine gute Tradition in unserem Land – wo sehen Sie die Bundeswehr in zehn Jahren?

65 Jahre Bundeswehr ist eine echte Erfolgsgeschichte. Ich hoffe, in zehn Jahren sagen zu können, dass die Bundeswehr eine hochmotivierte Truppe ist, bestens ausgebildet, ausgestattet und jederzeit einsatzbereit. Eine Truppe, die ihren Dienst für Freiheit, Frieden, Demokratie und unsere Sicherheit leistet. Und dass sie viele Frauen und Männer hat, die diesen Dienst gerne für unser Land leisten.

Eine tiefgreifende Veränderung

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurde die Bundeswehr vor zehn Jahren zur Freiwilligenarmee. Vier Entscheidungsträger schätzen die Auswirkungen dieser Zäsur ein.

Foto: picture alliance / SZ Photo



General Eberhard Zorn, Generalinspekteur der Bundeswehr

Die Wehrpflicht wurde damals ohne großen Vorlauf ausgesetzt. Umso beachtlicher finde ich die Leistung der Truppe, die den gesamten Wandlungsprozess sehr gut gemeistert hat. Das war kein Kinderspiel und verdient Lob. Eine Veränderung gab es vor allem für das Gefüge unserer Mannschaften, dieser Dienstgradgruppe gehörten die Wehrpflichtigen ja an. Mit einer Dienstzeit von zuletzt sechs Monaten standen sie uns nach der Grundausbildung nur relativ kurz zur Verfügung. Von unseren Mannschaften verlangen wir heute ein hohes Maß an Professionalität mit Blick auf die Komplexität der Einsatzrealität, auf die anspruchsvollen Szenare der Landes- und Bündnisverteidigung, aber auch auf die fortschreitende Digitalisierung. Um hier den nötigen Ausbildungsstand zu erreichen, brauchen wir genug Zeit – und zwar mehr Zeit, als durch die Wehrpflicht je zur Verfügung gestanden hätte. Heute erlebe ich bei allen Truppenbesuchen topausgebildete, lebens- und einsatzerfahrene Mannschaften, die unsere Strukturen stärken. Das stimmt mich sehr zuversichtlich.

General Eberhard Zorn

Hans-Peter Bartels,
ehemaliger Wehrbeauftragter

Am Ende war die Wehrpflicht in der Praxis bereits so weit ruiniert, dass ihre Aussetzung erstaunlich wenig Protest und Gegenwehr auf den Plan rief. Knapp die Hälfte jedes heranstehenden Jahrgangs erfüllte schon die verschärften Tauglichkeitskriterien nicht; von den Tauglichen „wählte“ die Hälfte den Zivildienst; von der anderen Hälfte wurde ein Teil eingezogen zum sechsmonatigen Grundwehrdienst beziehungsweise verpflichtete sich als Freiwillig länger Wehrdienst Leistender (FWDL) oder als Soldat auf Zeit. Und immer noch blieb ein erheblicher „Ausschöpfungsrest“. Von Wehrgerechtigkeit konnte längst keine Rede mehr sein. Einerseits.

Andererseits gewann die Bundeswehr 2011 immer noch einen wesentlichen Teil ihrer Zeitsoldaten aus dem Reservoir der W6- oder FWDL-erfahrenen jungen Männer. Die wussten, worauf sie sich einließen – und mochten es. Alle 18-Jährigen mußten sich anlässlich ihrer Musterung wenigstens einmal im Leben mit einem möglichen Dienst in der Bundeswehr (oder der Zivildienstalternative) aus-



Foto: Bundeswehr/Wike

einandersetzen. Auf den unterschiedlichen Rekrutierungswegen dieser späten Wehrpflichtzeit rotierten immer noch vier- bis fünfmal so viele junge Leute aus allen Schichten der Gesellschaft für kürzer oder länger in die Truppe, als das bei der heutigen reinen Freiwilligenarmee (20 000 im Jahr) der Fall ist. Die Wehrpflicht verklammert Gesellschaft und Militär auf ideale Weise.

Aber nun war Finanzkrise, die Bundeswehr sollte ein weiteres Mal schrumpfen. In der schwarz-gelben Regierungskoalition machten zudem die Liberalen sich immer wieder stark für das Ende des Pflichtdienstes. Und das Wehrgerechtigkeitsargument konnte vor Gericht das ganze System ohnehin irgendwann zum Kippen bringen.

Den zentralen Satz des damaligen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Gutten-

Foto: picture alliance / dpa



Die Aussetzung der Wehrpflicht vor zehn Jahren habe ich damals für einen Fehler gehalten. An meiner Meinung hat sich nichts geändert. Das hat zwei Gründe.

Der erste Grund betrifft die Bundeswehr. Die Aussetzung erfolgte ohne echtes Konzept für die Truppe. Dabei war absehbar, dass sie erhebliche Konsequenzen haben wird. Infrastruktur, Ausrüstung und Ausstattung waren nicht auf eine Freiwilligenarmee eingestellt. Eine hochspezialisierte Berufsarmee hat ganz andere Anforderungen und Bedürfnisse. Entsprechende Umstellungen brauchen Vorbereitung, Zeit und Geld. Die Trendwenden Material und Finanzen wurden jedoch erst Jahre nach der Aussetzung eingeleitet.

Am deutlichsten – auch heute noch – sind die Konsequenzen beim Thema Personal. Seit Aussetzung ist die Truppe stablastiger geworden. Sie ist im Durch-



Eva Högl, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags

Foto: edip

schnitt um drei Jahre gealtert. Die Bundeswehr muss sich sehr anstrengen, genügend Nachwuchs (und Fachkräfte) zu gewinnen. Der geplante Personalaufwuchs auf 203 000 Soldatinnen und Soldaten bis 2027 ist eine echte Herausforderung.

Der zweite Grund betrifft die Gesellschaft. Der Bundespräsident hat anlässlich 65 Jahre Bundeswehr gesagt, dass es zwischen Gesellschaft, Politik und Bundeswehr keine Distanz geben dürfe. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Soldatinnen und Soldaten sind Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform. Sie kommen aus unserer Gesellschaft. Und sie stehen ein für unsere Gesellschaft, Demokratie, Frieden und Sicherheit. Ein besonderes Band hält Gesellschaft, Politik und Bundeswehr zusammen.

Zur Zeit der Wehrpflicht war die Truppe in der Mitte unserer Gesellschaft sehr präsent. In jeder Familie wurde über sie gesprochen – spätestens als man selbst, der Enkel, Sohn,

Bruder oder Freund gemustert wurde. Heute gibt es weite Teile der Gesellschaft, die keinerlei Berührungspunkte mit der Bundeswehr haben. Das ist keine gute Entwicklung. Denn die Bundeswehr muss fest in der Gesellschaft verankert sein.

Natürlich: Die Wehrpflicht war kein Automatismus für eine enge Verbindung von Bundeswehr und Gesellschaft. Sie wäre es auch heute nicht. Doch sie könnte wesentlich dazu beitragen. Deswegen bin ich der Überzeugung, dass wir die Aussetzung der Wehrpflicht offen bilanzieren sollten – mit Blick in die Zukunft: Mit welchen Angeboten können wir genügend junge Leute und einen ausreichenden Querschnitt der Bevölkerung für gesellschaftliches Engagement begeistern – in der Bundeswehr und in anderen Bereichen? Zwischen freiwillig und verpflichtend kann ich mir vieles vorstellen. Klar ist, die alte Wehrpflicht kann unter heutigen Bedingungen nicht wieder eingeführt werden. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Debatte als Gesellschaft zehn Jahre nach Aussetzung führen.

Eva Högl

berg sollte man sich ins Kissen sticken, so seltsam klingt er: „Der mittelfristig höchste strategische Parameter, quasi als *Conditio sine qua non*, unter dem die Zukunft der Bundeswehr gestaltet werden muss, [...] ist das globalökonomisch gebotene und im Verfassungsrang verankerte Staatsziel der Haushaltskonsolidierung [...]“. So ähnlich könnte es demnächst wieder klingen, wenn nach der Bundestagswahl und einem „Kassensturz nach Corona“ (General Zorn) die Zukunft der Bundeswehr neu verhandelt wird. Ich habe als zuständiger Berichterstatter der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Das Ende des Zivildienstes vor zehn Jahren und die damit verbundene Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) war ein gravierender Einschnitt, der seinerzeit auch prompt die Skeptiker auf den Plan rief. Der Haupteinwand lautete, dass mit dem Auslaufen des Zivildienstes ein erhebliches Arbeitskräftepotenzial im Sozial- und Gesundheitsbereich wegfällt. Diesen Bedenken lag jedoch ein Missverständnis zugrunde. Denn was heute für den BFD gilt, galt damals auch schon für den Zivildienst: Beide definieren sich durch das Gebot der Arbeitsmarktneutralität. Damals wie heute verrichten die Menschen unterstützende, zusätzliche Tätigkeiten und



Gerda Hasselfeldt

Foto: picturealliance / SP Photo

ersetzen keine professionellen Fachkräfte.

Auch der befürchtete Verlust von gemeinwohlorientierten Einstellungen und ein Niedergang des Gemeinsinns hat sich rückblickend nicht bewahrheitet: Jedes Jahr engagieren sich bei allen Freiwilligendiensten in Deutschland (BFD, Freiwilliges Soziales Jahr u.a.)

rund 100 000 junge und ältere Menschen, davon rund 14 500 im Deutschen Roten Kreuz. In der Gesamtschau können wir als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege also auf erfolgreiche zehn Jahre BFD zurückblicken.

Gerda Hasselfeldt,
Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes



Am 2. Januar 1956 sind die ersten Offiziers- und Unteroffiziersanwärter der Bundeswehr in Andernach eingetroffen.

damals im Parlament aus der Opposition heraus für den Erhalt der Wehrpflicht geworben. Unser Reformmodell sah vor, Wehrrfassung und Musterung beizubehalten, die tauglich Gemusterten aber verbindlich zu fragen, ob sie dienen wollen. Aus den Tauglichen und Willigen hätte die Bundeswehr dann nach Eignung und Bedarf einziehen können, so viel sie braucht (was ja längst keine ganzen Jahrgangsstärken mehr waren) – für 15 Monate, niemanden gegen seinen Willen. Die Schweden gehen inzwischen einen solchen Weg: eine Art Auswahlwehrpflicht.

In Deutschland wäre heute ein Wiederaufleben der alten allgemeinen Wehrpflicht –

jetzt wohl kaum noch anders zulässig als für Männer und Frauen gleichermaßen – praktisch fast nicht mehr möglich. Es fehlte an allem: militärischen Strukturen, Ausbildern, Material, Kasernen, Geld. Sicherheitspolitisch wäre eine drastisch vergrößerte Bundeswehr gegenwärtig auch gar nicht erforderlich, soweit absehbar. Als Rückfalloption für schlechtere Zeiten aber stünde noch das Alternativmodell von 2011 in Reserve: der freiwillige Wehrdienst nach allgemeiner Wehrrfassung und Musterung – wenn es mit der Rekrutierung allein am freien Arbeitsmarkt partout nicht klappen sollte. Aber erst dann.

Hans-Peter Bartels

Reformpapier reloaded

Auf dem Weg zur Bundeswehr der Zukunft: Ministerin und GI starten auf dem Papier wieder einen Veränderungsprozess. Der DBwV kündigt eine enge Begleitung und Mitgestaltung an.

Foto: Bundeswehr/Vierfuß



Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, hier im Sommer 2019 bei einem Gespräch mit Soldaten, hat gemeinsam mit Generalinspekteur General Eberhard Zorn ein Positionspapier zur Zukunft der Bundeswehr erstellt.

Von Jan Meyer

Berlin. Dass sich die Bundeswehr ändern muss, ist seit Langem klar. Intern sind es unzureichende Führungsstrukturen und Prozesse. Aber auch das Fähigkeitsprofil muss überarbeitet werden. Und das betrifft die Ausrichtung sowie die Planungsziele im Bündnis, die für uns derzeit schwer erreichbar scheinen. Das alles ist nicht neu – der DBwV hat in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen. Aber heute ist es aktueller denn je: Wenn der Neustart der transatlantischen Beziehungen unter der Präsidentschaft von Joe Biden gelingen soll, wenn der aktuell beginnende Nato-Planungsprozess erfolgreich sein soll, dann muss schnell etwas passieren. Wir brauchen Mut für eine an künftigen Bedrohungsszenarien ausgerichtete Bundeswehr! Nicht wieder eine dieser Spar-Reformen mit Standortauflösungen. Diesmal geht es um eine Führungsfähigkeit im BMVg und der Ebene darunter, ein Fähigkeitsprofil und eine insbesondere materielle Einsatzbereitschaftslage, die ihren Namen verdienen. Es geht um eine einsatzfähige Bundeswehr, die wir heute und morgen leider mehr brauchen denn je.

Die letzte Reform der Bundeswehr 2010/2011 trug den Namen „Neuausrichtung der Bundeswehr“. Sie wurde von Karl-Theo-

dor zu Guttenberg eingeleitet und von Thomas de Maizière vollendet. Ihre Annahme war, dass sich die Welt friedlicher entwickeln würde.

Die Landes- und Bündnisverteidigung stand nur noch auf dem Papier, die Befähigung zum Kampf im Rahmen von Großverbänden hatte keine Priorität und Truppenkörper wie beispielsweise Divisionen wurden lediglich als Organisationshüllen ausgeplant. Mit dieser Fähigkeitsreduzierung verkam die Bundeswehr zu einer reinen „Kontingentgestellungsarmee“.

Das böse Erwachen kam 2014 mit der Annexion der Krim. Die Terror-Herrschaft des IS, die zunehmende Fragilität in der Sahel-Zone und dem Nahen und Mittleren Osten, die dadurch getriebenen Migrationsbewegungen machten klar: Die Lage hatte sich grundlegend geändert. Das BMVg zog Kon-

sequenzen: Man startete die Trendwenden bei Personal, Material sowie Finanzen, 2016 erschien das Weißbuch mit neuer Auftragslage für die Bundeswehr, es folgten eine neue Konzeption und ein neues Fähigkeitsprofil für die Bundeswehr.

Doch die Führungsstrukturen sind bis heute nicht auf die neue Auftragslage ausgerichtet. Das, was wir „dysfunktionale Strukturen“ nennen, ist das Hauptärgernis in der Bundeswehr, in der Truppe ebenso wie in der Verwaltung. Das Führungsprinzip des „Führens mit Auftrag“ gab es fast nur noch auf dem Papier. Das hat der DBwV wiederholt erklärt, das steht in diversen Positionspapieren aus Politik und Wissenschaft, das war Thema vieler Gespräche mit der Leitung des BMVg, den Inspektoren und Fachpolitikern.

Lage analysiert

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Eberhard Zorn haben nun ein Positionspapier zur sicherheitspolitischen Lage und den sich daraus ergebenden weiteren Untersuchungsbedarf vorgestellt.

Das ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, aber wir alle wissen: Der Teufel steckt im Detail. Deshalb wird der DBwV bei allem Veränderungsbedarf im Interesse der Soldaten und Zivilbeschäftigten darauf achten, dass das Motto der Reform nicht wieder ist: „Schlimmer geht immer“. Dabei hilft uns wie immer unsere enge Einbindung in die Beteiligungsgremien. Aber natürlich sind wir auch aus dem Bundesvorstand eng am Ball.

Der Bundesvorsitzende Oberstleutnant André Wüstner: „Gut, dass aus dem BMVg nun endlich der Startschuss kam. Die Veränderung der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ist einfach zu groß, genauso wie die klaffende Lücke zwischen Auftrag und

Ressourcen, abwarten ist hier nicht einmal die zweitbeste Lösung. Der Veränderungsprozess wird bis in die nächste Legislaturperiode reichen, wir werden diesen Prozess von Anfang an eng begleiten und im Sinne unserer Mitglieder mitgestalten, wo immer möglich und notwendig!“



Das Positionspapier der Verteidigungsministerin und des Generalinspektors trägt die Überschrift: „Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“. Sie finden es unter dem Link <https://bit.ly/3aLK8Nb> oder über diesen QR-Code.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Unfallversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie leisten viel bei gefährlichen Einsätzen im In- und Ausland. Wir sichern Sie lebenslang gegen finanzielle Folgen von Unfällen ab. Mit der **DBV Unfallversicherung komfort** speziell für **Bundeswehrsoldaten**. Profitieren Sie als Mitglied im Deutschen Bundeswehrverband von 3% Nachlass.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter dbv.de/bundeswehr.

Über 60 Jahre Partnerschaft
mit dem DBwV – rund 150 Jahre
Soldatenversicherer



Finanzbedarf der Bundeswehr überfliegt schon jetzt das Zwei-Prozent-Ziel

Soll Deutschland zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Verteidigungshaushalt fließen lassen? Kritiker verneinen dies – doch um die Probleme der Bundeswehr anzugehen, ist dieser Schritt unumgänglich.

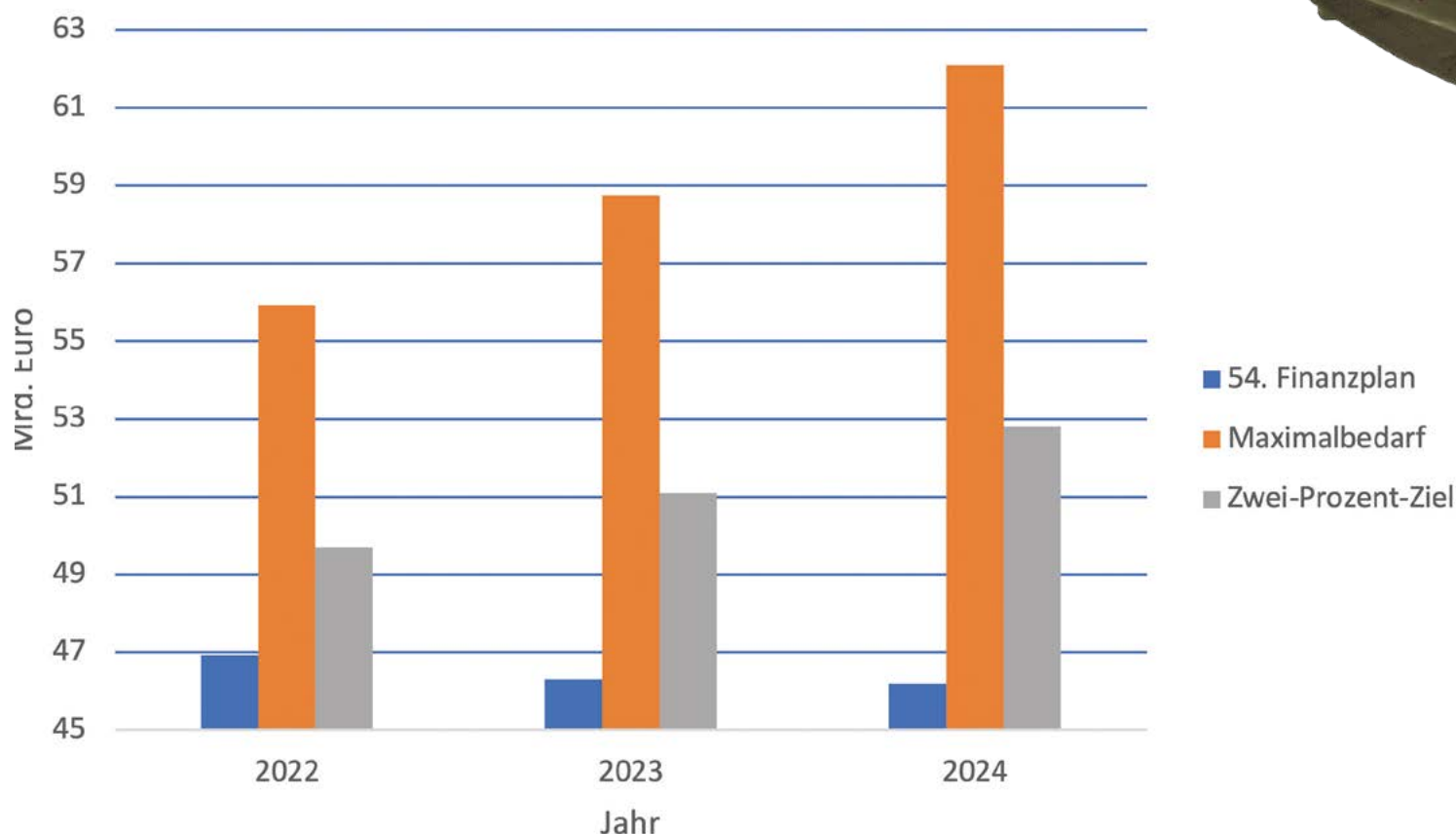
Von Oliver Krause

Berlin. „Wir fühlen uns dem Zwei-Prozent-Ziel natürlich weiterhin verpflichtet und werden auch weiter darauf hinarbeiten“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Rede anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz 2021. Das Zwei-Prozent-Ziel: Über wohl keinen Wert wird in Deutschland – lassen wir Kennzahlen zur Corona-Pandemie wie beispielsweise die Sieben-Tage-Inzidenz beiseite – so heftig debattiert. Der Wert sei willkürlich festlegt, nur eine unverbindliche politische Absichtserklärung ohne Bindekraft und überhaupt dürfe nicht nur auf das Militärische gesetzt werden, bemängeln Kritiker.

In jedem Fall hat sich die Bundeswehr auf diese offizielle politische Zusage, die Deutschland auf dem Nato-Gipfel 2014 in Wales gemacht hat, verlassen. Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr definiert die nationale Ambition der Bundesrepublik. Es übersetzt die politi-

schen Vorgaben aus dem Weißbuch in militärische Fähigkeiten, die wiederum im Nato-Rahmen abgestimmt wurden, da Landes- und Bündnisverteidigung nicht getrennt funktionieren. Für die Jahre 2023, 2027 und 2031 sind im Fähigkeitsprofil Zwischenschritte definiert, die nur erreicht werden können, wenn der Verteidigungshaushalt bis auf zwei Prozent des BIP ansteigt. Ausgangspunkt für diese Berechnung war die damalige volkswirtschaftliche Lage.

2021 stehen der Bundeswehr 46,93 Milliarden Euro zur Verfügung. In den Folgejahren bis 2024 stagniert der Haushalt laut 54. Finanzplan allerdings. Was das für die Erreichung der im Fähigkeitsprofil beschriebenen Ziele be-



deutet, legt die vertrauliche Finanzbedarfsanalyse 2022 schonungslos offen, wie der „Spiegel“ berichtet.

Demnach steigen allein die Betriebskosten bis 2027 auf rund 46 Milliarden Euro an. Sollte die Politik den Einzelplan 14 also nicht deutlich erhöhen, bliebe kein Geld für Investitionen übrig. Dazu aber hat sich Deutsch-

nen, müsste der Verteidigungshaushalt im nächsten Jahr auf 50,7 Milliarden Euro anwachsen. Ein Plus von rund vier Milliarden Euro gegenüber der derzeitigen Planung. Verweigert das Parlament der Bundeswehr diesen Betrag, wird die Armee nicht einmal den „unabdingbaren Bedarf“ decken können.

Wie die Grafik zeigt, übersteigt der vollumfängliche Bedarf der Bundeswehr den 54. Finanzplan bei Weitem. Um wirklich alle Lücken schließen zu können, benötigen

phan-Brief“ vom 19. Februar 2021 schrieb. Allein: Die Zahlen der Finanzbedarfsanalyse belegen, dass das nicht der Ausweg ist. Kostentreiber sind die diversen Rüstungsprojekte, längst überfällige Großvorhaben, wie die Nachfolge des „Tornados“ zum Beispiel. Darauf aber kann auch eine kleinere Bundeswehr nicht verzichten. Für die VJTF 2023 muss beispielsweise, was wohl keinen



Foto: Bundeswehr

Eine Nachfolgelösung für den Transporthubschrauber CH-53 zu finden und auch zu finanzieren, ist nur eines der Großprojekte, vor denen die Bundeswehr steht.

land verpflichtet. Neben dem Zwei-Prozent-Ziel gibt es die Nato-Quote, wonach 20 Prozent der nationalen Verteidigungsausgaben zur Rüstungsbeschaffung eingesetzt werden sollen.

Doch nicht nur die Betriebs-, sondern auch die Beschaffungskosten übersteigen die vorgesehenen Mittel: Um die politischen Vorgaben militärisch erfüllen zu können, muss der Verteidigungshaushalt signifikant steigen. Dabei geht es nicht um „Großmachtsphantasien“, sondern um handfesten Bedarf, wie zum Beispiel ein volles Munitionsdepot, einen „Tornado“-Nachfolger, einen neuen Kampfpanzer, einen Nachfolger für den CH-53, ein modernes Taktisches Luftverteidigungssystem oder weitere Fregatten für die Marine.

Um nur das Nötigste beschaffen zu kön-

nen, müsste der Verteidigungshaushalt im nächsten Jahr knapp 56 Milliarden Euro (plus 9 Milliarden Euro). 2024 müssten es knapp über 62 Milliarden Euro sein (plus 15,9 Milliarden Euro). Bei einem linearen Verlauf hieße das, dass der Haushalt 2023 um rund 13 Milliarden Euro höher ausfallen müsste als vorgesehen. Wie sich der Haushalt entwickeln würde, wenn Deutschland seine Verteidigungsausgaben in Richtung der vereinbarten Summe von zwei Prozent vom BIP erhöhen würde, zeigt der graue Balken („Zwei-Prozent-Ziel“). Möchte Deutschland seine nationale Ambition also erreichen, müsste der Verteidigungshaushalt inzwischen über diese berühmte Marke steigen.

Könnte eine Verkleinerung der Bundeswehr auf zum Beispiel 165 000 Mann helfen? Der Gedanke ist wohl im Raum, wie der „Grie-

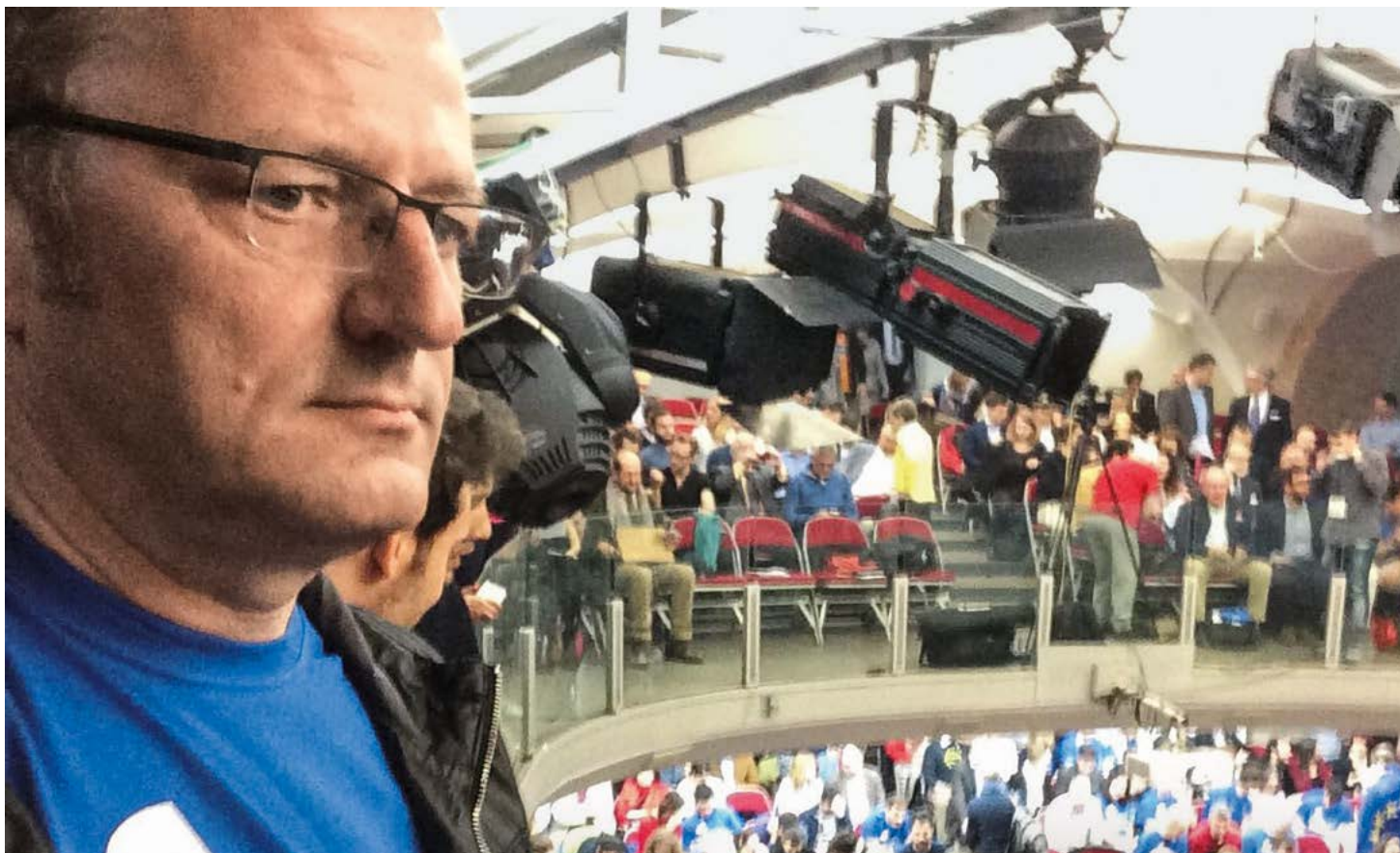
Soldaten überraschen wird, wieder Material aus der ganzen Bundeswehr zusammengesucht werden. Die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt schafft es also nicht, rund 5000 Soldatinnen und Soldaten voll auszustatten. Zu lange führen die Streitkräfte auf Verschleiß.

Daher wird auch eine Bundeswehrreform, sollte sie denn kommen, keine Entlastung bringen. Denn das Finanzproblem der Bundeswehr begründet sich nicht mit dem viel gescholtenen „Wasserkopf“. Es ist der Materialbedarf – und der kann nicht „wegreformiert“ werden. Deutschland hält – das zeigt das Beispiel VJTF – weder nationale Planungsziele noch internationale Verpflichtungen ein. Es spart an der eigenen und an der Sicherheit seiner Verbündeten.

EUROMIL – seit 50 Jahren im Einsatz für die Rechte von Bürgern in Uniform

Gleiche Rechte für die Bürger in Uniform sind in Europa immer noch ein Wunschtraum. Dennoch hat die mit maßgeblicher Beteiligung des Deutschen Bundeswehrverbandes begründete Europäische Organisation der Militärverbände die europäische Rechtsprechung diesem Ziel nähergebracht.

Foto: EUROMIL



Am 25. März 2017 demonstrierte EUROMIL mit einer offiziellen Delegation beim Marsch für Europa in Rom für eine neue föderative, soziale und solidarische EU. Mit dabei war auch EUROMIL-Vizepräsident und DBwV-Schatzmeister Hauptmann a.D. Jörg Greiffendorf (l.). EUROMIL ist Mitglied im Friend of Europe's Stakeholder Network.

Das Fernziel gemeinsamer Streitkräfte begleitet den Prozess der Integration europäischer Staaten im Rahmen der Europäischen Union von Beginn an. Ein erster Vorstoß mit dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte 1954 an der verweigerten Ratifizierung durch die Französische Nationalversammlung. In der Gegenwart ist es gerade der französische Präsident Emmanuel Macron, der eine „echte europäische Armee“

Von Michael Rudloff



fordert. In ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament bezeichnete Bundeskanzlerin Angela Merkel diese im November 2018 als „gute Ergänzung zur Nato“.

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, auf dem erhebliche Hindernisse zu überwinden sind. Bei den multinationalen Einsätzen und in den bestehenden integrierten Verbänden zeigen sich historisch gewachsene Unterschiede in der Führungsphilosophie der nationalen Armeen, in den Grundrechten, auf dem Gebiet des Dienstrechts und der sozialen Rahmenbedingungen. Wichtige Errungen-

schaften bei den Grundsätzen der Führung, bei Beteiligungs- und Beschwerderechten und insbesondere bei der Koalitionsfreiheit, wie sie für deutsche, niederländische, belgische und dänische Soldaten selbstverständlich sind, wären zur Disposition gestellt. Insbesondere das im Deutschen Bundeswehrverband ausgeübte Koalitionsrecht von Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgrade stellt im internationalen Vergleich immer noch eine Ausnahme dar. Bei einigen Partnern des Nordatlantischen Bündnisses – in Frankreich und Spanien – waren soldatische Interessenorganisationen noch bis vor Kurzem verboten. Lediglich Familienmitglieder aktiver Militärs oder pensionierte Soldaten durften sich in diesen Ländern in Vereinen organisieren. Im Vereinigten Königreich ist es



Die Bundeswehr



**Könige der Lüfte
und Stolz der deutschen
Luftwaffe sind
die Starfighter F 104 G,
die hier
im Verbandsflug
zu sehen sind.**

Foto: BMVtdg

Die größte deutsche Soldatenzeitschrift

Das Titelbild der „Bundeswehr“ vom September 1964 zeigt den „Starfighter“ als Stolz der Luftwaffe. 1958 war die Entscheidung zur Anschaffung von 916 Maschinen getroffen worden. Die ersten Flugzeuge trafen 1961 ein, später wurde die F-104G (das G steht für „Germany“) in Deutschland unter anderem bei Messerschmitt in Lizenz gebaut. Ihr negatives Image als „Witwenmacher“ bewirkten 269 Abstürze allein in Deutschland, wobei 116 Piloten den Tod fanden. Eine von mehreren Ursachen war die nachträgliche Ausrüstung mit Gerät und Bombenlast. Der letzte „Starfighter“ wurde am 22. Mai 1991 außer Dienst gestellt. Wegen ihrer Geschwindigkeit bis zu zwei Mach und ihrer Steigleistung war die F-104 bei den Piloten trotz der Risiken beliebt.

Das in der Gründungsstätte Haus Lerbach am 14. September 1972 gewählte erste ordentliche Präsidium von EUROMIL. In der ersten Reihe von links nach rechts: Harry Hoogenboom (NL), Christian Sørensen (DK), Heinz Volland (D), Dr. Aldo Berchiatti (IT) und Gabriel Thielemans (B)



Foto: EUROMIL

Soldaten gerade einmal erlaubt, einer zivilen Gewerkschaft beizutreten. Die Gewährung demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte wird selbst in Armeen demokratisch verfasster Staaten immer noch als mit dem Prinzip von Befehl und Gehorsam unvereinbar und damit als Verlust an militärischer Effizienz angesehen.

Die Gefahr einer Einigung auf den geringsten gemeinsamen Nenner innerhalb des militärischen Bündnisses wurde im Deutschen Bundeswehrverband frühzeitig erkannt. Um einem möglichen Verlust erkämpfter Rechte zu begegnen, führte der Vorstand des DBwV auf Initiative des 1967 zum Bundesvorsitzenden gewählten Heinz Volland mit Vertretern anderer europäischer Soldatenverbände zunächst auf bilateraler Ebene Gespräche über Erfahrungen in sozialpolitischen und Fürsorgefragen. Diplomatisches Geschick war hierbei gefragt. Trotz der unter den Bedingungen des Kalten Krieges dominierenden Gemeinsamkeiten waren auch nach nahezu einem Vierteljahrhundert Ressentiments aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges nicht vollständig überwunden. Unterschiedliche konfessionelle und politische Ausrichtungen, Statusbarrieren oder einfach nur die Konkurrenz von Verbänden innerhalb eines Landes führten im Rückblick zu kuriosen Situationen. Heinz Volland berichtete, dass „eines der wesentlichen Hindernisse ... darin bestanden (habe), die Vertreter von Offizieren und Unteroffizieren aus Ländern wie den Niederlanden und Bel-

gien an einen Tisch zu bringen. Und befanden sie sich endlich im selben Raum, so durften sie keinesfalls Seite an Seite platziert werden.“

Es gelang dennoch, aus der Erörterung der gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Koalitionsrecht der Soldaten und die Bildung von soldatischen Interessenvertretungen eine Initiative für die Schaffung eines europäischen Dachverbandes zu entwickeln. Dieser Gedanke wurde erstmals am 15. Juni 1969, am Vorabend der 8. Hauptversammlung des DBwV, bei einem gemeinsamen Abendessen mit den ausländischen Gästen im Park Hotel Bad Godesberg entwickelt und konkretisiert. In den folgenden Monaten trafen sich Delegierte von Verbänden aus den Niederlanden, Belgien, Deutschland, Norwegen, Italien und Dänemark mehrmals in Deutschland und einmal in Dänemark. In einem mühsamen Ringen um gemeinsame Positionen blieben Rück-

schläge nicht aus. Nach anfänglichem Interesse zogen sich die Vereinigungen der schwedischen und norwegischen Offiziere und der luxemburgischen Unteroffiziere zurück.

Am 13. Dezember 1970 unterzeichneten Vertreter von acht Soldatenverbänden aus vier Ländern in dem wenige Wochen

zuvor fertiggestellten Haus des Deutschen Bundeswehrverbandes in der Bonner Südstraße eine Erklärung über ihre künftige Zusammenarbeit in einer „Europäischen Organisation der Militärverbände“ (EUROMIL) mit Sitz in Bonn. Drei weitere Verbände aus Norwegen, Dänemark und Italien erwogen

ihren Anschluss. Präsident des vorläufigen Präsidiums wurde der dänische Senior Sergeant (vergleichbar mit einem Stabsfeldwebel der Bundeswehr) Christian Sørensen (1928 – 1976). Oberstleutnant Heinz Volland wurde zu einem von drei Vizepräsidenten gewählt. Um den Rechten der „Bürger in Uniform“ Gehör zu verschaffen, nahm die neue Organisation Verbindung zu allen Verteidigungs-

„Soldaten müssen die Demokratie, die sie schützen, auch selbst erleben.“

EUROMIL

ministern der Nato, zum Europaparlament auf und sondierte Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Berufsverbänden. Die Akteure handelten in einer Zeit, in der die internationale Politik in Bewegung geraten war. Diplomatische Initiativen, die SALT-Verhandlungen, Gespräche des US-Präsidenten Richard Nixon mit chinesischen und sowjetischen Spitzenpolitikern und schließlich die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik zielten darauf, die Gefahr einer gewaltsamen Konfrontation der gegnerischen Militärblöcke zu bannen. Damit erweiterten sich die politischen Möglichkeiten für eine organisatorische Zusammenarbeit der Militärorganisationen der westeuropäischen Staaten.



Am 13. September 1972 erfolgte im Haus Lerbach – einem ehemaligen Herrenhaus mit Englischem Landschaftsgarten in Bergisch Gladbach – mit einer feierlichen Eröffnung und ersten Mitgliederversammlung die offizielle Gründung von EUROMIL. Erster Präsident wurde Christian Sørensen. Vizepräsident Heinz Volland vertrat neben dem Deutschen Bundeswehrverband zugleich den Verband der Reservisten der Bundeswehr. Vertreter norwegischer Militärorganisationen nahmen als Gäste teil. Mit ihrer Gründung repräsentierte die Dachorganisation über eine Million Militärangehörige aus Belgien, Dänemark, Italien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland.

sich als Soldat Gewerkschaften oder Berufsverbänden anschließen zu dürfen.“ Mit Wirkung vom 25. März 1979 wurde EUROMIL in die Liste der internationalen, nichtamtlichen Organisationen mit besonderem Status beim Europarat in Straßburg eingetragen. Den entscheidenden Durchbruch gegen nationale Widerstände bildete die im April 1984 im Europäischen Parlament mit großer Mehrheit gefasste Entschließung, in der alle in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten aufgefordert werden, „in Friedenszeiten ihren Soldaten das Recht zu gewähren, zur Wahrung ihrer sozialen Interessen Berufsverbände zu gründen, sich ihnen anzuschließen und darin eine

werkschaftliche Rechte garantieren soll.

Ein wichtiges Verdienst erwarb EUROMIL bei der Beendigung des Kalten Krieges und des Demokratisierungsprozesses in den Armeen der Staaten des zerfallenden Warschauer Paktes. An der 51. Präsidiumssitzung 1988 im dänischen Ringkøbing nahmen erstmals in der Geschichte von EUROMIL zwei militärische Vertreter des Warschauer Paktes – ein General und ein Admiral der sowjetischen Streitkräfte – an einer Präsidiumssitzung teil. Der im Verlauf der Friedlichen Revolution in der DDR gegründete Verband der Berufssoldaten (VBS) wurde am 3. Mai 1990 Mitglied von EUROMIL. Die erste Präsidiumssitzung auf dem Boden des zerfallenden



Foto: DBwV/Scheiner

Kurz nach ihrer Eröffnung besuchte eine EUROMIL-Delegation die neue DBwV-Geschäftsstelle in Berlin. Mit dabei waren der Bundesvorsitzende Oberstleutnant André Wüstner (4. v. l.), DBwV-Schatzmeister und EUROMIL-Vizepräsident Hauptmann Jörg Greiffendorf (2. v. r.) und Emmanuel Jacob (Präsident EUROMIL, M.)

Die bereits im Dezember 1970 formulierten offiziellen Ziele von EUROMIL waren verbindlich und allgemein gehalten. Sie bestanden darin:

„– die Verständigung und Freundschaft zwischen den Völkern zu vertiefen.

– den regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliederverbänden zu pflegen und

– die allgemeinen ideellen, sozialen und beruflichen Interessen der Soldaten zu fördern.“

Im Kern ging es nach den Worten des späteren EUROMIL-Vizepräsidenten Bernhard Gertz darum, „als Dachverband nationaler Soldatengewerkschaften und -berufsverbände die Durchsetzung der Gewährung von Grundrechten und Grundfreiheiten für alle Soldaten in Europa zu fördern. Im Mittelpunkt befand sich dabei das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit, das Recht also,

aktive Rolle zu spielen“. In der Begründung heißt es unter anderem, dass „Soldaten, seien es Wehrpflichtige oder längerdienende Soldaten, nicht von der demokratischen Gesellschaft isoliert werden dürfen und die Demokratie, die sie schützen, auch selbst erleben müssen.“ Ähnliche Entschließungen wurden von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verabschiedet. In Irland gelang auf eindrucksvolle Weise die Durchsetzung des Koalitionsrechts, auch in Spanien und Portugal zeigte das Engagement von EUROMIL Wirkung. Durch die Umsetzung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes in Straßburg vom 2. Oktober 2014 in die nationale Rechtsprechung fiel in Frankreich das bis dahin geltende absolute Verbot für Militärangehörige, eine Gewerkschaft zu gründen oder ihr beizutreten. Seit 2019 berät das italienische Parlament nach einem Urteil des Verfassungsgerichts ein Gesetz, das Soldaten ge-

Warschauer Paktes wurde am 4. Oktober 1990 in Leipzig abgehalten. 1997 tagte das Präsidium dann in der Hauptstadt der Russischen Föderation, Moskau. Die „Independent Trade Union of Servicemen“, ITUS, Russland, trat EUROMIL bei. Diese hoffnungsvoll stimmenden Anfänge konnten angesichts neuer Konfliktfelder nicht verstetigt werden. Im Konflikt um die Ukraine schieden sowohl der russische als auch der ukrainische Verband aus EUROMIL aus.

Am 1. November 1995 verlegte EUROMIL seine Geschäftsstelle nach Brüssel. Heute befindet sie sich gegenüber dem Gebäude Berlaymont der EU-Kommission am Rond-Point Robert Schuman. Seit 2006 führt der Belgier Emmanuel Jacob als Präsident die Organisation. Das Amt des Vizepräsidenten übt seit 2016 Jörg Greiffendorf (DBwV) aus. EUROMIL umfasst derzeit 32 Berufsverbände und Soldatengewerkschaften aus 21 Ländern.

Die SPD, ihre soldatische Tradition und ein Generalsekretär mit klarer Kante

Lars Klingbeil, Sozialdemokrat aus der Heide, Sohn eines Berufssoldaten, ist die Nähe seiner Partei zu denen wichtig, die Deutschland dienen und die Demokratie schützen. Wie passt das zum pazifistischen Kurs der aktuellen SPD-Spitze? Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden Heer, Thomas Behr, über den größten Standort Munster und die Zukunft der Bundeswehr.

Von Frank Jungbluth

Die Bundeswehr: Unter den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr waren und sind traditionell nicht wenige auch Mitglieder oder Anhänger der Sozialdemokratischen Partei. Das hat spätestens seit den beliebten Verteidigungsministern Helmut Schmidt, Hans Apel und Peter Struck Tradition in der Truppe. Haben Sie Sorge, diese enge Bindung zu verlieren, angesichts der Äußerungen ihres Fraktionschefs Rolf Mützenich, der bewaffnete Drohnen ablehnt und am liebsten auch die atomare Teilhabe aufgeben würde?

Lars Klingbeil: Als ich zum ersten Mal für den Bundestag kandidiert habe, hat Peter Struck, der ja Abgeordneter im Nachbarwahlkreis war, mich zur Seite genommen und mir gesagt: „Wir Sozialdemokraten kümmern uns immer um die Truppe.“ Und da hat er recht. Das ist für mich bis heute Messlatte meines Handelns und das erwarte ich auch von meiner Partei. Ja, die Frage der bewaffneten Drohnen diskutiert die SPD intensiv. Das ist eine hitzige gesellschaftliche Debatte. Was doch aber klar ist: Auf die SPD kann sich die Truppe verlassen. Als beispielsweise Herr zu Guttenberg als Verteidigungsminister bei Personal und Finanzen radikal einsparen wollte, haben wir dagegeengehalten. Die Kürzungen von damals merken wir heute noch an vielen Stellen in der Bundeswehr.

Die Bundestagswahl im September nähert sich mit Riesenschritten. Wie will die Partei bis dahin eine einheitliche Linie zu bewaffneten Drohnen, atomarer Teilhabe und genügend Geld für die ausreichende Ausstattung der Bundeswehr finden?

Was unser Wahlprogramm angeht, sind wir gerade in der Schlussphase. Am 9. Mai wird es auf einem Parteitag beschlossen. Bei der finanziellen Ausstattung der Bundeswehr sind wir als SPD sehr klar. Wir haben eine Parlamentsarmee. Wenn wir unsere Truppe in Auslandseinsätze schicken, muss sie gut ausgestattet, vorbereitet und nachbetreut werden. Das ist die Pflicht, die wir gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten haben. Olaf

Scholz hat übrigens als Finanzminister jedes Jahr den Verteidigungshaushalt erhöht. Wir reden also nicht nur, wir handeln konkret. Was mich wahnsinnig ärgert ist, dass das Verteidigungsministerium im Beschaffungswesen nicht vorankommt. In den letzten Jahren konnte die Verteidigungsministerin regelmäßig nicht alles Geld verwenden, das wir als Parlament zur Verfügung gestellt haben. Für uns ist es deshalb wichtig, das Beschaffungswesen deutlich zu stärken. Da geht es um konkretes Management und das ist meine Erwartung an die Ministerin. Aktuell geht alles zum Nachteil der Soldatinnen und Soldaten. Was die Bewaffnung der „Heron-TP“ angeht, bin ich übrigens sehr klar dafür. Ich habe als Mitglied im Verteidigungsausschuss dazu zahlreiche Gespräche geführt und mir meine Meinung gebildet. Ich merke aber schon oft, dass ich in der SPD und der Gesellschaft insgesamt noch einige überzeugen muss.

In Ihrem Wahlkreis ist die Heimat des größten Standortes des Deutschen Heeres mit 5300 Dienstposten. Was sagen Sie diesen potenziellen Wählerinnen und Wählern, wie das Verhältnis zwischen Bundeswehr und SPD ist?

Das Verhältnis ist gut. Natürlich gibt es auch

mal Debatten und zur Drohnen-Diskussion haben mich auch unzufriedene Nachrichten erreicht. Da muss ich nicht drumherum reden. Aber wer mich kennt, weiß, dass ich mich um die Bundeswehr kümmere und mir das Ganze ein wirkliches Anliegen ist. Mein Vater war Berufssoldat, ich bin mit der Bundeswehr aufgewachsen. Viele aus meinem Freundeskreis sind aktive Soldatinnen und Soldaten. Ich kannte Kameraden, die in Afghanistan gefallen sind, persönlich. Das ist etwas, was tief prägt und einem täglich die Verantwortung vor Augen führt, die wir als Parlament haben. Der Staat muss sich besser um die Truppe kümmern. Ein höherer Verteidigungshaushalt ist da übrigens nicht alles. Es geht um Wertschätzung, es geht um Aufstiegsmöglichkeiten und eine funktionierende Ausrüstung.

Bundesverteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Eberhard Zorn haben jetzt ein Strategiepapier zur Zukunft der Bundeswehr vorgelegt: Geht das weit genug, um eine moderne Armee aufgestellt zu haben, die sowohl im Auslandseinsatz als auch bei der Landes- und Bündnisverteidigung bestehen kann?

Das Strategiepapier ist erstmal gut. An der



entscheidenden Stelle macht es aber leider halt und wird schwammig, wenn es um Fragen der konkreten Umsetzung geht. Analysiert haben wir in den vergangenen Jahren doch eigentlich genug und auch die sicherheitspolitischen Veränderungen seit der Krim-Krise 2014 sind nicht mehr überraschend. Ich bin gespannt auf die für Mai 2021 angekündigten Vorschläge. Ich hoffe, dass diese dann nicht ausschließlich für die verbale Auseinandersetzung im Wahlkampf genutzt werden, sondern konkrete Verbesserungen und Richtungsvorgaben für die Truppe enthalten. Wir kennen das Spiel der fortlaufenden Ankündigungen schon zur Genüge von Frau von der Leyen. Die ganzen „Trendwenden“, die da angekündigt wurden, kann in der Bundeswehr niemand mehr hören. Ich bleibe dabei. Vieles ist handwerklich problematisch, was aus den Reihen der politischen Führung des Ministeriums kommt. Da wäre eigentlich gutes Management gefragt. Die Soldatinnen und Soldaten leisten großartige Arbeit und haben alle Unterstützung verdient.

Oberstleutnant Thomas Behr, Vorsitzender Heer im Deutschen Bundeswehrverband, während eines Besuchs im Einsatzgebiet in Mali im Gespräch mit der Truppe. Mit dem SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil war Behr auch zum Truppenbesuch in Afghanistan.



Warum sollte eine Soldatin/ein Soldat heute noch SPD wählen?

Das, was die SPD bieten kann, ist, dass sie verlässlicher Partner jedes einzelnen Soldaten oder jeder einzelnen Soldatin ist. Eine gute Ausstattung, eine gute Ausrüstung und eine gute Ausbildung sind uns wichtig und die müssen ausreichend finanziert sein. Wir brauchen auch Investitionen in die Standorte und die Infrastruktur. Für uns sind die Menschen bei der Bundeswehr die wichtigste und zentrale Komponente für die Sicherheit unseres Landes. Ich meine, gerade dieser Punkt steht nicht ausreichend in der öffentlichen Debatte. Wir müssen darüber sprechen, wie wir den Vorgesetzten mehr Zeit für gute Führung geben können, wie wir mehr Frauen in die Streitkräfte bekommen, wie wir eine höhere Zufriedenheit bei den Menschen schaffen, die

schon viele Jahre ihren Dienst in den Streitkräften leisten.

Seit Jahren versucht die Große Koalition die Ausrüstungslücke der Bundeswehr zu verbessern, ohne signifikanten Erfolg. Woran liegt das Scheitern Ihrer Meinung nach?

Die politische Führung hat zu lange um das Problem herumgeredet. Da wurde dann über Flachbildschirmfernseher philosophiert, aber nicht über die signifikanten Probleme im Beschaffungsprozess. Frau von der Leyen hat teure Berater eingekauft, aber keine Fahrzeuge für die Truppe. Und es muss da auch an die Rüstungsfirmen eine klare Ansage geben: Wenn ihr nicht liefern könnt, kaufen wir woanders. Absoluter Tiefpunkt für mich ist ein persönliches Erlebnis: Als ich 2010 in Afghanistan war, wurden mir Probleme mit Nachtsichtgeräten geschildert. Ich habe mich dann im Ministerium beschwert und dort hieß es: Wir haben das alles im Griff. Zehn Jahre später ist das Thema immer noch da. Ich habe jetzt in den Haushaltsberatungen darauf gedrängt, dass es endlich zu besseren Beschaffungen kommt. Aber das Tempo des Ministeriums ist schon peinlich.

Lars Klingbeil (43) ist seit Dezember 2017 Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Politiker ist – mit einer Unterbrechung – seit 2005 Abgeordneter des Bundestages.

Was wünschen Sie sich für die Soldaten und zivilen Beschäftigten in Ihrem Wahlkreis?

Ich wünsche mir, dass die wertvolle Arbeit, die Soldatinnen, Soldaten und die Zivilbeschäftigten leisten, in unserer Gesellschaft stärker anerkannt wird. Wenn ich sehe, dass in manchen Bereichen des Landes ernsthaft darüber diskutiert wird, ob die Bundeswehr bei der Bewältigung der Corona-Pandemie helfen darf, bin ich fassungslos. Ich konnte neulich ein mobiles Impfteam aus meiner Heimatstadt Munster begleiten. Das ist eine so wertvolle Unterstützung für uns alle, die dort geleistet wird. Egal, ob im Auslandseinsatz oder bei der Amtshilfe in Coronazeiten: Wir haben eine Bundeswehr, auf die wir uns verlassen können. Und ich wünsche mir, dass bei der Truppe alle wissen: Sie können sich auf die Politik und die Gesellschaft verlassen.

Foto: Tobias Koch



Foto: Screenshot MSC

Per Monitor zur Münchner Sicherheitskonferenz dazugeschaltet waren US-Präsident Joe Biden, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron (v.l.).

„Amerika ist zurück“ – Joe Biden bekennt sich auf der MSC klar zur transatlantischen Partnerschaft

Das hatte man sich auf dieser Seite des Atlantiks dringlich gewünscht: Nach vier Jahren Donald Trump und seiner „America first“-Politik hat der neue Präsident Joe Biden für Vertrauen, Zusammenarbeit und Multilateralismus geworben. Seine Botschaft: Amerika ist zurück im Kreis der transatlantischen Partner. Bundeskanzlerin Merkel revanchierte sich mit einem Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel.

Die Münchner Sicherheitskonferenz – das bedeutet normalerweise: Ausnahmezustand in der bayerischen Landeshauptstadt. Tausende Polizisten, ein festungsartig gesichertes Tagungshotel, hunderte Teilnehmer bilden den Rahmen für das weltweit wichtigste Treffen der sicherheitspolitischen Community. Weil das unter Corona-Bedingungen alles derzeit nicht möglich ist, hat MSC-Chef Wolfgang Ischinger zu einer digitalen Sonderauflage geladen. Unter dem Titel „Beyond Westlessness: Renewing Transatlantic Cooperation, Meeting Global Challenges“ hat er eine spektakuläre Runde von Teilnehmern gewonnen, darunter – erstmals in der Geschichte der Konferenz – den amtierenden US-Präsidenten.

„Ich schicke eine klare Botschaft“, sagte Biden: „Amerika ist zurück. Die transatlantische Partnerschaft ist zurück. Und wir schauen nicht zurück. Wir schauen gemeinsam nach vorne.“ Das Bündnis mit Europa bezeichnete Biden als „Grundpfeiler der US-Außenpolitik“. Auch zur Nato bekannte sich der Präsident ohne Wenn und Aber: „Die Vereinigten Staaten sind unserer Nato-Allianz voll und ganz verpflichtet.“ Der Artikel

5 sei eine Garantie. „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“, sagte Biden und erinnerte an den Beistand der europäischen Partner nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Er begrüßte zudem, dass europäische Staaten mehr in ihre militärischen Fähigkeiten und damit in die „gemeinsame Verteidigung“ investierten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich in ihrer Antwort erfreut und versprach: „Deutschland steht für ein neues Kapitel der transatlantischen Partnerschaft bereit.“ Sie stellte dem neuen US-Präsidenten mehr Engagement in Aussicht und bekannte sich klar zu dem Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Aktuell ist Deutschland mit derzeit 1,5 Prozent noch ein ganzes Stück entfernt. Merkel zeigte sich zudem offen für eine Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes: „Deutschland ist bereit, auch länger in Afghanistan zu bleiben, wenn es der erfolgreichen Mission dient“, sagte sie. Und weiter: „Der Abzug darf nicht darin enden, dass dort die falschen Kräfte die Oberhand gewinnen.“ Mutmaßlich mit Blick auf die umstrittene Ostsee-Pipeline „Nordstream 2“ sagte Merkel

allerdings auch, sie mache sich „keine Illusionen“ darüber, dass es auch künftig Differenzen mit den USA geben werde.

Zu den Schwerpunkten der weiteren Teilnehmer zählten die Corona-Krise, der Klimawandel und das Verhältnis demokratischer Staaten zu autoritären Regimen wie Russland und China. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron warb für einen „effektiven, nützlichen Multilateralismus“, eine gemeinsame Sicherheitsagenda von Europäern und US-Amerikanern und den Dialog mit Russland. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte die Bedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit.

Zuvor hatte UN-Generalsekretär António Guterres vor einer zunehmenden Rivalität der Vereinigten Staaten und China gewarnt. „Wir können uns keine Zukunft leisten, in der die beiden größten Volkswirtschaften die Welt in zwei gegnerische Lager aufspalten.“

Bei allem Erfolg des digitalen Formats: Botschafter Ischinger und sein Team bleiben optimistisch, noch in diesem Jahr eine „richtige“ Sicherheitskonferenz in physischer Form abhalten zu können. Details oder Termine stehen natürlich noch nicht fest. **DBwV**

Die Europäische Verteidigungsunion – gemeinsam investieren, vereint mehr erreichen

Michael Gahler, Europaabgeordneter (CDU) und außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, fordert, EU-Finanzmittel verstärkt zur Steigerung der Einsatzfähigkeit der europäischen Streitkräfte einzusetzen.

Deutschland, Europa und die Welt sehen sich aktuell einer der schwersten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg gegenüber. Obschon wir dank der rasanten Impfstoffentwicklung nun ein Licht am Ende des Tunnels sehen, vermag zum jetzigen Zeitpunkt niemand die langfristigen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzuschätzen. Es scheint aber sehr wahrscheinlich, dass diese in ihrer Schwere die Finanzkrise von 2008 überbieten werden. Das stellt uns insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor große Herausforderungen. Denn die Pandemie lenkt nur kurz ab von der Krise der internationalen Ordnung, die vor allem durch das primär machtpolitisch orientierte Handeln von Staaten wie Russland, China und auch der Türkei herausgefordert wird. Vielmehr besitzt COVID-19 gar das Poten-

zu einer Europäischen Verteidigungsunion konsequent voranschreitet, um auch Europas sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Seit der Verabschiedung der Globalstrategie der EU 2016 haben wir substanzielle Fortschritte hin zur Europäischen Verteidigungsunion vollzogen, indem neue Instrumente geschaffen wurden, um die Kooperation der Mitgliedstaaten weiter zu fördern, die Fähigkeitenentwicklung der europäischen Streitkräfte voranzutreiben und damit die internationale Handlungsfähigkeit Europas zu stärken. 2017 wurde die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) im Lissabon-Vertrag aktiviert, in deren Rahmen die EU-Mitgliedstaaten in mittlerweile 47 Projekten zur Fähigkeitenentwicklung in allen relevanten Bereichen – Land, Luft, See, Cyber, Weltraum, Ausbildung, Logistik – zusammenarbeiten. Ergänzt wird dieses Instrument durch den 2018 überarbeiteten Fähigkeitenentwicklungsplan und die jährlich stattfindende und erstmals Ende 2020 vollständig vorgelegte Bestandsaufnahme zu den Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedstaaten.

Eine herausgehobene Bedeutung in diesem Instrumentenkasten kommt dem 2017 angekündigten Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) zu, denn dieser stellt erstmalig EU-Mittel für Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich bereit. Wengleich der EDF erst jetzt mit dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 vollständig implementiert wird, so wurde bereits 2017 eine vorbereitende Maßnahme zur Verteidigungsforschung mit einem Umfang von 90 Millionen Euro sowie 2019 ein Programm zur Entwicklung der Verteidigungsindustrien mit einem Umfang von 500 Millionen Euro aufgelegt. Bis heute wurden 18 Forschungsprojekte und 16 Entwicklungsprogramme aus EU-Mitteln (co-)finanziert, wobei sich



Foto: European Union

Michael Gahler, Europaabgeordneter der CDU

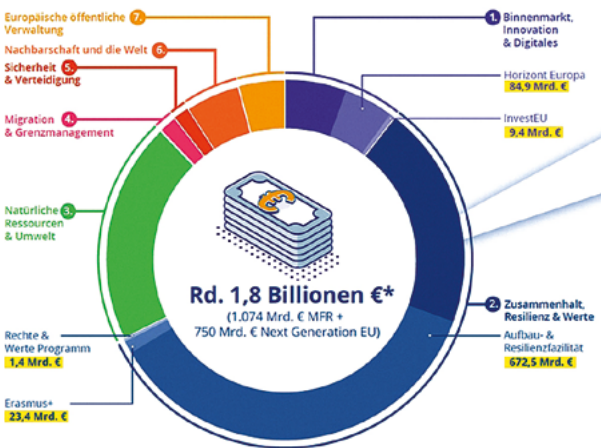
weitere 24 Entwicklungsprogramme derzeit noch im Vergabeprozess befinden. Der nun an den Start gehende EDF wird beide Programme zusammenführen und ist mit einem Finanzvolumen von 7,953 Milliarden Euro (2,651 Milliarden für Forschung, 5,302 Milliarden für Entwicklung) ausgestattet. Damit liegt der EDF deutlich unterhalb des ersten Kommissionsvorschlages von 13 Milliarden Euro von 2018, was angesichts der globalen krisenhaften Entwicklungen geboten gewesen wäre. Ende 2020 wurde zudem mit der Europäischen Friedensfazilität ein von den Mitgliedstaaten verwaltetes Instrument mit einem Umfang von fünf Milliarden Euro zur Finanzierung der gemeinsamen Kosten von militärischen EU-Einsätzen sowie zur Erüchtigung von Partnern, insbesondere in Afrika, durch die Lieferung militärischer Ausrüstung, vor allem im Rahmen von EU-Trainingsmissionen, geschaffen.

Gerade vor dem Hintergrund des sehr begrenzten Budgets muss klar sein, dass der Einsatz von EU-Finanzmitteln dem Primat der besten Lösung zur Steigerung der Einsatzfähigkeit der europäischen Streitkräfte dienen muss und entsprechend ein verantwortungsvolles abgestimmtes Handeln der Mitgliedstaaten erfordert. Dieser Haushaltsposten muss den europäischen Mehrwert fördern, bei der Forschung und Entwicklung, der besser koordinierten Planung und Beschaffung, um im gemeinsamen Einsatz den Auftrag besser erfüllen zu können.

Langfristiger EU-Haushalt (MFR+NGEU) 2021-27 #EBDGrafik

Kompromiss (in 2018-Preisen)

Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2021-27 mit Wiederaufbauinstrument



*Zuzüglich rund 20 Mrd. Euro, die außerhalb des MFRs 2021-27 getätigt werden. Bsp.: 5 Mrd. € für eine Brexit-Reserve

Europäischer Rat/Burak Korkmaz

zial, die internationalen Spannungen noch weiter zu vertiefen. Daher bleibt es unerlässlich, neben der Pandemiebekämpfung auch unsere langfristigen Sicherheitsinteressen nicht aus dem Blick zu verlieren. Mehr denn je ist es das Gebot der Stunde, dass die Europäische Union auf dem beschrittenen Weg



Beim virtuellen Verteidigungsministertreffen wurden die Reformvorschläge für die „Nato 2030“ diskutiert.

Verteidigungsminister-Runde: Nato berät über Zukunft des Bündnisses

Thema der Videokonferenz, an der erstmalig der neue US-Verteidigungsminister teilnahm, war eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses. Eine Entscheidung über einen Abzug aus Afghanistan wurde vertagt.

Von Yann Bombeke

Auch wenn sie wieder nur in virtueller Form stattfand: Die Konferenz der Nato-Verteidigungsminister Mitte Februar war mit Spannung erwartet worden. Zum einen war dies das erste Treffen der Ministerrunde mit dem neuen US-amerikanischen Verteidigungsminister Lloyd Austin, zum anderen stand die mit vielen Fragezeichen versehene Mission des Bündnisses in Afghanistan auf der Tagesordnung. Eine endgültige Entscheidung über den Ab-

zugstermin aus Afghanistan wurde auf dem virtuellen Verteidigungsministertreffen des Bündnisses nicht getroffen. Die Bündnispartner vereinbarten weitere Beratungen in den folgenden Wochen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg gab sich optimistisch, dass in der verbleibenden Zeit eine Einigung gefunden werden könne.

Zuvor hatten die Minister mit der Diskussion über Reformvorschläge von Stoltenberg begonnen – es geht um das Projekt „Nato 2030“. Es umfasst unter anderem den Vor-

schlag, Maßnahmen zur Abschreckung und Verteidigung künftig zumindest teilweise aus der Gemeinschaftskasse zu finanzieren. Demnach müssten Bündnisstaaten nicht mehr alle Kosten selbst tragen, wenn sie sich zum Beispiel an der Stationierung von Truppen im Baltikum oder Luftüberwachungseinsätzen beteiligen.

Im Anschluss sprach Stoltenberg von „positiven und stimulierenden Gesprächen“. Die Initiative „Nato 2030“ verfolge das Ziel, das Bündnis fit für die Zukunft zu machen. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer bekräftigte, dass Deutschland großes Interesse daran habe, die Prozesse zur künftigen Gestalt der Nato voranzutreiben.

Aus Bündniskreisen hatte es im Vorfeld geheißen, dass unter anderem Frankreich den Vorschlag sehr kritisch sehe. Als möglicher Grund gilt, dass sich das Land international vor allem außerhalb der Nato militärisch engagiert – zum Beispiel im Kampf gegen Terror in Mali. Es würde deswegen vom neuen Finanzierungssystem vermutlich nicht profitieren. Stoltenbergs Ziel ist, beim nächsten Nato-Gipfel ein abgestimmtes Reformkonzept zu präsentieren. Er soll im Laufe des Jahres stattfinden. Einen Termin gibt es noch nicht.

Ebenso wurde über eine gerechtere Lastenverteilung gesprochen – ein Dauerthema im Bündnis. Stoltenberg betonte, dass mittlerweile neun Bündnispartner das Zwei-Prozent-Ziel der Nato erreicht hätten. 2014 seien es lediglich drei gewesen, so der Norweger. „Wir machen richtige Fortschritte“, sagte Stoltenberg, und weiter: „Wir leisten keine höheren Verteidigungsausgaben, um den USA zu gefallen, sondern um unsere Sicherheitsvorsorge zu verbessern.“ *Mit Material von dpa*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte entlastet Deutschland nach Luftangriff auf Tanklastwagen in Kundus

Straßburg. Es ist der juristische Abschluss eines der dramatischsten Kapitel in der Geschichte der Bundeswehr: Mitte Februar entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Ermittlungen der deutschen Justiz zum Luftangriff im afghanischen Kundus mit vielen Toten im Jahr 2009 ausreichend gewesen sind. Die Entscheidung ist endgültig, Beschwerde kann nicht eingelegt werden. Ein afghanischer Vater hatte geklagt und Deutschland Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Bei dem Angriff waren seine beiden Söhne getötet worden.

Den folgenschweren Befehl zum Bombenabwurf hatte am 4. September 2009 der damalige Kommandeur des PRT Kundus, Oberst Georg Klein, gegeben. Er ließ zwei von Taliban-Kämpfern gekaperte Tanklastzüge bombardieren, die in einem Fluss fünf Kilometer entfernt von seinem Lager stecken geblieben



Foto: picture-alliance/dpa | Lepa, Jawed, Kangar

Am Tag nach dem Luftangriff sichern afghanische Sicherheitskräfte die ausgebrannten Tanklastler.

waren. Klein fürchtete, dass sie als rollende Bomben eingesetzt werden sollten und ging davon aus, dass nur feindliche Kämpfer vor Ort waren.

Schnell zeigte sich: Offenbar waren doch auch Zivilisten betroffen, nach Schätzungen kamen bei dem Angriff bis zu 100 Menschen ums Leben. Es wurde der Vorwurf laut, dass Oberst Klein absichtlich gegen Einsatzregeln verstoßen habe.

Von den deutschen Gerichten wurde Klein entlastet. Die Bundeswehr leitete kein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Georg Klein, mittlerweile Brigadegeneral, konnte seine militärische Karriere fortsetzen.

Afghanistan und die Angst vor der Rückkehr des Krieges

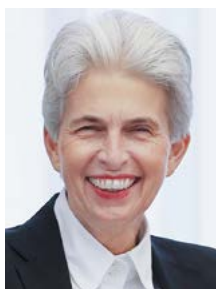
Das sagen die verteidigungspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen zur Verlängerung des Einsatzmandates bis zum Januar 2022, den das Kabinett schon jetzt vorbereitet hat

Von Frank Jungbluth

Deutsche Soldatinnen und Soldaten stehen im 20. Jahr im Einsatz am Hindukusch: 158.000 Frauen und Männer der Truppe haben seit Januar 2002 ihren Dienst im vom 40 Jahre währenden Krieg verwüsteten und zerrütteten Failed State geleistet. 38 von ihnen sind in diesem längsten Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr gefallen. Jetzt hat das Bundeskabinett beschlossen, den Einsatz doch noch bis Ende Januar 2022 zu verlängern. Der Grund: Die US-Army bleibt länger, als das der frühere US-Präsident Donald Trump vor einem Jahr in Doha mit den Männern der Terroristen-Organisation der Taliban den Abzug seiner Armee in diesem Frühjahr verabredet hat. Trumps Nachfolger Joe Biden macht auch das anders, und die Taliban drohen deshalb mit dem totalen Krieg – auch gegen die Bundeswehr.

„Die Verlängerung des Mandats ist sinnvoll“, sagt der CDU-Verteidigungspolitiker Dr. Johann Wadephul. „Zum einen weil wir damit der afghanischen Regierung den nötigen Rückhalt für ihre Gespräche mit den Taliban geben. Nur wenn es zu einer politischen Einigung zwischen der Regierung und den Taliban kommt, ist gesichert, dass unsere Erfolge Bestand haben werden und Afghanistan nicht wieder ein sicherer Hafen für den internationalen Terror wird. Zum anderen ist die Fortführung unseres Engagements gelebte Bündnissolidarität.“

Wadephul antwortet auf die Frage nach der Sicherheit: „Seit absehbar ist, dass die NATO nicht zum 30. April abziehen wird, bereiten sich alle Partner auf eine mögliche Verschlechterung der Sicherheitslage vor. Auch die Bundeswehr. Da geht es um Wachsamkeit, um eine Intensivierung des Trainings, um Übungen, Absicherungsmaßnahmen etc. Vor Ort in Mazar-e Sharif aber auch in der Heimat, indem die potenziellen Unterstützungskräfte in eine andere Bereitschaft versetzt werden. Es ist gut, dass wir uns mit unseren Partnern auf eine mögliche neue Lage vorbereiten. Denn natürlich ist es unverzichtbar, dass die USA weiterhin wichtige Fähigkeiten stellen. Darunter auch bewaffnete Drohnen. Umso ärgerlicher ist es, dass in Deutschland noch immer keine Beschaffung bewaffneter Drohnen eingeleitet wurde. Dafür ist einzig und allein die SPD



Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)



Siemtje Möller (SPD)



Tobias Lindner (Grüne)



Johann Wadephul (CDU)

verantwortlich. Das ist etwas, das ich für politisch unverantwortlich halte.“

Der Reserveoffizier fordert, wie inzwischen viele, dass der Einsatz endlich evaluiert werden muss. „Wir sind seit 20 Jahren in Afghanistan, wir haben viel in diesen Einsatz investiert, viele Erfolge errungen, aber eben auch schmerzliche Verluste erlitten. Wir sollten also nüchtern und umfassend analysieren, was gut gelaufen ist, was schlecht gelaufen ist, um so Schlüsse zu ziehen, was wir demnächst besser machen können und müssen.“

Für die neue verteidigungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Siemtje Möller, ist klar: „Die SPD-Fraktion befürwortet die Verlängerung des Bundeswehrmandats für den Einsatz in Afghanistan bis zum 31.1.2022. Dafür gibt es gute Gründe. Noch sind die Verhandlungen über eine Friedenslösung mit den Taliban nicht abgeschlossen. Doch nur mit einem Ergebnis, das die bisherigen Erfolge absichert und ein Mindestmaß an Stabilität in dem Land garantiert, werden wir unsere Soldatinnen und Soldaten abziehen können. Nur gemeinsam mit unseren Verbündeten werden wir den Einsatz beenden, getreu dem Motto „gemeinsam rein - gemeinsam raus.“

Bewaffnete Schutzdrohnen für die Bundeswehr seien frühestens 2024 einsatzbereit, betont die Sozialdemokratin, sagt aber auch:

„Die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten muss immer und für alle Szenarien gewährleistet sein.“

„Wir stehen der Verlängerung des Afghanistan-Mandats offen gegenüber - vorerst bis Januar 2022. Für uns gilt nach wie vor: Gemeinsam rein, gemeinsam raus. Wir warten momentan auf das Ergebnis des Reviews der neuen US-Administration zum Friedensabkommen und dem Einsatz an sich. Damit ist im März zu rechnen.“

„Die Sicherheitslage unserer Soldatinnen und Soldaten könnte sich deutlich verschärfen. Wir müssen uns auf verstärkte Angriffe auf deutsche Standorte einstellen. Der Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten ist das Gebot der Stunde. Hierfür müssen die deutschen Reservekräfte - Infanterie und Mörser-Zug - bereitstehen, um schnellstmöglich nach Afghanistan verlegt zu werden“, sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann, verteidigungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Vom Außenministerium fordern die Liberalen, dem Bundestag endlich eine Exitsstrategie vorzulegen, gepaart mit einer Bilanz, was wir in Afghanistan bisher erreicht haben. „Dass der Außenminister beharrlich schweigt, ist ein Armutzeugnis.“

Ob die Fraktion Bündnis90/Die Grünen der Mandatsverlängerung zustimmen wird, bleibt offen: „Mir liegt das neue RSM-Mandat jetzt seit Mittwoch vor und die Ausschussberatungen stehen noch an. Gewöhnlich lege ich mein Abstimmungsverhalten bei Mandatsverlängerungen erst danach fest, weil man Ausschussberatungen auch ernst nehmen sollte. Ich vermute, dass die Mehrheit meiner Fraktion erneut gegen das Mandat stimmen wird. Wie in der Vergangenheit auch, überlege ich - gemeinsam mit Kolleg*innen meiner Fraktion - dem Mandat dennoch zuzustimmen“, sagt Tobias Lindner, verteidigungspolitischer Sprecher. Man könne über das Für und Wider der Bewaffnung von Drohnen, insbesondere zum Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten, trefflich streiten. Lindner: „Selbst wenn der Bundestag in diesem Jahr für eine Bewaffnung stimmen würde, stünde sie in Afghanistan frühestens im Jahr 2023 zur Verfügung. Es geht aber um den Schutz jetzt! In den Ausschussberatungen werden wir darauf drängen, dass die Truppe in Afghanistan bestmöglich geschützt ist, insbesondere nach dem 30. April.“

Maas nach Sahel-Konferenz: „Keine Absicht, uns an zusätzlichen Missionen zu beteiligen“

Außenminister Heiko Maas hat nach der G5-Sahel-Konferenz einer Ausweitung des deutschen militärischen Engagements in der Region eine Absage erteilt. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will den Anti-Terror-Kampf fortsetzen – trotz hoher Verluste in den vergangenen Monaten.



Französische Soldaten der Anti-Terror-Mission „Barkhane“ im Einsatz in Burkina Faso – entgegen ursprünglich anders lautender Meldungen wird Frankreich sein Engagement im Sahel in den kommenden Monaten nicht herunterfahren.

Maas sagte, dass Deutschland sein Engagement bei der Ausbildungsmission EUTM Mali und beim Blauhelm-Einsatz MINUSMA fortsetzen wolle. „Das wollen wir weiterentwickeln, aber wir beabsichtigen im Moment nicht, uns an anderen zusätzlichen

kommenden Monaten nicht zu reduzieren. Anfang des Jahres hatte der Präsident noch angedeutet, die Truppenstärke anpassen zu wollen. Aktuell wird Frankreich bei der „Task Force Takuba“ im Anti-Terror-Kampf unter anderem von Spezialkräften aus Estland, Tschechien und Schweden unterstützt.

„Ich hatte zu einem verstärkten europäischen Engagement im Sahel aufgerufen, das haben wir erreicht“, sagte Macron via Twitter. „Die europäische ‚Task Force Takuba‘ ist nun vor Ort und die Zahl der Partner steigt“, so der Präsident.

Auch von den Staaten der G5-Sahel – Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad – hatte sich Macron mehr Unterstützung gewünscht, sein Ziel ist eine „Sahelisierung“ des Konflikts. Immerhin hat nach Angaben der französischen Tageszeitung „Le Monde“ der Tschad jetzt angekündigt, 1200 zusätzliche Soldaten in die umkämpfte Grenzregion von Mali, Niger und Burkina Faso zu entsenden. Zuvor hatten die G5-Staaten umfangreichere finanzielle Unterstützung gefordert.

Yann Bombeke

immer wieder hat Frankreich in den vergangenen Jahren die europäischen Partner gedrängt, sich stärker am Anti-Terror-Kampf der französischen Streitkräfte in der Sahel-Region zu beteiligen. In Deutschland bislang vergebens, und daran wird sich auch nach der G5-Sahel-Konferenz, die Mitte Februar in N'Djamena im Tschad ausgerichtet wurde, nichts ändern. Außenminister Heiko

Missionen zu beteiligen“, sagte Deutschlands Top-Diplomat. Stattdessen sollen die Bemühungen Deutschlands verstärkt werden, zivile Strukturen in der Region aufzubauen.

Frankreichs Präsident Macron hatte zuvor angekündigt, die Zahl der französischen Soldaten in der Region – bis zu 5100 sind dort dauerhaft an der verlustreichen Anti-Terror-Operation „Barkhane“ beteiligt – in den

Betreuung mal anders

Masar-e-Sharif. Aufgrund der Corona-Einschränkungen ist es auch im Einsatz seit Beginn der Pandemie nicht mehr möglich, größere Veranstaltungen abzuhalten. Daher haben sich der Deutsche Bundeswehrverband und die Katholische Militärseelsorge im Einsatzland etwas einfallen lassen: Grillen in kleinem Rahmen und in Kohorten ist noch möglich. Um den Soldaten

eine Freude zu bereiten, haben Oberstabsfeldwebel Stefan Weyer (r.), Hauptansprechpartner des DBwV im Einsatz, und Militärpfarrer Burkhard Schmelz (l.) 650 kg Grillkohle geordert. Diese vom DBwV und der katholischen Militärseelsorge unterstützte Aktion stieß auf große Begeisterung bei allen Kontingentangehörigen und der Dank der Soldaten hallt durch das Camp Marmal.



Tischkickern bei MINUSMA



Gao. Die Kameraden bedanken sich für die Ausstattung mit einem Tischkicker. Leider dürfen wir diesen gerade nicht so nutzen, wie es sonst – ohne COVID-19 – gehen würde. Trotzdem oder gerade deshalb freuen sich die Kameraden des 16. Deutschen Einsatzkontingents MINUSMA über die Bereitstellung des Tischkickers durch den Bundeswehrverband. Die Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind derzeit stark eingeschränkt. Wir, Oberstabsfeldwebel Ralf Z. und Hauptfeldwebel Jens W., haben es uns nicht nehmen lassen, den Tischkicker auszuprobieren!

Machen Sie mit im Team der Ansprechpartner!

Egal wo, Ansprechpartner werden immer und immer wieder benötigt. Melden Sie sich bei Ihrem Landesverband. Dieser wird Sie über Ihre Aufgaben informieren und auf Ihre Tätigkeit vorbereiten. Falls Sie schon im Einsatz sind und noch Ansprechpartner werden wollen, melden Sie sich bitte direkt bei mir.

Das nächste Seminar „Einsatzarmee Bundeswehr – Einsatz-erfahrung trifft Politik, militärische Führung und Interessenvertretung der Bundeswehr“ findet vom 16. bis 17. März 2021 digital via WebEx in Berlin statt. Einladungen der ehemaligen Ansprechpartner erfolgen durch das Bildungswerk an Ihre E-Mail-Adresse.

*Werte Kameradinnen und Kameraden, ich übergebe die Dienstgeschäfte ab Mitte März an Oberstleutnant Stephan Müller. Damit beim Wechsel auch keine Informationen oder Anträge untergehen, nutzen Sie bitte die folgende E-Mail-Adresse: einsatzbetreuung@dbwv.de
Tel.: (030) 259260-2199*

Vielen Dank und bleiben Sie gesund!

*Mit kameradschaftlichen Grüßen
Oberstabsfeldwebel Frank Schmitt,
Beauftragter für die Ansprechpartner
Landesverband West*



Oberstabsfeldwebel
Frank Schmitt

Ansprechpartner DBwV im Auslandseinsatz:

Einsatz	Einsatzort	Einsatz- einheit	Dienstgrad/Name	Einsatzdauer
RS	Kabul	DEU NSE S1 Fw	OF Sabrina Sesterhenn	18.11.20 – 31.03.21
RS	Masar-e-Sharif	Redeployment Coy	OSF Stefan Weyer	07.12.20 – 30.04.21
RS	Masar-e-Sharif	TEFhr Innere	OF Anne Artmann	18.11.20 – 31.03.21
RS	Masar-e-Sharif	Support Btn	Hw Steve Oelkers	01.11.20 – 01.03.21
RS	Masar-e-Sharif	LogStff	SF Enrico Elste	09.11.20 – 15.03.21
UNMISS	Südsudan/Juba	DEU Anteil	H Cipirian Feinweber	30.10.20 – 30.04.21
UNMISS	Südsudan/Juba	DEU Anteil	H Sven Fricke	27.10.20 – 25.03.21
MINUSMA	Mali/Gao	ObjSchtzKp, KpFw	OSF Martin Stahler	17.09.20 – 15.04.21
MINUSMA	Mali/Gao	WtgFw MANTIS	HF Florian Stahl	28.01.21 – 01.04.21
MINUSMA	Mali/Gao	EinsWVSt	SF Stefan Hennig	22.10.20 – 05.03.21
MINUSMA	Mali/Gao	EZLog Go	SU Malte Ströer	15.10.20 – 31.03.21

MINUSMA	Mali/Gao	TrpFhr SatCom MK	OSF Ralf Zerfass	21.01.21 – 30.05.21
MINUSMA	Niamey	KpFw	OSF Axel Kessler	18.11.20 – 25.03.21
EUTM	Mali/Koulikoro	MatBewFw	HF Caroline Schwarz	24.09.20 – 15.04.21
EUTM	Mali/Koulikoro	S6	OL Dieter Morar	28.01.21 – 30.05.21
Counter Daesh	Jordanien/ Al-Asrak	KtgtFw	SF Daniel Schwarz	02.02.21 – 05.05.21
Counter Daesh	Erbil	KpFw	SF Maik Erxleben	Jan 21 – Jun 21
DDO/DtA Nato E3A Vbd	Geilenkirchen/ Konya	AWACS	SF Björn Kraus	01.12.19 – 31.12.21
UNIFIL	Zypern	CTG Stab	KL Olaf Gawron	06.01.21 – 12.05.21
UNIFIL	Zypern	CTG Stab	OSF Michael Leinweber	30.12.20 – 15.04.21
UNIFIL	Naqoura	Arzt	FA Dr. Helmut Franz	08.03.21 – 27.05.21
eFP	Rukla	S4 Branchhead	OTL Thomas Schirpke	18.01.21 – 14.08.21
eFP	Rukla	StZgFhr	H Nathalie Falkowski	26.01.21 – 14.08.21
eFP	Rukla	MatBewFw	SF Peter Kretschmann	18.01.21 – 14.08.21
eFP	Rukla	TrspFw	OF Meyer Julian	18.01.21 – 14.08.21
eFP	Rukla	Milfit Instruktor	OF Alexander Grubbe	26.01.21 – 14.08.21
eFP	Rukla	StDstSdt	OSG Meyer Christoph	26.01.21 – 14.08.21
eFP	Rukla	StDstSdt	HG Max Millinghaus	11.02.21 – 14.08.21
eFP	Rukla	KpFw	OSF Normen Thiel	28.01.21 – 14.08.21
eFP	Rukla	StDstSdt	OSG Aron Last	02.02.21 – 14.02.21
VAPB	Ämari	ELOKaFw	HF Damon Weise	Jan 21 – Mai 21
VAPB	Ämari	NschFw	HF Stephan Mogg	14.01.21 – 05.03.21
VAPB	Ämari	ESM TF	HF Sönke Meyer	12.01.21 – 05.03.21

Stand: 08.02.2021

Ihre zentrale E-Mail-Adresse: einsatzbetreuung@dbwv.de

Im Bundesvorstand zuständig für die Auslandseinsätze:
Hauptmann Andreas Steinmetz, Stellvertreter des Bundesvorsitzenden

Für die Betreuung der Kameradinnen und Kameraden im Einsatz stehen bereit:
Beauftragter für Ansprechpartner DBwV im Auslandseinsatz:
OSF Frank Schmitt
Landesbeauftragte für Auslandseinsätze:
LV Nord:
SF Gerd Dombrowski
(gerd.dombrowski@dbwv.de)
stv. Landesvorsitzender Nord

LV West:
SF Volker Keil
(volker.keil@dbwv.de)
stv. Landesvorsitzender West
LV Ost:
H Ralf Baasch
(ralf.baasch@dbwv.de)
stv. Landesvorsitzender Ost
LV Süddeutschland:
OTL Josef Rauch (josef.rauch@dbwv.de)
stv. Landesvorsitzender Süddeutschland

Wirbel um das KSK: Wie war das mit den Munitionskisten?

Das Kommando Spezialkräfte kommt nicht zur Ruhe. Nach Bekanntwerden der „Amnestie-Affäre“ spekulierte die Presse über die Ablösung des Kommandeurs, der DBwV mahnte zur Besonnenheit. Dann kam raus: Der Generalinspekteur kannte den Vorgang, hat aber die Ministerin nicht vollständig informiert.



Die Angehörigen des KSK gehören zur Elite der Bundeswehr – doch wieder einmal hat die Truppe für Negativschlagzeilen gesorgt.

Foto: imago images/Björn Irtzki

Der Vorgang sorgte für mächtig Wirbel im Lande: Soldaten der Elite-Truppe KSK durften Munition, die sie unrechtmäßig besessen hatten, Anfang letzten Jahres wieder abgeben, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Das passte gut in die Reihe echter oder vermeintlicher Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Munition, deren Höhepunkt der Fund von Waffen und Munition im Garten eines KSK-Angehörigen in Sachsen im vergangenen Jahr war. Kommandeur Markus Kreitmayr geriet unter Druck, ein Verteidigungspolitiker der Linken forderte seine Ablösung. Aus dem Verteidigungsministerium verlautete angeblich, der Brigadegeneral „sei nicht mehr zu halten“.

Als die ersten Meldungen über den Ticker liefen, war Kreitmayr noch nicht einmal im Ministerium zum Sachverhalt befragt worden. Der Bundesvorsitzende Oberstleutnant

Von Jan Meyer

André Wüstner warnte vor übereilten Entscheidungen: „Jetzt gilt es, die Ergebnisse der Ermittlungen abzuwarten. Die Ministerin hat bisher besonnen, aber konsequent auf verschiedene Vorfälle im KSK und darüber hinaus reagiert, dafür wird sie geschätzt. Ich kann und will mir nicht vorstellen, dass sie in das alte Fahrwasser ihrer Vorgängerin gerät, bei der man den Eindruck gewinnen konnte, dass Bauernopfer als vermeintliches Zeichen von Führungsstärke wichtiger waren als Aufklärung und Einordnung der Sachlage.“

Über den Kommandeur sagte er: „Ich kenne Markus Kreitmayr als äußerst integren, pflichtbewussten Offizier. Er ist energisch gegen die beim KSK bekannt gewordenen Missstände vorgegangen und hat einen wesentlichen Kulturwandel eingeleitet.“

Verteidigungsexperten wie Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) forderten umgehend Aufklärung, mit großer Span-

nung wurde die nächste Sitzung des Verteidigungsausschusses erwartet. Dabei kam heraus: Die Munitions-Sammel-Aktion war im BMVg schon länger bekannt – nur die Ministerin wurde nicht vollständig informiert. Die entscheidenden Details hat demnach Generalinspekteur Eberhard Zorn im Oktober 2020 aus einem Bericht des Heeres gekannt, aber nicht in seinen Zwischenbericht für das Parlament aufgenommen. Annegret Kramp-Karrenbauer sagte nach der Ausschusssitzung, er habe das eingestanden und eingeräumt, dass es „aus heutiger Sicht ein Fehler seinerseits war“. Konsequenzen muss der GI wohl nicht fürchten: Annegret Kramp-Karrenbauer machte klar, dass sie weiter mit Eberhard Zorn arbeiten wolle.

Berichte über die bevorstehende Ablösung des Kommandeurs bezeichnete die Ministerin als „Fake News“ und erklärte, dass sie „diese Entscheidung nicht getroffen habe und nicht treffen werde“, bevor sie nicht den ganzen Sachverhalt, eine rechtliche Würdigung und die Aussagen von Markus Kreitmayr selbst kenne. Sie lasse nun untersuchen, mit welcher Motivation der KSK-Kommandeur die Munitionsamnestie durchgeführt habe und wer ihn dabei beraten habe.

Die Ministerin erinnert daran, dass das KSK wegen einiger Vorwürfen unter Beobachtung sei. „Es bleibt dabei: Das KSK steht unter Bewährung.“ Die Waffenamnestie passe zum Bild eines „nicht ordnungsgemäßen und in vielen Bereichen zu hinterfragenden Umgangs mit Munition“. Im Sommer werde über die Aufstellung des Verbandes entschieden.

Mit Blick auf die „Bewährung“ stellte der Bundesvorsitzende klar: „Frau Kramp-Karrenbauer hat im vergangenen Sommer gesagt, dass die Bewährung des KSK mit Blick auf Vorfälle in der Zukunft liege. Falsche Buchung und falsche Lagerung von Munition fanden von da aus gesehen eindeutig in der Vergangenheit statt.“ Die Vorkommnisse seien folglich in keiner Weise ein Beleg für nicht bestandene Bewährung.

Die Aufklärung „Amnestie-Affäre“ liegt nun beim Kommandeur der Division Schnelle Kräfte, Generalmajor Andreas Hannemann. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe lagen noch keine Ergebnisse vor.

*Umfassende Beratung
aus einer Hand*

Pflegepflichtversicherung:

Eine gesetzliche Verpflichtung für jeden!

Die Leistungen sind identisch – aber der Beitrag nicht.

Sparen Sie schon als aktiver Soldat mit einer
Anwartschaftsversicherung und einer
privaten Pflegepflichtversicherung bares Geld.

Ihr Bundeswehr-Experte vor Ort
berechnet Ihnen Ihre Ersparnis.



Exklusiver Versicherungsschutz vom
Empfehlungsvertragspartner der



Förderungsgesellschaft
des Deutschen
Bundeswehrverbandes mbH

Partner der FÖG seit 1956

Continentale Krankenversicherung a.G.
Bundeswehrrservice
Ruhrallee 92, 44139 Dortmund
Tel. 0231 919-3003
bws@continentale.de
www.continentale-soldatenversicherung.de




Die
Continentale



Digitale Lernpakete

Das Feldwebel-/Unteroffizieranwärterbataillon 1 im thüringischen Sondershausen nutzt digitale Möglichkeiten in der Ausbildung. Selbststudium und „Distance Learning“ sind seit Beginn der Corona-Pandemie keine Fremdwörter mehr. Was aber, wenn junge Soldatinnen und Soldaten ihre ersten Schritte bei der Bundeswehr gehen und alles neu lernen müssen?

Von Tobias Oppermann

Der 38-jährige M. Pirme hat zuletzt 2014 für sein Abendstudium die Schulbank gedrückt und nach seiner Lehre über fünf Jahre als Maschinenbautechniker gearbeitet. Seit dem 1. Oktober 2020 ist er als Stabsunteroffizier (Feldwebelanwärter, kurz: FA) wieder bei der Bundeswehr eingestellt. „Ich habe bereits von 2002 bis 2007 als Kraftfahrer und Richtschütze bei den Panzermörsern gedient, da gab es so etwas noch nicht“, sagt Pirme. Aber die Zeiten ändern sich und auch die Bundeswehr stellt sich lösungsorientiert der herrschenden Krisensituation.

Das Feldwebel- und Unteroffizieranwärterbataillon (FA/UA-Bataillon) 1 in Sondershausen, zu dem Pirme seit Mitte Januar kommandiert ist, geht dabei innovativ voran und hat das digitale Projekt „Begleitendes Unterkunftslernen 2.0“ ins Leben gerufen.

Eigenverantwortung wichtig

Nach einem herausfordernden praktischen Ausbildungstag sitzt Pirme mit einem Kameraden auf seiner Stube. „Das Maschinengewehr MG3“ steht in großen Buchstaben auf dem Bildschirm des Fernsehers. Der Stabsunteroffizier bereitet sich mit dem

Lernpaket, das von den Ausbildern erstellt wurde, auf den kommenden Tag vor. Dann steht die Wiederholungsausbildung „Zerlegen und Zusammensetzen des MG3“ auf dem Dienstplan. „Das Vermitteln von Eigenverantwortung und Selbstständigkeit steht neben der militärischen Ausbildung und dem Formen eines starken Führungswillens im Fokus der Führungsnachwuchsausbildung“, erklärt Kompaniechef Major René Brömmer. Seine Idee vom begleiteten digitalen Lernen wurde zu einem Erfolgsrezept. „Die Soldaten lernen durch unser Projekt eigenverantwortlich auf der Stube, können dort erfolgreich den theo-



Waffenkunde gehört zum Grundwissen eines jeden Soldaten. Hier wird das Maschinengewehr MG3 fachgerecht in seine Einzelteile zerlegt und wieder zusammengesetzt.



Der Stubenunterricht kann die praktische Ausbildung niemals ersetzen, aber zum Erlernen der technischen Daten, des Zubehörs und der elf Baugruppen ist er sehr hilfreich.

retischen und praktischen Unterricht vor- und nachbereiten.“

Fernseher als Unterrichtsmittel

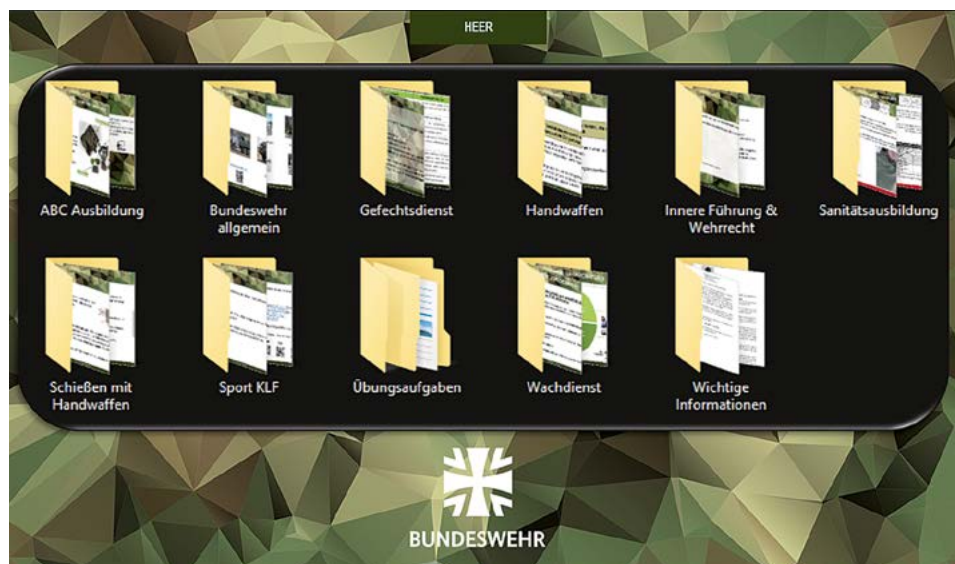
Die Idee vom selbstständigen Lernen auf der Stube entsteht während des ersten Corona-Lockdowns im März 2020. Denn der Dienst- antritt der Grundaussbildungssoldaten wird um sechs Wochen nach hinten verschoben. Um die Zeit bis zum ersten Ausbildungstag sinnvoll zu nutzen, wird das im Zivilbereich bereits vielfach genutzte „Distance Learning“ für militärische Zwecke umgestaltet. Die Ausbilder des FA/UA-Bataillons 1 erstellen etliche Ausbildungsthemen für das Fernlernen und stellen den Soldaten das Unterrichtsmaterial über eine Internetplattform bereit. Zu Hause erfolgt dann die theoretische Waffen- und Geräteausbildung und der Rechtsunterricht, zugleich können sich die Soldaten auch sportlich auf die neue Herausforderung bei der Bundeswehr vorbereiten. Schnell wird klar, dass die Soldaten dank der Lernpakete große Fortschritte machen und die praktische Ausbildung in Sondershausen schnell und effizient ist. Um auch in Zukunft von diesen Lernpaketen zu profitieren, entwickelt das

IT-Fachpersonal des FA/UA-Bataillons 1 das Projekt weiter. Die vorhandenen multimediafähigen Fernseher werden mithilfe von USB-Sticks und technischen Anpassungen auf sämtlichen Stuben zu digitalen Lernplattformen.

Vorbereitet für die Praxis

Als Wiedereinsteller sieht Stabsunteroffizier Pirme vor allem einen entscheidenden Vorteil: „Für mich ist das hier wie eine Auffrischung des Wissens aus meiner ersten Dienstzeit.“ Zwar kann das theoretische Lernen die Praxis nicht ersetzen, aber sehr gut ergänzen: „Beim Maschinengewehr kenne ich also beispielsweise alle Baugruppen in der Theorie, weiß, wie sie aussehen und ich sie zusammensetzen muss. In der Praxis geht dann alles leichter

von der Hand, da es nichts Unbekanntes mehr ist.“ Auch Oberstleutnant Daniel Faul, Kommandeur des FA/UA-Bataillons 1, ist vom neuen Projekt überzeugt: Das „Be- gleitende Unterkunftslernen 2.0“ ist hier im Bataillon nur der Anfang. Absicht ist es, das Projekt so weiterzuentwickeln, dass ein eigener Ausbildungskanal implementiert wird, auf dem die Lehrgangsteilnehmer nicht nur Ausbildungsthemen vor- und nachbereiten, sondern auch die Lageentwicklung unserer taktischen Rahmenlage hautnah miterleben können“, sagt er. „Das hohe Ausbildungs- niveau auch unter diesen erschwerten Be- dingungen zu halten und im besten Sinne der Auftragstaktik umzusetzen“, ist laut Oberst- leutnant Faul „die wesentliche Leistung im Bataillon und bislang ein voller Erfolg“.



Neben den digitalen Lernpaketen gibt es auch sportliche Lehrvideos zum Mitmachen.

Ein gutes Stück weiter, aber bewusst noch im Beta-Status

Die zweite Sitzung der Projektgruppe Junger DBwV hat virtuell stattgefunden.

Die Initiative Junger DBwV nimmt langsam, aber sicher Konturen an. Nach der vielversprechenden Auftaktveranstaltung – oder neudeutsch dem „Kick-off“ – im Oktober vergangenen Jahres haben sich die Beteiligten nun erneut getroffen, um die Arbeit zu verstetigen. Aufgrund der Beschränkungen durch die Corona-Pandemie geschah dies rein per Videokonferenz. Der Fokus lag unter anderem auf der medialen Außen- darstellung. So waren die neue Rubrik Junger DBwV, die Sie gerade lesen, sowie weitere zielgruppenorientierte Online-Formate Teil des Austauschs. Ebenfalls besprochen wurden die Schwerpunkte: Rolle der Landesverbände als wichtiges Bindeglied, die Beteiligung des

Außendienstes und die weitere verbandsinterne Vorgehensweise. So wird höchstwahrscheinlich im Rahmen der kommenden Bundesvorstandssitzung ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur innerverbandlichen Verankerung der Initiative unternommen.

Alle Teilnehmer, die die vier Landesverbände und die verschiedenen Ebenen und Statusgruppen innerhalb des DBwV vertreten, sehen das Projekt in seiner ange-dachten Form auf einem guten Weg. Zugleich haben sie sich dafür ausgesprochen, trotz einer gewissen Themen- und Zielgruppen- vielfalt (siehe auch das Interview auf dieser Seite) den einheitlichen Charakter und das einheitliche Auftreten nach außen beizu-

behalten. Das ermöglicht eine mehrheitlich akzeptierte und akzentuierte Schwerpunktsetzung, die aber durchaus mit vielfältigen Themen in der Breite überzeugt. Letztlich – und da waren sich auch alle Beteiligten einig – kommt es vor allem auf den direkten Kontakt an: Gerade in der Aufbauphase ist es von entscheidender Bedeutung, Gesprächsgelegenheiten und eine Plattform für den Austausch zu schaffen. Deshalb werden die bisher von den Landesverbänden und dem Fachbereich Zivile Beschäftigte benannten Teilnehmer für die beiden bisherigen Veranstaltungen nun im Rahmen des Projekts Junger DBwV auch als Ansprechpartner in ihren Bereichen fungieren. **FK**

„Wichtig ist, niemanden abzuhängen“

Hauptfeldwebel d.R. Maik Merten ist seit Oktober stellvertretender Vorsitzender der Kameradschaft Ehemalige, Hinterbliebene und Reservisten (KERH) Berlin-Nordost. Der frühere Soldat auf Zeit hat sich schon in der vorherigen Legislatur in der KERH stark eingebracht.



Hauptfeldwebel d.R.
Maik Merten

Foto: privat

Die Bundeswehr: Mit den Kameradschaften ERH wird oftmals das gelebte Vereinsleben verbunden, das maßgeblich von lebensälteren Mitgliedern bestritten wird. Sie vertreten als jüngerer ehemaliger Soldat auf Zeit eine andere Gruppe innerhalb der Vereinsfamilie DBwV. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um den DBwV präserter für diese Zielgruppe zu machen?

Maik Merten: Der DBwV könnte speziell für die Kameraden, die aus der Bundeswehr ausscheiden, Themen anbieten, um den Übergang in die „zivile Welt“ zu bestreiten. Auf diesem Weg kann man die Kameraden, eventuell durch gemeinsame Veranstaltungen Aktiver und Ehemaliger als Erfahrungsaustausch, an die KERH ranführen.

Mit der Initiative Junger DBwV will der Verband sich stärker in das Bewusstsein von jüngeren Soldatinnen und Soldaten sowie Beschäftigten der Bundeswehr rücken. Meinen Sie, dass auch die „jüngeren Ehemaligen“ daran beteiligt werden sollten, und wenn ja, wie?

Die „jüngeren Ehemaligen“ sollten auf jeden Fall beteiligt werden, nicht nur weil sie irgendwann „die Alten“ sein werden. Die Kameradschaft lebt von den Erfahrungen aller Mitglieder. Wichtig ist dabei, zukünftig in allen Bereichen digitaler zu werden: durch Apps und mehr Aktivitäten in den sozialen Medien. Aber ganz wichtig ist dabei, niemanden ab-

Kameradschaft ist keine Frage des Alters oder des Status. Wo sehen Sie Schnittmengen oder Ergänzungsmöglichkeiten im Zusammenwirken verschiedener Altersgruppen?

Nachdem mein Verband aufgelöst wurde und ich in die alte Heimat zurückgezogen bin, habe ich in der KERH Berlin-Nordost eine neue „militärische Heimat“ gefunden. Wenn man sich getraut hat, zu einer Mitgliederversammlung zu gehen, merkt man, wie gut es tut, Menschen zu treffen, die die gleiche Sprache sprechen. Aus den Erfahrungen der Alten und denen der Jungen entstehen interessante Gespräche.

Man sagt so schön, ein Ehrenamt kommt selten allein. Wie kommt Ihr Engagement in Ihrem Umfeld an und was sagt Ihre Familie, was sagen Ihre Angehörigen, dazu?

Mein Umfeld hat kaum Berührungspunkte mit der Arbeit für den DBwV. Bei einigen Veranstaltungen waren sie als Gast anwesend und konnten sich ein Bild davon machen, wie vielseitig die Aufgaben in einer KERH sind.

JMi

Beteiligungsrechte aktuell



Für Alle.
Deutscher BundeswehrVerband.

Für **Sie** werden

alle Wege genutzt

Für die Menschen in der Bundeswehr



DBwV

Andreas Hubert,
Vorsitzender
Fachbereich
Beteiligungsrechte,
Bundesvorstand
Deutscher
BundeswehrVerband



Stillstand ist Rückschritt

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

unsere Personalräte und Gremien der Vertrauenspersonen haben inzwischen gelernt, mit der Pandemie umzugehen.

Die zurzeit bestehenden befristeten Regelungswerke, zumindest für Personalräte bis 31. März 2021 befristet, werden, wo möglich, ausgeschöpft. Natürlich gibt es bei der technischen Ausstattung und bei der Anwendung ein deutliches Stolpern im Maschinenraum. Mal ist es das fehlende Bild, mal der fehlende Ton und mal zu viel Ton oder Bild oder zu viel Kinderbetreuung im Hintergrund. Homeoffice sorgt wie bei vielen Menschen in diesem Land, auch bei unseren Interessenvertretern, für ungeahnte Herausforderungen. Wenn für mich eines deutlich

wurde: Eine zukunftsfähige Universallösung des technischen Fortschrittes mit Vereinzelung ist diese technische Übergangszeit nicht.

Nichts ersetzt den persönlichen Dialog, wenn es um die Interessenvertretung der Menschen in der Bundeswehr geht. Zu diesem Ergebnis kommen auch die Verfasser der Novelle des Bundespersonalvertretungsgesetzes. Nach intensiven Beratungen und Anhörungsrunden im Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat ist sie auf dem Weg ins Parlament. Das Bundeskabinett hat nunmehr den Gang der Gesetzgebung eröffnet. In diesem Monat werden die Gewerkschaften und Berufsverbände, also auch der Deutsche BundeswehrVerband (DBwV), im Rahmen einer Expertenanhörung mit sachkundigen Politikern des Deutschen Bundestages weitere Überzeugungsarbeit leisten müssen. Dabei wird natürlich auch die Digitalisierung der Gremiumsarbeit ein Thema sein.

Die Pandemie lässt uns, den DBwV, nicht

aus der Verantwortung, für unsere Mitglieder auch unter erschwerten Bedingungen das Beste herauszuholen. Die Community unserer Organisation Mitarbeitervertretung hat ein starkes Netzwerk für die Beteiligungsgremien aufgebaut und stellt sicher, dass alle angemeldeten DBwV-Mitglieder in Personalrats- oder Vertrauenspersonenfunktionen über einen breiten Fundus an Informationen verfügen können. Sie müssen sich, so noch nicht geschehen, lediglich in der DBwV-Community anmelden.

Viele hundert Mitglieder sind bereits Teil dieser Community. Wir haben die Rechtsprechungsübersicht rund um die Mitbestimmung ausgebaut und das Tool FAQ's für alle Grundsatzfragen zur Mitarbeitervertretung reichlich gefüttert. Wenn Sie hier nicht weiterkommen, sprechen Sie uns an. Unser Referat 5 in der Rechtsabteilung des DBwV hilft Ihnen gerne weiter. Aktuell sind für unsere in Personalräten aktiven Mitglieder umfangreiche Hinweise zur Gestaltung von Personalratswahlen bereitgestellt worden – denn nach der Wahl ist vor der Wahl.

Ein oder zwei Blicke lohnen sich sicher. Die folgenden Seiten dieses Magazins beschäftigen sich wieder mit dem Truppenalltag der Mandatsträger, denn Stillstand ist Rückschritt, sowie mit den Grundlagen zur Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitervertreter.

Bitte bleiben Sie weiterhin gesund und uns gewogen! Passen Sie auf sich und andere auf!

Mit kameradschaftlichen und kollegialen Grüßen

Andreas Hubert
Vorsitzender Fachbereich Beteiligungsrechte
Bundesvorstand Deutscher Bundeswehr-
Verband

Foto: DBwV/Hahn

Zahlreiche Informationen gibt es im internen Bereich für die DBwV-Mitglieder: einmal anmelden und jederzeit auf dem aktuellen Stand sein.



Im Gespräch bleiben

Die DBwV-Fraktion im Hauptpersonalrat vertritt die Belange aller Bundeswehrbeschäftigten. Als Ansprechpartner für die größte Fraktion in diesem Gremium sucht Oberstabsfeldwebel a.D. Andreas Hubert immer das Gespräch mit den DBwV-Mandatsträgern in den Statusgruppen.

Von Oberstabsfeldwebel
Karl-Uwe Hahn

Unter normalen Umständen scheut Andreas Hubert keinerlei Mühen, um sich von der Situation vor Ort persönlich ein Bild zu machen. Leider ist das in der derzeitigen Pandemielage nicht möglich. Aus diesem Grund versucht Hubert, den Kontakt und den Dialog mit den Mandatsträgern auf andere Weise aufrechtzuerhalten. „Aus meiner Sicht kann nichts das persönliche Gespräch ersetzen, doch heutzutage sind die digitalen Kommunikationsmittel der einzige Weg, sich untereinander abzustimmen oder auszutauschen“, sagt Hubert, der als Bundesvorstandsmitglied im Deutschen Bundeswehrverband (DBwV) für den Fachbereich Beteiligungsrechte zuständig ist. Als einzige Interessenvertretung im Hauptpersonalrat (HPR) ist der DBwV für alle Menschen in der Bundeswehr tätig und hat damit verbunden sehr unterschiedliche Aufgabenschwerpunkte. Aus diesem Grund würde Hubert lieber das persönliche Treffen suchen, was allerdings aufgrund der Pandemie – und damit zum Schutz der Mandatsträger – derzeit nicht möglich ist.

„Probleme aufgrund unterschiedlichen Statusrechts können hinderlich bei der Zusammenarbeit sein. Diese frühzeitig zu erkennen und sich für einen zufriedenstellenden Ausgleich einsetzen, das kann nur eine Interessenvertretung wie der DBwV, der alle Statusgruppen vertritt“, sagt der Arbeitnehmervertreter des DBwV-Bundesvorstandes Klaus Hermann Scharf, der als DBwV-Mitglied auch in den Hauptpersonalrat gewählt wurde.

Der Vorsitzende dieses Gremiums, Stabshauptmann Martin Vogelsang, ergänzt: „Wir sind ein Personalkörper! Daher sind auch die gleichen Arbeitsbedingungen für alle Status-



Oberstabsfeldwebel a.D. Andreas Hubert (oben links) sucht regelmäßig das Gespräch mit Mandatsträgern.

gruppen zu schaffen. Jetzt sollte dringend eine Rahmendienstvereinbarung im Hinblick auf ortsunabhängiges Arbeiten vorangetrieben werden. Aktualisierungen der Bereiche Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitszeitmodelle und Arbeitssicherheit im Homeoffice sind für alle verbindlich festzuschreiben.“ Vogelsang, der für den DBwV die Statusgruppe der Soldaten vertritt, ist überzeugt, dass dieses nur im gemeinsamen Austausch mit Arbeitnehmern, Beamten und Soldaten möglich ist.

In der Statusgruppe der Beamten ist der DBwV mit Regierungsamtsinspektor Bernd Kaufmann vertreten. Mit seinem Engagement und seiner Sachkompetenz konnte er bereits in der vergangenen Legislatur bei der Rahmendienstvereinbarung für die modernisierte Arbeitszeit Akzente setzen. „Es geht immer öfter um die Beschäftigten der Bundeswehr, das sind alle Mitarbeiter, gleich wel-

chen Status sie haben“, betont Bernd Kaufmann und sieht in der Corona-Pandemie ein gutes Beispiel. „Hier haben sich schnell neue Arbeitszeitmodelle ergeben, die vor Kurzem unvorstellbar waren“, unterstreicht Kaufmann und weiß, dass der DBwV sich auch beim Thema SmartWork mit Sach- und Fachverstand für alle Statusgruppen einsetzt.

Bei diesen unterschiedlichen Themen und Rechtsformen ist es wichtig, mit den handelnden Akteuren im Gespräch zu bleiben. Das gilt gerade auch für die Basisarbeit vor Ort. Im HPR laufen zwar die Drähte zusammen, doch für die Menschen in der Bundeswehr gilt es, die besten Bedingungen zu schaffen. „Hier sind wir gut aufgestellt“, betont Andreas Hubert und freut sich schon darauf, auch mal längere Gespräche mit den Mandatsträgern in der Fläche zu führen, ohne dass das Gegenüber nur auf einem Monitor zu sehen ist.

Für die Menschen in der Bundeswehr

Beteiligungsrechte aktuell

Der Anspruch auf Personalratsschulungen

Ein stetig wiederkehrendes Thema auf der Agenda der Personalräte ist die Teilnahme an Schulungen einzelner Personalratsmitglieder.

Von Lisa Köhler

Nach der erfolgreichen Wahl in den Personalrat im Jahr 2020 stehen die neu in den Personalrat gewählten Personalratsmitglieder vor der Herausforderung, die tägliche Personalratsarbeit ohne eine einführende Wissensvermittlung oder Wissensvertiefung bewältigen zu müssen. Um als Verhandlungspartner mit der Dienststellenleitung optimal vorbereitet zu sein, ist die Vermittlung notwendiger Fachkenntnisse unabdingbar. Eine bewährte Methode, die notwendigen Fachkenntnisse erfolgreich zu vermitteln, ist die Teilnahme an personalvertretungsrechtlichen Bildungs- und Schulungsveranstaltungen wie denen des Bildungswerkes des Deutschen Bundeswehrverbandes.

Wer hat die Kosten der Personalratsschulungen zu tragen?

Die rechtliche Grundlage für die Kostentragungspflicht für die Personalratsschulungen ist § 44 Abs. 1 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG). Danach hat die Dienststelle die durch die Tätigkeit des Personalrats entstehenden Kosten zu tragen. Die Erstattungspflicht der Dienststelle setzt einen Beschluss des Personalrats voraus. Der Anspruch auf die Teilnahme an Bildungs- und Schulungsveranstaltungen und die daraus notwendige Freistellung ergibt sich aus § 46 Abs. 6 BPersVG und stellt auf das Ver-

Photo: DBWV/Schmidt



Bei der Auswahl von Schulungsveranstaltungen ist der Personalrat grundsätzlich frei.

mitteln von Kenntnissen, die im Rahmen der Personalratstätigkeiten erforderlich sind, ab.

Doch wann sind die Kosten für Schulungsveranstaltungen erforderlich?

Zunächst muss die Schulungsveranstaltung die notwendigen Kenntnisse im Bereich der Personalvertretung vermitteln. Das kann sowohl die für die erstmals gewählten Personalratsmitglieder wichtige Grundschulung als auch eine vertiefte Kenntnisse zu bestimmten Themen der Personalratsarbeit vermittelnde Spezialschulung sein. Entscheidend ist, dass die Schulungen objektiv zum gesetzlichen Aufgabengebiet der Personalvertretung gehören und subjektiv erforderlich für das jeweilige Personalratsmitglied sind, das heißt für das Personalratsmitglied in Anbetracht seiner Kenntnisse tatsächlich notwendig sind

(vergleiche VG Stade Beschluss vom 4. April 2011 – 7 B 384/11).

Grundsätzlich ist der Personalrat unter Berücksichtigung der Erforderlichkeit bei der Auswahl der Schulungsveranstaltung frei. Allerdings hat er bei der Ausübung seines Ermessens auch die Verwendung öffentlicher Mittel und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Er darf sich daher nicht (ungerechtfertigt) bei mehreren zur Auswahl stehenden Schulungen für eine unangemessen kostenintensive Schulung entscheiden. Er kann aber bei mehreren angebotenen Schulungsveranstaltung die ihm am effektivsten erscheinende auswählen (vergleiche BVerwG Beschluss vom 27. April 1979- 6 P 45/78).

Bin ich zur Nutzung einer Inhouse-Schulung verpflichtet?

Aktuell mag aufgrund der Sars-CoV-2-Pandemie der Wunsch nach Inhouse-Schulungen stärker ausgeprägt sein. Eine Pflicht des Personalrats, sich bei mehreren möglichen Inhouse- und externen Schulungen für das kostengünstigste Schulungsangebot und damit in der Regel eine Inhouse-Schulung zu entscheiden, besteht jedoch nicht. Das einzelne Personalratsmitglied kann beispielsweise ein Interesse an einem fachlichen Austausch mit anderen Interessenvertretern bei einer Teilnahme an einer externen Schulung haben, der bei einer Inhouse-Schulung nicht möglich wäre. Auch die Qualifikation der Vortragenden Referenten ist ein entscheidendes Auswahlkriterium (dazu LArbG Mainz Beschluss vom 20. Mai 2020 – 7 TaBV 11/19).

Für die Menschen in der Bundeswehr

DBWV

Neues vom Vorstand Luftwaffe



Hauptmann
Michael Scholz



Stabsfeldwebel
Heiko Stotz

Liebe Angehörige der Luftwaffe,

gut 2000 Soldaten der Luftwaffe in der Corona-Hilfe. In Alten- und Pflegeheimen, in Impfzentren, in der Nachverfolgung und in Krankenhäusern sowie in Stäben. Dies klingt auf den ersten Blick nicht viel und sollte leistbar sein. Allerdings wissen wir auch, dass man die gleiche Zahl als Ersatz für die im Einsatz Befindlichen dazuzählen muss. Ablösung muss ja auch mal sein. Zudem wird Personal gebunden durch die immer noch vor- und

nachgeschaltete Quarantäne für unsere Auslandseinsätze. Hier gibt das zugeteilte Impfkontingent allerdings Hoffnung auf Besserung. Wenn man dies alles berücksichtigt, sind wir überschlagsmäßig bei circa 20 Prozent des Personals, welches durch Corona gebunden ist. Dass damit kein geordneter Grundbetrieb stattfinden kann, ist einleuchtend. Zudem schieben unsere Ausbildungseinrichtungen inzwischen eine große Welle an Lehrgangsteilnehmern vor sich her, die für nicht laufbahnrelevante Lehrgänge geplant waren und

auch irgendwann abgeschult werden müssen. Bis dies einmal so weit ist und wir wieder von normalem Grundbetrieb sprechen können, wird es sicherlich Herbst werden. Und dann werden wohl erstmal die Wunden geleckt und die Ausbildungs- und Übungsvorhaben für das Jahr 2022 geplant. Auch ein Kassensturz über die Defizite und die Lehren aus dieser Pandemie für zukünftige Herausforderungen ist zwingend nötig. Der Generalinspekteur und die Ministerin haben ja schon erste Erkenntnisse gesammelt. Ob daraus dann auch Maßnahmen folgen?

Bis es so weit ist, haben wir hoffentlich auch eine neue Bundesregierung mit stabiler Mehrheit. Neben den ausstehenden Beschaffungsvorhaben ist zu klären, ob Deutschland weiterhin seinen internationalen Verpflichtungen gerecht werden kann und will. Wir haben ja derzeit einen recht großen Abstand zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Ihr Vorstand Luftwaffe

Appell in Schortens: Die Objektschützer verabschieden sich

127 Soldatinnen und Soldaten des Objektschutzregimentes der Luftwaffe werden in den Einsatz verabschiedet. Ihre Ziele sind unterschiedlich und reichen von Afghanistan und Jordanien über Mali bis hin in den Niger.

Von Sandra Süßmuth

Ein gutes halbes Jahr ist vergangen, seitdem die Soldatinnen und Soldaten von ihrem bevorstehenden Einsatz erfahren haben. Hinter ihnen liegen Monate der Ausbildung und Übung, vor ihnen die Monate der Erfahrung und Entbehrung.

Es dämmt bereits in Schortens, als 127 Soldaten auf dem Flugvorfeld des stillgelegten

Flugplatzes in Jever Aufstellung nehmen. 127 Mal unterscheidet sich die Uniform. Das typische helle „Tropentarn“ weist die Richtung: Vor den Objektschützern liegen Einsätze in Mali und dem Niger, in Afghanistan und Jordanien.

Wie es die Tradition will, werden auch diese Einsatzgänger gebührend verabschiedet. Der Appell sollte ursprünglich vor dem Schloss in

Jever stattfinden. Die aktuelle Pandemielage hat aber auch das verhindert – genau wie die Anwesenheit der Verwandten, Bekannten und Freunde, die sich von ihren Lieben verabschieden wollen. Corona-bedingt ist die Zahl der Anwesenden klein und beläuft sich auf Bürgermeister, Landrat und Pfarrer.

Um denen gerecht zu werden, um die es bei dem Verabschiedungsappell eigentlich geht – den Verwandten, Freunden und Bekannten –, wird die Zeremonie live auf dem Instagram-Account des Objektschutzregimentes übertragen.

So vielfältig wie das Regiment selbst, sind auch die Aufträge der Soldatinnen und Soldaten. Nach Jordanien gehen Waffeninstandsetzer und Betriebsstoffexperten; im Niger werden die Soldaten das Lager sichern, in Afghanistan hingegen Transporte; der Großteil sichert bei MINUSMA in Mali Patrouillen, ein Kampfmittelabwehrtrupp wird in Bamako stationiert. „Wir wollen nichts schönreden – sie werden einer Gefahr ausgesetzt, die wir, die hierbleiben, nicht durchleben. Sie verdienen alle unseren Respekt und unsere Wertschätzung“, so Regimentskommandeur Oberst Marc Vogt. „Unseren Einsatzsoldatinnen und -soldaten wünsche ich besonders viel Soldatenglück und vor allem eine gesunde Heimkehr.“



#Teamgeist – der Appell wurde live auf Instagram übertragen, da aufgrund der Corona-Pandemie weder Freunde noch Verwandte an der Zeremonie teilnehmen konnten.



Foto: Bundeswehr/Ditrich

Eine Soldatin mit Laptop und Tablet: Die digitale Welt eröffnet die Möglichkeit, jederzeit die neuesten Informationen abzurufen.

„Digitalisierung prägt uns künftig positiv, wenn wir uns richtig aufstellen“

Konzentrationsebenen für den Erfolg: Ein persönlicher Blick auf die Digitalisierung und eine zunehmend komplexere Welt.

Gerade ist es mir wieder passiert: Der Impuls, diesen Artikel zu beginnen, wurde durch einen kleinen Blick in das E-Mail-Eingangsfach unterbrochen. Es waren einige absehbar uninteressante und zugleich nicht dringliche Mails dabei, aber auch zwei, die meine Aufmerksamkeit auf sich zogen. Also wurden sie geöffnet, studiert, die Anhänge gelesen, ich habe mich der jeweiligen Thematik intensiv angenommen und sie zu einer Entscheidung geführt. Inzwischen sind einige Mails zusätzlich eingegangen. Um aktuell zu sein, waren am Ende der kleinen zeitlichen Episode alle gelesen beziehungsweise bearbeitet – und um vollständig zu sein, auch die Messenger-Dienst-Eingänge privater Natur auf dem Privathandy „eben mit“. Beim nächsten Meeting, bei den nächsten Gesprächen mit anderen bin ich nun gut für die allseits berühmten „Weißt du schon, dass ...“-Fragen aufgestellt. Nur der Artikel ist leider nicht geschrieben, dabei ist er doch ein Herzensanliegen, das ich seit Tagen mit mir herumtrage.

Von Ansgar Rieks

Inzwischen schreibe ich den Artikel, wie Sie als Leser feststellen können. Ich habe mich diszipliniert, mich nicht durch anderes ablenken zu lassen. Ist es ein Normalzustand einer digitalisierten Welt, dass wir ohne Selbstdisziplinierung viel wissen, aber nichts wirklich tief?

Es stellen sich drei grundlegende Fragen, wenn das so ist:

1. Wie viel Aktualität und Wissen sind zwingend notwendig?

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den letzten beiden Generationen ist, dass das Wissen enorm angestiegen ist. Wissen verteilt sich in einer digitalen Welt schneller und mehr. Während früher der dreißigbändige Brockhaus das Weltwissen in sich trug, ist es heute das weltweite Internet. Es bleiben auch keine Wissensfragen offen, stellen sie sich einmal. Das mitgeführte Handy oder Tablet als Lesegerät eröffnet die Möglichkeit, jederzeit die neuesten Informationen zu haben.

Das ist zunächst eine überaus gute Entwicklung, die von der Digitalisierung geprägt

ist. Leider verbreiten sich nicht in gleichem Maße Erklärungen oder Hintergründe für manche Dinge. Besuche von Vorgesetzten waren früher dazu da, Informationen zu verteilen. Heute wäre das, Eulen nach Athen zu tragen. Vielmehr öffnen sich manche Augen bei den Besuchen, wenn sie Hintergründe erfahren, die dann zumeist nicht oder nur rudimentär im Netz stehen. Mehr erklären, weniger dozieren, das ist „angesagt“.

Zugleich wird die Welt in allen Bereichen komplizierter und komplexer – technisch wie theologisch, gesellschaftlich wie ökonomisch, militärisch wie politisch. Schnelle Informationen geben oft falsche Sicherheiten. Es besteht die Gefahr der Meinungsmache anheimzufallen und immer mehr einem Mainstream zu folgen, der uns begrenzt und uns letztlich die Zukunftsfähigkeit nimmt. Es bedarf der tiefen Befassung mit den Thematiken dieser Welt. Da es nicht mehr gelingt, Universalgelehrter zu sein, ist die Definition des eigenen Kompetenzfeldes wichtig. Dan Brown macht in seinen Romanen stets den überaus wissenden, wenn auch sonst etwas weltfremden Pro-

fessor Langdon zur Hauptfigur. Er weiß um wenige Dinge, dafür aber in größter Tiefe. Und jemand anderes steht ihm zur Seite, mit anderen Kompetenzen.

Fazit: Wir benötigen mehr denn je gute Referenten und Sacharbeiter, die wir im Team Luftwaffe zusammenbinden. Sie lesen Bücher und Hintergrundinformation und bringen sich ein, wo sie gebraucht werden. Bei aller Generalisierung der Ausbildung unseres Spitzenpersonals ist diese Mittelebene wichtiger denn je. Aktualität und tiefes Wissen sind essenziell – jedoch nicht von allen in allen Kontexten, vielmehr konzentriert. Die Langdons dieser Welt werden die künftigen Herausforderungen bewältigen können, nicht die Universalgelehrten auf niedrigem Niveau.

2. Wie bleibt man angesichts der Digitalisierung Herr seines Selbst?

Diese Erkenntnis voraussetzend, ist es nicht nur möglich, sondern auch notwendig, dass ich Dinge „nicht“ weiß oder wissen kann. Es gehört wohl zu uns Menschen, dass wir als kommunikative Wesen, auf den anderen hin orientiert, uns über die Fülle unseres Horizonts austauschen. Ferner sind wir als mündige Bürger verpflichtet, unsere Wahl und politische Einflussnahme fundiert zu treffen und uns daher auch mit Themen zu befassen, die nicht unbedingt zentral zu unserem Wissenskern gehören. Und darüber hinaus brauchen wir auch Menschen, die alles zusammendenken. Zweifellos macht es keinen Sinn, sich gegen die Möglichkeit zu stellen, alle Informationen zur Verfügung zu haben.

Aber es macht einen Unterschied, ob ich etwas wissen „will“, es brauche, ich mir den Tipp aus dem Netz ziehe oder einfach auch für den Abend mit den Freunden die neuesten Fußball-Transfer-Gerüchte der Stars draufhaben will – oder ob Meldungen hochpoppen, meine Aufmerksamkeit fordern, die „nice“, aber nicht „need to have“ sind. Zu viele WhatsApp-Gruppen fordern allein zum Lesen eine stete Aufmerksamkeit. Nachrichten und Werbung, auf die ich digital aufmerksam gemacht werde, rauben Zeit für etwas, das mich zumeist nur wenig interessiert. Herr seines Selbst in einer digitalisierten Welt kann man bleiben, wenn ich für mich festlege, was ich gerade wissen will.

Zeit zur Vertiefung dient dazu, einer Sache auf den Grund zu gehen, etwas zu verstehen. Das ist allemal besser, als über wirklich alles mitlamentieren zu können, aber nur sehr dünn. So bedenklich es vordergründig klingen mag: Zufriedenheit schafft man sich auch ein Stück weit über Ignoranz.

3. Welche Auswirkungen hat Digitalisierung damit auf Verantwortung und Führung?

Es bedarf der Vorgesetzten, die akzeptieren, dass ihre Mitarbeiter nicht alles wissen, aber ein tiefes kompetentes Wissen über ihren

Aufgabenbereich haben – auch in einer äußerst schnelllebigen Zeit. Ein Thema „zu verantworten“ heißt immer mehr, es in der Tiefe zu durchdringen und auch die Auswirkungen und Rahmenbedingungen zu kennen, die es umgibt oder prägt.

Vorgesetzte sind deshalb künftig mehr denn je „Zusammendenker“. Die Digitalisierung gibt die Kommunikationsbasis, mit der es möglich ist, alle Bausteine für eine Entscheidung zusammenzuholen. Führung ist

„Es ist wichtig, dass
Vorgesetzte ihre
Verantwortung immer
weniger in ihrer Position
abbilden, sondern über ihre
Kompetenz.“

daher auf eine digitalisierte und kommunikative Umgebung auszurichten, in der letztlich jeder mit jedem kommuniziert. Das mag für bislang streng hierarchisch aufgestellte Organisationen ungewöhnlich und für manche Vorgesetzte fremd – gegebenenfalls sogar bedrohlich – klingen, aber wir bereiten die Zukunft für die nachfolgende Generation vor, die mit und in der Digitalisierung lebt.

Natürlich wird es die klassische disziplinar- und personelle Führung weiter geben. Führungs-Autorität ist jemand zuzuordnen. Aber ein verantwortlicher Führer oder Leiter eines Bereiches wird sich in einer digitalisierten Welt vor allem dadurch auszeichnen, dass er seine Mitarbeiter mit ihrem notwendigen Wissen inhaltlich erfasst, Einzelthemen zusammenführt und daraus seine Schlüsse für die Auftragserfüllung seiner Organisation zieht und umsetzt. In der Organisations-Farbenlehre: Der grüne Stift ist nicht mehr stets das Ende, sondern künftig auch der Beginn einer Diskussion.

Fünf Lehren als Fazit

Die Digitalisierung mit ihren vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten und mit ihrem gefühlt unendlichen Informationsangebot erfordert Veränderungen in unserem persönlichen und dienstlichen Verhalten. Es ist an der Zeit, bei allen unseren Zukunftsüberlegungen, sie nicht nur „einzubeziehen“, sondern sie zum Ausgangspunkt zu machen. Dazu gehören im Einzelnen fünf Lehren, die aus dem Gesagten zu ziehen sind. Es ist wichtig,

- sich alle notwendigen Informationen zu beschaffen, um komplexe Themenstellungen, Aufgaben und Aufträge in ihren Facetten zu durchdringen,
- bereit zu sein, immer auch nicht zu wissen,

was nicht dazugehört, und das nicht zum Fauxpas werden zu lassen, sowie das eine vom anderen zu unterscheiden,

- disziplinäre und fachliche Verantwortung zu trennen, wenn sie aufgrund der Komplexität der Themen oder der Zahl der Mitarbeiter nicht beide zugleich wahrnehmbar sind,
- davon auszugehen, dass Kommunikation schon heute weder „ebengerecht“ noch „hierarchisch“ läuft,
- dass Vorgesetzte ihre Verantwortung immer weniger in ihrer Position abbilden, sondern über ihre Kompetenz.

Ich habe die Gedanken des Artikels nun in einiger Zeit digital „zu Papier gebracht“. In der Zwischenzeit hat ein Gespräch mit einem Vorgesetzten stattgefunden, in dem ich nicht alle seine Informationen hatte, er meine aber auch nicht. Wir haben uns gut ergänzt; es war jeweils kein Fauxpas, im Gegenteil, gegenseitige Information verbindet. In der Zwischenzeit hat ein Mitarbeiter mich auf mehrere noch zu erledigende Dinge „freundlich hingewiesen“. Ich habe ihm „freundlich widerstanden“. Zugegeben: Ich habe mittendrin auf mein Dienst- und Privathandy zweimal geschaut, um „Allerwichtigstes“ mitzukriegen; es gab kein solches „Allerwichtigstes“, wie zumeist. Ich habe nun eine Reihe von Dingen abzuarbeiten, nachzuholen, gegebenenfalls auch in den Abend hinein. Aber die Freude, diesen Artikel finalisiert zu haben, entschädigt mich und gibt eine unglaubliche Zufriedenheit.

Und ab morgen werde ich noch mehr als bisher den Anspruch an mich stellen, zur Diskussion aufzufordern, komplexe Themen wirklich zu durchdringen und eine „Konzentrationsebene für den Erfolg“ unserer Luftwaffe zu bilden. Digitalisierung verändert nahezu alles, aber sie prägt uns künftig ganz positiv, wenn wir sie – oder besser uns – richtig aufstellen.

Generalleutnant Dr. Ansgar Rieks ist seit Oktober 2017 der stellvertretende Inspekteur der Luftwaffe und Beauftragter Digitalisierung in der Luftwaffe.



Generalleutnant
Dr. Ansgar
Rieks

Foto: Bundeswehr/Grommes



Neues vom Vorstand Marine

Fregattenkapitän
Marco Thiele

Oberstabsbootsmann
Roy Meinhard

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

„Clubhouse“ ist in aller Munde. Spätestens seit „Candy-Crush-Gate“ des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ist es auch Nicht-Apple-Nutzern ein Begriff. Im Übrigen werden auch die Nutzer von Android und anderen Betriebssystemen demnächst Zugriff haben können. Da wir als Vorstand Marine diese App bereits nutzen, um auch selbst Diskussionen zu starten, haben wir einmal kurz den Sinn und Unsinn einer solchen App für die Marine und die Diskussion

in ihr beleuchtet. Wir glauben, dass spätestens mit der flächendeckenden Verbreitung die Chance auf eine einfachere Kommunikation über unsere Themen im Sinne unserer Frauen und Männer der Marine genutzt werden muss. Selbst Verteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer ist dort unterwegs.

Corona ist weiterhin DAS Thema, das uns alle beschäftigt. Das wird wohl auch noch eine Zeit lang so bleiben. Umso mehr gilt es, erneut und immer wieder unseren Besatzungsangehörigen und allen anderen, die im Einsatz unter diesen erschwerten Bedingungen

unterwegs sind, Anerkennung und Respekt zu zollen. Aber auch den Soldatinnen und Soldaten der Marine, die im Rahmen der Amtshilfe bundesweit eingesetzt werden und vor Ort beim Impfen, Testen und so weiter unterstützen: euch allen ein großes Dankeschön für euren Einsatz.

Abschließend noch ein paar Worte zu unseren im Mai und Juni geplanten Tagungen. Natürlich wissen wir nicht, ob diese so stattfinden können. Gleichwohl haben wir bereits jetzt die Rahmenbedingungen geschaffen, um uns mit der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Eva Högl und Abgeordneten austauschen zu können. Unter „marine@dbwv.de“ könnt ihr euer Interesse bekunden, die Einladungen erfolgen danach.

In diesem Sinne freuen wir uns auf euch und Sie irgendwo in unserer Marine!

Ihr und euer Vorstand Marine,
der über „Marine im DBwV“ (@DBwV_Marine) über Twitter zu erreichen ist

Neue Plattform mit neuen Chancen für die Marine

Social Media war lange Zeit ein rotes Tuch für die Bundeswehr im Allgemeinen und die Marine im Besonderen. Das ändert sich gerade rasant.

Von Marco Thiele

Der Grund für die Zurückhaltung war im Wesentlichen die Sorge, die Hoheit über eigene Informationen zu verlieren. Zögerlich öffneten sich die deutschen Streitkräfte daher den sozialen Netzwerken. Doch nach den rasanten Reichweitzuwächsen auf Youtube und Facebook gibt es heute kaum

noch eine Plattform, auf der die Marine nicht mit eigenen Kanälen präsent und aktiv ist.

Was die Themenplatzierung angeht, lässt sich seit einiger Zeit jedoch eine neue Entwicklung ausmachen: Es sind nicht mehr die Redaktionen der Bundeswehr, die den Ton angeben, sondern die Soldatinnen und Soldaten und zivile Mitarbeiter selbst. Während

dies auf Twitter mehrheitlich Vorgesetzte bis in die Generals- und Admiralsränge tun, läuft es auf Instagram egalitärer unter der Marke #socialmediadivision ab.

Diese Bewegung dürfte weitere Bedeutung durch Clubhouse bekommen. Anlass genug, sich die App und die damit verbundenen Optionen für eine Förderung des maritimen Diskurses anzuschauen.

Was ist Clubhouse?

Clubhouse ist eine US-amerikanische App, die momentan für einen seit Längerem nicht mehr gekannten Hype in der deutschen Digitalwelt sorgt. Dies hat zwei wesentliche Gründe: Zum einen kann nicht jedermann mitmachen. Technische Grundlage ist das iPhone von Apple. Wer dies hat, benötigt außerdem eine Einladung von jemandem, der bereits Mitglied ist, was für Kritik sorgte. An der Euphorie hat dies jedoch wenig geändert: Nach wie vor ist der Andrang hoch, selbst Teil von Clubhouse zu sein.

Denn zum anderen revolutioniert die App gerade die Kommunikation. Das Prinzip dahinter wird oft mit einem Live-Podcast verglichen. Besser ist der Vergleich mit einer



Foto: ddp

„Clubhouse“: eine App als Option für die Förderung des maritimen Dialogs?

Radioshow. Mindestens eine Person ist gastgebender Moderator und kann Hörer zu sich in die Sendung schalten, um mit ihnen zu diskutieren. Dies alles läuft ohne Videobild, Chat und Werbung ab. Im Vordergrund steht allein das gesprochene Wort. Hinzu kommt, dass man unter Klarnamen aktiv ist. Man weiß, mit wem man spricht oder wer einem zuhört.

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie und des zweiten Lockdowns ersetzt Clubhouse gewissermaßen Podiums- und Kneipendiskussionen. Die Foren heißen passenderweise auch „room“. Aufgrund der Vernetzung der Profile sieht man schnell, wer wem folgt, von wem gefolgt wird oder in irgendeinem „room“ gerade spricht. So finden sich nicht nur interessante Diskussionskonstellationen, mehr noch: Mit der richtigen Gefolgschaft können „rooms“ binnen weniger Minuten von wenigen auf über tausend Teilnehmer anwachsen. Jeder Nutzer von Clubhouse kann sich diese Gespräche dann anhören und nach digitalem Handzeig und Aufwertung zum „speaker“ sogar mitmachen.

Plötzlich diskutiert man mit der Ministerin

Unter den ersten Nutzern von Clubhouse waren nicht nur die üblichen Vertreter der Start-up-Szenen deutscher Großstädte, sondern auch einige Soldaten und Politiker. Deren Unterhaltungen erreichten eine nie zuvor gekannte Reichweite. Beispiele dafür gibt es mittlerweile zuhauf. So tauchte etwa kurz nach Start von Clubhouse in einem „room“ das Profil von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer auf. Was auf den ersten Blick wie ein Fake-Profil aussah, entpuppte sich rasch als die Leibhaftige. Es dauerte nicht lange, bis sie von den beiden Moderatorinnen – zwei jungen Heeresoffizieren – zum „speaker“ gemacht wurde und ohne jede Scheu oder Distanz mit den anderen diskutierte.

Solch eine direkte Kommunikation, wie sie auf Clubhouse inzwischen Praxis ist, wünschen sich seit Langem viele hochrangige Vorgesetzte der Bundeswehr. Entsprechende technische Lösungen sind in der Mache. Doch egal, was kommen wird: Die App setzt derzeit neue Maßstäbe. Der Hype wird in den kommenden Wochen sicher abflauen – auch, weil immer mehr Personen die App bevölkern, die wohl weniger zur Zielgruppe von Clubhouse gezählt werden dürften. Die anfängliche Aufbruchstimmung des entdeckenden Ausprobierens wird einem Kalkül weichen,



Foto: ddp

Radioshow-Feeling: Der gastgebende Moderator kann Hörer zu sich in die Sendung schalten. Durch ein wenig Suche in der App findet man schnell Veranstaltungen mit maritimem Bezug und kann diesen beitreten.

was man vor wem sagen kann oder will. Ein solches Abwägen spräche wiederum für die Stärken von Clubhouse: Anders als etwa bei Twitter lebt die App vom substanzialen Mitmachen der Nutzer und der daraus resultierenden Dynamik. Der Unterschied zwischen Podcasts und Clubhouse ist das Bedürfnis der Nutzer, live bei einer Veranstaltung dabei zu sein. Wer die App öffnet, tut dies bewusst und will keinen Dudelfunk. Wenn gleich es keine Kommentar- oder sonstige Funktion zur Zustimmung gibt, zeigt das rasante Wachsen oder Schrumpfen von Diskussionsrunden, ob ein Thema oder die „speaker“ überzeugen oder nicht.

Maritime Community

Vonseiten der Deutschen Marine und speziell in deren Umfeld wird gerne von einer „maritimen Community“ gesprochen. Vor der Corona-Krise sowie dem Auftauchen von Clubhouse war dieser Name jedoch irreführend, denn deren Themen drehten sich hauptsächlich um sicherheitspolitische Aspekte. Eine Vernetzung mit anderen maritimen Akteuren fand allenfalls in Richtung Wirtschaft statt.

Clubhouse bietet in seinem jetzigen Stadium die große Chance, sich einander anzunähern: Mit den richtigen Followern oder durch ein wenig Suche in der App findet man schnell Veranstaltungen mit maritimem Bezug und kann diesen ohne Anmeldung oder Kontrolle beitreten. Einzige Hürde ist – neben dem Zugang zu Clubhouse – die Terminierung be-

ziehungsweise die eigene Verfügbarkeit, solchen Gesprächen zu lauschen.

Hinzu kommt, dass jeder durch das erwähnte digitale Handaufzeigen signalisieren kann, etwas sagen zu wollen. Wenn etwa in einem „room“ über Kreuzfahrten über Sicherheit gesprochen wird, ist es ein Leichtes, entsprechende Expertise aus der Deutschen Marine oder einer anderen, in der Hinsicht kompetenten Organisation einzubringen. Umgekehrt können Soldaten von interessierten Nutzern, Politikern und Journalisten lernen.

Diese Argumente kann man sicher auch auf andere soziale Netzwerke wie Twitter oder LinkedIn anwenden. Diese sind aber komplizierter aufgebaut und, viel wichtiger: textbasiert. Was trivial klingt, ist eine nicht zu unterschätzende Barriere. So dauert Lesen nicht nur länger als Hören, Buchstaben müssen auch gespeichert werden. Die Kommunikation ist zwar sichtbarer, dauert aber länger als das gesprochene Wort.

Letztendlich bleibt der Appell, Clubhouse auszuprobieren und die Chancen der neuen App in den Vordergrund zu rücken. Wer der Meinung ist, in Deutschland müsse maritimes Denken gefördert werden, findet hier die derzeit beste Plattform, Botschaften in Form eigener Erfahrungen oder persönlicher Ansichten weiterzugeben und wichtige Multiplikatoren zu erreichen, die wohl noch einige Zeit das Homeoffice nicht verlassen werden können.

Unsere Marine im Einsatz

Operation UNIFIL

- Korvette „Magdeburg“

EUNAVFOR MED Irini

- P-3C „Orion“

Ständige Nato-Einsatzverbände

- Tender „Werra“
- Minenjagdboot „Datteln“
- Tanker „Spessart“

Termine

3.-5. Mai 2021: Tagung „Seegehende Einheiten Einsatzflottille 2“ in Berlin

7.-9. Juni 2021: Tagung „Seegehende Einheiten Einsatzflottille 1“ in Berlin

Anmeldung unter: marine@dbwv.de



Ein eingespieltes Führungsteam koordiniert und organisiert den Ablauf vor Ort.

Hause in der Kompanieführung ist der Stabsfeldwebel in der Zelle Einsatz tätig und überwacht die Einsatzfähigkeit der Einheit. Hier sei alles aber unmittelbarer und zeitkritischer und es müsse mehr improvisiert werden. Gerade diese tägliche Herausforderung sei für ihn das Spannende an diesem ungewöhnlichen Einsatz, erklärt Rudolph.

Logistik als Leidenschaft

Oberfeldwebel Kathrin Focken ist Materialbewirtschaftungsfeldwebel und rechte Hand des Spießes. Sie kümmert sich um alles, was mit Versorgung, Anforderung oder Be-

Effiziente Führung im Portugal-Einsatz

Von den 26 Bundeswehrsaniätären in Portugals Hauptstadt Lissabon übernimmt ein kleines Team alle organisatorischen und logistischen Aufgaben. Den Führungstrupp unter Leitung von Major René Brückner stellt die erste Kompanie des Kommandos Schnelle Einsatzkräfte Sanitätsdienst als Leitverband für diese Mission.

Eine vielfältige Aufgabe für den erfahrenen Kompaniechef und sein eingespieltes Team. Täglich gilt es, einen reibungslosen Dienst für die im Krankenhaus Hospital da Luz eingesetzten Kameradinnen und Kameraden zu gewährleisten. Zunächst müsse ein Gefechtsstand eingerichtet und betrieben werden, was in einem zivilen Hotel nicht ganz einfach sei, erklärt Brückner. Übersichten mit Schichteinteilung, Erreichbarkeiten, Materialbestand oder Verpflegungslisten müssen jederzeit im Blick sein. Organisation und Kommunikation sind immens wichtig für die Unterstützungstruppe in Lissabon. Den ganzen Tag über sind Meldungen an den Leitverband oder andere Dienststellen in Deutschland abzusetzen. In stetem Austausch steht der Führungstrupp mit der deutschen Botschaft, der Klinik oder dem portugiesischen Gesundheitsministerium. Auf den Überblick und die schnelle Aussagefähigkeit kommt es an. Für den Stabsoffizier ist klar: Hier gilt der bekannte Leitspruch: „Erfolge müssen organisiert werden!“

Von Kieron Kleinert

Oubina unterstützt auch bei der Kommunikation mit Hotel- oder Klinikpersonal, wo Englisch nicht weiterhilft. Sie empfindet die überaus freundliche Aufnahme des deutschen Sanitätspersonals durch die Portugiesen als bemerkenswert. Die Freude sei dann nochmal größer, wenn sie die Leute in der Landessprache anspreche, bemerkt sie.

Mit Herz und Humor

Abspraken mit der Hotelleitung oder der Fahrbereitschaft der portugiesischen Marine, Verpflegung abstimmen, Kleinigkeiten des täglichen Bedarfs besorgen oder einfach ein offenes Ohr für die Kameradinnen und Kameraden zu haben, diese klassischen Aufgaben eines Spießes übernimmt Stabsfeldwebel Jan-Andre Rudolph. Als Kümmerer helfe er mit, dass die im Krankenhaus arbeitenden Kameraden den Rücken frei haben, so Rudolph. Auch in stressigen Situationen die Nerven und den Humor nicht zu verlieren, sei für ihn wichtig. Zu



Oberstabsgefreiter Silvia Carro Oubina setzt ihre Sprachkenntnisse in Portugiesisch gewinnbringend ein.

Anpacken, wo es nötig ist

Oberstabsgefreiter Silvia Carro Oubina übernimmt auch die Fahrdienste mit einem angemieteten Kleinbus. Auch wenn sie fließend Portugiesisch spreche, sei es gar nicht so einfach, sich in dieser großen unbekannt Stadt zurechtzufinden, erklärt Carro Oubina. Unkompliziert und schnell gelang die Bereitstellung eines Kleinfahrzeugs dank der Vermittlung durch die deutsche Botschaft. Carro

„Wo wir auch sind, überall bekommen wir Zuspruch: Daumen hoch, ein Dankeschön und sogar Selfies möchten Passanten mit uns machen.“

Oberstabsgefreiter Silvia Carro Oubina

wirtschaftung von Material zu tun hat. Wenn Verbrauchsmaterial wie persönliche Schutzkleidung oder Desinfektionsmittel aufgebraucht ist, fordert sie Nachschub an. Abholung oder Lieferung und Verteilung müssten mit Bundeswehrdienststellen, dem Lissaboner Flughafen oder der Botschaft koordiniert werden, erläutert Focken ihre Aufgabe. Darüber hinaus sei in einem kleinen Hotelzimmer die komplette Lagerhaltung zu organisieren. Sie freue sich, zu sehen, wie sie von allen Seiten unterstützt würden, wie rasch die Bearbeitung ihrer Anträge erfolge, erklärt Focken.

Bis zur Rückverlegung arbeitet das kleine eingespielte Führungsteam der ersten Kompanie weiter unermüdlich im Hintergrund in seinem kleinen Gefechtsstand in Hotelzimmer 103.

Dem Virus auf der Spur

Am 15. Februar besuchte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer die Sanitätsakademie der Bundeswehr in München. Schwerpunkt ihres Besuches war die Besichtigung des Institutes für Mikrobiologie. Die Forschungseinrichtung lieferte zu Beginn der Pandemie in Deutschland die ersten Labornachweise für das neuartige Coronavirus.

Von Uwe Henning

Die Sanitätsakademie der Bundeswehr befindet sich derzeit in einem Entwicklungsprozess hin zu einem internationalen Kompetenzzentrum für militärmedizinische und sanitätsdienstliche Forschung, Weiterentwicklung, Ausbildung und Lehre sowie des medizinischen ABC-Schutzes. Ein Teil davon ist das Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr (IMB). Als Ressortforschungseinrichtung des Bundes für den medizinischen B-Schutz verfügt



Foto: Bundeswehr/Julia Langer

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (vorne) und Oberst Dr. Roman Wölfel im Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr.

„Wir setzen unsere gesamte Expertise seit Beginn der Pandemie für die Coronavirus-Diagnostik und -Forschung in Deutschland und im Ausland ein.“

Oberst Dr. Roman Wölfel

das Institut über umfangreiche Kompetenzen insbesondere in der Virologie und Molekularbiologie.

Aufgrund der wissenschaftlichen Vernetzung mit anderen Forschungseinrichtungen gelang es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Beginn der Pandemie innerhalb von nur drei Tagen, das Erbgut des damals noch neuartigen Coronavirus zu entschlüsseln. Auch in den kommenden Monaten bestimmte das Coronavirus die Arbeit des Institutes. So gelang es dem IMB als einem der ersten Labore in Deutschland, die zuerst in Großbritannien aufgetretene Mutation frühzeitig bei einem Reiserückkehrer aus Großbritannien nachzuweisen.

Nicht ohne Stolz führte Oberst Dr. Roman Wölfel die Verteidigungsministerin

durch das IMB. Der Leiter zeigte der Ministerin die Labore, die für die Erfolge der letzten Monate verantwortlich waren. Dabei sprach der Mediziner auch die konstant hohe Belastung im Bereich der Genomsequenzierungen zur Bekämpfung der Pandemie an. Die Schlagzahl ist wie bei zivilen Laboren in dem Bereich sehr hoch. Wölfel betonte auch, dass das Institut zahlreiche zivile Krankenhäuser deutschlandweit bei der Erkennung von COVID-19-Fällen unterstützt.

Mit dem Verlassen des IMB-Gebäudes endete noch lange nicht das Thema Corona. Auch die Sanitätsakademie der Bundeswehr als zentrale Lehr-, Ausbildungs- und Übungseinrichtung des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr kämpft mit der Herausforderung einer Corona-konformen Ausbildung. Kramp-Karrenbauer besichtigte einen Ausbildungsgang und sprach mit den Lehrgangsteilnehmern. Bei den zahlreichen Gesprächen mit Ausbildern und Auszubildenden erhielt die Verteidigungsministerin einen Eindruck von den Sorgen und Nöten, aber auch den Erfolgen in der derzeitigen Pandemie-Situation.

Anzeige

STEUER RING
Wir machen Ihre Steuererklärung

Meine Steuererklärung lasse ich machen.

FAIRER PREIS. SCHNELLE HILFE. ENGAGIERTE BERATER.

Weitere Informationen im Internet unter:
➔ www.steuerring.de/die-bundeswehr

Seit 1990
FÖG-Kooperationspartner

Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e.V.
(Lohnsteuerhilfeverein) | Alsfelder Str. 10 | 64289 Darmstadt
kostenloses Infotelefon: 0800-9784800

Wir erstellen Ihre Steuererklärung – für Mitglieder, nur bei Besoldungsbezügen, Arbeitseinkommen, Renten und Pensionen.

Ausbildung in drei Abschnitten: Beginn des Freiwilligen Wehrdienstes Heimatschutz

Am 1. April beginnt die siebenmonatige Ausbildung der Freiwillig Wehrdienst Leistenden Heimatschutz. Um sie gezielt auf ihre Aufgaben vorzubereiten, absolvieren sie drei kompakte Ausbildungsphasen.



Am 1. April treten 300 Rekruten ihren Freiwilligen Wehrdienst Heimatschutz an. In der Grundausbildung werden allgemeine Fähigkeiten und Fertigkeiten beim Gefechtsdienst vermittelt.

Gemäß Konzeption der Bundeswehr vom 20. Juli 2018 tragen die Streitkräfte zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge sowie zur Resilienz von Staat und Gesellschaft bei. Zu den Hauptaufgaben im Inland gehören der Heimatschutz und subsidiäre Unterstützungsleistungen. Heimatschutz umfasst dabei ein breites Aufgabenspektrum: allgemeine Sicherungsaufgaben, Objektschutz, Amtshilfe, subsidiäre Hilfeleistungen in Fällen von innerem Notstand, Naturkatastrophen und schweren Unglücken, Beiträge zur Terrorabwehr im Rahmen der verfassungsgemäßen Voraussetzungen oder den Host Nation Support zur Unterstützung befreundeter ausländischer Streitkräfte.

Der Heimatschutz ist keine neue Aufgabe. Die geänderten Rahmenbedingungen machten es jedoch notwendig, ihn umfassend neu zu definieren. So plant die Bundeswehr zukünftig mit einer Reserve von 100 000 Soldatinnen und Soldaten. Um das Ziel der Aufwuchsfähigkeit zu erreichen, wird es nicht ausreichend sein, ausscheidende Zeit- und Berufssoldaten in eine Grundbeorderung zu überführen. Mit den zukünftig gut aus-

gebildeten Mannschaftsdienstgraden Freiwilliger Wehrdienst Heimatschutz (FWD HSch) wird der notwendige militärische Bedarf und somit auch ein Teil der Einsatzfähigkeit generiert.

Hierzu ist es vorgesehen, einen siebenmonatigen aktiven Dienst mit einer anschließenden Grundbeorderung von sechs Jahren in der territorialen Organisation zu schaffen, in der mindestens fünf Monate

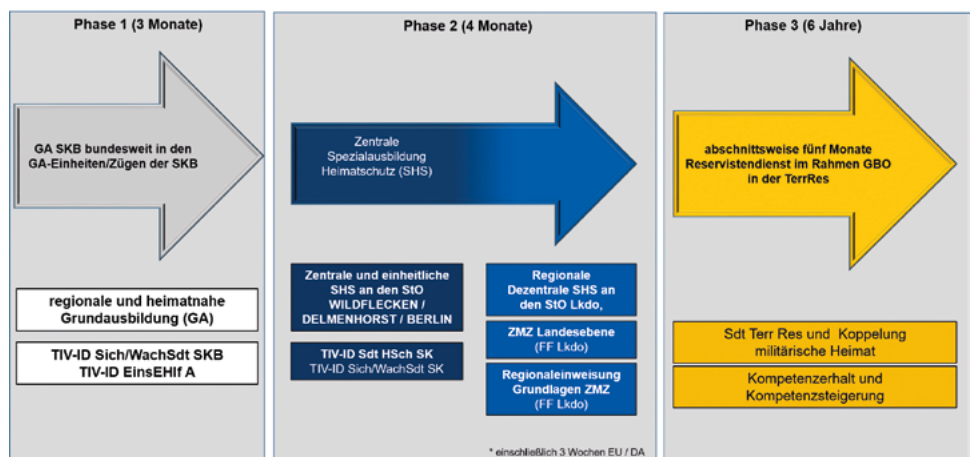
freiwilliger Reservendienst abschnittsweise abgeleistet werden. Um die FWD HSch gezielt auf die Aufgaben im Heimatschutz vorzubereiten, absolvieren sie eine Ausbildung, die in drei Phasen unterteilt ist.

Phase 1: Die Grundausbildung

Am 6. April werden in elf Standorten die ersten rund 300 Rekruten FWD HSch zur Grundausbildung antreten. Das übergeordnete Ziel in der Grundausbildung ist es, bei den zukünftigen FWD HSch-Rekruten zusammen mit anderen FWDL und SaZ-Rekruten ein solides Fundament an soldatischen Grundbefähigungen aufzubauen. Schwerpunkte bilden dabei die Grundlagen der Inneren Führung als Markenkern der Bundeswehr, Gefechtsdienst aller Truppen und die körperliche Leistungsfähigkeit.

Für die Vermittlung der Grundlagen Innerer Führung gilt es dabei, das Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ zu prägen. Die Soldatinnen und Soldaten sollen lernen, dass sie mündige Staatsbürger und überzeugte Verteidiger ihres Landes sind und ihr Handeln nach den gesetzlichen Pflichten und Rechten ausrichten.

Zu den wichtigsten Fähigkeiten und Fertigkeiten für den militärischen Dienst mit Schwerpunkt beim Gefechtsdienst aller Truppen gehören der Umgang mit dem G 36, Formaldienst und die Befähigung zur Wahrnehmung allgemeiner Wach- und Sicherungsaufgaben. Im Hinblick auf die Anforderungen im Gefechtsdienst der Grundausbildung



Das 3-Phasen-Modell der siebenmonatigen Ausbildung Freiwilliger Wehrdienst Heimatschutz



Die Ausbildung am Maschinengewehr MG 3 gehört zur Spezialausbildung Heimatschutz an den Standorten Berlin, Delmenhorst und Wildflecken.

sind die mindestens erforderliche körperliche Leistungsfähigkeit, die Soldatengrundfitness und die Befähigung zur Selbst- und Kameradenhilfe zu erreichen.

Phase 2: Spezialausbildung Heimatschutz

Die geänderten Rahmenbedingungen für den Heimatschutz im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung machen eine Anpassung der Ausbildung erforderlich. Eine speziell auf die Belange des Heimatschutzes ausgerichtete Spezialausbildung Heimatschutz wurde zunächst zur Erprobung für die Pilotphase entwickelt.

Auf Grundlage der in der Grundausbildung erlangten Kompetenzen und Fähigkeiten erfolgt die insgesamt zehnwöchige Ausbildung an den Standorten Berlin, Delmenhorst und Wildflecken mit folgenden beiden Schwerpunkten: Erlangen erweiterter Kenntnisse für den Einsatz im Rahmen allgemeiner Sicherungs- und Objektschutzaufgaben und Ausbildung und Einsatz mit den Handwaffen Pistole P8, Maschinengewehr MG 3, Panzerfaust sowie Erlernen von Verhaltensweisen

gegenüber unkonventionellen Sprengfallen. In einer mehrtägigen Abschlussübung müssen die FWDL HSCh zeigen, was sie in den ersten gut fünf Monaten ihres Dienstes gelernt haben.

Phase 3: Regionalausbildung in den heimatnahen Landeskommandos

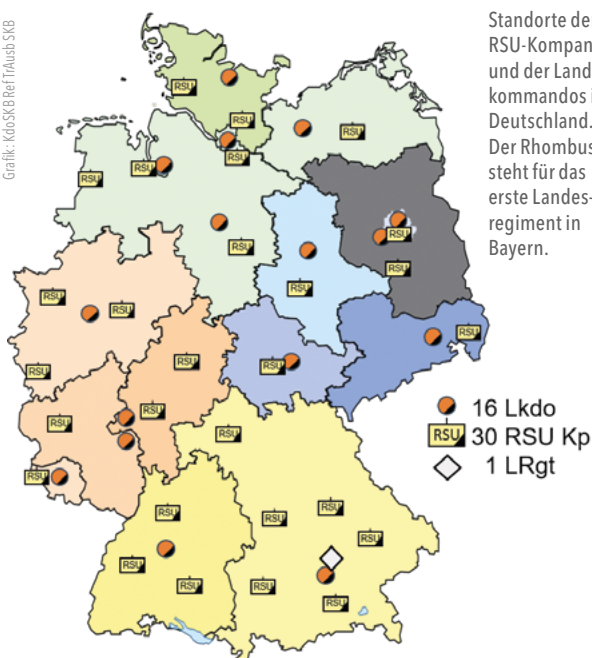
Zum Abschluss ihres aktiven Dienstes gehen die FWDL HSCh dann in ihre heimatnahen Landeskommandos. Nach einer gut dreiwöchigen Urlaubsphase werden sie auf das gesamte Bundesgebiet verteilt. Sie erhalten vor Ort Einblicke in die regionalen Besonderheiten und das gesamtögliche heimatnahe Aufgabenspektrum. Erfahrene Ausbilder geben unter anderem Einblicke in mögliche Einsatzmög-

lichkeiten in der Region, in die Zusammenarbeit mit Behörden und anderen regionalen Institutionen. Sie vermitteln ferner, wie gemeinsame Aktivitäten geplant, gestaltet und durchgeführt werden und welche Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der restlichen abzugelenden Dienstzeit bestehen.

Insgesamt wartet eine durchaus fordernde, anspruchsvolle, vor allem aber abwechslungsreiche Ausbildung auf den „neuen“ FWD HSCh-Soldaten. Spaß, Freude, Teamgeist und Kameradschaft werden die Männer und Frauen durch die Ausbildung begleiten, die dann mit Stolz von sich sagen können: „Ich bin bereit, Deutschland und den Menschen in Notlagen helfen zu dürfen“. Denn dafür haben sie sich mindestens für die nächsten sechs Jahre verpflichtet.

Standorte Lkdo / RSUKp / LRgt

Grafik: KdoSKBRefTrausbSKB



Ehrungen und Auszeichnungen

DBwV-Verdienstnadel in Gold

Hauptmann a.D. Reinhold Reeh, München

Hauptmann a.D. Erwin Zacherl, München

DBwV-Verdienstnadel in Silber

Oberst a.D. Horst-Dieter Buhrmester, München

Hauptmann a.D. Stephan Bartl, München

Stabsfeldwebel Markus Müller, Roth

Maria Spiske, München

DBwV-Verdienstnadel in Bronze

Techn. Regierungshauptsekretär Wolfgang Scharl, Kümmerbruck

Stabsfeldwebel Stefan Schwardt, Oldenburg in Holstein

Oberstabsfeldwebel Bernd Martens, Wilhelmshaven

Bürgermeister a.D. Dr. Uwe Friedl

Dankurkunde des Bundesvorsitzenden

Kapitän zur See a.D. Manfred Leitner, Strausberg

Oberstleutnant a.D. Werner Krug, Strausberg

Buch mit Widmung des Bundesvorsitzenden

Oberstleutnant a.D. Klaus Raabs, Strausberg

Oberstleutnant a.D. Helmut Schack, Altlandsberg

Buch mit Widmung des Landesvorsitzenden

Stabsunteroffizier Aaron Klünsner, Roth

Eine wertschätzende Lösung ist gefragt

Bei der Betreuung von psychisch Einsatzgeschädigten ist nicht zuletzt dank des Engagements des DBwV und des von ihm erarbeiteten Positionspapiers „Mission Seele“ bereits vieles verbessert worden. An manchen Stellen hapert es aber noch.



Foto: DBwV/Bombäke

Einsatzversehrte Soldaten, Verteidigungspolitiker und Vertreter des Deutschen Bundeswehrverbandes bei der Übergabe des Forderungspapier „Mission Seele – Einsatztraumata vorbeugen und heilen“.

Von Katja Gersemann

Vor rund einem halben Jahr präsentierte der Deutsche Bundeswehrverband das Positionspapier „Mission Seele – Einsatztraumata vorbeugen und heilen“, das auf Schieflagen in der Versorgung und Betreuung von psychisch Einsatzgeschädigten aufmerksam macht. Seither hat sich eine Menge getan. So hat das Bundeskabinett etwa im Januar den Entwurf eines Soldatenentschädigungsgesetzes beschlossen, das – wie im DBwV-Papier gefordert – einen eigenen Anspruch von Bezugspersonen psychisch Einsatzgeschädigter auf Psychotherapie gegen die Bundeswehr vorsieht.

„Veteranen wissen zu würdigen, dass der Deutsche Bundeswehrverband mit diesem Positionspapier konkret etwas unternommen hat“, sagt der Vorsitzende der Soldaten und Veteranenstiftung (SVS), Uwe Köpsel. Die SVS, die im ständigen Austausch mit Betroffenen steht und deren Probleme und Bedürfnisse genau kennt, war maßgeblich mit am Zustandekommen des Papiers beteiligt. „Die Einsatzversorgung ist in Deutschland ohne Zweifel gut, aber dennoch gibt es Lücken, das Netz ist an manchen Stellen noch zu grobmaschig“, sagt Köpsel. Zu oft komme es vor, dass Kameradinnen und Kameraden eben nicht aufgefangen werden.

„Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Experten eine Welle von neu auftretenden

Veteranen

psychischen Erkrankungen – auch und gerade aus länger zurückliegenden Einsätzen – erwarten, ist das sehr bedenklich.“

Der voraussichtlich kommende eigene Therapieanspruch für Angehörige – die häufig unter der psychischen Einsatzschädigung des Partners leiden, aber mitunter keine Therapie von ihrer gesetzlichen Krankenkasse genehmigt bekommen – stellt einen wichtigen Schritt dar, um betroffenen Veteranen und den ihnen nahestehenden Menschen zu helfen, ist Köpsel überzeugt. Genauso wichtig ist aber, dass psychisch Einsatzgeschädigte auch

im Dienst Verständnis und Anerkennung erfahren. Hier treffen die Betroffenen noch allzu oft auf Vorgesetzte und auch Truppenärzte, die ihre Erkrankung nicht ernst nehmen oder nicht mit ihr umzugehen wissen. Grund genug für den Deutschen Bundeswehrverband, die Forderung nach besserer Aus- und Weiterbildung im Positionspapier aufzunehmen.

Die Bundeswehr hat erkannt, dass Prävention ein wichtiger Schlüssel zur Vermeidung von psychischen Einsatzbelastungen ist. Derzeit arbeitet das Bundesministerium der Verteidigung nach eigenen Aussagen an neuen Regelungen, die die psychische Fitness von Soldaten im Fokus haben. Der Deutsche Bundeswehrverband wird eng mitverfolgen, ob und wie die Umsetzung erfolgt.

Ein wichtiger Punkt im Positionspapier ist auch die Situation der Soldatinnen und Soldaten, die im Reach-back-Verfahren eingesetzt sind – die also zum Einsatzkontingent gehören, aber von Deutschland aus ihren Dienst verrichten. Hierzu zählen etwa die Luftbildauswerter. Das Material, das sie sichten, kann ohne Zweifel zu psychischen Belastungen führen, die Einsatzversorgung ist für die Betroffenen aber nicht vorgesehen. Köpsel: „Hier muss es eine wertschätzende Lösung geben. Die Kameraden müssen wissen, dass sie im Fall der Fälle abgesichert sind.“

„Das Netz der Einsatzversorgung ist an manchen Stellen noch zu grobmaschig.“

Uwe Köpsel, Vorsitzender der Soldaten und Veteranen Stiftung



Neues vom Vorstand Ressourcen

Oberstleutnant
Andreas Geckeis

Hauptmann
Kai-Ingo Behnke

Hauptmann
Burghard Marwede

Sehr geehrte Kameradinnen und Kameraden, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Entwicklungen innerhalb der Bundeswehr bleiben bekanntermaßen trotz der widrigen Umstände nicht stehen. In unserem Ressourcenbereich wurden nun seitens des BAIUDBw für die zivilen Brandschutzkräfte gravierende Veränderungen auf den Weg gebracht. Nachdem man die Betroffenen lange über die beabsichtigten Umstrukturierungen im Unklaren gelassen hat, wurden nun erste Informationen bekannt, wohin die „Reise“ gehen könnte. Wir werden diesen Prozess selbstverständlich aktiv begleiten und in gewohnter Weise das Wort erheben, wenn wir feststellen, dass vonseiten der Leitung die Wei-

chen in falsche Richtungen gestellt werden. Der Veränderungsprozess darf nicht auf dem Rücken und zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen sowie der Soldatinnen und Soldaten ausgetragen werden.

Die Auswahlkonferenzen im BAPersBw, siehe Zeitstrahl in der Januar-Ausgabe, laufen wie geplant ununterbrochen weiter und bilden damit eine stabile Konstante für Soldatinnen und Soldaten. So kommt die Auswahl der Feldweibel zum Wechsel in den Status einer Berufssoldatin/eines Berufssoldaten im April schon in Sichtweite. Wir hoffen, dass die Aussetzung im letzten Jahr keine Nachteile für die Antragsteller darstellt.

Bitte beachten Sie noch eine Richtigstellung zum Beitrag „Rückkehr zum Kernauftrag“

auf unseren Seiten in der Februar-Ausgabe: Hier wird auf Seite 63 Mitte auf den Auftrag der Bundeswehrverwaltung eingegangen. Konkret sind hier die Abteilungen gemeint, die nicht zwingend für die Projektarbeit notwendig sind. Alle Referate, die nur mit organisatorischen oder Verwaltungsmaßnahmen beschäftigt sind, müssen auf ihre Notwendigkeit und ihren Umfang überprüft werden und gegebenenfalls in die Projektabteilungen überführt werden.

Bitte achten Sie auf sich und Ihren Nächsten.

Herzlichst
Ihre/Eure Ressourcenbereiche

Anzeige

Continentale Betriebskrankenkasse (BKK):
Umfassende Beratung aus einer Hand

Bei uns ist Ihre Familie kostenfrei mitversichert

Ehepartner, Lebenspartner und Kinder können in der gesetzlichen Krankenversicherung kostenfrei mitversichert werden.

Lassen Sie sich von Ihrem Bundeswehr-Experten beraten

Exklusiver Versicherungsschutz vom Empfehlungsvertragspartner der



Partner der FöG

Continentale Betriebskrankenkasse
Sengelmannstr. 120, 22335 Hamburg
Kontaktstelle Bw
Tel. 0231 919-3003
bws@continentale.de



Hans-Ulrich
SchadeBernd
Kaufmann

**Liebe Kameradinnen und Kameraden,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

nach einigen Wochen hier nun wieder ein
Lebenszeichen des Vorstands CIR. Lei-

der mussten wir unsere zweite, gemeinsam
mit der Säule Ressourcenbereiche geplante
Informationsveranstaltung wegen Corona ab-
sagen. Dafür durften wir aber Erfahrungen
mit der häuslichen Quarantäne sammeln. Das

alles braucht man wirklich nicht. Deshalb las-
sen Sie uns alle gemeinsam mit Umsicht den
Weg durch die Pandemie beschreiten, ohne
unnötige Risiken einzugehen. Es kommen
auch wieder bessere Zeiten mit Möglichkeiten
zum persönlichen Austausch.

**Ihr/Euer
Hans-Ulrich Schade und
Bernd Kaufmann**

Erfurter IT-Spezialisten im Kampf gegen Corona

Die Corona-Pandemie bestimmte 2020 den täglichen Dienstbetrieb und die Ausbildungen und Übungen der Soldaten des Informationstechnikbataillons 383 aus Erfurt. Seit Weihnachten befinden sich über 100 Erfurter IT-Soldaten an verschiedenen Standorten im Hilfseinsatz zur Bekämpfung der Pandemie.

Berlin. 6.50 Uhr ist Dienstbeginn für Feldweibel S. am ehemaligen Flughafen Tegel. Zusammen mit seinem Kameraden Hauptfeldweibel K. gehört er zu einem von insgesamt 60 mobilen Impfteams (MIT), die derzeit in der Hauptstadt mit Erfurter Soldatinnen und Soldaten im Einsatz sind. Zum Team gehören auch eine Ärztin und eine medizinische oder pharmazeutische Fachangestellte. Die erste Amtshandlung an jedem Tag ist der Corona-Schnelltest für alle Beteiligten. Bei

einem negativen Ergebnis erhält das MIT seinen aktuellen Auftrag für den Tag. In einem Seniorenheim in Prenzlauer Berg sollen 60 Seniorinnen und Senioren und das Personal der Einrichtung ihre erste Corona-Impfung erhalten.

Aufbau der mobilen Impfstation in der Kapelle

Hauptfeldweibel K. ist im Team als Fahrer eingesetzt und Feldweibel S. kümmert sich

um die Datenpflege der Personen, die sich freiwillig impfen lassen, mittels einer bereitgestellten Tablet-App. Sobald das Team in dem Altenheim angekommen ist, geht es direkt los. Heute wird die Impfstation in einer Kapelle der Einrichtung aufgebaut. Als Erstes muss der Impfstoff aus dem Kühlbehälter entnommen und überprüft werden, ob er die richtige Temperatur hat. Im Anschluss dosiert das medizinische Fachpersonal die Spritzen und die Impfungen können beginnen. Je nachdem, in wie vielen Einrichtungen Impfungen geplant sind oder wie viele Impfungen gespritzt werden sollen, kann der Arbeitstag bis 19 Uhr dauern.

„Wenn wir zurück in Tegel sind, werden die Materialkisten wieder neu gepackt. Wir füllen Kanülen und sämtliches Schutzmaterial wieder frisch auf. Im Anschluss gibt es meistens noch eine kurze Auswertung und dann geht es in unsere Unterkunft zurück“, berichtet Hauptfeldweibel K.

So sieht der Tagesablauf der beiden und ihrer 91 Erfurter Kameraden seit dem 27. Dezember 2020 aus. Bereits in der Woche



60 mobile Impfteams mit Erfurter Soldaten sind
derzeit in der Hauptstadt unterwegs.



Soldaten aus der 3. Kompanie des Informationstechnikbataillons unterstützen bei der Kontaktnachverfolgung im Erfurter Gesundheitsamt.

und die Administratoren des Gesundheitsamtes in das Programm einzuweisen“, berichtet Feldwebel F., einer der beiden in Sonneberg eingesetzten Soldaten.

Neben den beiden Erfurter IT-Soldaten sind im Landkreis Sonneberg mehrere Soldaten aus unterschiedlichen Standorten sowie Bundeswehrärzte mit verschiedenen Aufgaben betraut. „Wir sind wirklich wahnsinnig

vor Weihnachten waren die Soldaten für eine dreitägige Einweisung in Berlin. Mit dem offiziellen deutschen Impfstart ging ihr Auftrag dann richtig los.

Kontaktnachverfolgung für das Erfurter Gesundheitsamt

Schon deutlich länger, seit dem 9. November, unterstützen Soldaten aus der 3. Kompanie des Bataillons im Erfurter Gesundheitsamt bei der Kontaktnachverfolgung von COVID-19-Infizierten. „Wir haben unseren Einsatzort quasi vor der eigenen Haustür“, sagt Stabsunteroffizier H. Die vier Soldaten, die täglich vor den Computern und Telefonen sitzen, um die Kontakte von positiv getesteten Personen nachzuvollziehen, freuen sich über die neue Aufgabe. „Es ist eine völlig andere Herausforderung. Gerade da man nie weiß, wie die Leute reagieren, wenn wir sie anrufen und beispielsweise mitteilen, dass ihre Quarantäne verlängert werden muss“, erzählt Stabsgefreiter M.

Da die Soldaten und zivilen Mitarbeiter im Gesundheitsamt nie wissen, wie viele Neuinfektionen dazukommen, gestaltet sich jeder Tag anders. So geht es die ganze Woche. Auch an den Wochenenden und über die Weihnachtsfeiertage waren die Kameraden für die Kontaktnachverfolgung im Dienst. „Ich bin wirklich froh darüber, dass die Soldaten auch an den Wochenenden da sind. Sie leisten hier einen super Job und die Zusammenarbeit mit unseren hauptamtlichen Mitarbeitern funktioniert reibungslos“, erklärt Herr Jaklin, Teamleiter der Kontaktnachverfolgung.

Insgesamt werden im Wechsel zwölf Soldaten der 3. Kompanie für den Amtshilfeeinsatz eingesetzt. „Durch den überschlagenden Einsatz können wir die Durchhaltefähigkeit unserer Soldaten sicherstellen. Gerade die Dienste an den Wochenenden über einen langen Zeitraum und die teils schwierigen Ge-

spräche stellen eine ungewohnte Belastung für meine Männer und Frauen dar“, erläutert Major Jürgen Bauer, Kompaniechef der 3. Kompanie.

Fachliche Unterstützung bei der neuen Software

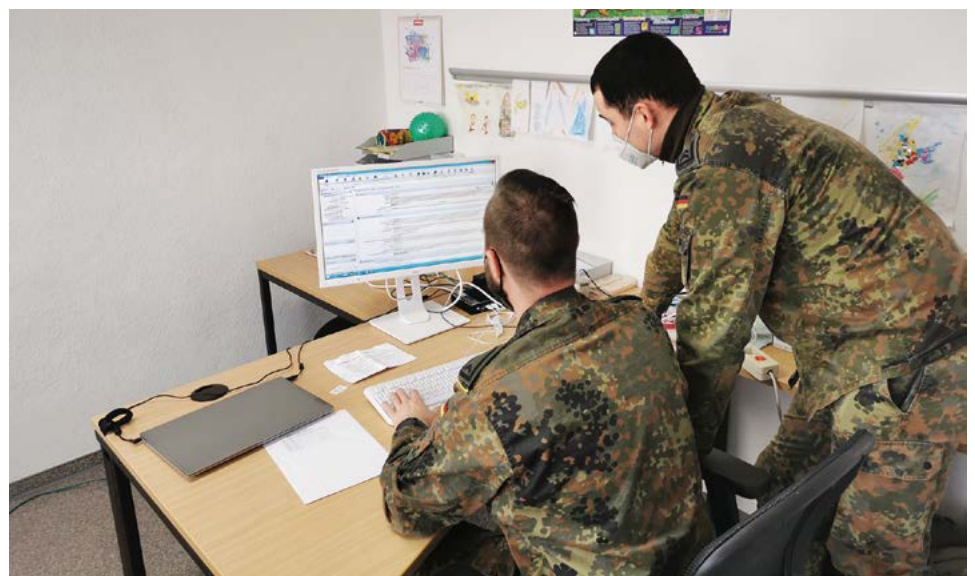
Anfang Januar kam dann auch noch ein Amtshilfeantrag ins Erfurter Bataillon, der für die IT-Spezialisten wie maßgeschneidert zu sein schien. Im Gesundheitsamt der Gemeinde Sonneberg im Süden Thüringens soll eine neue Software zur Kontaktnachverfolgung installiert werden. Da nicht genügend eigenes Fachpersonal vor Ort ist, unterstützen seit dem 5. Januar zwei Soldaten die Mitarbeiter bei der Implementierung und Einarbeitung in das neue Programm.

„Die ersten Wochen haben wir dafür benötigt, uns mit dem neuen Programm vertraut zu machen. Jetzt fangen wir an, die Nutzer

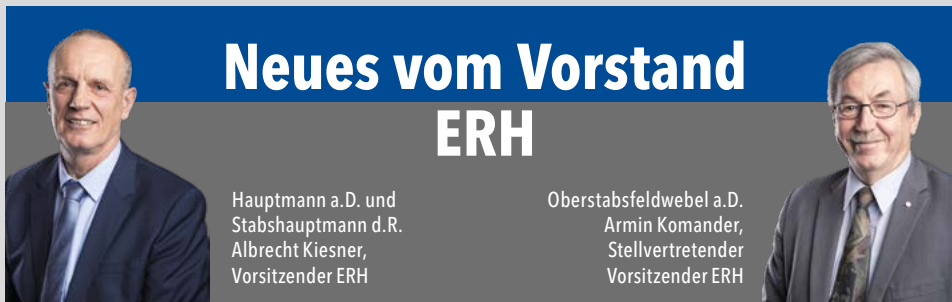
froh darüber, dass wir die Unterstützung der Bundeswehr haben. Ohne sie hätten wir es wahrscheinlich nicht geschafft“, so Jürgen Köpper, erster Stellvertreter des Landrates. Der Einsatz im Gesundheitsamt Sonneberg ist aktuell noch bis Mitte Februar geplant. Auch die anderen beiden Unterstützungsaufträge im Rahmen der Amtshilfe werden die Erfurter Soldaten noch eine Weile begleiten.

„Derzeit planen wir mit unseren Einsätzen bis in den März hinein. Aber es kann durchaus passieren, dass die Anträge verlängert werden oder vielleicht sogar neue Aufträge hinzukommen. Wir sind in jedem Fall vorbereitet und wenn wir mit unserem Einsatz unserem Land dienen und helfen können, dann ist es das auf jeden Fall wert“, erklärt Oberstleutnant Jörg Meier, Kommandeur des Informationstechnikbataillons 383.

ITBtl 383



Auch die Implementierung und Einarbeitung in eine neue Software zur Kontaktnachverfolgung gehört zu den Aufgaben der IT-Spezialisten.



Neues vom Vorstand ERH

Hauptmann a.D. und
Stabshauptmann d.R.
Albrecht Kiesner,
Vorsitzender ERH

Oberstabsfeldwebel a.D.
Armin Komander,
Stellvertretender
Vorsitzender ERH



Liebe Mitglieder,

sollten Sie im Besitz eines aktuellen Kalenders des Deutschen Bundeswehrverbandes sein, egal welches, so finden Sie im Monat März beim 23. bis 25. den Eintrag „Landesversammlung Nord“.

Wenn man einmal ein Jahr zurückblickt: Damals hatten wir die ersten Monate des neuen Jahres hinter uns, einige Veranstaltungen waren gelaufen und nichts deutete darauf hin, dass im März 2020 ein Lockdown alle Planungen aufgrund der Corona-Pandemie infrage stellen würde.

Bei jeder Überlegung stand die Sicherheit unserer Mitglieder im Mittelpunkt. Niemand wollte die Gesundheit der Teilnehmer einer Veranstaltung gefährden. Auch die Corona-Bestimmungen, die nicht in jedem Bundesland gleich waren, mussten beachtet werden.

Viele Veranstaltungen wurden gestrichen. Hoffnung schöpften wir erst wieder im September. Voller Elan begannen die ersten Planungen, um einige wichtige Veranstaltungen nachzuholen. Doch dieser freudige Start ins normale Verbandsleben wurde durch die

zweite Corona-Welle gestoppt. Wieder mussten Termine und gewohnte Abläufe geändert werden.

Wir, die ERH-Vertreter im Bundesvorstand, waren auch an diesen schweren Tagen aktiv und passten unsere ehrenamtliche Arbeit an die aktuellen Bedingungen an. So nutzten wir die Möglichkeit der elektronischen Kommunikation und gaben auf diesem Wege Informationen weiter.

Ein wichtiger Punkt liegt mir am Herzen. Die Interessen von über 35 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bundeswehrverbandes werden in den Kameradschaften der Ehemaligen, Reservisten und Hinterbliebenen vertreten. Daher ist es von großer Bedeutung, dass diese starke Gruppe bei den Landesversammlungen und der Hauptversammlung von den gewählten Delegierten vertreten wird. Dort werden die Grundzüge der Verbandspolitik für die nächsten vier Jahre festgelegt.

Wenn man bei den Landesversammlungen beziehungsweise der Hauptversammlung vertreten sein will, um Verbandspolitik mitzubestimmen, muss man im Vorfeld eine

Delegiertenwahl durchgeführt haben und als Delegierte an der jeweiligen Versammlung teilnehmen.

Ich hoffe, dass sich die allgemeine Situation im zweiten Quartal langsam normalisiert und wir wieder zu unserer bewährten Verbandsarbeit zurückkehren können.

Ich bitte Sie, noch die paar Monate durchzuhalten und die technischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Verbindung zu den Kameradinnen und Kameraden zu halten.

Auch wir werden einige ausgefallene Veranstaltungen neu terminieren mit der Hoffnung, sie in der gewohnten Art und Weise durchführen zu können.

Am geplanten Deutschen Seniorentag vom 24. bis 26. November 2021 in Hannover wird der Deutsche Bundeswehrverband wie bei den vergangenen Seniorentagen mit einem Stand unter dem Dach der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) vertreten sein. Vielleicht planen Sie, uns dort oder eine der vielen Veranstaltungen zu besuchen. Wir konnten bei den jüngsten Deutschen Seniorentagen Vorstände oder Gruppen aus den ERH-Kameradschaften begrüßen, was für alle eine Bereicherung darstellte.

Bleiben Sie gesund!

Mit kameradschaftlichem Gruß

Armin Komander

Das Recht auf meine Patientenakte

Der Arzt muss Einsicht gewähren.

Im Jahr 2013 hat der Gesetzgeber das sogenannte Patientenrechtegesetz erlassen.

Jede Patientin und jeder Patient hat seitdem in Deutschland das Recht auf Einsicht in seine Patientenakte. Das gilt auch für Erben oder Angehörige Verstorbener, die materielle oder immaterielle Interessen an den Inhalten der Akte nachweisen können. Doch funktioniert das mit der Einsichtnahme auch immer reibungslos? Welche Rechte bestehen?

Die Gesetzesvorgabe

Die geltende Rechtslage besagt, dass Ihre Ärztin oder Ihr Arzt dazu verpflichtet ist, die für Ihre Behandlung wesentlichen Maßnahmen und deren Ergebnisse in einer Patientenakte zu dokumentieren. Dazu gehören zum Beispiel Anamnesen, Diagnosen, Untersuchungsergebnisse, Befunde oder Röntgenaufnahmen.

Die Akte kann in Papierform oder als elektronisches Dokument geführt werden.

Die Patientenakte muss Ihre Ärztin oder Ihr Arzt über einen Zeitraum von zehn Jahren nach Abschluss der Behandlung aufbewahren.

Darf ich Kopien verlangen?

Sie dürfen als Patientin oder Patient persönlich Einsicht in Ihre (Original-)Patientenakte nehmen, die sich jedoch auf die Einsichtnahme innerhalb der Praxisräumlichkeiten beschränkt. Die Ärztin oder der Arzt ist nicht verpflichtet, das Original der Akte herauszugeben, jedoch muss Ihrem Einsichtsbegehren so schnell wie möglich nachgekommen werden. Verzögerungen bis zu wenigen Tagen sind zulässig und können sich aus dem laufenden Praxisbetrieb ergeben.

Tipp: Wenn Sie darum bitten, muss die Ärztin oder der Arzt Ihnen eine Kopie Ihrer vollständigen Akte erstellen. Hierfür hat sie oder er höchstens einen Monat Zeit.

Wer trägt die Kosten der Kopien?

Laut Bürgerlichem Gesetzbuch § 630g BGB müssen Sie die Kopien bezahlen. Die Kosten pro Seite dürfen bei maximal 50 Cent für die ersten 50 Seiten und 15 Cent für jede weitere Seite liegen.

Bitte beachten Sie: Es gibt eine Abweichung nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Hiernach muss die erste Kopie kostenlos sein. Hintergrund ist das erweiterte Auskunftsrecht bezüglich Ihrer personenbezogenen Daten, das seit der Einführung der DSGVO im Mai 2018 besteht. Erst bei der Anforderung mehrerer Exemp-

lare sind die Kosten ab dem zweiten Exemplar zu tragen.

Darf die Akteneinsichtnahme abgelehnt werden?

Grundsätzlich muss es möglich sein, Ihre vollständige Patientenakte einzusehen. Hiervon gibt es zwei Ausnahmen, die von der Ärztin oder dem Arzt Ihnen gegenüber begründet sein muss:

- Ausnahme 1: Ihre Ärztin oder Ihr Arzt hat große Bedenken, dass Ihnen die Einsichtnahme erheblich schaden könnte. Hierfür müssen jedoch konkrete Anhaltspunkte vorliegen, wie zum Beispiel eine Suizidgefahr.
- Ausnahme 2: Ihre Patientenakte enthält sensible, personenbezogene Informationen über eine dritte Person, zum Beispiel Ihre Ehegattin oder Ihren Ehegatten. Die Dokumentation über die dritte Person muss geschützt werden, sodass Ihnen Ihre Ärztin oder Ihr Arzt die Bereitstellung dieser Informationen verweigern kann.

Was kann ich tun, wenn die Einsichtnahme grundlos verweigert wird?

Sollte die Ärztin oder der Arzt Ihnen die Einsichtnahme in Ihre Akte oder die Herausgabe einer Kopie ohne triftigen Grund verweigern, können Sie Folgendes tun:



Foto: Pixabay

Ein Patient darf persönlich Einsicht in seine Patientenakte nehmen, allerdings nur innerhalb der Praxis des Arztes.

1. Verweisen Sie in einem persönlichen Gespräch bei Ihrer Ärztin oder Ihrem Arzt auf die rechtlichen Grundlagen.
2. Sollte das nicht erfolgreich sein, fordern Sie Ihre Ärztin oder Ihren Arzt schriftlich zur Bereitstellung der Akte auf. Setzen Sie dazu am besten eine Frist.
3. Hilft das auch nicht, können Sie eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt einschalten, die oder der Ihre Ansprüche durchsetzt.
4. Des Weiteren können Sie sich bei der zuständigen (Landes-)Ärztekammer in Schriftform beschweren. **CS**



(c) 2017 Bundeswehr/Weber

Wir. Helfen. Dienen.

Wir sind das Sozialwerk der Bundeswehr.

Mit diesem Auftrag engagieren wir uns seit 1960 für die Menschen in der Bundeswehr und für ihre Familien - vor allem als Ausgleich für die besonderen Anforderungen des militärischen Dienstes. Umfassende Erholungsmöglichkeiten und soziale Angebote sind unsere Stärke.

Damit Helfen wir denen, die dienen!

Helfen Sie uns - als Mitglied im Bundeswehr-Sozialwerk oder durch Ihre Spende.

**Jetzt Mitglied werden!
Nur 4,00 € monatlich.**



Bundeswehr Sozialwerk
Hier scheint die Sonne!

www.bundeswehr-sozialwerk.de





Hauptfeldwebel Stefanie Aschenbrenner hat sich zur Hundeverhaltenstherapeutin ausbilden lassen. Sie darf nun für Dritte Hunde ausbilden und die Ausbildung durch den Tierhalter anleiten.

Mit dem besten Freund des Menschen

Jürgen Gemmer, SaZ-Beauftragter im DBwV-Landesverband West, ist immer auf der Suche nach innovativen Tipps für die berufliche Zukunft nach der Bundeswehr. Hier stellt er einen Job vor, bei dem Hunde im Mittelpunkt stehen.

Es gibt Berufe, die viel Wissen im Umgang mit Menschen und besonders viel Wissen über Hunden benötigen. Dazu gehören Hundeerzeher, -verhaltensberater beziehungsweise -psychologen, wie der pensionierte Hauptmann Jörg Demzin mitteilt. Darüber hinaus gibt es die Fachkraft Tiergestützte Therapie/Intervention, Dogwalker, Hundezüchter und die Möglichkeit, eine Hundepension zu führen. Wie Demzin weiter informiert, benötigt jeder, der beruflich so eine Tätigkeit mit Menschen und Hunden durchführen möchte, eine behördliche Erlaubnis, die nach Überprüfung der erforderlichen Sachkunde und praktischen Tätigkeiten von den zuständigen Kreisveterinärämtern erteilt wird.

Die hierfür erforderliche Sachkunde und praktische Tätigkeiten kann der Bewerber durch ein Studium in privaten Ausbildungseinrichtungen erlangen. Eine dieser Einrichtungen ist die Ausbildungsstätte für Berufe mit Hunden und Hundeschule „Hundeeziehung Naturnah“, die Demzin im rheinland-pfälzischen Niedererbach betreibt.

Zu den Absolventen gehören auch Teilnehmer aus dem Bereich der Bundeswehr.

Kosten vom Berufsförderungsdienst übernommen

Hauptfeldwebel Stefanie Aschenbrenner ist Jörg Demzin aus ihrem Studium zum Hundeverhaltenstherapeut als Dozent noch gut in Erinnerung: „Sein Wissen in der Hundeeziehung, besonders im neurologisch-biologischen Bereich, hat mich beeindruckt. Durch Herrn Demzin konnte ich mir so viel Wissen aneignen, dass ich von meinem Kreisveterinäramt die behördliche Genehmigung bekommen habe, gemäß Tierschutzgesetz für Dritte Hunde auszubilden und die Ausbildung durch den Tierhalter anzuleiten. Die anfallenden Kosten für das Studium hatte der Berufsförderungsdienst übernommen.“

Ausbildungen beispielsweise zum Hundetrainer beginnen an der Hundeschule „Hundeeziehung Naturnah“ am 17. April 2021. Weitere Infos:

www.hundeeziehungnaturnah.de

Termine

März 2021

4.3.: Virtuelle Informationsserie für SaZ/FWDL – Teil 4, ab 18 Uhr etwa eine Stunde live online, Zuganglink: <https://bit.ly/39gstv9>, „Es muss nicht immer der öffentliche Dienst sein“, Gastreferent: Gerhard Eder, IHK Akademie München und Oberbayern gGmbH, Gastgeber: Oberstabsfeldwebel a.D. Jürgen Schreier, Sonderbeauftragter Eingliederung SaZ im DBwV-Landesverband Süddeutschland, Tel: 0172/5992039, juergen.schreier@dbwv.de

5.3.: Virtueller Soldatentag bei Amazon, 10 bis 12 Uhr, Anmeldung unter: <https://amazon-soldatentag.splashthat.com>, Karrierecenter der Bundeswehr Dresden, Infos: Katrin Seyfert, Tel. extern: (0351) 4654-4147, intern: 90-8911-4147, BFDDresdenJobService@Bundeswehr.org, oder Karrierecenter der Bundeswehr Erfurt, David Friedrich, Tel. extern: (0361) 342-85815, intern: 90-8700-85815, BFDErfurt-JobService@Bundeswehr.org, oder Karrierecenter der Bundeswehr Magdeburg, Victoria Dombrowski, Tel. extern: (0391) 662-462-654, intern: 90-8844-654, BFDMagdeburgJobService@Bundeswehr.org, oder Karrierecenter der Bundeswehr Potsdam, Eva Pfaender, Tel. extern: (0331) 2978-132, intern: 90-8572-132, BFDPotsdamJobService@Bundeswehr.org

10.03.: Karriere beim BND – In der Zeit von 9 bis 11 Uhr und 14 bis 16 Uhr bietet der Bundesnachrichtendienst (BND) eine individuelle Telefonberatung speziell für Soldatinnen und Soldaten an. Anmeldung bis zum 9. März 2021 per E-Mail (Name; Personenkennziffer; Angabe, ob generell Interesse an einer Präsenzveranstaltung besteht). Danach senden wir Ihnen alle Informationen für Ihren Anruf zu. Karrierecenter der Bundeswehr Potsdam, Infos: Eva Pfaender Tel. extern: (0331) 2978-132, intern: 90-8572-132, BFDPotsdamJobService@Bundeswehr.org

11.3.: Digitaler Soldatentag der Deutschen Bahn AG Region Nord, 10 bis 11.30 Uhr. Wer eine Tätigkeit bei der Deutschen Bahn AG als berufliche Perspektive in Erwägung zieht, ist eingeladen, sich unter BFDWilhelmshavenJobService@bundeswehr.org oder BFDHannoverJobService@bundeswehr.org bis zum 5. März 2021 per E-Mail anzumelden. Karrierecenter der Bundeswehr Wilhelmshaven, Infos: Frau Lutz/Herr Edelstein, Tel. extern: (04421) 4838-3240 oder -3229, intern: 90-2813-3240 oder -3229, oder Ivonne Bergemann, Tel. extern: (0511) 6798-437, intern: 90-2225-437

18.3.: Virtuelle Infoserie für SaZ/FWDL – Teil 5, ab 18 Uhr circa eine Stunde live online, Zuganglink: <https://bit.ly/39gstv9>, „Was der Zeitsoldat alles wissen sollte!“, Gastreferent: Oberleutnant d.R. Daniel Grabmann, Mitarbeiter Außendienst zum Thema Rente, Infos: Oberstabsfeldwebel a.D. Jürgen Schreier, Tel: 0172/5992039, juergen.schreier@dbwv.de

Zwei starke Partner

Wirtschaft und Bundeswehr in Vorpommern

Im Nordosten der Republik ist die Bundeswehr mit zwei Heeres-Bataillonen stark vertreten. Hier in Vorpommern ist das Jägerbataillon 413 in der Ferdinand-von-Schill-Kaserne in Torgelow und das Panzergrenadierbataillon 411 in der Kürassier-Kaserne in Viereck stationiert. Neben anderen Dienststellen der Bundeswehr stellen diese beiden Truppenteile ein nicht zu unterschätzendes wirtschaftliches Potenzial für die Region und den dortigen Arbeitsmarkt dar. Nicht alle Zeitsoldaten können und wollen Berufssoldat werden. Aber viele möchten gern mit ihren Partnern und Familien hier wohnen bleiben und sich nach der Bundeswehr ein neues Leben aufbauen. Ein guter und sicherer Job ist dafür eine wesentliche Voraussetzung.

Der Unternehmerverband Vorpommern kann ihnen dabei behilflich sein. Er ist für die Landkreise Vorpommern-Greifswald, Vorpommern-Rügen, die Hansestädte Greifswald und Stralsund sowie für Pasewalk, Anklam, Wolgast, Grimmen und Bergen zuständig. Neben dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr, der mit einem eigenen Standortteam in Torgelow vertreten ist, bemüht sich auch der Wirtschaftsverband um die dort stationierten Zeitsoldaten. Denn gut ausgebildete und motivierte Arbeitskräfte werden in Vorpommern händierend gesucht. Das verlangt die Schaffung von guten und sicheren Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, gründete der Unternehmerverband den Arbeitskreis „Schule-Wirtschaft-Bundeswehr“. Das ist ein regionales Netzwerk, um effektive Konzepte und Lösungen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes zu erstellen. Neben der Wirtschaft sind die öffentliche Verwaltung, die weiterführenden Schulen, die Bundeswehr und der DBwV dabei.

DBwV mit Messestand vertreten

Bereits seit 2018 ist Hauptmann a.D. Uwe Wieland der verantwortliche Koordinator des Unternehmerverbandes für die Region Torgelow. Die „Ausbildungs-/Berufsmesse“ im Juni 2019 war seine letzte große öffentliche Aktion. Sie wurde gemeinsam mit dem Unternehmerverband, der Stadt Torgelow, den örtlichen Schulen und der Bundeswehr organisiert und fand in der dortigen Stadthalle statt. Der DBwV war mit einem eigenen Messestand vor Ort. Damit dokumentiert unser Verband für die ausscheidenden SaZ: Wir sind als ihre Interessenvertreter auch in dieser Phase präsent. Der Standortbeauftrag-



Uwe Wieland, Peter Götze und Michael Edlinger (v.l.) besprachen unlängst in Torgelow die weiteren Projekte des Arbeitskreises „Schule-Wirtschaft-Bundeswehr“.

te des Landesverbandes Ost, Oberstabsfeldwebel d.R. Michael Edlinger, und der Vorstand der Truppenkameradschaft Torgelow und Viereck unterstützten dabei den Sonderbeauftragten für die Eingliederung der SaZ, Oberstleutnant a.D. Peter Götze. Das Besondere dieser Messe besteht darin, dass sie sich sowohl an die Schüler der 9. beziehungsweise 11. Klassen der Realschulen und Gymnasien richtet, als auch an Zeitsoldaten. Leider musste sie 2020 Corona-bedingt ausfallen. Anfang Dezember des vergangenen Jahres besuchten Götze und Edlinger den Koordinator Wieland in seinem Dienstsitz in der ME-LE GmbH in Torgelow. Nach einer Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeit, blickte Wieland ins neue Jahr und stellte die Projekte des Arbeitskreises vor. Im März ist die „Tagung mit Berufsorientierungslehrern und Ausbildungsbetrieben“, im April die Elternversammlung „Schule & Ausbildung“ für die Eltern von Kindern der 8./9. Klassen und im Mai der sogenannte „Löwenpitch – Talent-Recruiting-Event“ vorgesehen. Im Oktober steht wieder die „Berufs- und Ausbildungsmesse“ auf dem Plan. Diese soll in enger Abstimmung mit den beiden Bataillonen vorbereitet werden, um eine möglichst hohe Teilnehmerzahl von SaZ zu erreichen. Der Landesverband Ost wird diese Messe ebenfalls wieder unterstützen. Das Ganze steht allerdings unter dem Vorbehalt der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie.

PG

Gemeinsam für die Eingliederung unserer Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit

Ihre Ansprechpartner der Landesverbände des Deutschen Bundeswehrverbandes



LV Nord
Oberstabsbootsmann a.D.
Michael Redlin
michael.redlin@dbwv.de



LV Ost
Oberstleutnant a.D.
Peter Götze
peter.goetze@dbwv.de



LV West
Oberstabsfeldwebel a.D.
Jürgen Gemmer
juergen.gemmer@dbwv.de



LV Süddeutschland
Oberstabsfeldwebel a.D.
Jürgen Schreier
juergen.schreier@dbwv.de

Für Fragen rund um das Thema SaZ, insbesondere zu Berufsförderung, Dienstzeitversorgung und Eingliederung, ist in der Bundesgeschäftsstelle Berlin das Referat R 6 zuständig, erreichbar unter Tel.: (030) 259260-2222 oder per E-Mail an r6@dbwv.de.

Stellenangebote

Koordination und Gütesicherung (m/w/d) auf unseren Baustellen auf den Schiffen

Stellen-Nr.: 1500/SN/0168/21

Arbeitsort: Wilhelmshaven

Beschäftigungsbeginn: ab sofort

Stellenbeschreibung:

Sie sind verantwortlich für die technische Projektabwicklung, Optimierung des Projekt- und Auftragsportfolios. Darüber hinaus führen Sie die Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung sowie die Dokumentation durch und unterhalten auftragsbezogene Kundenkontakte.

Voraussetzungen:

Sie haben ein abgeschlossenes Ingenieurstudium oder sind Techniker/-in/ Meister, erfahrene/-r Soldat/-in aus technischer Verwendungsserie oder eine vergleichbare Ausbildung.

Bei weiteren Fragen zum Stellenangebot sowie zur Vermittlung wenden Sie sich bitte an den Job-Service des BFD Wilhelmshaven, Frau Geib-Senge, Tel.: (04421) 4838-3241, Bw 90-2813-3241.

Verwaltungsangestellter, Fachrichtung Kommunalverwaltung (m/w/d)

Stellen-Nr.: 4500/SN/0682/20

Arbeitsort: Halberstadt

Beschäftigungsbeginn: ab 1. August 2021

Stellenbeschreibung:

Es erwartet Sie eine dreijährige Ausbildung mit praktischen Ausbildungsabschnitten in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung sowie mit berufstheoretischen Ausbildungsabschnitten an einer Berufsschule.

Voraussetzungen:

Wir erwarten von Ihnen mindestens einen erfolgreichen Realschulabschluss sowie die erfolgreiche Teilnahme am Online-Eignungstest, ein gutes Allgemeinwissen, Motivation und Leistungsbereitschaft und Kommunika-



Verschiedene Jagdwaffen werden auf einer Messe gezeigt. In Nürnberg wird derzeit ein Verkaufsberater (m/w/d) gesucht, der sich mit dem Thema Jagd- und Sportwaffen auskennt.

tions- und Teamfähigkeit.

Bei weiteren Fragen zum Stellenangebot sowie zur Vermittlung wenden Sie sich bitte an den Job-Service des BFD Magdeburg, Herr Jacob, Tel.: (0391) 662462-657, Bw 90-8844-657.

Ausbildungsplatz als Verkäufer (m/w/d)

Stellen-Nr.: 2600/SN/0044/21

Arbeitsort: Saarland, Saarlouis

Beschäftigungsbeginn: 1. August 2021

Stellenbeschreibung:

In der Ausbildung lernen Sie alles über unser umfangreiches Warensortiment für Hand- und Heimwerker sowie die Themen, die sich hinter diesen Produkten verbergen.

Voraussetzungen:

Sie passen super in unser Team, wenn Sie: einen guten Schulabschluss besitzen, engagiert und offen für Neues sind, Lust auf das Thema Bauen/ Heimwerken haben und gerne andere Menschen unterstützen und beraten.

Bei weiteren Fragen zum Stellenangebot sowie zur Vermittlung wenden Sie sich bitte an den Job-Service des BFD Saarlouis, Frau

Kammer Tel.: (06831) 1271-2563, Bw 90-4730-2563.

Verkaufsberater (m/w/d) für Jagd- und Sportwaffen

Stellen-Nr.: 3300/SN/0021/21

Arbeitsort: Nürnberg

Beschäftigungsbeginn: ab sofort

Stellenbeschreibung:

Sie beraten unsere Kunden im gesamten Jagd- und Sportwaffensortiment sowie im Bereich Jagdtextilien. Sie bearbeiten Kundenanfragen und -aufträge. Ebenso vertreten Sie das Unternehmen bei Jagd- und Schießsportevents.

Voraussetzungen:

Sie besitzen eine Ausbildung zum Kaufmann/-frau im Einzelhandel oder mehrjährige Berufserfahrung in einem Einzelhandelsunternehmen. Breites Fachwissen als Jäger/-in oder Sportschütze/-in und tiefe Fachkenntnisse im Bereich Jagd- und Sportwaffen stellen für Sie kein Problem dar.

Bei weiteren Fragen zum Stellenangebot sowie zur Vermittlung wenden Sie sich bitte an den Job-Service des BFD Nürnberg (Tel.: (0911) 4396-356, Bw 90-6723-356).

Der SaZ-Arbeitsmarkt – für Sie als Mitglied auf unserer Homepage

Die durch das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr zur Verfügung gestellten Anzeigen aus der Stellenbörse BFD richten sich an SaZ, die gemäß § 7 SVG einen Anspruch auf Eingliederungsmaßnahmen haben. Bitte lassen Sie sich zur Nutzung der Stellenbörse als Bewerber registrieren.

Für das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) gilt: keine Bewerbungsunterlagen zusenden!

Wenden Sie sich bei Interesse an den in unserem Magazin beziehungsweise auf unserer Homepage veröffentlichten Stellen an den unter der Stellenanzeige angegebenen Ansprechpartner. Der Job-Service beantwortet Ihnen alle Fragen zur Stellenanzeige und rund um die Stellenbörse. Bei Fragen zur Berufsförderung wenden Sie sich bitte an das für Sie zuständige BFD-Standortteam. Die Kontaktdaten finden Sie im Internet oder Intranet Bw unter www.bfd.bundeswehr.de (Menüpunkt „Organisation“).

Zentrale Ansprechstelle für die Stellenbörse:

Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
BAPersBw II 2.3 Kooperation und Öffentlichkeitsarbeit

Brühler Str. 309
50968 Köln

E-Mail:
jobservice@bundeswehr.org

<https://bit.ly/37LRnQq>





Wie erkenne ich ein gutes Dienstzeugnis?

Dienstzeugnisse bestimmen entscheidend mit beim Einstieg in das zivile Berufsleben. Wer die Bundeswehr verlässt, sollte daher genau darauf achten, dass seine Qualifikationen optimal wiedergegeben wurden. Auf der anderen Seite steht jeder Disziplinarvorgesetzte in der Pflicht, ein qualifiziertes Dienstzeugnis zu schreiben.



Foto: Walhalla/Adobe Stock

Diese fünf Fehler sollten Sie auf jeden Fall kennen beziehungsweise vermeiden:

1. Abkürzungen

Der Abkürzungsfimmel (Aküfi) der Bundeswehr ist hinlänglich bekannt. Er führt selbst in der Bundeswehr zu Kopfschütteln. Mit Wortabkürzungen werden Insiderkenntnisse dokumentiert. Sie vermitteln eine Identität und markieren die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Organisation. Abkürzungen grenzen aus. Sie trennen das Innen vom Außen (Draußen). Abkürzungen wirken wie Schlagbäume! Dienstzeugnisse werden bekanntlich für die zivile Arbeitswelt verfasst. Diese Zielsetzung verbietet Abkürzungen.

2. Passivformulierungen

Die Art und Weise, in der wir Sachverhalte sprachlich ausdrücken, gibt Hinweise über unsere innere Haltung und Verfassung.

Zeitsoldaten präsentieren sich oft im Passivmodus. Diese Art der Formulierung bestätigt ein weitverbreitetes negatives Vorurteil: Soldaten müssen nicht selbstständig denken. Sie werden sozusagen gedacht! Alles wird ihnen vorgeschrieben und für sie geregelt. Eigeninitiative wird bei der Bundeswehr nicht gefordert, sie ist im Zweifel sogar schädlich. Zivile Arbeitgeber suchen jedoch aktive Mitarbeiter, die ihr Leben managen, sich selbst Ziele setzen und eigene Ideen entwickeln können.

3. Ungünstige Formulierungen

Exemplarisch steht hierfür das Wort „Kamerad“. Kameradschaft bedeutet füreinander eintreten. Das ist wichtig. In einer Armee sogar überlebenswichtig! Im Ernstfall muss man sich blind auf andere verlassen können. Die Pflicht zur Kameradschaft ist deshalb im Soldatengesetz festgelegt. So weit, so gut! Leider klingt das Wort „Kamerad“ in zivilen

Ohren nicht vorbehaltlos positiv. Es hat einen antiquierten Klang. In Unternehmen nennt man die „Kameraden“ Kollegen. Da Dienstzeugnisse für den zivilen Arbeitsmarkt geschrieben werden, sollte man auf den Begriff „Kamerad“ verzichten.

4. Militärische Begriffe und Funktionen

Dienstgradtitel und Dienstpostenbezeichnungen gehören generell zu den militärischen Spezialbegriffen. Zugführer, Kompaniechef, Kommandoführer, U-Boot-Gast, Kampfschwimmer und so weiter bieten dem Leser keine verwertbaren Informationen zur Position, Kompetenz und Verantwortung. Die Erfahrung über viele Jahre zeigt, es wird nicht gelingen, militärspezifische Tätigkeiten zivilverständlich zu beschreiben. Der Aufgabenbereich eines Minentauchers, Feuerleitfeldwehels, Geschützführers oder Grenadierzugführers und so fort (sogenannte Kämpferfunktionen) lässt sich nicht übersetzen.

5. Hinkende Vergleiche

Bei Vergleichen lauert immer die Gefahr, die Äpfel mit den Birnen in einen Korb zu legen. Vergleichen bedeutet Gleichstellen von Art, Inhalt und Wertigkeit. Ein Gruppenführer ist schwerlich mit einem Gruppenleiter in einem Unternehmen vergleichbar, auch wenn eine sprachliche Nähe existiert. Ein Zugführer lässt sich nicht mit einem Abteilungsleiter gleichsetzen. Ein Kompaniechef ist kein Geschäftsführer. Dies trifft auch dann nicht zu, wenn ihm eine Anzahl von Mitarbeitern untersteht, die mit einem Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens vergleichbar ist. Die Vergleiche von Bundeswehrdienstposten mit Positionen in Unternehmen schlagen generell fehl. Einen guten Überblick zum Thema bietet Ihnen die neue Ausgabe des Ratgebers „Dienstzeugnisse der Bundeswehr“ (www.walhalla.de).

Ich hatte da eine Frage ...

Wie sieht es bei Reservisten mit der Arbeitslosenversicherung aus?

Hauptfeldwebel d.R. Schmitz:

Ich plane, meine zivile Berufstätigkeit aufzugeben und für die nächsten Jahre als Reservist bei der Bundeswehr tätig zu werden. Der „Leistungskatalog für Reservistendienst Leistende“ führt auf Seite 19 aus, dass für mich dann die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch den Bund gezahlt werden. Dort steht aber auch: „Die Beiträge vermögen nicht (!) die Höhe des Arbeitslosengeldes zu beeinflussen ...“ Was ist damit gemeint?

Das persönliche Risiko einer Unterbrechung der zivilberuflichen Erwerbsbiografie für längere Reservistendienste ist in der Arbeits-

losenversicherung lediglich anspruchswahrend abgedeckt.

Grundsätzlich sind Reservistendienst Leistende (RDL) versicherungspflichtig in der Arbeitslosenversicherung und die Beiträge werden vom Bund getragen. Diese Versicherungspflicht geht hervor aus der Festlegung des § 25 Absatz 2 Satz 2 SGB III. RDL sind demzufolge so wie Freiwillig Wehrdienst Leistende zu betrachten.

Diese so genannte „sonstige Versicherungspflicht“ ist für die Erfüllung der Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung von Bedeutung. Sie kann eine Voraussetzung für den Anspruch auf Arbeitslosengeld – die Anwartschaft gemäß § 142 SGB III – er-

füllen, berechtigt aber für sich noch nicht zum Leistungsbezug von Arbeitslosengeld I.

Für die Ermittlung des tatsächlichen Leistungsanspruches ist die Höhe des erhaltenen Arbeitsentgelts aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung Voraussetzung.

Im Falle der Arbeitslosigkeit nach einem längeren Reservistendienst gilt daher grundsätzlich: Wenn Sie in den zwölf Monaten vor dem Reservistendienst mindestens 150 Tage sozialversicherungspflichtig gegen Arbeitsentgelt beschäftigt waren, wird Ihr Arbeitslosengeld I auf Grundlage dieses Einkommens berechnet werden können. Für die konkrete Bemessung des Arbeitslosengeldes ist das erhaltene Entgelt aus versicherungspflichtiger Beschäftigung zu berücksichtigen, nicht jedoch das Einkommen der Unterhaltssicherung als Reservist, da hier erstens kein Arbeitsentgelt erzielt wird und zweitens ein sonstiges Versicherungspflichtverhältnis vorliegt.

Sollten Sie die genannten Bedingungen nicht erfüllen, aber aus den Zeiten der vorangegangenen versicherungspflichtigen Beschäftigung zusammen mit dem Reservistendienst eine Anwartschaft erworben haben, kommt noch die Bemessung eines fiktiven Arbeitsentgelts nach Ihrer zivilberuflichen

Qualifikationshöhe in Frage (siehe § 152 SGB III).

Im Ergebnis bedeutet das, dass die Arbeitslosenversicherung für RDL wirksam sein kann, um die nötige Anwartschaftszeit von zwölf Monaten in einem Versicherungspflichtverhältnis nachzuweisen, aber keinen Einfluss auf die Höhe des Arbeitslosengeldes hat. Insbesondere kann die Höhe der erhaltenen Unterhaltssicherungsleistungen nicht in die Berechnung des Arbeitslosengeldes I einbezogen werden. Gerade Letzteres ist unter Umständen unerwartet für die Betroffenen. Frühzeitige Information und angemessene Vorsorge sind daher dringend anzuraten. Wir unterstützen Sie als Mitglied dabei gerne!

JMi



Grundsätzlich sind Reservistendienst Leistende versicherungspflichtig in der Arbeitslosenversicherung und die Beiträge werden vom Bund getragen.

Informationen für Reservistinnen und Reservisten

Haben Sie Fragen zum Thema „Reservisten“? Dann informieren Sie sich im offiziellen Portal der Bundeswehr unter <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/die-reserve-der-bundeswehr/>. Unter Tel.: (030) 182424242 (Mo.–Do. 8–17 Uhr, Fr. 8–14 Uhr) können Sie sich an die zentrale Info-Hotline für Reservisten und Arbeitgeber wenden oder per E-Mail an info@bundeswehr.org. Ihre Anfragen werden dort schnellstmöglich bearbeitet oder an die zuständigen Stellen weitergeleitet,

von denen Sie eine Antwort erhalten. Die personalbearbeitende Stelle für Reservisten ist die Abteilung VI des Bundesamts für Personalmanagement der Bundeswehr in Siegburg (ehemals SDBw Abt IV bzw. PersABw Abt V), erreichbar über die Mailadressen: bapersbwvi@bundeswehr.org oder bapersbwvi3@bundeswehr.org (Mannschaften/Unteroffiziere), bapersbwvi2@bundeswehr.org (Offiziere) und bapersbwVI2.5.1ROA@bundeswehr.org (Reserveoffizieranwärter). Informationen zum Unter-

haltssicherungsrecht finden Sie unter <https://www.bundeswehr.de/de/betreuung-fuersorge/besoldung-versorgung-soldaten/unterhaltssicherung>. Fragen können auch per E-Mail an usg@bundeswehr.org gestellt werden. Nähere Informationen erhalten Sie als Mitglied des DBwV natürlich auch gerne in der Bundesgeschäftsstelle Berlin, Abteilung Recht, Tel.: (030) 259260-2222 oder per E-Mail unter r6@dbwv.de.

Stabilitätsanker für die zivile Seite

Oberstleutnant Martin Gerdes ist Leiter des Kreisverbindungskommandos Recklinghausen. Damit ist er für den bevölkerungsreichsten Kreis in Deutschland zuständig.

Von Jöran Miltsch

Die Bundeswehr: Herr Gerdes, wann ging die COVID-19-Lage für Sie los und welche Herausforderungen erkennen Sie derzeit?

Martin Gerdes: Mitte März begann der erste Einsatz und dauerte bis Mitte Mai, der sich völlig anders dargestellt hat als der zweite, der dann Mitte Oktober begann. Der hat sich dann etwas überschlagen aufgrund der Botschaft aus Berlin, doch bitte die Hilfe der Bundeswehr auch in Anspruch zu nehmen. Da kamen dann die Landkreise mit ganz dezierten Wünschen, wie Amtshilfe und Unterstützung zur Pandemiebewältigung denn aussehen könnte. Vom Umfang her war es so, dass wir das Verbindungskommando meistens mit zwei, manchmal mit drei Personen aktiviert haben mussten. Nichtaktivierungszeiten gab es in dieser Zeit nicht: Die Krisenstäbe tagten ohne Unterlass und wir waren als wichtiger Fachberater und als Mitglied des Krisenstabes dort gebunden. Wenn wir dann Amtshilfe leisten als Bundeswehr, zum Beispiel zur Kontaktnachverfolgung oder mit mobilen Testteams oder im Impfzentrum oder im Altenpflegeheim, dann multipliziert sich natürlich die Arbeit, weil da erheblicher Koordinationsaufwand zu leisten ist.

Wie werden denn die eingesetzten Soldaten in der Bevölkerung wahrgenommen?

Also, hier im Kreis ist es so, dass das Gesundheitsamt den Auftrag zur Testung an das DRK gegeben hat, die das gemacht haben, bis sie an die Grenzen ihrer Organisation kamen. Deswegen sind jetzt hier fünf Teams der Bundeswehr im Kreis Recklinghausen unterwegs im gesamten Kreis und besuchen die Bürger, die getestet werden müssen aus verschiedenen Anlässen. Die Reaktion der Bürger, die vorher allerdings darauf vorbereitet wurden, dass da jetzt nicht das DRK, sondern ein Trupp von der Bundeswehr kommt, die sind zu 99 Prozent positiv. Die Leute sind dankbar, dass wir helfen.

Können Sie bereits ein Zwischenresümee ziehen?

Da gibt es mehrere Sachen. Erstens: Ich habe gesehen, dass junge Soldaten sich ganz schnell in Tätigkeiten freischwimmen, die sie nie geübt haben. Also, als Sanitätssoldaten haben die natürlich schon Abstriche gemacht, aber im zivilen Umfeld von Haus zu Haus und von Kita zu Kita – das nicht. Oder sie



Auch in Recklinghausen unterstützen Reservisten der Bundeswehr die zivile Seite bei der Pandemiebekämpfung.

haben auch nie im Gesundheitsamt Kontaktverfolgung gemacht und auch nie gelernt, in einem kommunalen Impfzentrum ordnend und sinnstiftend tätig zu sein. Das, was sie hier machen, ist für viele völlig neu, und ich möchte herausstellen, dass sie die Auftrags-taktik voll verinnerlicht haben und den Auftrag wissend und das Ziel wissend bestmöglich ihren Job machen. Das heißt, ich muss ihnen nicht erklären, worum es geht, sondern sie finden sich zurecht. Das Zweite ist: Sie können sich mit dem Auftrag identifizieren. Sie sehen die Sinnhaftigkeit des Tuns. Das Dritte, was ich unterstreichen muss, ist die Professionalität der Soldaten, die Freundlichkeit der Soldaten gegenüber der zivilen Bevölkerung und die vorbildliche Pflichterfüllung so vieler junger Männer und Frauen in Uniform in der Pandemiebewältigung. Das ist wirklich ganz außergewöhnlich. Ich habe keinen gesehen, der gesagt hat, ich habe keine Lust oder ich streng' mich nicht an, sondern jeder gibt jeden Tag alles. Wir haben hier vor anderthalb Wochen einen halben Meter Schnee gehabt. Und denken Sie, da kam einer zu spät? Die haben sich durchgekämpft – trotzdem freundlich und nach vorn schauend. Im Grunde genommen sind diese Kräfte, egal wo sie jetzt stehen, hier im Kreis ein Stabilitätsanker für die zivile Seite. Egal wo: bei der Kontaktnachverfolgung oder im Impfzentrum. Dort, wo die Soldaten tätig sind, hat die zivile Seite schnell bemerkt, dass die Soldaten sich zu helfen wissen und eine Stabilität in das System einbringen, die mehr als wünschenswert ist.

Wie bewerten Sie die Leistungsfähigkeit der KVK?

Die Frauen und Männer, die damals die KVK und BVK aus der Taufe gehoben haben, haben wirklich tolle Arbeit geleistet. Denn das, was da 2005/2006 für viel begrenzttere Lagen ge-

schaffen wurde, bewährt sich jetzt in dieser ganz schweren und lang andauernden Lage wie COVID-19. Damit ist ein robustes System in der Bundeswehr geschaffen worden, das mich begeistert – und ich bin ja von Anfang an dabei. Es gab ja immer Stimmen, die gefragt haben: Ist es wirklich notwendig so viele Reservisten in das territoriale Netzwerk zu stecken? Jetzt kann man sagen, es war genau richtig.

Wie sieht es mit der Vereinbarkeit von KVK-Tätigkeit und zivilem Beruf in Ihrem KVK aus?

Einerseits ziehen die Arbeitgeber mit, weil die sehen, dass das wirklich sinnstiftend ist, was wir hier tun. In meinem KVK sind fast alle einmal, zweimal, dreimal aktiviert worden und so geht das dann reihum. Auf die persönlichen und beruflichen Belange der Einzelnen muss ich bei der Aktivierung natürlich immer Rücksicht nehmen. Aber bis jetzt klappt es ausgezeichnet, und eigentlich ist es ein kleines Wunder, dass das so lang hält auch mit den Arbeitgebern. Ich hätte vorher gedacht, es würde uns zerreißen, aber dem ist wohl nicht so.

Was würden Sie sich wünschen, wenn Sie auf die Lage schauen und ihr KVK?

Natürlich, dass die pandemische Lage sich legt und dass wir große Impferfolge erzielen, damit die Menschen wieder Lebensmut schöpfen. Damit schaffen wir natürlich wieder Kapazitäten auch in den Krankenhäusern, wenn die Intensivbetten nicht mehr so ausgelastet sind. Und dann wünsche ich mir natürlich auch, wenn es soziale Leistungen gibt in der Bundeswehr, dass auch die Reservistendienst Leistenden in den Genuss dieser Vergünstigungen kommen. Wir hatten da ja neulich diese Corona-Zulage für die Soldaten.

Zwischenbilanz weitgehend positiv

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das Ergebnis der kleinen Umfrage zeigt es: Trotz der – zunehmend psychischen – Belastungen überwiegt bei den Kolleginnen und Kollegen die Zufriedenheit über ihre Situation nach einem Jahr verschärfter Maßnahmen in der COVID-19-Pandemie. Ja, das eine oder andere hätte vielleicht besser und schneller laufen können, aber man ist froh, in dieser Lage bei einem öffentlichen Arbeitgeber wie der Bundeswehr beschäftigt zu sein oder Dienst tun zu dürfen.

Diese Pandemie mag in der Bundeswehr Führungsstärken und -schwächen offenlegen. Die weit überwiegende Zahl der Führungskräfte auf allen Ebenen hat aber in der Situation angemessen gehandelt und die erforderlichen Maßnahmen schnell umgesetzt. Und die Dienstaufsicht war schon vor Corona ein leidiges Thema. Doch wie ein Kollege in seinem Bericht zutreffend aus-

führt, Verantwortung in dieser Pandemie trägt, unabhängig von seiner Funktion, jeder Einzelne – für sich und für den Nächsten. Das wird gerne von einigen „querdenkenden“ Zeitgenossen vergessen.

Die unzureichende Digitalisierung in der Bundeswehr ist beklagenswert und hat doch durch die Pandemie einen größeren Schub bekommen, zumindest hinsichtlich Hardware und Kommunikation – und erst recht im Bewusstsein. Aber: So viel Luft nach oben es bei diesem Thema noch immer geben mag, im Vergleich zu anderen Bundesressorts, zu den Ländern und Kommunen gehört die Bundeswehr im öffentlichen Dienst zu den am besten digital ausgerüsteten Arbeitgebern.

Homeoffice, Telefon- und Videokonferenzen schaffen in einer Pandemie Social Distance, sind familien- und umweltfreundlich sowie kostensparend. Jedoch

das Gespräch neben der Besprechung und dem Vortrag ist mindestens genauso wichtig, wenn nicht noch wichtiger für das Teambuilding und die Auftrags Erfüllung. Das können WebEx und Co. nicht ersetzen und das dürfte eine der Lehren für die Zeit nach Corona sein.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr



Vorsitzender
Fachbereich
Zivile
Beschäftigte



Klaus-Hermann
Scharf

Die sozialen Kontakte fehlen

Erfahrungen nach einem Jahr mit Corona

Von Klaus-Hermann Scharf

Am 22. März jährt sich der Beschluss des Bundes und der Länder für den ersten bundesweiten Lockdown aufgrund der Corona-Pandemie. Spätestens an diesem Tag vor einem Jahr wurde allen in Deutschland klar, dass das Virus COVID-19 eine Bedrohung für die Gesundheit und sogar das Leben darstellt. Die damit verbundenen Maßnahmen bestimmen bis heute, trotz zwischenzeitlicher teilweiser Lockerung, unseren Alltag und sind seit Bestehen der Bundesrepublik nicht so gravierend gewesen. Das gilt natürlich auch für den Dienst- und Arbeitsalltag im Geschäftsbereich des BMVg. Der kommende Jahrestag war Anlass, in den Reihen der zivilen Mitgliedschaft zu fragen, welche Erfahrungen in den vergangenen zwölf Monaten gesammelt wurden. Wie wurde in der Dienststelle gearbeitet? Wurden genügend Angebote für das Homeoffice unterbreitet? Waren die ergriffenen Arbeitsschutz- und Hygienemaßnahmen ausreichend, wie sah es mit der Gewährung von Sonderurlaub zur Kinderbetreuung aus, und was sind die persönlichen Empfindungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsalltag unter Corona-Bedingungen? Die zahlreichen Antworten kamen nicht nur aus dem zivilen Bereich. Daher dürften die geschilderten Erfahrungen zumindest auch für die militärischen Kameraden zutreffen, die wie ihre zivilen Kollegen ihre Arbeit hauptsächlich im Innendienst versehen.

Unterschiedliche Arbeitsmöglichkeiten

Je nach Art der Tätigkeit und der technischen Ausstattung wurde und wird die Arbeit unter der Pflicht der Auflockerung sehr unterschiedlich gestaltet. Dazu gehören neben dem



„Die Pandemie hat mir gezeigt, wie zerbrechlich meine Normalität ist. Nähe, Umarmungen, Kollegen, Freunde bekommen

einen anderen Stellenwert und fehlen sehr.“

Petra Sprengers,
San-UstgZ Köln-Wahn

klassischen Homeoffice, also der Arbeit zu Hause mit IT in Form von Telearbeit und Mobilem Arbeiten I und II, auch die Heimarbeit ohne IT. Während des ersten harten Lockdowns von Mitte März bis Mitte Mai 2020 wurde aus Fürsorgegründen auch oft ein Teil des Personals mit der Auflage der telefonischen Rufbereitschaft ohne konkrete Auf-

gaben nach Hause geschickt, dabei allerdings selten unter Anwendung des Annahmeverzugs. Dies ist jedoch in dem noch anhaltenden zweiten strengen Lockdown nur noch selten der Fall. Die Modelle des Vor-Ort-Arbeitens sehen ebenfalls sehr unterschiedlich aus. Neben der Auflockerung zur Einhaltung der Abstandsregelungen werden oft verschiedene sogenannte Schichtmodelle angewendet, die von einem halbtäglichen über täglichen und wöchentlichen bis hin zu zweiwöchentlichem Wechsel reichen. Nicht selten werden die langfristigen Schichtwechsel mit Homeoffice unterschiedlicher Gestalt kombiniert. Viele Telearbeiter haben keine Präsenzpflcht in der Dienststelle an bestimmten Tagen mehr. Problematisch sind mitunter Rücksprachen innerhalb der Dienststelle und zu anderen Dienststellen, zum einen aufgrund der Schichtmodelle und zum anderen wegen fehlender Weiterleitungen an dienstliche mobile oder an private Telefone.

Das zur Risikogruppe gehörende Personal wurde insbesondere im ersten harten Lockdown nach Hause geschickt, ob mit oder ohne Arbeit. Die Fürsorge für diese Gruppe wird weiterhin ausgeübt, auch wenn einige ihren Dienst in der Dienststelle verrichten müssen, dann jedoch in der Regel von der Belegschaft separiert.

Problem Homeoffice

Der Wunsch nach Homeoffice konnte und

kann allzu oft nicht befriedigt werden. Zum einen aufgrund der Art der Tätigkeit oder der Sicherheitsstufe, zum anderen wird unisono das Fehlen ausreichender IT-Ausstattungen beklagt, trotz umfangreichen Bemühens zur Beschaffung weiterer Ausstattungen oder Zulassungen der Nutzung privater IT. Die Wartezeit auf eine IT-Ausstattung für die Telearbeit betrug bereits vor Corona circa zwölf Monate. Erfreulich ist, dass relativ selten Homeoffice trotz gegebener Voraussetzungen und technischer Verfügbarkeit von Vorgesetzten aufgrund fehlenden Willens oder überholter Überzeugung nicht genehmigt wurde.

Trotz der glücklichen Lage für diejenigen, im Homeoffice mit IT-Ausstattung sein zu dürfen, ist die Situation nicht für jeden Betroffenen immer leicht. Dabei ist die Qualität der Internetverbindung und des VPN-Tunnels noch das kleinere Problem. Wer Kinder im schulpflichtigen oder Kita-Alter hat, weiß davon zu berichten. Kleinkinder wegen geschlossener Kitas und im ersten strengen Lockdown gesperrter Spielplätze während der Heimarbeit bei Laune zu halten, bedarf schon der besonderen Fähigkeit des Multitaskings. Gleiches gilt für Schulkinder. Hier noch verschärfend, wenn Homeschooling angesagt ist.

„Ich arbeite seit einem Dreivierteljahr fast nur im Homeoffice, da kann man durchaus effizient arbeiten. Man vermisst jedoch den sozialen Kontakt zum Rest des Referates. Auch der persönliche Kontakt zu Familienmitgliedern fehlt.“

ROAR'in Doreen Mann,
BAPersBw

Das oft im Fernsehen gezeigte Bild, in dem die gesamte Familie an einem Tisch mit jeweils einem „Läppi“ vor sich sitzt – die Eltern im Homeoffice, die Kinder im Fernunterricht – ist durchaus nicht realitätsfern. Wohl dem, der über einen guten Breitbandanschluss, gutes WLAN und zusätzlich Nerven verfügt.

Dabei sind die meisten Beschäftigten mit Kindern sehr zufrieden mit den angebotenen Möglichkeiten und dem Umfang des Sonderurlaubs oder der Arbeitsbefreiung, wenn Schulen und Kitas geschlossen sind, auch wenn zunächst Guthaben aus dem Gleitzeitkonto abgebaut werden muss.

Fürsorge des Dienst- und Arbeitgebers überwiegend positiv bewertet

Die vom BMI, dem BMVg und den Oberbehörden der Organisationsbereiche sowie für die Bundeswehr vom Sanitätsdienst herausgegebenen Regelungen und Hinweise



„Homeoffice und Schulkinderbetreuung sind enorm belastend, jedoch sind meine Frau und ich sehr

dankbar, dass unser Arbeitgeber diese Möglichkeit und die Technik verfügbar macht.“

Kay Sikorski, TrspHubschrRgt 10

zu Sonderurlaub, Arbeitsbefreiung, Lohnfortzahlung, Homeoffice, Verhalten in der Dienststelle und zur Hygiene werden allgemein als ausreichend betrachtet. Das gilt überwiegend auch für die Umsetzung in den Dienststellen, wenn es manchmal auch ein wenig gedauert hat. Kritikpunkte sind eher der Regelungsumfang mancher Weisungen und Befehle zur Thematik Corona, die insbesondere durch viele Bezüge und Anlagen eine unübersichtliche Komplexität erfahren haben, sowie der Informationsfluss. Dadurch treten Unsicherheiten zum richtigen Verhalten bei den Beschäftigten auf, denen man allerdings teilweise mit übersichtlichen Aushängen gegenzusteuern versucht. Ebenfalls stoßen unterschiedliche Regelungen zwischen Dienststellen eines Standorts oder einer Liegenschaft, die zum Teil verschiedenen Organisationsbereichen angehören, auf Unverständnis. Deutlich erkennbar ist es am Vorhandensein von Desinfektionsspendern an Eingangstüren oder in Sanitäranlagen.

Überwiegend gute Noten werden den Dienststellenleitungen und unmittelbaren Vorgesetzten hinsichtlich ihres Fürsorgeverhaltens gegeben. Diese Führungspersonen stehen schließlich im Spannungsfeld zwischen Sicherstellung der Gesundheit der Mitarbeiter und der Erfüllung der dienstlichen Aufgaben. Selten wird der Auftragserfüllung zulasten der Gesundheit der Vorrang gegeben.

Deutlich kritischer wird die Einhaltung der AHA-Regeln innerhalb der am Dienstort arbeitenden Belegschaft gesehen und nicht selten eine fehlende Dienstaufsicht beklagt. Wobei in der Regel die Arbeitsplätze mit dem erforderlichen Abstand oder notfalls mit Trennwänden eingerichtet sind. Dies bringt jedoch nichts, wenn Kollegen oder Vorgesetzte sich zum dienstlichen oder privaten Gespräch bei Unterschreitung des 1,50-Meter-Abstands und womöglich ohne Mund-Nasen-Schutz an einem Arbeitsplatz versammeln. Eine berichtete feuchtfröhliche Feier vor Weihnachten unter Verletzung der AHA-Regelung im Beisein und mit Duldung von Vorgesetzten stellt hierbei jedoch eine extreme Ausnahme dar.

Gefühlte Privilegierung und doch psychisch belastend

Mit den getroffenen Maßnahmen und Angeboten, um am Arbeitsplatz – sei es am Dienstort oder zu Hause – gesund durch die Pandemie zu kommen und die pandemiebedingt entstandenen familiären Belastungen abzufedern, sind die Kolleginnen und Kollegen im Allgemeinen zufrieden und dankbar. Fast allen ist die Auswirkung der Corona-Krise in der Privatwirtschaft sehr bewusst und man fühlt sich im Vergleich hierzu in der Bundeswehr durchaus privilegiert.

Ausnahmslos vermisst man die sozialen Kontakte sowohl in der Familie und im Freundeskreis als natürlich auch in der Arbeit. Im Büro, auf dem Flur oder in der Kantine mit den Kollegen nicht nur über die dienstlichen Aufgaben zu klönen, fehlt allen. Telefonate können das Vier- oder Mehraugengespräch am Ort nur bedingt ersetzen. Ebenfalls stellen Besprechungen über WebEx keine Lösung für ein soziales Miteinander dar. Zumal die technische Qualität – dank des unzureichenden Breitbandausbaus – oft zu wünschen übriglässt. Homeoffice wird generell begrüßt als Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beziehungsweise Dienst oder aktuell zur Vermeidung der Ansteckungsgefahr. Es wird jedoch nicht von allen als dauerhafte beziehungsweise ausschließliche Arbeitsform präferiert, nicht nur von denjenigen, die ihre Ruhe vor den von ihnen zu betreuenden Kindern suchen.



„Verglichen mit Jobverlust und Kurzarbeit vielerorts kann ich mich in meiner Situation nicht beschweren, das wäre Klagen auf

hohem Niveau.“

TRHS Lars Untiet, LwTrKdo

Die vielfältigen Einschränkungen im privaten und beruflichem Umfeld belasten zunehmend die Psyche, insbesondere während des noch andauernden zweiten strengen Lockdowns. Daher wird große Hoffnung auf die nun beginnende wärmere Jahreszeit und die Aussicht auf die Schutzimpfung gesetzt, die Lockerungen der Einschränkungen möglich machen werden. Gleichwohl ist vielen bewusst, dass die Zeit nach Corona nicht mehr die sein wird wie zuvor. Man hofft dabei auf viele positive Aspekte wie die Verbesserung des ortsunabhängigen Arbeitens und die Arbeitszeitgestaltung, befürchtet jedoch gleichzeitig die finanziellen Auswirkungen der Pandemie mit persönlichen Folgen.

Verpflichtung zum Tragen eines Gesichtsvisiers oder einer Mund-Nasen-Bedeckung

Das Arbeitsgericht Siegburg hat die Anträge eines Klägers auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen. Urteil vom 16. Dezember 2020 – 4 Ga 18/20 –, juris



Nicht nur an öffentlichen Plätzen kann das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung angeordnet werden, sondern auch am Arbeitsplatz.

Der Kläger ist in einem Rathaus bei der Verfügungsbeklagten (Beklagte) beschäftigt. Im Mai 2020 ordnete die Beklagte das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in den Räumlichkeiten des Rathauses an. Der Kläger legte der Beklagten ein ärztliches Attest über die Befreiung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung aufgrund einer Erkrankung vor. Daraufhin ordnete die Beklagte für den Kläger das Tragen eines Gesichtsvisiers beim Betreten der Räumlichkeiten und in allen Gemeinschaftsbereichen an. Der Kläger legte erneut ein ärztliches Attest vor, wonach ihm auch das Tragen „von Gesichtsvisieren aller Art“ aufgrund einer nicht näher bezeichneten Erkrankung nicht zuzumuten sei. Die Beklagte lehnte die Beschäftigung des Klägers ohne Mund-Nasen-Bedeckung oder Gesichtsvisier ab. Der Kläger verlangte, ohne Mund-Nasen-Bedeckung beziehungsweise ohne Gesichtsvisier beschäftigt zu werden. Alternativ bot er an, seine Arbeitsleistung im Homeoffice zu erbringen, was die Beklagte ablehnte.

Gesundheitsschutz überwiegt

Das ArbG Siegburg entschied, dass dem Kläger zwar grundsätzlich ein arbeitsvertraglicher Beschäftigungsanspruch nach § 613

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) zustehe. Diesem stünden allerdings überwiegende Interessen der Beklagten entgegen. Für diese überwiege der Gesundheits- und Infektionsschutz von Mitarbeitern und Besuchern. Daher habe sie mit der Anordnung des Tragens eines Gesichtsvisiers in zulässiger Weise von ihrem Direktionsrecht gemäß § 106 Abs. 1 Gewerbeordnung (GewO) Gebrauch machen können.

Hinsichtlich des zweiten ärztlichen Attests bestünden erhebliche Zweifel, weshalb das Tragen eines Gesichtsvisiers unmöglich sei. Der Kläger habe nicht glaubhaft gemacht, dass medizinische Gründe vorlägen, die eine Befreiung vom Tragen eines Gesichtsvisiers in den Räumlichkeiten des Rathauses rechtfertigen. Dem Attest komme nur ein geringer Beweiswert zu, da ohne weitere Ausführungen lediglich eine Befreiung von der Tragepflicht von „Gesichtsvisieren jeglicher Art“ attestiert werde. Selbst wenn medizinische Gründe vorlägen, überlagere der berechnete Infektionsschutz der übrigen Mitarbeiter und Besucher das Interesse des Klägers. Unter Abwägung der beiderseitigen Interessen sei die Beschäftigung des Klägers ohne das Tragen eines Gesichtsvisiers für die Beklagte nicht zumutbar. Ein Anspruch auf einen Home-

office-Arbeitsplatz bestehe im Übrigen nicht, weil es hierfür keine Anspruchsgrundlage gäbe.

Arbeitgeber in der Fürsorgepflicht

Der Entscheidung des ArbG Siegburg ist zuzustimmen. In der aktuellen Pandemielage haben Arbeitgeber sicherzustellen und im Wege des Direktionsrechts durchzusetzen, dass Mitarbeiter die Maskenpflicht einhalten. Dies ergibt sich aus der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers (§ 618 BGB) und den Regelungen zur Maskenpflicht in der Corona-Schutzverordnung. Soweit es um die Prüfung von Ausnahmen von diesen gesetzlichen Vorgaben geht, hat der Arbeitnehmer eine besondere Begründungspflicht. Erst wenn er dieser nachkommt und überprüfbar dargelegt hat, dass ihm das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes aus gesundheitlichen Gründen unmöglich ist, kann er sich auf die Unwirksamkeit der Anweisung berufen. Mit der ab 28. Januar 2021 und befristet bis zum 15. März 2021 geltenden Corona-Arbeitschutzverordnung stehen Arbeitgeber nun in der Pflicht, Homeoffice anzubieten, wenn dem keine zwingenden betrieblichen Gründe entgegenstehen. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

LK

Werben Sie Mitglieder für den Deutschen BundeswehrVerband

Nur mit einer großen Zahl von Mitgliedern kann der BundeswehrVerband als gefragter Partner von Verteidigungsministerium, Regierung und Parlament etwas für Sie erreichen.

Der Deutsche BundeswehrVerband kämpft an allen Fronten für seine Mitglieder. Ihm ist es zu verdanken, dass sich die Besoldungs- und Versorgungssituation in den vergangenen Jahren maßgeblich verbessert hat. In der **Einsatzversorgung** war es allein die Interessenvertretung aller Bundeswehrangehörigen, die den Anstoß zu einer grundlegenden Reform gegeben hat. Heute stehen den Soldaten und zivilen Mitarbeitern, die im Einsatz zu Schaden gekommen sind, und deren Angehörigen Leistungen zu, die bis vor wenigen Jahren noch undenkbar waren.

Und der BundeswehrVerband macht sich weiter für Verbesserungen stark – in den vergangenen Jahren stets mit Erfolg. So wie beim jüngst beschlossenen Einsatzbereitschaftsstärkungsgesetz: **Einsatzversorgung** auch bei einsatzgleichen Verpflichtungen, die Möglichkeit für **Unteroffiziere ohne Portee**, in das Dienstverhältnis des Berufssoldaten übernommen werden zu können, Optimierung **berufsfördernder Maßnahmen** für länger dienende SaZ und die Verbesserung der **rentenversicherungsrecht-**

lichen Absicherung von SaZ sind nur einige der darin enthaltenen Verbesserungen. Und mit dem GKV-Versichertenentlastungsgesetz erhalten nun alle SaZ – unabhängig von Alter und Versicherung vor dem Wehrdienst – einen **Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung**. Den jüngsten verbandspolitischen Erfolg stellt das **Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz**, kurz BesStMG, dar: Neben zahlreichen Neueinführungen von Stellen- und Erschwerniszulagen kommt es in vielfacher Form zu deren Anhebung. Zudem wurde unter anderem der Auslandsverwendungszuschlag erheblich verbessert und ein neuer Ausnahmetatbestandszuschlag eingeführt.

Ein Gutschein ist sehr praktisch, doch oftmals ist er nur bei einem einzigen Anbieter einlösbar. Ganz anders der „BestChoice Einkaufsgutschein“ von Cadooz: Von A wie Apple bis Z wie Zalando kann man mit ihm auf Shoppingtour gehen. Es ist also sozusagen ein Universalgutschein, der bei über 500 Händlern, davon rund 200 in Deutschland, und in mehr als 30 Ländern akzeptiert wird. Einlösbar ist der „BestChoice Einkaufsgutschein“ entweder online oder per Post beziehungsweise Fax. Das Wunschprodukt kommt schließlich ganz bequem per Post zum Besteller.

Pro geworbenem Mitglied kann ein Coupon eingesendet werden. Mehrere geworbene Mitglieder und eingesendete Coupons erhöhen die Gewinnchancen!



Landesgeschäftsstelle
Nord
Waschpohl 5-7
24534 Neumünster

Landesgeschäftsstelle
Ost
Stresemannstraße 57
10963 Berlin

Landesgeschäftsstelle
West
Ulrich-von-Hassell-Straße 2
53123 Bonn

Landesgeschäftsstelle
Süddeutschland
Prager Straße 3
82008 Unterhaching

Senden Sie diesen Coupon und den Mitgliedsantrag an Ihre Landesgeschäftsstelle:

Teilnahmebedingungen:

Werben Sie ein vollzahlendes neues Mitglied im Status SaZ/BS/ERH oder Beamte/Arbeitnehmer im Geschäftsbereich des BMVg. Heften Sie an den Coupon die Beitrittserklärung des von Ihnen geworbenen Neumitglieds und senden Sie beides an den jeweiligen Landesverband, in dem der Werber seinen Dienstort hat. Alle von Ihnen eingesandten Coupons nehmen an der jeweiligen monatlichen Verlosung teil.

Der Werber ist damit einverstanden, dass sein Dienstgrad und Name sowie seine Zugehörigkeit zur Kameradschaft im Verbandsmagazin und im Internet veröffentlicht werden.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Coupon!

Gültig von 1. Januar bis 31. April 2021

Vor- und Zuname, Geb.-Datum geworbenes Mitglied

telefonische Erreichbarkeit des Werbers

Unterschrift des Werbers

Vor- und Zuname, Mitgliedsnummer Werber

Sofort reagieren lautet das Motto

Vorstandarbeit in Coronazeiten

Neumünster. Der Deutsche Bundeswehr-Verband funktioniert in einem rechtlich und organisatorisch festgelegten Rahmen. Für die innerverbandliche Demokratie sind persönliche Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen und periodische Wahlen unerlässlich. Entsprechend hart treffen Corona-Beschränkungen die Arbeit an der Basis, dennoch müssen die Kameradschaften handlungsfähig bleiben. Wie deren Vorstände diese Herausforderung bewältigen, soll hier an Beispielen aus dem Landesverband Nord dargestellt werden.

Delmenhorst



Die Ehrung des ältesten Delmenhorster Vorstandsmitglieds Gerhard Zimmermann zu seinem 90. Geburtstag erfolgte vor den strengen Corona-Beschränkungen.

Auch bei der von Oberstleutnant a.D. Harald Mauritz geführten KERH Delmenhorst fand die Vorstandswahl noch unter normalen Umständen statt. Die in der Folgezeit geplanten Veranstaltungen mussten jedoch Corona-bedingt abgesagt werden. Die neue Führung, darunter drei weibliche Mitglieder, hält seitdem per E-Mail und telefonisch Kontakt zu den rund 330 Angehörigen der Kameradschaft. Zusätzliche Rundbriefe beinhalten Informationen und Hilfsangebote. Letztere wurden von mehreren Mitgliedern in Anspruch genommen.

Der Vorsitzende betont, dass die Vorstands-

arbeit immer aufrechterhalten werden konnte. Dies auch – unter Einhaltung der Hygienebestimmungen – über mehrere Sitzungen. Als besondere Herausforderungen sehen Mauritz und seine Mitstreiter die Mitgliederbindung: „So werden insbesondere langjährige Mitglieder in individuellen Schreiben zu ihren Gründen für den Austritt befragt. Es ist an dieser Stelle jedoch zu früh, um die Wirksamkeit des Vorgehens zu bewerten.“ Für die weitere Arbeit seines Vorstands macht der pensionierte Stabsoffizier deutlich: „Wir dürfen kein Mitglied verprellen. Wenn eine Frage gestellt oder eine Bitte um Unterstützung geäußert wird, muss sofort reagiert werden! Daran müssen wir festhalten.“

Husum

„Aus unserer Sicht war und ist die Kameradschaftsarbeit ein Wechselbad der Gefühle“, stellt Stabsfeldwebel Bernd Bliesmer fest. Der Vorsitzende der Truppenkameradschaft Fliegerhorstkaserne Husum weiter: „Es geht frei nach dem Motto: „Kann ich eine Veranstaltung planen und verantworten oder besser nicht?““

Trotz alledem fanden im letzten Jahr ein paar wichtige Vorhaben statt. Sehr positiv wurde der Besuch des Bundesvorsitzenden aufgenommen. Die Vorbereitung dafür geschah in enger Abstimmung mit dessen Büro. Der Lohn war eine sehr gelungene Veranstaltung mit Oberstleutnant André Wüstner. Die TruKa hat darüber hinaus die Wahlen der örtlichen ERH- sowie der Standortkameradschaft organisatorisch unterstützt. „Unterm Strich“, so Bliesmer, „bleibt aus den Erfahrungen des abgelaufenen Jahres, dass die Arbeit der Mandatsträger den Umständen entsprechend gut weitergeführt werden konnte, aber das Erreichen der Mitglieder eingeschränkt bis gar nicht möglich war. Telefon- oder Videokonferenzen sind nur für einen begrenzten Kameradenkreis durchführbar. Der persönliche Kontakt zu unseren Kameradinnen und Kameraden ist durch kein soziales Medium zu ersetzen.“

Bremerhaven

Oberstabsbootsmann Ingo Minkau, Vorsitzender der Truppenkameradschaft Marineoperationsschule in Bremerhaven, berichtet von einem großen Kraftaufwand für die Personalratswahlen 2020: „Die wurden sehr erfolgreich absolviert, wir konnten eine deut-

liche Stärkung des DBwV als Listensteller für den Örtlichen Personalrat an unserer Schule erreichen. Die Liste des DBwV ist nicht nur die stimmenstärkste, darüber hinaus stellt der Verband den Vorsitzenden.“

Trotz aller Beschränkungen läuft die Arbeit, so Minka, für die 250-köpfige Kameradschaft weiter: „Es gibt in regelmäßigen Abständen Vorstandssitzungen mit den entsprechenden Maßnahmen und den notwendigen Beschlüssen. Zur Kommunikation gehören ein wöchentlicher E-Mail-Austausch, Sprachnachrichten und regelmäßige Telefongespräche. Auch die Arbeit des „Im-Gedächtnis-Bleibens“ geht weiter, denn Minka und sein Vorstand wollen sich nicht auf den Lorbeeren des Erfolgs ausruhen. Deshalb wird an der Schule weiter geworben, zum Erfolg sollen unter anderem Wanduhren mit dem Verbandslogo beitragen.

Munster

Die Arbeit der Standortkameradschaft (StoKa) Munster um ihren Vorsitzenden Oberstleutnant Jens-Oliver Kaiser zielt nicht unmittelbar auf jedes einzelne der gut 3700 Mitglieder. Dem Vorstand geht es um die Umsetzung von Informationen der Länder- und Bundesebene sowie um die Koordination der verbandlichen Arbeit vor Ort. Auf der anderen Seite werden natürlich Sorgen, Wünsche und Anregungen der Mitglieder gebündelt und koordiniert an die Länder- und Bundesebene weitergegeben. Bedingt durch die beiden Lockdown-Phasen wurden 2020 lediglich zwei Präsenzsitzungen des Vorstands durchgeführt. Die Informationsweitergabe sowie Abstimmungen erfolgten in der ersten Jahreshälfte über Telefon und E-Mail-Verkehr. Durch den Wegfall aller großen Veranstaltungen führte dies zu keinen nennenswerten Einschränkungen. Im zweiten Halbjahr mussten die Kameradschafts- und Personalratswahlen organisiert werden. Neben den klassischen Kommunikationsmitteln wurde hierfür zunehmend der Kontakt untereinander über die sozialen Netzwerke und WhatsApp gehalten. Damit fand ein häufigerer Kontakt mit anderen Mandatsträgern als vor der Corona-Pandemie statt. Vorteil innerhalb der StoKa war der Umstand, dass sich ein Großteil der Mandatsträger seit Jahren persönlich kennt und privat über soziale Netzwerke Verbindung hält. Gravierender Nachteil dieser Kleingruppenkommunikation ist jedoch, dass keine gemeinsamen Diskussionen mit anschließender Abstimmung durchgeführt werden können.

Landesverband Nord

Landesgeschäftsstelle

Waschpohl 5-7, 24534 Neumünster

Telefon: (04321) 69567-0,

Fax: (04321) 69567-250

E-Mail: nord@dbwv.de

V.i.S.d.P.: Oberstleutnant Andreas Brandes

Pressebeauftragter:

Oberstabsfeldwebel a.D. Johann Fritsch

Telefon: (05864) 987074

Mobil: (0172) 7627910

E-Mail: johann-fritsch@dbwv.de

Daher wird derzeit die Möglichkeit einer gemeinsamen Vorstandssitzung per Videokonferenz untersucht. Erste Ergebnisse lassen auf eine positive Bewertung schließen. Darüber hinaus sind die Mandatsträger des DBwV in Munster in der glücklichen Lage, ein großes Plenum nutzen zu können, das unter Einhaltung aller Auflagen eine Präsenzsitzung des gesamten Vorstandes zulässt.

Celle

Kurz vor dem zweiten Lockdown ist es den Celler Ehemaligen noch gelungen, den Vorstand neu zu wählen. Anschließend war es ihnen nicht mehr möglich, eine erste Vorstandssitzung oder andere Aktivitäten durchzuführen. Die ERH-Kameradschaft hat rund 500 Mitglieder, die größtenteils zwischen Mitte 50 und 90 Jahren alt sind und damit im Hochrisikobereich liegen.

„Wichtige Schreiben und Abstimmungen laufen deshalb nun über die Kameradschafts-post oder telefonisch“, macht Kapitänleutnant a.D. Volker Zergiebel als Vorsitzender deutlich. Eine Vorstandssitzung mittels Videokonferenz ist wegen des Mangels an verfügbarer Technik in dieser Altersgruppe nicht machbar. Die Prüfung nutzbarer Räumlichkeiten beim Landkreis gestaltet sich zäh. Der einzige Kameradschaftsbefehl, so Zergiebel, kann derzeit leider nur lauten: „Bleibt gesund. Und irgendwann machen wir dann hoffentlich in alter Frische weiter.“

Einweisung online

TruKa-Vorsitzender meldet sich als Ansprechpartner des DBwV im Einsatz.



Stephan Müller und Aron Last (r.) während der Einweisung

Munster. Oberstabsgefreiter Aron Last ist erst wenige Wochen Vorsitzender der Truppenkameradschaft des Jägerbataillons 91 in Rotenburg (Wümme) und musste seinen Standort nun für einige Monate Richtung Litauen verlassen. Er wird dort im Rahmen der Nato-Battlegroup Enhanced Forward Presence eingesetzt.

Als Mandatsträger war ihm klar, dass er sich als Ansprechpartner des DBwV im Einsatz meldet. Gesagt, getan: Es folgten Einsatzvorbereitungen und die Isolation vor der Abreise. Eine obligatorische Einweisung, üblicherweise im Rahmen einer Tagung, konnte nicht stattfinden. Da die Soldaten durch die Isolation mehr Zeit haben, als ihnen vielleicht lieb ist, führte der Beauftragte für die Ansprechpartner im Einsatz

Dank und Anerkennung

Vorsitzender Luftwaffe ist von Leistungen beeindruckt.

Peine. Seit Monaten befinden sich Tausende von Bundeswehrangehörigen im Corona-Einsatz. Ohne Rücksicht auf Feiertage und Wochenenden bearbeiten sie ein breit gefächertes Aufgabenfeld.

Auf Einladung von Oberstabsfeldwebel Dieter Salwik, Vorsitzender der Truppenkameradschaft des Technischen Ausbildungszentrums der Luftwaffe in Faßberg, besuchte der Vorsitzende im Bezirk 4, Stabsfeldwebel Hannes Dreier, mit dem Vorsitzenden Luftwaffe, Hauptmann Michael Scholz, das Klinikum Peine. Sie trafen dort auf Soldatinnen und Soldaten aus Leer, Faßberg und Luttmersen, darunter Salwik selbst. Die Uniformierten erfahren in der Pflege, beim Patiententransport und in der Notaufnahme viel Zuspruch von Patienten, Mitarbeitern und Besuchern.

Dank von Seiten des Deutschen Bundeswehrverbandes bekamen sie von Scholz und Dreier, die ihnen ihre Anerkennung ausdrückten. Anschließend sprach Scholz im Impfzentrum mit Oberstleutnant a.D. Diethard Kaiser, Leiter des Kreisver-



Die Mandatsträger mit den im Klinikum Peine eingesetzten Bundeswehrangehörigen

bindungskommandos Peine. Dem Reservestabsoffizier stehen mit Oberstabsarzt d.R. Jan-Friedrich Heinemann und Oberstabsfeldwebel a.D. Rolf Dieter Willke zwei ehemalige Soldaten zur Seite, die vor Ort beziehungsweise in mobilen Impfteams Dienst tun. Während eines Gedankenaustausches zeigte sich Scholz tief beeindruckt von der Motivation, der Professionalität und dem Einsatz der Ehemaligen. Die Mandatsträger danken auf diesem Weg nochmals allen in der Corona-Hilfe eingesetzten Kameradinnen und Kameraden.

Termine 2021:

- | | |
|---------------|--|
| 11. März | Informationsveranstaltung
Bezirk 6, Jever |
| 23. März | Informationsveranstaltung
Bezirk 1, Flensburg |
| 20./21. April | Tagung Chef/Spieße, N.N. |
| 04./05. Mai | Tagung Berufssoldaten, N.N. |
| 15.-17. Juni | Landesversammlung Nord,
dezentral |

Alle Veranstaltungen wegen der dann geltenden Corona-Beschränkungen unter Vorbehalt

Coupon-Aktion

Bei der Coupon-Werbung im Januar 2021 hat Feldwebel Jana Höhle aus Neustadt am Rübenberge einen BestChoice-Einkaufsgutschein von Cadooz gewonnen. In diesem Monat haben sich vier Kameradinnen und Kameraden an der Werbung beteiligt, durch sie konnten ebenso viele neue Mitglieder gewonnen werden.

Foto: Schmidt/DBwV



Hauptbootsmann
Michael
Ebersbach

Aufgenommen

Der Haar- und Barterlass feierte im Februar 2021 sein 50. Jubiläum, heute führen die wenigen noch vorhandenen Truppenfrisöre zu einer Neiddebatte, die aus meiner Sicht nicht zielführend ist!

Die vom Aussterben bedrohte Spezies der Truppenfrisöre gibt es heute nur noch an wenigen Standorten. Sie helfen dem Dienstherrn dabei, dass die Soldatinnen und Soldaten einen Haarschnitt erhalten, der neben dem reglementierten Erscheinungsbild auch den Vorschriften des Arbeits- und Unfallschutzes entspricht. Die Jubiläumsvorschrift besagt: Haar- und Bartracht dürfen die Funktionalität der militärischen Ausrüstung nicht behindern. Bestes Beispiel ist der Umgang mit der ABC-Schutzmaske, die im Soldatenberuf eine erhebliche Rolle spielt, gerade heutzutage.

Truppenfrisöre sind keine Angestellten der Bundeswehr und wägen das wirtschaftliche Risiko selbst ab, ob es sich lohnt, mit einem begrenzten Kundenstamm, der auch nicht an ihn gebunden ist, sondern ebenfalls die freie Wahl hat, eine Friseurstube zu betreiben. Aus diesem Grund haben wir immer weniger Truppenfrisöre. Der Erlass zum Betreiben einer solchen Stube erschwert dieses ohnehin und macht einen Betrieb zukünftig fast unmöglich.

Traurig finde ich die aus Neid entbrannte Diskussion, „warum Truppenfrisöre arbeiten“ und, wie in den Medien geschehen, Fußballer mit Soldaten verglichen werden. Bei uns geht es nicht um das Aussehen, sondern darum, eine Berufung auszuführen – ohne sich selbst zu gefährden. Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber, zahlreiche Soldatinnen und Soldaten dienen gerade in diesen Pandemiezeiten im Rahmen der Amtshilfe in Deutschland. Eine mangelhafte Ausbildung heute gefährdet die Einsatzbereitschaft morgen, auch bei der Amtshilfe.

Die Haarnetze aus dem Erlass vom damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt waren ein Zugeständnis an eine Ära und ein Kompromiss in Sachen militärisch vorgeschriebener Kurzhaarschnitt. Wie lange würde eine Beschaffung von Haarnetzen heute dauern? Bitte lassen Sie uns gemeinsam schauen, wie wir alle zusammen gut durch diese Krise kommen. Es wird noch schwer genug!

Ihr
Michael Ebersbach

Eine große Herausforderung

2021 ist für den Deutschen Bundeswehrverband (DBwV) ein wichtiges Jahr. Alle vier Jahre kommen DBwV-Delegierte auf der Hauptversammlung zusammen, um nicht nur einen neuen Bundesvorstand zu wählen, sondern auch um das Aufgabenbuch für den Verband festzulegen.

Foto: Schmidt/DBwV



Auch im Landesverband Ost wird auf die Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen geachtet, so wie beim Interview mit Hauptmann Ralf Baasch (l.) und dem Landesvorsitzenden Hauptmann a.D. Uwe Köpsel.

Von Oberstabsfeldwebel Karl-Uwe Hahn

Damit auch in Zukunft die Belange des Landesverbandes Ost entsprechend vertreten werden können, sollte im Vorfeld der DBwV-Hauptversammlung eine Landesversammlung stattfinden. Delegierte sollten bestimmen und Anträge formuliert werden. Die zahlreichen Infektionsschutz-

bestimmungen angesichts der anhaltenden Corona-Pandemie haben den Zeitplan für diese Veranstaltung ins Wanken gebracht. Doch die Verantwortlichen im Landesvorstand haben eine Lösung gefunden, wie sich der Osten für die Hauptversammlung Ende 2021 gut aufstellen kann. Der Landesvorsitzende Hauptmann a.D. Uwe Köpsel und sein Stellvertreter Hauptmann Ralf Baasch stellen sie vor.

Landesverband Ost

Landesgeschäftsstelle:
Stresemannstr. 57, 10963 Berlin
Telefon: (030) 259260-2780
Fax: (030) 259260-82780
E-Mail: ost@dbwv.de

Beauftragter für die Pressearbeit:
Oberstabsfeldwebel Karl-Uwe Hahn
E-Mail: uwe.hahn@dbwv.de

Die Bundeswehr: 2021 wird es nicht „die eine“ große Landesversammlung geben, sondern zeitgleich vier miteinander digital verbundene. Wo werden wie viele Delegierte erwartet und was wird die große Herausforderung sein?

Köpsel: Für uns ist es die größte Herausforderung, die Veranstaltungen so sicher zu machen, dass eine Infektionsgefahr nahezu ausgeschlossen werden kann. Es ist unsere Verpflichtung, dies mit den kooperierenden Hotelbetrieben zu gewährleisten. Hier denke

ich insbesondere an „Hygienestraßen“ zu allen Veranstaltungen. Über die Anzahl der Delegierten lässt sich jetzt noch nicht abschließend urteilen. Es ist wichtig, nahezu aus jeder Kameradschaft entsendete Delegierte zu haben. Nur so kann eine Antragsversammlung die breite Basis eines Landesverbandes widerspiegeln. Deshalb ist es wichtig, die Benennung der Delegierten zum 5. März und die Übersendung der Anträge an die Landesversammlung bis zum 15. März auf den Weg zu bringen.

Baasch: Wir werden diesmal an vier verschiedenen Orten zusammenkommen und diese digital miteinander verbinden. Die Bezirke 2 (Sachsen) und 4 (Sachsen-Anhalt) werden, wie schon bei den Bezirkstagungen, an einem Ort gemeinsam tagen. Eine große Herausforderung dabei wird sein, trotz einer digitalen Landesversammlung mit den Delegierten ins Gespräch und ganz besonders in eine Diskussion zu kommen.

Die für die Zukunft so wichtigen Anträge und Personalfragen müssen geklärt werden, warum konnte die Versammlung nicht zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden?

Köpsel: Natürlich hat man auch über eine Verlegung der Versammlungen in diesem Jahr in das nächste Jahr überlegt. Unsere Satzung hilft uns in diesem Fall nicht weiter; sie kennt nur einen Vier-Jahres-Rhythmus im Wechsel mit Antrags- und Wahlversammlung. Insgesamt erscheinen mir die Veranstaltungen in überschaubarer Größe und mit einem sicheren Hygienekonzept für verantwortbar und handhabbar. Auch die Anzahl der jetzt schon angemeldeten Delegierten zeigt, dass das Interesse groß ist, das Verbandsleben weiterzuführen. In Suhl zur Bezirksversammlung hat ein Delegierter der Bezirksversammlung sinngemäß ausgeführt, dass man gerade auch in der Pandemie leben und weiterleben muss. Die Verwerfungen im verbandlichen Gefüge wären zu gewaltig und würden sich bis in die Kameradschaftswahlen niederschlagen. Allerdings werden wir sofort reagieren, wenn sich das Pandemiegeschehen drastisch zum Schlechteren wendet.

Baasch: Diese Landesversammlung hat als Antragsveranstaltung eine direkte Abhängigkeit zur DBwV-Hauptversammlung. Da es keine Tendenzen gibt, diese zu verschieben, mussten wir nach Möglichkeiten suchen, eine Landesversammlung unter Einhaltung der jeweils gültigen Eindämmungsverordnung und mit dem maximalen Schutz der Delegierten durchzuführen. Aus diesem Grund haben wir uns zur hybriden Durchführung entschieden. Bei den Personaldiskussionen gilt es mitzusprechen. Deshalb möchten und werden wir uns aus dem Landesverband Ost einbringen.

Es geht um die Belange der DBwV-Mitglieder im Osten. Welche Schwerpunkte aus der Sicht des Landesvorstandes beschäftigen

die Delegierten und was für Anträge werden erwartet?

Köpsel: Ich rechne hauptsächlich mit Anträgen, die der Erfahrung aus der Pandemie geschuldet sind. Mit Anträgen zum inneren Gefüge und der inneren Führung der Bundeswehr, zur Finanz-, Personal- und Materialaustattung der Bundeswehr, aus dem Bereich Familie und Dienst, Betreuung und Fürsorge, Dienstzeiten im Bereich der Reserve, zur Veteranenpolitik, Verpflichtung in Einsätzen der Bundeswehr und natürlich mit Anträgen zur Verbesserung von Versorgungsansprüchen von Soldaten mit Vordienstzeiten in der NVA.

Baasch: Es gilt, die Themen des Landesverbandes Ost einzubringen, und natürlich solche, die uns länderübergreifend beschäftigen. In diesen bewegenden Zeiten und sich ständig verändernder Streitkräfte gibt es sicherlich viele Themen, die belegt werden müssen – für alle Mitglieder. Aus diesem Grund freuen wir uns auf viele Anträge aus den Kameradschaften.

Vor knapp zwei Jahren haben Sie die Delegierten auf einer Landesversammlung gewählt, um die Geschicke des Landesverbandes Ost zu lenken. Ist es noch zu früh für eine kurze Bilanz?

Köpsel: Wir sind ein kleiner, aber feiner Landesverband, der eng zusammensteht, worauf wir stolz sein dürfen, was die Pandemie unter Beweis gestellt hat und weiter unter Beweis stellt.

Baasch: Wie vor zwei Jahren angesprochen, wollen wir den Wechsel einleiten. Dabei sind wir auf einem guten Weg.

Aus den Kameradschaften

ROSTOCK



Michael Ebersbach und Regina Stern verteilen ein kleines Dankeschön an die engagierten Einsatzkräfte.

In kleinen Impfteams fahren zahlreiche Mitglieder der DBwV-Truppenkameradschaften Hanse-Kaserne und des Marinestützpunkt-Kommandos Warnemünde zu den Menschen, die nicht ins Impfzentrum kommen können, oder unterstützen im Rahmen der Amtshilfe der Hansestadt Rostock das Impfzentrum vor Ort. Das Ziel: möglichst schnell die Be-

Neues Gesicht in der Landesgeschäftsstelle Ost

Zum 1. März hat Hauptbootsmann d.R. Melanie Wollert die Amtsgeschäfte als Landesgeschäftsführerin des Landesverbandes Ost übernommen.



Hauptbootsmann d.R. Melanie Wollert

Berlin. Während ihrer aktiven Dienstzeit hat die ehemalige Zeitsoldatin Melanie Wollert in verschiedenen Tätigkeitsfeldern ihren Dienst geleistet. Nach der Aus-

bildung zum Fernmeldebetriebsbootsmann verbrachte sie einige Jahre als Moderatorin und Redakteurin bei Radio Andernach, dem Soldatenbetreuungssender der Bundeswehr. Im Rahmen dieser Tätigkeit schloss sie die Ausbildung zur Mediengestalterin Bild und Ton ab. Bis zum Ende ihrer Dienstzeit war Melanie Wollert als Wehrdienstberaterin in Neuruppin und zuletzt im Karrierecenter der Bundeswehr in Berlin tätig. Als Reservistendienst Leistende übt sie weiterhin regelmäßig im Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr in Berlin. **UK**

völkerung zum Schutz vor dem Coronavirus zu impfen. Das Truka-Vorstandsmitglied Hauptbootsmann Regina Stern wollte einfach einmal Danke sagen und organisierte zusammen mit dem Bezirksvorsitzenden Hauptbootsmann Michael Ebersbach und der Landesgeschäftsstelle im DBwV-Landesverband Ost kleine Geschenke für diese Soldatinnen und Soldaten. „Jeder Einzelne leistet hier eine großartige Arbeit aus voller Überzeugung. Da ist dieses kleine Dankeschön das mindeste, was wir machen können“, sagte Ebersbach.

Die Gewinner der Coupon-Werbung vom 1. September bis 31. Dezember 2020 sind: Hauptfeldwebel Alexander Kopp aus Berlin, Stabsfeldwebel Steffen Posern aus dem Kyffhäuserland, Oberleutnant zur See Martin Warzecha aus Wesenberg und Stabsfeldwebel Sven Wille aus Potsdam.

Bundeswehr ist auch in Süddeutschland im Corona-Hilfseinsatz

Der DBwV-Vize und der Landesvorsitzende informieren sich.

Foto: DBwV/Kaminsky



Der stellvertretende DBwV-Bundesvorsitzende Hauptmann Andreas Steinmetz beim Briefing über den Corona-Hilfseinsatz im Lagezentrum RegFüSt Süd.



Oberstleutnant Gunnar Kozlowski (l.) stellt dem Landesvorsitzenden Gerhard Stärk die Arbeit im Lagezentrum Corona-Hilfseinsatz des Landeskommandos Baden-Württemberg vor.

Veitshöchheim/Stuttgart. Über 6500 Soldaten im Zuständigkeitsbereich des Regionalen Führungsstabes Süd (RegFüSt Süd) sind in der Corona-Hilfe eingebunden. Eine Aufstockung um weitere 1400 Soldaten sei vorgesehen, erfuhren der stellvertretende Bundesvorsitzende des DBwV, Hauptmann Andreas Steinmetz, und der Landesvorsitzende Süddeutschland, Stabsfeldwebel a.D. Gerhard Stärk, bei einem Briefing im Corona-Lagezentrum bei der 10. Panzerdivision. Der RegFüSt Süd koordiniert den Einsatz der Corona-Hilfskräfte aus allen Organisationsbereichen (außer Sanitätsdienst) in sechs Bundesländern, so der Leiter des Lagezentrums, Oberst Schreiber. Es werden in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Landeskommandos (LKdo) alle genehmigten Hilfeleistungsanträge der Bundesländer unterstützt. Hier bewähre sich neben der truppendienstlichen Verantwortung des RegFüSt die territoriale Organisationsstruktur der LKdo, um unmittelbar am Einsatzort die Koordination mit den Amtshilfeempfängern zu unterstützen. Eingesetzt seien

die Soldaten in den Gesundheitsämtern, in Alten- und Pflegeheimen sowie in Impfzentren unter anderem bei der Kontaktverfolgung und bei der Durchführung von Schnelltests.

Auswirkungen auf den Kernauftrag der Truppe

Der stellvertretende Divisionskommandeur, Brigadegeneral Michael Podzus, beschrieb die Auswirkungen des nunmehr seit März 2020 andauernden Corona-Hilfseinsatzes auf den Kernauftrag der Truppe. Alle Auslandseinsätze und einsatzgleichen Verpflichtungen werden uneingeschränkt erfüllt, Abstriche müssen bei der Ausbildung gemacht und Übungen teilweise abgesagt werden. Auf Dauer gehe die Abstellung Tausender Soldaten jedoch zu Lasten des Kernauftrags der Truppe, so Brigadegeneral Podzus.

LKdo Baden-Württemberg koordiniert Corona-Hilfseinsatz im Ländle

Einen Blick auf den Corona-Hilfseinsatz aus der Sicht des LKdo Baden-Württemberg in Stuttgart gewährte der Leiter des dortigen

Lagezentrums. Oberstleutnant Gunnar Kozlowski informierte den Landesvorsitzenden umfassend über den Hilfseinsatz der rund 2000 Soldaten in den 35 Land- und neun Stadtkreisen im Ländle. Haupttruppensteller ist die D/F-Brigade, die den Spagat zwischen Corona-Amtshilfe und gleichzeitiger Vorbereitung auf den Einsatz in Mali zu meistern hat. Dies gelinge nur mit Hilfe der Unterstützung von Truppenteilen aus anderen Bundesländern wie dem Gebirgsmusikkorps aus Garmisch-Partenkirchen. Dass die Soldaten den Corona-Hilfseinsatz äußerst engagiert und verantwortungsvoll führen, wurde beim Blick in das Lagezentrum deutlich. In einer 24/7-Bereitschaft werden hier die Ansprechbarkeit der Bundeswehr für Amtshilfeanträge gewährleistet und die Einsätze begleitet, versicherte Kozlowski. Das abschließende Gespräch beim stellvertretenden Kommandeur des LKdo, Oberst Dieter Bohnert, rundete das Bild des Landesvorsitzenden zum Corona-Hilfseinsatz der Bundeswehr in Süddeutschland ab. Steinmetz und Stärk lobten während ihres Besuchs den vorbildlichen, engagierten Einsatz der Soldaten im Kampf gegen Corona. **IK**

Landesverband Süddeutschland

Landesgeschäftsstelle:
Prager Straße 3, 82008 Unterhaching
Telefon: (089) 615209-0
Fax: (089) 615209-99
E-Mail: sued@dbwv.de

Beauftragter für die Pressearbeit:
Oberstleutnant a.D. Ingo Kaminsky
E-Mail: ingo.kaminsky@dbwv-net.de



Foto: DBwV/Stärk

Im Gespräch mit dem stellvertretenden Kommandeur des Landeskommandos, Oberst Dieter Bohnert, informierte sich der Landesvorsitzende Gerhard Stärk (l.) über den Corona-Hilfseinsatz der Bundeswehr.

Großes Interesse an virtuellen Informationsveranstaltungen für SaZ

Unterhaching. In sieben virtuellen Info-Seminaren berät Oberstabsfeldwebel a.D. Jürgen Schreier interessierte SaZ und FWDL zur beruflichen Neuausrichtung nach ihrer Dienstzeit bei der Bundeswehr. Jeweils bis zu 30 Teilnehmer aus Süddeutschland, aber auch aus anderen Landesverbänden, interessierten sich in den bisherigen Veranstaltungen für das Angebot des Beauftragten Eingliederung SaZ des Landesverbandes Süddeutschland. Nach der Kick-off-Veranstaltung wird Schrei-

Fotomontage: DBwV/Kaminsky



Gastgeber Jürgen Schreier geht auf die besondere Situation von Soldaten ein.

er in den folgenden Veranstaltungen bereits konkreter mit seinen Tipps zur persönlichen Vorbereitung auf den neuen Lebensabschnitt. Zudem werden unter anderem Wege des Einstiegs in den öffentlichen Dienst bei Polizei oder Zoll, Angebote des BFD, der IHK und anderer potenzieller Arbeitgeber vorgestellt. Die Inhalte der einzelnen Seminare sind auch auf der DBwV-Internetseite unter Landesverband Süddeutschland unter „Veranstaltungen“ zu finden. **IK**

Aus den Kameradschaften

MÜNCHEN

In den Kameradschaften des Landesverbandes Süddeutschland werden wegen der Coronapandemie Wege gesucht, um Kameradschaftsarbeit möglich zu machen. So hat der Vorstand

Fotomontage: DBwV/Kaminsky



Vorsitzender Bertram Hacker nutzt in Coronazeiten Video-Konferenzen für die Kameradschaftsarbeit.

der KERH München bei einer seiner digitalen Vorstandssitzungen beschlossen, zu einer Mitgliederversammlung im Format einer Videokonferenz einzuladen. Vorsitzender Oberstleutnant a.D. Bertram Hacker war positiv überrascht, zur ersten Zusammenkunft dieser Art 41 Mitglieder zu begrüßen. Auch inhaltlich war es ein Erfolg: Die Tagesordnung entsprach einer herkömmlichen Mitgliederversammlung. Zugeschaltete Gäste wie Landesvorsitzender Stabsfeldwebel a.D. Gerhard Stärk und Standortbeauftragter Stabshauptmann a.D. Günther Schmitt sprachen Grußworte. Kameradschaftsmitglied und Versicherungsfachmann Oberfeldwebel d.R. Manfred Kuhn von der Continental-Versicherung stellte in seinem Vortrag die Neunte Verordnung zur Änderung der Beihilfeverordnung vor. Selbst die Nachwahl von Oberstleutnant a.D. Walter Riendl zum neuen Beisitzer war per Videoabstimmung möglich. Für ihre besonderen Verdienste um den Verband wurden Maria Spiske, Oberst a.D. Horst-Dieter Buhrmester und Hauptmann a.D. Stephan Bartl mit der Verdienstnadel des DBwV in Silber ausgezeichnet. Die Verdienstnadel in Gold erhielten Hauptmann a.D. Reinhold Reeh und Schriftführer Hauptmann a.D. Erwin Zacherl. Der Erfolg bestärkt Hacker, in Zeiten von Kontaktbeschränkungen digitale Mitgliederversammlungen monatlich anzubieten. **AG**

ACHERN

Die KERH Achern verabschiedete sich von Hauptmann a.D. Fred Dankwarth. Völlig überraschend ist das langjährige Mitglied der Kameradschaft mit 91 Jahren verstorben. Begonnen hat Dankwarth seinen Weg in der Bundeswehr 1956. Der gebürtige Berliner 1964 wechselte als Oberfeldwebel in die Laufbahn der Fachdienstoffiziere. Verwendungen in der Nachschub-/Instandsetzungstruppe führten ihn vom Feldzeugausbildungsbataillon in Sonthofen zum Transportbataillon 932 nach Achern bis in das Heeresinstandsetzungswerk in Darmstadt. Mit Versetzung in den Ruhestand 1982 zog es ihn zurück nach Achern. Mitglied im Deutschen Bundeswehrverband war Dankwarth

Archivbild: KERH-Achern



Hauptmann a.D. Fred Dankwarth (M.) wurde 2017 für 60-jährige DBwV-Mitgliedschaft geehrt.

seit 1957. Den Mitgliedern der Kameradschaft ERH Achern bleibt Fred Dankwarth als engagierter und hilfsbereiter Kamerad in Erinnerung. Sein Lebensmotto war ansteckend optimistisch und gilt für viele auch heute noch: „Wisst Ihr, das Leben ist schön, und wenn es mal nicht schön ist, dann wird es wieder schön!“ **IK**

HELLINGEN/UNTERFRANKEN

Die selbstständige Kameradschaft in Unterfranken mit nahezu 400 Ehemaligen/Reservisten und Hinterbliebenen aus den Landkreisen Haßberge, Bamberg, Coburg sowie den angrenzenden Landkreisen Lichtenfels, Kronach und Kulmbach hat nach fast einem Jahr die überfällige Wahl ihres Vor-

Foto: DBwV/Wietze



Bei der Auszählung der Stimmen: Karlheinz Buld (l.) und der Leiter des Wahlausschusses Walter Schmidt

stands nachgeholt. Vorsitzender Karlheinz Buld hat in zahlreichen Telefongesprächen die Mitglieder für eine rege Beteiligung an der Briefwahl gewonnen. Stellvertreter Walter Schmidt organisierte als Vorsitzender des Wahlausschusses mit viel Einsatz die deutlich aufwändigere Briefwahl. Nach Auszählung der Briefwahlstimmen stellte der Wahlausschuss fest, dass Buld als Vorsitzender und Schmidt als sein Stellvertreter bestätigt wurden. Kassenwart ist Reinhold Galla. Vier Beisitzer unterstützen im Vorstand. Für langjährige Treue zum DBwV erhielten die 22 zu ehrenden Mitglieder dieses Mal ihre Treueurkunden und -nadeln mit einem Dankschreiben des Vorsitzenden postalisch, darunter Gisbert Hellweg, Gerhard Polixa und Andreas Friedmann für 60 Jahre Mitgliedschaft im Verband. **PV**

Termine:

- 15./16.04.** Tagung mit Kommandeuren und Dienststellenleitern in Bamberg
- 17./18.04.** 9. Königsbronner Gespräche in Königsbrunn
- 21.04.** Tagung mit Berufssoldaten (1) in München
- 28./29.04.** Tagung mit Einheitsführern (1) in Langenau
- 18./19.05.** Tagung mit Kompaniefeldwebeln (1) in Langenau



Landesvorsitzender
Oberstleutnant
Lutz Meier

Verehrte Mitglieder des DBwV im Landesverband West,

Weiter unbeirrt auf dem Weg zur Landesversammlung 2021

Leider hat uns die Pandemie weiterhin im Griff. Unsere Kameradschaften können sich nur eingeschränkt treffen, und die Betreuung unserer Mitglieder erfolgt per Telefon oder in digitalen Videokonferenzen. Als euer Landesvorsitzender bin ich sehr beeindruckt, dass trotz der schwierigen Lage viele Kameradschaften die Anträge zu unserer Landesversammlung an uns gesendet haben. Es sind mehr als 150 Anträge eingegangen, und der Landesvorstand hat noch einige Leitanträge Ende vergangenen Monats beschlossen. Der Antragsumdruck ist Anfang diesen Monats zur Abteilung Recht gegangen. Ich danke allen Mandatsträgern und Mitgliedern, die sich in diesen Prozess eingebracht haben.

„Wir alle sind der DBwV“

Weiterhin haben die meisten Kameradschaften es geschafft, die Kameradschaftswahlen durchzuführen. Von rechnerisch 261 Delegierten zu unserer Landesversammlung konnten 200 Delegierte neu gewählt werden. Die Einladungen zu unserer Landesversammlung werden zeitgerecht erfolgen. Die Kameradschaften, die nicht gewählt und damit auch keine Delegierten bestimmt haben, können aufgrund der Satzung des DBwV nicht berücksichtigt werden.

Es bleibt zu hoffen, dass die Rahmenbedingungen der Pandemie unsere Landesversammlung an fünf verschiedenen Orten mit digitaler Zusammenschaltung aller Teilnehmer möglich machen und damit der Landesverband West seinen Beitrag auf dem Weg zu unserer Hauptversammlung im Dezember 2021 leistet. Leider werden auch in diesem Jahr geplante Veranstaltungen verschoben oder müssen ausfallen. Ich bitte alle Mitglieder um Verständnis.

In diesem Monat werden wir planmäßig nach einem Jahr die Betreuung unserer Auslandskameraden an den Landesverband Nord übergeben. Ich bedanke mich sehr bei unserem Beauftragten Auslandseinsätze Oberstabsfeldwebel Frank Schmitt für seine beeindruckende Arbeit.

Ich freue mich auf die nächsten Begegnungen in den Standorten oder bei unseren nächsten Veranstaltungen. Passen Sie auf sich auf – bleiben Sie gesund!
Lutz Meier

„Modern denken – effektiv handeln – DBwV“

Verstärkung für Beteiligungsrechtler

Holger Naumann gehört nun mit zum Team.

Foto: privat



Stabsfeldwebel Holger Naumann

Bonn. „Als ich 2008 gefragt wurde, ob ich auf einer freien Liste kandidieren möchte, hatte ich keinen blassen Schimmer, dass ich mal Beteiligungsrechtler für den DBwV werden würde. Damals passierte erstmal nichts – kein Wunder, als Letzter auf der Liste ...“, beschreibt Holger Naumann seinen Werdegang ins Ehrenamt als Personalrat. „Doch das änderte sich sehr schnell. Erste Gehversuche in Sachen Mitbestimmung, zunächst als Vertrauensperson, und dann ging es Schlag auf Schlag.“ Zunächst erhielt Naumann ein Mandat als Mitglied im örtlichen Personalrat (ÖPR) der Luftwaffenunterstützungsgruppe/Führungszentrale Nationale Luftverteidigung in Kalkar, dessen Vorsitz er 2012 übernahm. Nahtlos folgten Mandate als ÖPR-Vorsitzender, Vorsitzender Gesamtpersonalrat Zentrum Luftoperationen sowie ein Mandat im Bezirkspersonalrat Luftwaffe. Bei den jüngsten Personalratswahlen wurde der 49-jäh-

rige Stabsfeldwebel zum Vorsitzenden des ÖPR beim Zentrum Luftoperationen gewählt. Seit Ende 2020 verstärkt Naumann nun das Team der Landesbeauftragten für Beteiligungsrechte. Die Beteiligungsrechtler sind das Bindeglied zur Abteilung Recht für Problemfälle in allen Landesverbänden; im „Westen“ sind dies Oberstabsfeldwebel Sascha Altenhofen und Stabshauptmann a.D. Andreas Möller. Die Fachleute können unmittelbar durch Personalratsmitglieder und Vertrauenspersonen angesprochen werden, wenn es Fragen hinsichtlich der Umsetzung geltender Bestimmungen oder der Aus- und Weiterbildung zu klären gibt. „Wir freuen uns sehr, dass wir mit Holger einen erfahrenen Kameraden für unser Team gewinnen konnten und wir somit die große Anzahl von Personalräten, Vertrauenspersonen sowie Gleichstellungsbeauftragten im LV West wieder mit geballter Kraft vertreten können“, sagt Sascha Altenhofen. **GA**

DBwV-Standortbeauftragter im Amtshilfeinsatz

Büchel/Cochem. Auch der DBwV-Standortbeauftragte für den Bereich Büchel-Cochem-Ulmen, Oberstabsfeldwebel d.R. Winfried Müller, ist im Rahmen der Amtshilfe im Pandemieinsatz. Er war bis zu seiner Pensionierung als Stabsfeldwebel Angehöriger der Technischen Gruppe des Taktischen Luftwaffengeschwader 33 und leistet seit 2016 regelmäßig Reservedienst in seinem ehemaligen Verband. Eigentlich als Reservist im Stabsbereich S 3 Organisation tätig, wurde

Müller zunächst im Rahmen der Amtshilfe eine Woche bei der Kreisverwaltung Cochem-Zell eingesetzt, ehe er mit weiteren Kameraden im Marienkrankenhaus in Cochem als Ansprechpartner für Neuankömmlinge und zur Unterstützung der Besucher zum Einsatz kam. „Ich bin gebürtiger Eifelener und lebe schon immer hier. Daher freue ich mich, dass ich meine Verbundenheit mit der Region jetzt zeigen und hier unmittelbar und unbürokratisch helfen kann“, so Winni Müller. **GA**

Aus den Kameradschaften

TRIER

Corona legt nicht nur den Sportbetrieb lahm, sondern auch das Vereinsleben. „Unsere geplante Vorstandssitzung, mitten in der zweiten Welle im November, musste ausfallen. Aber die Zukunft musste geplant werden“, berichtet der Vorsitzende der KERH Trier und Umgebung, Oberstabsfeldwebel a.D. Hans Frommer. Jetzt entschlossen sich die Trierer bei der Gestaltung ihres „DBwV-Vereinslebens“ neue Wege zu beschreiten. Nach entsprechender Vorbereitung – ein Tutorial vermittelte die wichtigsten Kenntnisse – lud Frommer gemeinsam mit Schriftführer Stabsfeldwebel a.D. Thomas Jötten die Vorstandsmitglieder zum ersten Online-Meeting ein. Die ersten fünf Probanden



Foto: ERH Trier und Umgebung

Besonders in Coronazeiten ist Kommunikation notwendig – der Vorstand der Kameradschaft Ehemalige, Reservisten und Hinterbliebene (ERH) Trier und Umgebung beschreitet neues Terrain.

konnten dann auch gleich die folgende Sitzung vorbereiten, bei der sich dann schon neun Vorstandsmitglieder trafen, berichtet der Vorsitzende über den erfolgreichen Start. Auch der Bezirksvorsitzende Hauptmann Heiko Schäfer nahm zeitweise teil. So konnte die Planung für 2021 in groben Zügen diskutiert werden. Zusätzlich sollen die ERH-Mitglieder mittels Mail mit Informationen versorgt werden. **GA/HF**

KOBLENZ/LAHNSTEIN

„Ein durchwachsenes Jahr, in dem wir vieles nicht realisieren konnten, das soziale Miteinander gelitten hat und wir dennoch einiges für unsere Mitglieder geboten haben“, so das Fazit von Oberstleutnant Michael Schwab. Beispielsweise nannte der Vorsitzende der Standortkameradschaft Koblenz/Lahnstein das Grillfest mit dem Bundesvorsitzenden und das Seminar für ausscheidende Berufssoldaten, das zum 25. Mal angeboten werden konnte und bei dem knapp 60 Teilnehmer wertvolle Informationen für die dritte Lebensphase sammeln konnten. Außerdem stand die Auswertung der Ergebnisse der Personalratswahlen und ein Jahresrückblick auf der Agenda der vergangenen StoKa-Sitzung. Mit Blick auf 2021 stehen innerverbandlich wichtige Großveranstaltungen an, informierte Schwab die Anwesenden. Die Landesver-



Foto: StoKa Koblenz/Lahnstein

Persönlich, aber mit der notwendigen Distanz erfolgen Mitgliederehrungen in Pandemiezeiten.

sammlung – in diesem Jahr als Antragsversammlung – bei der die Delegierten den Forderungs- und Zielekatalog für den zukünftigen Bundesvorstand beraten und beschließen sowie die im Dezember stattfindende Hauptversammlung mit Neuwahl des Bundesvorstandes. Und einen besonderen Moment gab es dann im Zuge der Sitzung auch noch: Oberstabsfeldwebel Nicole Wegehaupt, Kompaniefeldwebel 6./SanRgt 2, nahm persönlich – aber mit der notwendigen Distanz – die Ehrung für ihre 25-jährige Mitgliedschaft im DBwV von Oberstleutnant Schwab entgegen. **GA**

KÖLN/BONN

Unbemerkt von der zivilen Öffentlichkeit befinden sich permanent Kameraden und Kameradinnen in der „isolierten Unterbringung“ vor ihrem Einsatzbeginn. Mit der Maßnahme soll verhindert werden, dass das Coronavirus in die Einsatzgebiete eingeschleppt wird. Selbstverständlich bedeutet diese Maßnahme für die Betroffenen eine zusätzliche Belastung. Länger getrennt von den Lieben daheim, keine Verabschiedung am Flughafen durch die Familie, untergebracht in einem Hotelzimmer, das nicht verlassen werden darf, Sorge um die Familie in dieser Krise und

nicht zuletzt die allgegenwärtige Frage: Warum wird nicht geimpft? Um den Einsatzsoldaten, die sich in Kölner und Bonner Hotels in Quarantäne befanden, zu zeigen, dass wir an sie denken, übergab der Stellvertreter des Landesvorsitzenden Stabsfeldwebel Volker Keil im Januar kleine „Schokoladenpäckchen“ mit einem Anschreiben des Landesvorsitzenden West. Aufgrund der Kontaktbeschränkungen wurden die 282 Umschläge zuvor in der Landesgeschäftsstelle vorbereitet und anschließend an das Betreuungspersonal vor Ort zwecks Verteilung an die „Isolierten“ übergeben. **GA**



Foto: DBwV

Der Stellvertreter des Landesvorsitzenden, Stabsfeldwebel Volker Keil (r.), übergab dem Betreuungspersonal eine kleine Aufmerksamkeit des DBwV für die „Isolierten“.

Landesverband West
Landesgeschäftsstelle:
Ulrich-von-Hassell-Str. 2,
53123 Bonn
Telefon: (0228) 92684-0
Fax: (0228) 92684-299
E-Mail: west@dbwv.de

Beauftragter für die Pressearbeit:
Hauptmann Gerald Arleth
E-Mail: gerald.arleth@dbwv.de

Coupon-Aktion

Gewinner der Coupon-Aktion Januar 2021 ist R. Eisel, 55767 Oberbrombach. Gewonnen hat er einen BestChoice-Gutschein.

Impfpflicht bei Soldaten

Aus aktuellen Gründen wird auf eine wichtige Entscheidung des BVerwG aufmerksam gemacht, die für Soldaten mit Blick auf die Corona-Pandemie von besonderem Interesse ist. Das BVerwG hat entschieden: Verweigert ein Soldat den Befehl zur Teilnahme an einem Impftermin, liegt darin ein Dienstvergehen, das mit einer Disziplinarmaßnahme geahndet werden kann. Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 22.12.2020 – 2 WNB8.20

1. Sachverhalt

In dem zugrunde liegenden Verfahren verweigerte ein Hauptfeldwebel die Teilnahme an der militärischen Basisimpfung. Dabei handelt es sich um eine für alle Soldaten vorgesehene grundlegende Impfung zum Schutz gegen klassische Krankheitserreger (zum Beispiel Tetanus, Diphtherie, Keuchhusten – nicht COVID-19). Er vertrat die Ansicht, sein Asthma und seine Neurodermitis gingen auf eine frühere Impfung zurück. Ihm drohten schwere Gesundheitsschäden. Nach Einschätzung der behandelnden Truppenärzte war diese Befürchtung unbegründet. Deshalb befahl ihm sein Einheitsführer die Teilnahme an der Impfung und verhängte nach wiederholter Befehlsverweigerung acht Tage Disziplinararrest. Der Disziplinararrest ist ein kurzzeitiger Freiheitsentzug und die strengste einfache Disziplinarmaßnahme, die ein Vorgesetzter in eigener Befugnis anordnen kann. Das zuständige Truppendienstgericht hat diese Entscheidung nach Einholung eines medizinischen Sachverständigen-gutachtens gebilligt.

2. Entscheidungsgründe des BVerwG

Das BVerwG hat im Beschwerdeverfahren die rechtlichen Einwände des Hauptfeldwebels geprüft und das Rechtsmittel zurückgewiesen. Den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ist eine weitergehende Impfpflicht auferlegt als anderen Staatsbürgern. In § 17a Abs. 2 SG hat der Gesetzgeber ausdrücklich eine Pflicht zur Duldung von Impfungen als Teil der soldatischen Gesunderhaltungspflicht

vorgeschrieben und das Grundrecht auf körperliche Selbstbestimmung in Art. 2 Abs. 2 GG eingeschränkt. Dies beruht auf der Erwägung, dass die Verbreitung übertragbarer Krankheiten die Einsatzbereitschaft militärischer Verbände erheblich schwächen kann. Die Impfung ist nur dann nicht zumutbar, wenn objektiv eine erhebliche Gefahr für Leben und Gesundheit des Soldaten vorliegt (§ 17a Abs. 4 Satz 2 SG). Auf die subjektive Einschätzung des betroffenen Soldaten kommt es nicht an. Die in Art. 87a Abs. 1 GG vorausgesetzte Funktionsfähigkeit der Bundeswehr wäre gefährdet, wenn die Frage der Zumutbarkeit von mit gesundheitlichen Risiken verbundenen Befehlen letztlich von der individuellen Risikoeinschätzung der einzelnen Soldaten abhängig wäre. Denn Soldaten müssen von Befehlen wegen bei der Erfüllung von Befehlen – insbesondere bei Auslandseinsätzen und im Fall der Landesverteidigung – erhebliche Gesundheitsrisiken hinnehmen. Das BVerwG hat allerdings darauf hingewiesen, dass die subjektive Gefahreinschätzung des Soldaten bei der Bewertung des Dienstvergehens eine Rolle spielen kann und dass im vorliegenden Fall im Ergebnis der subjektiven Belastungssituation des Hauptfeldwebels dadurch Rechnung getragen worden ist, dass anders als in sonstigen Fällen der wiederholten Befehlsverweigerung nicht das mit schwerwiegenden Folgen verbundene gerichtliche Disziplinarverfahren gewählt worden ist.

Fußnote:

§ 17a Soldatengesetz (SG) – Auszug:

Vertragsanwälte

Unsere Vertragsanwälte zeichnen sich durch eine hohe Sachkenntnis in bundeswehrspezifischen Rechtsfragen aus. Bei ihnen können Mitglieder – wie auch über die zuständige Kameradschaft – Rechtsschutz beantragen. Die Vertragsanwälte bieten überdies eine kostenlose Erstberatung in dienstlichen Angelegenheiten an.

Klaus Lübke

Michael Gladow
BERBURG
Steinmeyer Kamps Willing & Partner
Calvinstraße 5 A, 10557 Berlin
Tel.: (030) 39744570 (RA Lübke)
(030) 39744565 (RA Gladow)
Fax: (030) 39744580
E-Mail: RA Lübke: luebke@berburg.de,
RA Gladow: gladow@berburg.de
www.berburg.de

Michael Ohlendorf

Rechtsanwälte Michael Welz
Tribseer Damm 77, 18439 Stralsund
Tel.: (03831) 30393
Fax: (03831) 303944
E-Mail: office@ra-welz.de
www.anwaltwelz.de

Jörgen Breckwoldt

Kieler Straße 2, 24534 Neumünster
Tel.: (04321) 757000
Fax: (04321) 7570099
E-Mail: mail@breckwoldt-recht.de
www.breckwoldt-recht.de

Dr. Daniel Hoffmann

Emdener Straße 1, 26603 Aurich
Schlossplatz 21, 26122 Oldenburg
Tel.: (0441) 26 50 1
Fax: (0441) 24 82 66
E-Mail: info@hoffmann-oldenburg.de
Internet: www.hoffmann-aurich.de

Volker Thürasch

Rechtsanwälte Rothardt & Partner
Wilhelmstraße 7, 29614 Soltau
Tel.: (05191) 98310
Fax: (05191) 983134
E-Mail: rechtsanwaelte@rothardt.de
www.rothardt.de

Dr. Heinrich Breuer

Dieter L. Hemmen
Rechtsanwälte Dr. Breuer & Hemmen
Schlossplatz 18, 48143 Münster
Tel.: (0251) 511061
Fax: (0251) 47935
E-Mail:
rae.breuer-hemmen@t-online.de

Carsten Schwettmann

Schwettmann Rechtsanwälte
Am Stadion 18 – 24 (GL-Center)
51456 Bergisch Gladbach.
Tel.: (02202) 1240600
Fax: (02202) 1240699
E-Mail: kanzlei@sar-rechtsanwaelte.de
Internet: www.sar-rechtsanwaelte.de

Christopher Hilgert

Dr. Ira Ditandy
Kunz Rechtsanwälte
Schloßstraße 1, 56068 Koblenz
Tel.: (0261) 30130
Fax: (0261) 301390
E-Mail: hilgert@kunzrechtsanwaelte.de
ira.ditandy@kunzrechtsanwaelte.de
www.kunzrechtsanwaelte.de

Andreas-Christian Seydel

Schubertstraße 8, 76185 Karlsruhe
Tel.: (0721) 844021 oder
(0721) 844022
Fax: (0721) 849171
E-Mail: raeseydel@t-online.de

Sebastian Weber

Rechtsanwälte Weber & Pankl
Amalienstraße 62, 80799 München
Tel.: (089) 334676 oder (089) 334744
Fax: (089) 334678
E-Mail: sekretariat@weberundpankl.de
www.weberundpankl.de

Thomas Maurer

Rechtsanwälte Mössner & Partner
Bahnhofstraße 1, 89073 Ulm
Tel.: (0731) 14150
Fax: (0731) 141516
E-Mail: rae@moessner.de
www.moessner.de

Gerd Zirovnik

Wittelsbacher Straße 4,
93049 Regensburg
Tel.: (0941) 296830
Fax: (0941) 2968320
E-Mail: rae-zirovnik@t-online.de

Thomas Meder

Rechtsanwälte Heitzenröther & Meder
Gotengasse 7, 97070 Würzburg
Tel.: (0931) 51731
Fax: (0931) 58134
E-Mail: info@ra-meder.de
www.frankenrecht.de

Thorsten Christ

Juri Goldstein
Rechtsanwälte Bietmann
Hefengasse 3, 99084 Erfurt
Tel.: (0361) 590080
Fax: (0361) 5900850
E-Mail: erfurt@bietmann.eu
www.bietmann.eu

Ansprechpartner des DBwV (bundesweit) für psychische Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit besonderen Auslandsverwendungen (insb. PTBS):

Arnd Steinmeyer

BERBURG
Steinmeyer Kamps Willing & Partner
Pulverweg 1a, 21337 Lüneburg
Tel.: (04131) 4008818
Fax: (04131) 4008820
E-Mail: lg@berburg.de
www.berburg.de

Ansprechpartnerin des DBwV (bundesweit) mit dem besonderen Aufgabenbereich Beteiligungsgrechte:

Nicole Knorz

Rechtsanwälte Althoff Arbeitsrecht
Lüttringhauser Straße 9
42897 Remscheid
Tel.: (02191) 8424840
Fax: (02191) 842484999
E-Mail: knorz@arbeitsrecht-althoff.de
www.arbeitsrecht-althoff.de



Ein Soldat bereitet eine Impfung in einem Corona-Impfzentrum vor.

(1) Der Soldat hat alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um seine Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen. Er darf seine Gesundheit nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig beeinträchtigen.

(2) Der Soldat muss ärztliche Maßnahmen gegen seinen Willen nur dann dulden, wenn sie

1. der Verhütung oder Bekämpfung übertragbarer Krankheiten dienen oder
2. der Feststellung seiner Dienst- oder Verwendungsfähigkeit dienen.

Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 1 bleibt § 25 Absatz 3 Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes unberührt.

- (3) –
- (4) Lehnt der Soldat eine zumutbare ärztliche Maßnahme ab und wird dadurch seine Dienst- oder Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt, kann ihm die Versorgung insoweit versagt werden. Nicht zumutbar ist eine ärztliche Maßnahme, die mit einer erheblichen Gefahr für Leben oder Gesundheit verbunden ist.

zwischen auf breiter Ebene deutlich gemacht, dass Gesundheitsschutz keine Nebensache ist. Angesichts der überragenden Bedeutung des Infektionsschutzes zeigt die Entscheidung mit Blick auf das Infektionsschutzgesetz und die Gesunderhaltungspflicht des § 17a SG, dass Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der Verhütung übertragbarer Krankheiten verpflichtet sind, Schutzimpfungen zu dulden, um die Einsatzbereitschaft militärischer Verbände und die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr zu gewährleisten. Die Entscheidung ist wegen des gleichgelagerten Infektionsrisikos mit dem Coronavirus als wegweisend für COVID-19-Impfungen anzusehen. Soldatinnen und Soldaten gehen daher bei Verweigerung an der Teilnahme einer COVID-19-Impfung das Risiko ein, ein Dienstvergehen gemäß § 23 Abs. 1 SG zu begehen, das je nach Gewicht mit einer einfachen (§ 22 Abs. 1 WDO) oder gerichtlichen (§ 58 in Verbindung mit § 38 WDO) Disziplinarmaßnahme geahndet werden kann und unter Umständen mit einer Beeinträchtigung ihrer militärischen Laufbahn und ihres beruflichen Fortkommens verbunden sein kann.

Im Übrigen wird zusätzlich auf den oben in der Fußnote abgedruckten Wortlaut des § 17a Abs. 4 Satz 1 SG (Versagung der Versorgung ...) und Satz 2 SG (Nicht-Zumutbarkeit ...) hingewiesen.

Anmerkung und Hinweis für die Praxis

Die Corona-Pandemie mit den hohen Infektionszahlen hat in-

Exklusiv für DBwV-Mitglieder!

Oster - Gewinnspiel

Mitmachen und gewinnen!



Seit rund 40 Jahren ist FöG-Partner Medirenta erfolgreich im Dienste seiner Mandanten unterwegs und übernimmt als Beihilfeberater für Privatversicherte, Beamte und deren Angehörige sämtliche Abrechnungstätigkeiten mit der Beihilfestelle, der Kranken- und der Pflegekasse. Heute aber geht es ausnahmsweise einmal nicht darum, Licht in den Abrechnungsdschungel zu bringen. Heute möchten wir von Medirenta den Osterhasen entlasten und Ihnen eine Freude bereiten! **Wir verschenken 11 unserer beliebten „Beihilfe Geschichten“,** die Bücher mit den kurzweiligen Erzählungen rund um das Thema Beihilfe.

Schreiben Sie uns eine E-Mail mit Ihrer Anschrift an osterhase@medirenta.de, und wir schicken den Gewinnern eines unserer rar gewordenen Exemplare zu. Wie es sich für einen eiligen Hasen gehört, möchte er sichergehen, dass Sie Ihr Buch rechtzeitig erhalten. Daher berücksichtigen wir Einsendungen bis zum **24. März 2021**.



Wer als Beihilfeberechtigter sichergehen möchte, hinsichtlich der Krankenkostenabrechnungen wirklich alles für sich und seine Angehörigen getan zu haben, kann einen Beihilfeberater einschalten.

Der Beihilfeberater

MEDIRENTA bietet als Beihilfeberater den Komplett-Service rund um die Kranken- und Pflegekosten Beihilfeberechtigter und ihrer Angehörigen. In der Regel schickt man als Mandant oder Angehöriger einfach alles, die Krankenkosten betreffend, dem Beihilfeberater – der kümmert sich um alles Weitere.

Immer ein Gewinn – **der Volltarif** für den Komplett-Service der Medirenta zu besonders günstigen Konditionen. Oder **der Notfalltarif**, der Sie und Ihre ganze Familie absichert, für den Fall, dass Sie persönlich nicht mehr handlungsfähig sind.

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!



Tel. 030 / 27 00 00

www.medirenta.de

Jetzt anmelden:

16. Petersberger Gespräche zur Sicherheit

Ein hochkarätig besetztes Podium diskutiert über die Weiterentwicklung der Nato.



Foto: DBwV/Scheurer

Wolfgang Hellmich (r.), hier bei einem Besuch beim DBwV-Bundesvorsitzenden Oberstleutnant André Wüstner im April 2018, das Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes und die Gesellschaft für Sicherheitspolitik laden zu den Petersberger Gesprächen ein, die diesmal online stattfinden.

karätig besetzten Podiums lautet in diesem Jahr: Die Weiterentwicklung der Nato.

Das Bündnis steht vor großen Herausforderungen. Die sicherheitspolitische Lage in und um Europa hat sich verschärft. Nach der russischen Annexion der Krim und der russischen Intervention in der Ostukraine hat sich das Verhältnis der Nato zu Russland verschlechtert.

China behauptet sich auf globaler Ebene und investiert massiv in neue militärische Fähigkeiten. In außenpolitischen Fragen vertreten die USA und viele europäische Staaten häufig gegensätzliche Positionen.

Die Nato hat auf diese Lage reagiert, 2020 einen Reflexionsprozess eingeleitet und eine Gruppe hochrangiger Experten beauftragt, Visionen für die Nato im Jahr 2030 zu ent-

wickeln. Das Resultat der Analyse wurde im Dezember 2020 unter dem Titel „Nato 2030: United for a New Era“ vorgestellt. Die Empfehlungen sollen die Grundlage für ein neues strategisches Konzept der Nato bilden.

Für die Petersberger Gespräche konnten die Veranstalter den Chairman der Experten-Gruppe, Minister a.D. Thomas de Maizière, für eine Keynote gewinnen. Im Anschluss an die Keynote diskutieren SPD-Chef Norbert Walter-Borjans, Staatsminister Niels Annen, GSP-Präsident Professor Johannes Varwick, die Wehrbeauftragte Eva Högl und der DBwV-Bundesvorsitzende André Wüstner. Die Moderation übernimmt auch in diesem Jahr Oberst a.D. Hans-Joachim Schaprian. Ihre Fragen können Sie im Anschluss an die Diskussionsimpulse per Chat stellen.

Sie können sich für die Teilnahme an der Online-Veranstaltung auf der Seite des Bildungswerkes, unter www.bildungswerk-dbww.de/veranstaltungen, anmelden. Dort finden Sie auch den vollständigen Programmflyer. Nach Ihrer Registrierung erhalten Sie alle weiteren Informationen automatisch per E-Mail. Für die Teilnahme über Zoom ist lediglich ein internetfähiges Endgerät notwendig, eine Kamera oder ein Mikrofon werden nicht benötigt. Es ist nicht notwendig, ein Programm zu installieren, Sie können Zoom über Ihren Browser nutzen. **OK**

Das Bildungswerk hat eine neue Homepage!

Das neue Logo ist natürlich auch darauf.

Berlin. Das Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes hat eine neue Homepage. Seit dem 17. Februar ist die Seite unter www.bildungswerk-dbww.de zu erreichen und hat die Seite der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung und die Unterseiten des MGI auf der DBwV-Homepage abgelöst. Auf der neuen Seite des Bildungswerkes finden Interessierte nun alle Informationen zu sicherheitspolitischen Veranstaltungen, Seminaren zur politischen Bildung und zur Alterssicherung sowie Schulungen zu den Berechtigungen.

Dem Relaunch vorangegangen war die Gestaltung eines neuen Logos. Bei der Konzeptionierung wurden mehrere Leitgedanken berücksichtigt. Um die Verbindung zum



DBwV sichtbar zu machen, wurde dieselbe Schriftart verwendet, wie sie der DBwV in seinem eigenen Corporate Design nutzt. Auch wurde das Verbandswappen schematisch in das Bildungswerkslogo integriert. In der Farbwahl des Logos wiederum orientierte sich das Bildungswerk an seinen beiden Vorgängerorganisationen: der KTMS und dem MGI, die beide blaue Logos verwendet haben. Da das Bildungswerk in der Tradition der beiden steht und ihre Aufgaben fortführt, sollte auch

diese Verbindung zum Ausdruck gebracht werden. Die Vielschichtigkeit seiner Arbeit wie seines Bildungsangebots – sicherheitspolitische Veranstaltungen, politische Bildung, Schulungen zu Berechtigungen und Alterssicherungsseminare – wird indes durch die übereinanderliegenden Polygone symbolisiert. Zugleich steht das Polygonmuster nicht zuletzt in der Bundeswehr selbst für eine moderne Abstraktion des Tarnflecks. Durch die Verwendung der Polygone soll also auch die Verbindung zu den Streitkräften unseres Landes zum Ausdruck gebracht werden, in deren Dienst sich das Bildungswerk mit seiner Arbeit maßgeblich stellt.

Im Herbst letzten Jahres haben die Mitgliederversammlungen der KTMS und des MGI die Fusion der beiden Bildungseinrichtungen beschlossen. Seit dem 1. Januar 2021 gibt es nur noch das Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes. **OK**

Grund- und Spezialschulungstermine für Personalvertreter

Vormals
Manfred-Grodzki-
Institut

Das Angebot des Bildungswerkes für 2021

Grundlagen des BPersVG für Personalvertreter (Grundschulung Teil I)

21. - 25.06.2021	Grundschulung	Königswinter
19. - 23.07.2021	Grundschulung	Königswinter
04. - 08.10.2021	Grundschulung	Königswinter
26. - 30.04.2021	Grundschulung	Woltersdorf
17. - 21.05.2021	Grundschulung	Moritzburg
18. - 22.10.2021	Grundschulung	Moritzburg
01. - 05.11.2021	Grundschulung	Moritzburg
13. - 17.12.2021	Grundschulung	Moritzburg
12. - 16.04.2021	Grundschulung	Freising
17. - 21.05.2021	Grundschulung	Freising
04. - 08.10.2021	Grundschulung	Freising
06. - 10.12.2021	Grundschulung	Freising
03. - 07.05.2021	Grundschulung	Duderstadt
13. - 17.09.2021	Grundschulung	Duderstadt
06. - 10.12.2021	Grundschulung	Duderstadt

Grundlagen des SBG für Soldaten im Personalrat (Grundschulung Teil II)

12. - 14.04.2021	Grundschulung Teil II	Königswinter
25. - 27.10.2021	Grundschulung Teil II	Königswinter
13. - 15.09.2021	Grundschulung Teil II	Königswinter
22. - 24.11.2021	Grundschulung Teil II	Woltersdorf
23. - 25.08.2021	Grundschulung Teil II	Woltersdorf

28. - 30.06.2021	Grundschulung Teil II	Freising
27. - 29.09.2021	Grundschulung Teil II	Freising
14. - 16.06.2021	Grundschulung Teil II	Duderstadt
18. - 20.10.2021	Grundschulung Teil II	Duderstadt

Erweiterte Grundschulung für Arbeitnehmer

11. - 15.10.2021	Arbeits-/Tarifrechtliche Grundlagen (TVÖD, TVEntgO)	Königswinter
------------------	---	--------------

Spezialschulungen

28.06. - 02.07.2021	Mobbing in der Bundeswehr	Königswinter
30. - 01.09.2021	Arbeitszeitgestaltung	Woltersdorf
06. - 10.09.2021	Geschäftsführung im Personalrat	Königswinter
08. - 10.11.2021	Wertschätzend kommunizieren	Königswinter
29.11. - 01.12.2021	Konflikte in der Dienststelle	Königswinter
06. - 09.12.2021	Burnout im Dienstalltag	Königswinter

Fachtagungen

29.11. - 01.12.2021	Fachtagung für Fachberater der Dienststellenleitung zum BPersVG/ SBG	Woltersdorf
08. - 10.11.2021	Fachtagung für Dienststellenleiter zum BPersVG/ SBG	Woltersdorf

Vertrauenspersonen und stellvertretende Vertrauenspersonen, die neu in ihr Amt gewählt wurden, sollen auf Brigadeebene in Seminarform ausgebildet werden (SBG § 20 Abs.5). Wir bieten dies ab 25 Teilnehmern als Inhouseschulung an. Das Angebot erhalten Sie gerne auf Anfrage.

Nähere Informationen erhalten Sie direkt über unsere Geschäftsstelle:

Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes e.V.

Telefon: (030) 259260 - 4500

E-Mail: bildungswerk@dbwv.de

Ihre Ansprechpartner

Telefonische Erreichbarkeit für Rechtsauskünfte über das Service-Center: (030) 259260-2222

Mo. bis Do. von 8 bis 17 Uhr sowie

Fr. von 8 bis 14 Uhr

Nur Mitglieder (bitte Mitgliedsnummer bereithalten) haben Anspruch auf Beratung und Auskünfte in dienstlichen Angelegenheiten. Wegen Terminen, einer gerade laufenden Beratung oder um Anfragen konzentriert zu beantworten, arbeiten wir oft mit Rückrufen. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Schreiben Sie gerne auch eine E-Mail an die unten stehenden E-Mail-Adressen.

Abteilung Recht:

Abteilungsleiter:	Sebastian Lohmüller	alr@dbwv.de
Abt.-Tel.:		(030) 259260-2222
Abt.-E-Mail:		recht@dbwv.de
stv. Abteilungsleiter:	Jens Körting	
Abteilungssekretärin:	Guilia Mewes	

Referat R 1: Versorgung **r1@dbwv.de**

Referatsleiter:	Jens Körting
Referentin:	Sarah Jane Lange
Sachbearbeiter:	Charlotte Steinseifer, Thomas Kamenzky

Referat R 2: Dienst-, Disziplinar- und Strafrecht **r2@dbwv.de**

Referatsleiterin:	Sandra Borchert
stv. Referatsleiterin:	Elena Nothelle
Referentin:	N. N.
Sachbearbeiter:	Marco Semmler, Oliver Schoknecht, Thomas Pech, Halime Vieira da Costa

Referat R 3: Besoldung und Besoldungsnebengebiete **r3@dbwv.de**

Referatsleiter:	Jean-Baptiste Abel
Referent:	N. N.
Referentin:	Anika Scharlau

Referat R 4: Betreuung und Fürsorge, Auslandseinsätze **r4@dbwv.de** **einsatzbetreuung@dbwv.de**

Referatsleiterin:	Katja Gersemann
Referentin:	Sophie Heine

Referat R 5: Beteiligungsrechte, zivile Beschäftigte, Europa **r5@dbwv.de**

Referatsleiterin:	Juliane Richter
Referent/-in:	Sebastian Hinz, Sylvia Tittel
Sachbearbeiter:	Jennifer Wischnewski, Lisa Köhler

Referat R 6: Angelegenheiten der Soldaten auf Zeit, Reservisten und FWDL **r6@dbwv.de**

Referatsleiter:	Jöran Miltsch
Referent:	Markus Vogt
Sachbearbeiter:	Micha Nitsch

Abteilung Politik

Abteilungsleiter:	Fritz von Korff	
Abt.-Tel.:		(030) 259260-2270
Abt.-Fax:		(030) 259260-82701
Abt.-E-Mail:		abtpol@dbwv.de

Sachgebiet Rechtsschutz DBWV

(Rechtsschutz in dienstlichen Angelegenheiten)

Sachgebietsleiterin:	Juliane Breitzke	
Sachbearbeiterinnen:	Kerstin Schnalle, Mandy Lange	
Telefon:		(030) 259260-2222
Fax:		(030) 259260-82222
E-Mail:		rechtsschutz@dbwv.de

Abteilung Controlling, Finanzen und verbandliche Kommunikation

Abteilungsleiterin:	Kerstin Schröder	
Assistentin:	Eva Eutebach	
Abt.-Tel.:		(030) 259260-641
Abt.-E-Mail:		control@dbwv.de

Sachbearbeiterin für den Landesverband West, Ausland und Auslandseinsätze

Nancy Ehnert	nancy.ehnert@dbwv.de
	(030) 259260-2653

Sachbearbeiterin für den Landesverband Ost

Mandy Bartelt	mandy.bartelt@dbwv.de
	(030) 259260-2654

Sachbearbeiterin für den Landesverband Nord

Ramona Mlodoch	ramona.mlodoch@dbwv.de
	(030) 259260-2658

Sachgebietsleiterin und Sachbearbeiterin für den Landesverband Süddeutschland, Ausland und Auslandseinsätze

Daniela Frick	daniela.frick@dbwv.de
	(030) 259260-2645

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Sprecher:

Jan Meyer	(030) 259260-2108 01522-2626807
Fax:	(030) 259260-82108
E-Mail:	jan.meyer@dbwv.de

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Abteilungsleiter:	Frank Jungbluth	(030) 259260-2401
Abt.-Tel.:		(030) 259260-2423
Abt.-Fax:		(030) 259260-82423
Abt.-E-Mail:		presse@dbwv.de
Online-Redaktion:		online@dbwv.de

Abteilung Service und Betrieb:

Auskunft zu allen Angelegenheiten rund um Ihre Mitgliedschaft und den Bereich Ehrungswesen
SERVICE-CENTER

Telefon:	(030) 259260-2888
E-Mail:	service@dbwv.de ehrungen@dbwv.de
Web:	www.dbwv.de

Organisation Mitarbeitervertretung

Abt.-Telefon:	(030) 259260-2280
Abt.-Fax:	(030) 259260-5299
Abt.-E-Mail:	mitarbeitervertretung@dbwv.de
Internet:	www.dbwv.de/mav
Sachgebietsleiter:	Martin Schulte
Telefon:	(030) 259260-2285
Personalversammlungen sollen per E-Mail an personalversammlung@dbwv.de angezeigt werden.	

Förderungsgesellschaft (FÖG)

Fax: (030) 259260-84530
 E-Mail: foeg@dbwv.de
 Geschäftsführer: Norbert Günster (030) 259260-4531
 Sekretariat: Sabina Talambuta (030) 259 260 4535
 Sandra Fiedler (030) 259260-4534
 Versicherungen: Gruppennummer: (030) 259260-4530
 E-Mail: versicherungsteam@foeg.de

Servicebeauftragte der FÖG:

LV Nord Klaus Pellenz 0152-22626785
 E-Mail: klaus.pellenz@dbwv.de
LV West Klaus-Dieter Niemzok 0152-22626784
 E-Mail: klaus.dieter.niemzok@dbwv.de
LV Süddeutschland Ullrich Seelmann 0152-22626782
 E-Mail: ullrich.seelmann@dbwv.de
LV Ost Lothar Zellmann 0152-22626783
 E-Mail: lothar.zellmann@dbwv.de

Datenschutzbeauftragter

Dr. Stefan Drewes (0228) 90248-070 datenschutzbeauftragter@dbwv.de

Datenschutzkoordinator

Oliver Krause (030) 259260-4571 datenschutz@dbwv.de

Bildungswerk des Deutschen BundeswehrVerbandes e.V.

Geschäftsstelle: Stresemannstraße 57, 10963 Berlin
 Fax: (030) 259260-84570
 E-Mail: bildungswerk@dbwv.de
 Geschäftsführer: Oliver Krause (030) 259 260 4571
 oliver.krause@dbwv.de
 Sekretariat: Claudia Krämer (030) 259260-4570
 claudia.kraemer@dbwv.de
 Seminarleiter: Stephan Ursuleac (030) 259260-4574
 stephan.ursuleac@dbwv.de
 Eberhard Mandel (030) 259260-4577
 eberhard.mandel@dbwv.de
 Ella Riemer 0152-22626724
 ella.riemer@dbwv.de
 Franziska Kelch 0171-3641619
 franziska.kelch@dbwv.de
 Christian Ziegler (030) 259260-4575
 christian.ziegler@dbwv.de

Soldaten und Veteranen Stiftung (SVS)

Katrin van Treek (030) 235990-596
 katrin.vantreek@dbwv.de

Deutscher BundeswehrVerband

Bundesgeschäftsstelle **Telefon: (030) 259260-0,**
Stresemannstraße 57, Fax: (030) 259260-9999
10963 Berlin www.dbwv.de
E-Mail: service@dbwv.de

Anzeige

BAS-GOLFTURNIER
 Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V.

Termine 2021:
18. Mai & 24. August

Jetzt anmelden!

Einzel nach Stableford > vorgabenwirksam <
DGV-Stammvorgabe 0-36,
Spielvorgabe 37-54, 18-Loch

Turnier 1: **18. Mai 2021**
Golfplatz Prenen

Turnier 2: **24. August 2021**
Golfpark Soltau

BAS

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (BAS) ist ein Dachverband, der in der Soldatenbetreuung engagierten Institutionen. Der Verein unterstützt und fördert Veranstaltungen und Vorhaben zur Betreuung von Soldaten der Bundeswehr und Soldaten verbündeter Streitkräfte. Neben den beiden kirchlichen Organisationen, Evangelische und Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, gehören der BAS auch der Reservistenverband, der Deutsche Bundeswehrverband, das Bundeswehrsozialwerk, der Caritasverband Koblenz sowie die Soldaten- und Veteranen-Stiftung an.

TURNIER-INFOS

Teilnehmerkreis: max. 104 aktive und ehemalige Soldaten

<p>Turnier 1: 18. Mai 2021 Golfplatz Prenen Waldweg 3, 16348 Prenen (bei Berlin)</p> <p>Anmeldung bis 10.05.2021 unter www.EAS-Berlin.de oder direkt über den QR-Code</p> 	<p>Turnier 2: 24. August 2021 Golfpark Soltau Hof Loh, 29614 Soltau</p> <p>Anmeldung bis 16.08.2021 unter www.EAS-Berlin.de oder direkt über den QR-Code</p> 
---	---

Startgeld: 65 € p.P.

Inklusive:

- Greenfee für eine Einspielrunde am Vortag
- Kostenlose Übungsbälle auf der Driving Range (Vortag & Turniertag)
- Rundensnack „to go“ am Turniertag
- Startgeld/Greenfee am Turniertag
- Grillbuffet nach dem Turnier

Zum Turniertag: Anmeldung bei der Spielleitung bis 09.00 Uhr
 Spielbeginn: 10.00 Uhr Kanonenstart
 Spielform: Einzel nach Stableford – vorgabenwirksam
 Abschläge: Herren gelb / Damen rot
 Auslosung: Start in Viererflights
 Spielleitung: Andreas Brandes
 Preise/Wertung: 1. und 2. Brutto, 1. bis 3. Netto in bis zu drei Nettoklassen
 Sonderpreise: Nearest to the pin / getrennte Wertung
 Longest Drive / getrennte Wertung

**Hauptmann a.D.****Jakob Krichel**

7.1.1936 – 21.9.2019

Köln

KERH Köln-Porz-Wahn

Tosca Biermeier

19.5.1921 – 19.11.2019

München

KERH München

Major a.D.**Horst Engler**

22.5.1937 – 12.12.2019

München

KERH München

Oberstleutnant a.D.**Lothar Nitsche**

6.9.1951 – 16.12.2019

Homburg

KERH Gießen

Hauptgefreiter d.R.**Wolfgang Krutow**

9.11.1953 – 8.2.2020

Stadland

KERH Bremerhaven

Oberfeldwebel**Ulrich Bollig**

3.10.1960 – 15.2.2020

Salmatal

Oberstleutnant a.D.**Wolfgang Spott**

31.12.1944 – 8.3.2020

Rastede

KERH Oldenburg und Umgebung

Stabsfeldwebel a.D.**Manfred Fislake**

23.6.1940 – 8.5.2020

Wesseling

KERH Köln

Gisela Schlepner

21.12.1947 – 25.5.2020

Lunden

KERH Dithmarschen

Brigadegeneral a.D.**Herbert Hagenbruck**

11.12.1928 – 3.6.2020

München

KERH München

Stabsbootsmann a.D.**Walter Karasienski**

27.10.1931 – 27.6.2020

Altenholz

KERH Kiel-Holtenau

Dagmar Frank

18.6.1929 – 28.6.2020

München

KERH München

**Trauer um General a.D. Karl-Heinz Lather**

Tiefe Betroffenheit hat die Nachricht vom Tod von General a.D. Karl-Heinz Lather beim Deutschen Bundeswehr-Verband ausgelöst, der damit ein langjähriges und treues Mitglied verliert. Im September 2007 wurde Lather zum

General ernannt und Stabschef im Nato-Hauptquartier SHAPE, drei Jahre später wurde er mit einem Großen Zapfenstreich in den Ruhestand verabschiedet. Am 13. Februar starb Karl-Heinz Lather unerwartet im Alter von 72 Jahren.

Stabsfeldwebel a.D. Gerhard Stärk, Landesvorsitzender Süddeutschland, erinnert sich: „Schon während meiner aktiven Dienstzeit hatte ich unendlich viele Kontakte und Gespräche mit ihm. Er war ein Vorgesetzter mit dem Herz am rechten Fleck. Noch im Juni 2019 habe ich ihn für seine 50-jährige Mitgliedschaft beim Verband ausgezeichnet. Mit General a.D. Lather haben wir einen ganz besonders bemerkenswerten Kameraden und Menschen verloren. Meine Gedanken und mein Mitgefühl sind bei Frau Lather und der Familie, da auch Frau Lather dem DBwV sehr verbunden war.“ Der Verband wird General a.D. Karl-Heinz Lather in bleibender Erinnerung und sein Andenken stets in Ehren halten.

Bärbel Buddendieck

28.4.1935 – 7.7.2020

Doerverden-Barme

KERH Barme/Verden

Elfi Barbknecht

29.4.1931 – 24.7.2020

Köln

KERH Köln

Kapitänleutnant a.D.**Klaus Klatte**

26.3.1937 – 31.7.2020

Wurster Nordseeküste

KERH Nordholz

Feldwebel**Andreas Wagner**

22.3.1954 – 31.7.2020

Northeim

Hauptmann a.D.**Ferdinand Rolf**

8.6.1937 – 5.8.2020

Stockelsdorf

KERH Lübeck und Umgebung

Obergefreiter d.R.**Alfred Syrový**

1.6.1955 – 5.8.2020

Gelsenkirchen

KERH Ruhrgebiet

Obermaat d.R.**Erich Bahr**

27.5.1948 – 14.8.2020

Fehmarn

KEHR Ostholstein

Ingeborg Bödeker

2.1.1931 – 19.8.2020

Aurich

KERH Ems-Dollart-Region

Stabsfeldwebel a.D.**Ulrich Wolf**

8.12.1942 – 20.8.2020

Horb

Zollernalb

Gefreiter**Brian Müller**

26.4.2000 – 26.8.2020

Wetzlar

Oberstleutnant a.D.**Herbert Blum**

26.9.1946 – 27.8.2020

Winterlingen

Zollernalb

Oberstleutnant a.D.**Hans Seger**

8.8.1946 – 15.9.2020

Hergersweiler

KERH Südliche Weinstraße

Oberleutnant a.D.**Rudolf Haas**

4.4.1947 – 16.9.2020

Köln

KERH Köln

Hauptgefreiter d.R.**Heinz Horlbeck**

3.8.1952 – 16.9.2020

Ennepetal

KERH Hemer

Hans-Jürgen Zorn

14.6.1961 – 4.10.2020

Bonn

KERH Großraum Bonn

Hauptmann a.D.**Hans-Gert Pörschmann**

16.2.1939 – 8.10.2020

Eltville

KERH Mainz-Wiesbaden

Stabsfeldwebel a.D.**Wilfried Neumann**

24.8.1936 – 12.10.2020

Hage

KERH Ems-Dollart-Region

Major a.D.**Josef Buß**

25.3.1936 – 13.10.2020

Bad Zwischenahn

KERH Oldenburg und Umgebung

Oberstabsfeldwebel a.D.**Olaf Bauer**

21.11.1962 – 13.10.2020

Colditz

KERH Leipzig

Oberst a.D.**Dieter Wilfert**

22.3.1937 – 14.10.2020

Sankt Augustin

KERH Sankt Augustin

Oberstleutnant d.R.**Horst Pelz**

9.9.1949 – 16.10.2020

Duisburg

KERH Ruhrgebiet

Oberstabsfeldwebel a.D.**Hermann Spörl**

16.10.1940 – 16.10.2020

Oldenburg

KERH Oldenburg und Umgebung

Marianne Beck

16.5.1930 – 18.10.2020

Traunstein

KERH Traunstein

Bootsmann**Raphael Vögeler**

21.7.1994 – 18.10.2020

Kevelaer

- Stabsunteroffizier d.R.
Karl-Heinz Hannig**
17.5.1943 – 20.10.2020
Osterhofen
Deggendorf
- Fregattenkapitän a.D.
Hans-Jürgen Grubert**
23.7.1946 – 22.10.2020
Kappeln
KERH Kappeln
- Oberstabsfeldwebel a.D.
Heinz Müller**
16.12.1933 – 27.10.2020
Bielefeld
KERH Lippe-Detmold
- Oberstleutnant a.D.
Dieter Horst Lange**
5.6.1933 – 6.11.2020
Kempten
KERH Kempten
- Oberstabsfeldwebel a.D.
Joachim Füssel**
7.7.1944 – 7.11.2020
Hörstel
KERH Rheine
- Oberfeldwebel d.R.
Reinhard Klein**
15.8.1957 – 9.11.2020
Bitburg
KERH Eifel
- Oberstabsfeldwebel a.D.
Gerhard Götzl**
4.4.1941 – 12.11.2020
Waghäusel
KERH Bruchsal
- Hauptmann a.D.
Detlef Thiel**
24.12.1934 – 12.11.2020
Bergheim
KERH Köln
- Christine Pool**
6.12.1943 – 13.11.2020
Bad Salzdetfurth
ERH Hildesheim
- Karla Fischer**
24.5.1926 – 16.11.2020
Trittau
KERH Bad Segeberg
- Stabsfeldwebel a.D.
Eberhard Wüsteney**
7.4.1939 – 17.11.2020
Lehrte
KERH Region Hannover
- Gefreiter d.R.
Hartmut Jakob**
25.1.1944 – 18.11.2020
Hornburg
KERH Braunschweig
- Stabsfeldwebel a.D.
Peter Reköndt**
7.1.1937 – 19.11.2020
Brühl
KERH Köln
- Oberstabsarzt d.R.
Alexander Moor**
29.1.1959 – 19.11.2020
Dillenburg
KERH Dill-Sieg
- Marion Robens**
12.7.1928 – 22.11.2020
Bühlertann
KERH Ellwangen
- Stabsfeldwebel a.D.
Günter Fletterer**
2.4.1935 – 25.11.2020
Fuldataal
KERH Kassel-Hofgeismar
- Feldwebel
Rolf-Wolfgang Oehm**
31.1.1958 – 25.11.2020
Königswinter
- Hauptmann
Frank Ruppenthal**
14.12.1964 – 26.11.2020
Kaufbeuren
- Oberst a.D.
Dr. Winfried Müller**
4.3.1936 – 27.11.2020
Löbau
KERH Löbau
- Ilse Kendziora**
4.2.1931 – 29.11.2020
Merzig
KERH Merzig
- Generalmajor a.D.
Hartmut Behrendt**
30.5.1935 – 30.11.2020
Isernhagen
KERH Region Hannover
- Stabsfeldwebel a.D.
Richard Köckeritz**
1.2.1932 – 30.11.2020
Hannover
KERH Nienburg
- Stabsbootsmann a.D.
Dieter Weibrecht**
9.3.1938 – 1.12.2020
Wildeshausen
KERH Ahlhorn
- Hauptmann a.D.
Helmut Claussen**
12.5.1939 – 1.12.2020
Telgte
KERH Münster
- Oberstleutnant a.D.
Gerhard Thomsen-Ralfs**
25.8.1952 – 1.12.2020
Emmering
KERH Fürstenfeldbruck-
Dachau
- Marianne Becker**
17.1.1947 – 2.12.2020
Schwanewede
KERH Schwanewede/Bremen-
Nord
- Betti Eberl**
8.3.1926 – 3.12.2020
München
KERH München
- Ingrid Kloß**
21.8.1924 – 4.12.2020
Adendorf
KERH Lüneburg
- Hauptmann
Frank Jaß**
8.1.1971 – 5.12.2020
Gusborn
- Leutnant
Christina Mundt**
11.8.1988 – 6.12.2020
Königsbronn
- Hauptmann a.D.
Sigmar Rohde**
21.10.1936 – 7.12.2020
Timmendorfer Strand
KERH Lübeck und Umgebung
- Oberstleutnant
Fernand Zierenner**
24.5.1971 – 7.12.2020
Zschaitz-Ottewig
- Oberstleutnant a.D.
Johann-Friedrich Eitz**
1.10.1936 – 7.12.2020
Erftstadt
KERH Köln
- Oberstleutnant a.D.
Michael Wibbeke**
23.8.1948 – 8.12.2020
Paderborn
KERH Paderborn
- Stabsfeldwebel a.D.
Axel Bansleben**
22.4.1963 – 8.12.2020
Brandenburg
KERH Brandenburg an der
Havel
- Hedwig Egly**
19.4.1943 – 8.12.2020
Kiel
KERH Kiel-Süd
- Stabsfeldwebel a.D.
Franz Hegele**
13.7.1938 – 8.12.2020
Bad Waldsee
KERH Bad Waldsee
- Gertrud Fries**
27.6.1922 – 8.12.2020
Würzburg
KERH Würzburg/Veitshöch-
heim
- Oberstleutnant a.D.
Volker Eichbaum**
12.5.1936 – 9.12.2020
Gräfelfing
KERH München
- Maria Neuhaus**
27.11.1927 – 10.12.2020
Münster
KERH Münster
- Stabsfeldwebel a.D.
Jürgen Strauth**
23.7.1948 – 10.12.2020
Lahnstein
KERH Koblenz/Lahnstein
- Hauptmann a.D.
Hans-Joachim Perl**
19.6.1956 – 10.12.2020
Nienhagen
KERH Magdeburg
- Hauptmann a.D.
Adolf Drescher**
23.9.1934 – 10.12.2020
Unterföhring
KEHR München
- Oberst a.D.
Werner Hausdorf**
25.4.1930 – 13.12.2020
Dresden
KERH Dresden
- Stabsfeldwebel a.D.
Dieter Arend**
24.3.1952 – 14.12.2020
Lüneburg
KERH Lüneburg
- Hauptmann a.D.
Klaus-Ulrich Henning**
20.8.1943 – 14.12.2020
Wettringen
KERH Rheine
- Stabsfeldwebel a.D.
Herbert Ulrich Bröde**
13.4.1934 – 14.12.2020
Hohenlockstedt
KERH Steinburg-Itzehoe
- Karl-Heinz Weinbach**
6.5.1944 – 14.12.2020
Dorsten
KERH Borken
- Oberbootsmann d.R.
Norbert Heller**
14.4.1936 – 15.12.2020
Preetz
KERH Lütjenburg
- Irmgard Hoppe**
31.5.1929 – 15.12.2020
Eggebek
KERH Tarp
- Irmgard Beike**
13.12.1930 – 15.12.2020
Würzburg
KERH Würzburg/Veitshöch-
heim
- Ingrid Will**
19.4.1932 – 15.12.2020
Schortens
KERH Jever/Schortens
- Stabsunteroffizier d.R.
Wilhelm Swoboda**
5.4.1947 – 15.12.2020
Ilvesheim
KERH Rhein-Neckar
- Stabsfeldwebel a.D.
Harald Lange**
10.8.1958 – 16.12.2020
Weilerswist
KERH Kreis Euskirchen
- Feldwebel d.R.
Horst Kohnert**
19.8.1942 – 16.12.2020
Rees
KERH Unterer Niederrhein

**Oberstabsfeldwebel a.D.
Helmut Arndt**

31.1.1933 – 17.12.2020
Aachen
KERH Aachen

**Stabsfeldwebel a.D.
Udo Garbade**

10.7.1942 – 17.12.2020
Oldenburg
KERH Oldenburg und Um-
gebung

**Oberstleutnant a.D.
Siegfried Maibuhr**

6.8.1929 – 18.12.2020
Halberstadt
KERH Nordharz

**Stabsfeldwebel a.D.
Horst Gehring**

30.11.1933 – 18.12.2020
Walldürn
KERH Walldürn

**Oberstleutnant a.D.
Gerhard Held**

15.12.1936 – 19.12.2020
Dornstadt
KERH Ulm/Neu-Ulm

**Oberstleutnant a.D.
Ehrenfried Flügel**

3.11.1938 – 19.12.2020
Weißwasser
KERH Weißwasser

**Fregattenkapitän a.D.
Jürgen von Gaza**

7.9.1920 – 19.12.2020
Itzehoe
KERH Steinburg-Itzehoe

**Hauptmann a.D.
Friedrich-Wilhelm
Stindtmann**

18.4.1932 – 20.12.2020
Bonn
KERH Großraum Bonn

**Feldwebel
Michael Minschke**

1.8.1952 – 20.12.2020
Karlsruhe

**Hauptmann a.D.
Manfred Gandert**

6.3.1946 – 21.12.2020
Dresden
KERH Dresden

**Stabsunteroffizier d.R.
Karl-Heinz Andre**

13.11.1953 – 21.12.2020
Schiffdorf-Bramel
KERH Bremerhaven

**Hauptgefreiter d.R.
Rolf Vogel**

14.9.1950 – 21.12.2020
Bornheim
KERH Großraum Bonn

**Stabsbootsmann a.D.
Jürgen Mozarski**

10.8.1940 – 21.12.2020
Wilhelmshaven
KERH Wilhelmshaven

**Oberstleutnant d.R.
Helmut Lerch**

15.5.1944 – 21.12.2020
Stuttgart
KERH Stuttgart

Barbara Kaul-Bleser

20.12.1947 – 21.12.2020
Betzenstein
KERH Bayreuth

**Stabsbootsmann a.D.
Heinz Achterberg**

16.11.1941 – 22.12.2020
Preetz
KERH Lütjenburg

Vera Bruhn

6.9.1940 – 22.12.2020
Rosdorf
KERH Steinburg-Itzehoe

**Stabsfeldwebel a.D.
Edgar Stübs**

7.12.1931 – 22.12.2020
Walldürn
KERH Walldürn

**Oberstleutnant a.D.
Klaus Palm**

7.12.1929 – 23.12.2020
Idar-Oberstein
KERH Idar-Oberstein

**Oberstleutnant a.D.
Manfred Leistner**

13.12.1958 – 23.12.2020
Weilheim
KERH Starnberg-Tutzing-Weil-
heim

**Hauptmann a.D.
Franz Martin**

23.5.1930 – 24.12.2020
Germeringen
KERH Kaufbeuren

**Stabsbootsmann a.D.
Karl-Heinz Finger**

26.1.1928 – 24.12.2020
Kiel
KERH Kiel-Ost

Anni Emde

2.12.1927 – 24.12.2020
Bad Arolsen
KERH Bad Arolsen-Wolfhagen

Brigitte Kratzel

19.7.1938 – 24.12.2020
Idar-Oberstein
KERH Idar-Oberstein

**Oberfeldwebel
Axel Jensen**

20.2.1964 – 24.12.2020
Bordelum

Gisela Lubbe

29.10.1946 – 24.12.2020
Dortmund
KERH Unna

**Generalmajor a.D.
Christmuth Eberlein**

18.12.1935 – 25.12.2020
Meckenheim
KERH Großraum Bonn

**Unteroffizier a.D.
Klaus Baum**

26.5.1954 – 25.12.2020
Allstedt
KERH Artern/Bad Franken-
hausen

**Oberstleutnant a.D.
Egon Doberenz**

21.4.1929 – 25.12.2020
Dresden
KERH Dresden

Dörte Sixt

13.9.1945 – 26.12.2020
Kaufering
KERH Landsberg

**Oberstleutnant a.D.
Otto Heinrich Fritzel**

6.1.1937 – 26.12.2020
Kaltenkirchen
KERH Bad Segeberg

**Kapitänleutnant a.D.
Siegfried Sukiennik**

6.12.1948 – 26.12.2020
Eckernförde
KERH Eckernförde

**Stabsfeldwebel a.D.
Bernd Dose**

7.8.1942 – 26.12.2020
Schleswig
KERH Wikingerland/Schles-
wig

Emma Achatz

1.11.1931 – 26.12.2020
Wilhelmshaven
KERH Wilhelmshaven

**Oberstleutnant a.D.
Siegfried Czaya**

25.4.1947 – 26.12.2020
Solingen
KERH Großraum Düsseldorf-
Bergisches Land

**Stabsfeldwebel a.D.
Karl Hirschler**

16.9.1941 – 26.12.2020
Bingen
KERH Bad Sobernheim

**Oberstleutnant a.D.
Dieter Bauer**

3.5.1935 – 27.12.2020
Crimmitschau
KERH Werdau

**Stabsfeldwebel a.D.
Wolfgang Ramhorst**

16.4.1943 – 27.12.2020
Herford
KERH Lippe-Detmold

**Oberstleutnant a.D.
Frank Rademacher**

15.11.1937 – 27.12.2020
Troisdorf
KERH Köln-Porz-Wahn

**Hauptmann a.D.
Peter Fischer**

24.5.1941 – 27.12.2020
Fintel
KERH Rotenburg (Wümme)

Anita Öhrlich

1.5.1944 – 28.12.2020
Sonthofen
KERH Sonthofen

**Stabsfeldwebel a.D.
Horst Hetzner**

9.9.1937 – 28.12.2020
Mantel
KERH Weiden

**Oberstabsfeldwebel a.D.
Wolfgang Aumann**

24.6.1948 – 28.12.2020
Kronshagen
KERH Kiel-Nord/Kronshagen

**Kapitänleutnant a.D.
Gerhard Riemann**

16.5.1953 – 28.12.2020
Lübeck
KERH Lübeck und Umgebung

**Stabsfeldwebel a.D.
Georg Fischl**

26.1.1923 – 28.12.2020
Großmehring
KERH Ingolstadt

**Oberstleutnant a.D.
Erhard Tempelhagen**

4.2.1934 – 28.12.2020
Niesky
KERH Görlitz

**Stabsfeldwebel a.D.
Alfred Schneider**

20.12.1921 – 28.12.2020
Freiburg
KERH Im Breisgau

**Oberstabsfeldwebel a.D.
Günter Krug**

7.1.1936 – 29.12.2020
Igling
KERH Landsberg

**Oberstleutnant a.D.
Albrecht Witschel**

29.8.1944 – 29.12.2020
Weilheim
KERH Starnberg-Tutzing-Weil-
heim

**Oberstleutnant a.D.
Gerhard Schüssel**

24.10.1922 – 29.12.2020
Büchenbach
KERH Roth

**Major a.D.
Franz Berndt**

27.12.1931 – 29.12.2020
Werneuchen
KERH Strausberg

**Oberstabsfeldwebel a.D.
Richard Barth**

4.10.1940 – 29.12.2020
Weingarten
KERH Karlsruhe

**Militärpfarrerin
Haike Ranke**

26.10.1962 – 30.12.2020
Landsberg

**Hauptmann a.D.
Meinhard Olbrich**
9.11.1941 – 30.12.2020
Euerdorf
KERH Hammelburg

**Oberstleutnant a.D.
Klaus-Peter Oehmke**
20.5.1933 – 30.12.2020
Mainz
KERH Mainz-Wiesbaden

**Hauptmann d.R.
Adolf Ernst**
18.12.1934 – 30.12.2020
Teisendorf
KERH Traunstein

**Hauptmann d.R.
Hans-Ulrich Hofmann**
5.7.1936 – 31.12.2020
Schwanewede
KERH Schwanewede/Bremen-Nord

**Hauptmann a.D.
Ewald Blöhse**
3.8.1930 – 31.12.2020
Köln
KERH Köln

**Hauptmann a.D.
Lutz Theel**
9.5.1941 – 31.12.2020
Delmenhorst
KERH Delmenhorst

**Oberstleutnant a.D.
Fritz Augustin**
18.3.1935 – 31.12.2020
Strausberg
KERH Strausberg

**Oberstabsfeldwebel a.D.
Ernst Degen**
13.3.1930 – 31.12.2020
München
KERH München

**Major d.R.
Dr. Herbert Jodl**
16.3.1944 – 31.12.2020
Köln
KERH Köln

**Oberstabsbootsmann a.D.
Klaus Wietasch**
13.3.1940 – 1.1.2021
Flensburg
KERH Flensburg

**Oberstleutnant a.D.
Horst Trapp**
4.5.1940 – 1.1.2021
Bad Nauheim
KERH Frankfurt/Main

**Feldwebel d.R.
Hans-Joachim Wojtyczka**
31.8.1947 – 2.1.2021
Nienhagen

**Stabsfeldwebel a.D.
Burkhard Oczko**
20.5.1942 – 2.1.2021
Oldenburg
KERH Oldenburg und Umgebung

**Stabsfeldwebel a.D.
Friedhelm Hupfeld**
11.3.1940 – 2.1.2021
Fritzlar
KERH Fritzlar

**Hauptmann a.D.
Herbert Röhnelt**
29.12.1940 – 2.1.2021
Wolpertswende
KERH Weingarten-Oberschwaben

Annegret Schaaf
21.1.1964 – 3.1.2021
Swisttal

Gerlinde Hierath
16.3.1939 – 4.1.2021
Limburg
KERH Diez/Limburg

**Hauptmann a.D.
Dietmar Rauhut**
10.9.1938 – 4.1.2021
Königsbrunn
KERH Auf dem Lechfeld

**Oberstabsfeldwebel a.D.
Winfried Stötzer**
19.9.1930 – 5.1.2021
Neustadt/Hessen
KERH Herrenwald/Schwalm

**Oberstleutnant a.D.
Gerhard Stieber**
11.4.1933 – 5.1.2021
Strausberg
KERH Strausberg

**Oberfeldwebel d.R.
Rolf Dieter Strässle**
3.7.1942 – 5.1.2021
Ettlingen
KERH Karlsruhe

Günter Högner
16.4.1937 – 6.1.2021
Berchtesgaden
KERH Berchtesgadener Land

**Stabsfeldwebel a.D.
Bernhard Reiß**
18.3.1937 – 6.1.2021
Weilheim
KERH Starnberg-Tutzing-Weilheim

**Hauptmann a.D.
Helmut Baumbach**
20.1.1939 – 7.1.2021
Wiesbaden
KERH Mainz-Wiesbaden

**Oberstleutnant a.D.
Hans Joachim Knütter**
1.8.1940 – 8.1.2021
Kerpen
KERH Düren

**Hauptmann a.D.
Arno Aprill**
23.4.1939 – 8.1.2021
Memmingen
KERH Memmingen

**Oberstleutnant a.D.
Dietrich Hagedorn**
27.3.1924 – 8.1.2021
München
KERH Garmisch-Partenkirchen

**Hauptbootsmann a.D.
Erich Nier**
3.2.1941 – 8.1.2021
Ried
KERH Auf dem Lechfeld

**Stabsfeldwebel a.D.
Willi Zeyer**
26.11.1936 – 8.1.2021
St. Wendel
KERH St. Wendel

**Oberst a.D.
Helmut Schubert**
17.7.1931 – 9.1.2021
Zittau
KERH Zittau

**Hauptmann a.D.
Peter Knoch**
2.9.1937 – 9.1.2021
Karlsruhe
KERH Karlsruhe

**Oberst a.D.
Harri Wnuck**
21.7.1926 – 10.1.2021
Kiel
KERH Kiel-Süd

**Oberstabsbootsmann a.D.
Klaus Mutschall**
21.9.1945 – 10.1.2021
Wilhelmshaven
KERH Wilhelmshaven

Eveline Baumgartner
18.12.1929 – 10.1.2021
München
KERH München

**Oberstabsfeldwebel
Andreas Pape**
25.3.1964 – 10.1.2021
Singhofen

**Oberst a.D.
Waldemar Mikulcik**
4.8.1933 – 10.1.2021
Landsberg
KERH Landsberg

Dorothee Kasbera-Mittag
28.3.1955 – 11.1.2021
Oberhausen
KERH Ruhrgebiet

**Stabsfeldwebel a.D.
Klaus Polte**
12.9.1926 – 11.1.2021
Eltville am Rhein
KERH Mainz-Wiesbaden

**Stabsfeldwebel a.D.
Rainer Frisch**
12.6.1942 – 11.1.2021
Manching
KERH Ingolstadt

**Bootsmann d.R.
Heinz Gerhard Krause**
8.5.1958 – 11.1.2021
Neuss
KERH Großraum Düsseldorf-Bergisches Land

**Stabsfeldwebel a.D.
Wilfried Gosdek**
4.5.1939 – 11.1.2021
Geilenkirchen
KERH Geilenkirchen

**Kaptänleutnant a.D.
Peter Hoff**
18.6.1943 – 12.1.2021
Kiel
KERH Kiel-Süd

**Hauptmann a.D.
Egon Müller**
1.11.1929 – 12.1.2021
Isernhagen
KEHR Region Hannover

Ilse Dinse
28.2.1940 – 12.1.2021
Lingen
KEHR Lingen

**Oberleutnant a.D.
Gerhard Lammoth**
22.4.1935 – 12.1.2021
Dinslaken
KERH Unterer Niederrhein

Waltraud Vierke
12.3.1932 – 12.1.2021
Meßstetten
Zollernalb

**Hauptmann a.D.
Jesko von der Heyde**
27.1.1938 – 13.1.2021
Bergheim
KERH Köln

**Kapitän zur See a.D.
Hanns-Joachim Gamböck**
6.4.1933 – 13.1.2021
Bremerhaven
KERH Bremerhaven

**Oberstleutnant a.D.
Dieter Horst Neuwirth**
25.11.1934 – 13.1.2021
Potsdam
KERH Potsdam

Gisela Skambraks
16.7.1942 – 13.1.2021
Diepholz
KERH Diepholz

Renate Schnabl
9.10.1946 – 13.1.2021
Föhren
KERH Trier

Ilse Wortmeier
31.3.1927 – 14.1.2021
Hannover
KERH Region Hannover

Renate Oltrogge
31.5.1947 – 14.1.2021
Düren
KERH Düren

**Stabsfeldwebel a.D.
Ludwig Trunte**
20.7.1938 – 14.1.2021
Hennigsdorf
KERH Babelsberg

**Oberstleutnant a.D.
Gerd Rietzel**
4.3.1940 – 15.1.2021
Esens
KERH Wilhelmshaven

**Stabsfeldwebel a.D.
Manfred Werner**
1.12.1936 – 15.1.2021
Herborn
KERH Dill-Sieg



Major a.D.
Bernhard Kern
17.7.1938 – 15.1.2021
Emmendingen
KERH Im Breisgau
Hauptmann a.D.
Helmut Meiert
13.6.1938 – 16.1.2021
Reichling
KERH Landsberg
Oberstleutnant
Jens Zülicke
19.5.1967 – 17.1.2021
Neumünster
Anita Spreng
23.2.1931 – 19.1.2021
Schriesheim
KERH Rhein-Neckar
Stabsfeldwebel a.D.
Horst Wellinger
28.5.1938 – 19.1.2021
Baldham
KERH München
Oberfeldwebel d.R.
Norbert French
20.9.1950 – 19.1.2021
Übach-Palenberg
KERH Geilenkirchen
Oberstleutnant a.D.
Peter Unverhau
16.11.1937 – 20.1.2021
Schenefeld
KERH Steinburg-Itzehoe
Oberstabsgefreiter
Viktor Hubert
31.3.1990 – 20.1.2021
Fulda
Hauptfeldwebel a.D.
Bernt Kumpmann
28.10.1941 – 20.1.2021
Burgwald
KERH Frankenberg/Eder
Gabriele Gabel
9.3.1949 – 20.1.2021
Wilhelmshaven
KERH Wilhelmshaven
Ingeborg Ukas
12.9.1931 – 21.1.2021
Bad Mergentheim
KERH Kulsheim/Tauber-
bischofsheim
Stabsfeldwebel a.D.
Carsten Jachowski
22.9.1961 – 21.1.2021
Remagen
KERH Kreis Ahrweiler

Feldwebel d.R.
Werner Schwarzmayer
24.12.1949 – 21.1.2021
Lohr
KERH Hammelburg
Oberbootsmann d.R.
Wolfgang Kroh
27.6.1939 – 21.1.2021
Owschlag
KERH Rendsburg
Gertrud Stosiek
16.3.1934 – 21.1.2021
Hammelburg
KERH Hammelburg
Oberstleutnant a.D.
Rudolf Blabusch
3.3.1939 – 21.1.2021
Remshalden
KERH Stuttgart
Oberstleutnant a.D.
Heinz Glump
15.12.1949 – 22.1.2021
Boppard
KERH Koblenz/Lahnstein
Stabsfeldwebel a.D.
Karl-Uwe Woltmann
11.11.1937 – 22.1.2021
Neunkirchen-Seelscheid
KERH Köln-Porz-Wahn
Margarete Küster
20.8.1919 – 22.1.2021
Lüneburg
KERH Lüneburg
Stabsfeldwebel a.D.
Egon Mattick
3.5.1925 – 22.1.2021
Rheinbach
KERH Großraum Bonn
Oberst a.D.
Reinhold Schulenburg
4.8.1937 – 24.1.2021
Münster
KEHR Münster
Margarete Schlomski
30.12.1921 – 24.1.2021
Villingen-Schwenningen
KERH Tuttlingen
Hauptmann a.D.
Klaus Dettmer
22.4.1939 – 25.1.2021
München
KERH München
Stabsfeldwebel a.D.
Ernst Korth
10.8.1937 – 25.1.2021
Dörverden
KERH Barme/Verden
Hauptmann a.D.
Volker Gebauer
4.11.1935 – 25.1.2021
Bad Birnbach
KERH Freyung-Grafenau/Pas-
sauer Land
Stabsfeldwebel a.D.
Walter Adams
24.7.1933 – 25.1.2021
Munster
KERH Munster

Oberstleutnant a.D.
Detlef Schwengler
4.1.1941 – 26.1.2021
Wietmarschen-Lohne
KERH Lingen
Stabsfeldwebel a.D.
Karl-Heinz Carstens
10.2.1930 – 27.1.2021
Kirchseeon
KERH München
Oberst a.D.
Wolfgang Roos
5.11.1937 – 28.1.2021
Köln
KERH Köln
Oberstleutnant a.D.
Helmut Freyer
23.5.1939 – 29.1.2021
Kerpen
KERH Düren
Oberstleutnant a.D.
Hartmut Eller
14.8.1942 – 29.1.2021
Lütjenburg
KERH Lütjenburg
Fregattenkapitän a.D.
Klaus Himmerkus
4.4.1938 – 29.1.2021
Flensburg
KERH Flensburg
Birgit Wolf
10.3.1943 – 29.1.2021
Uetersen
KERH Uetersen
Margot Vollertsen
18.8.1938 – 30.1.2021
Münster
KERH Münster
Hauptmann a.D.
Erwin Hartig
25.4.1926 – 30.1.2021
Munster
KERH Munster
Oberstleutnant a.D.
Hans-Ulrich Münzberg
11.8.1945 – 31.1.2021
Amberg
KERH Memmingen
Oberst a.D.
Prof. Dr. Horst Großmann
22.11.1936 – 31.1.2021
Dresden
KERH Dresden
Stabsfeldwebel a.D.
Edmund Hesse
1.10.1943 – 1.2.2021
Celle
KERH Celle
Brigadegeneral a.D.
Hans-Klaus Hannemann
5.2.1932 – 1.2.2021
Fichtenwalde
KERH Potsdam
Hauptmann a.D.
Manfred Birkhold-Jacobsen
17.1.1937 – 2.2.2021
Karlsruhe
KERH Karlsruhe

Oberst a.D.
Rudolf Frömking
20.2.1937 – 2.2.2021
Chemnitz
KERH Chemnitz
Hauptmann a.D.
Georg Anders
19.7.1936 – 3.2.2021
Schuby
KERH Wikingerland/Schles-
wig
Kapitänleutnant a.D.
Peter Baldus
15.7.1951 – 4.2.2021
Fehmarn
KEHR Ostholstein
Hauptmann
Roman Immsweiler
12.6.1971 – 4.2.2021
Euskirchen
Stabsfeldwebel d.R.
Rolf Dieter Roth
22.4.1938 – 4.2.2021
Meßstetten
Zollernalb
Stabsfeldwebel
Klaus Holtkamp
29.6.1973 – 5.2.2021
Herzogenrath
Oberst a.D.
Peter Tamme
17.1.1938 – 6.2.2021
Weiden
KERH Weiden
Stabsfeldwebel a.D.
Karl Hirmer
13.2.1944 – 6.2.2021
Murnau
KERH Murnau
Oberstleutnant a.D.
Heinz Fichtner
9.7.1928 – 7.2.2021
Dresden
KERH Dresden
Oberfeldapotheker a.D.
Edzard Habben
17.9.1934 – 8.2.2021
Minden
KRH Region Hannover
Oberstabsfeldwebel a.D.
Peter Dillmann
10.10.1944 – 10.2.2021
Warburg
KERH Zwischen Solling und
Egge
Fregattenkapitän a.D.
Dr. Wolfgang Kratzer
18.2.1926 – 12.2.2021
Pullach
KERH München
Oberst a.D.
Hans Kahsnitz
31.7.1930 – 13.2.2021
Mulda
KERH Dresden
General a.D.
Karl-Heinz Lather
15.09.1948 – 13.02.2021
Mannheim
KERH Rhein-Neckar

Die neue Wohnungsbauprämie ist da!

Alle Infos zur neuen Förderung

Jetzt schlägt die Stunde der Wohnungsbauprämie! In diesem Jahr wird die Prämie erhöht, das bedeutet: Viel mehr Menschen kommen in ihren Genuss. Außerdem fällt sie deutlich höher aus als zuvor. Wer jetzt prämienerberechtigt ist und was die verbesserte staatliche Förderung bietet.

Die Wohnungsbauprämie ist eine staatliche Förderung, die Bausparern zugutekommt. Vor allem junge Menschen und Familien sollen dabei unterstützt werden, Eigenkapital für die eigenen vier Wände anzusparen. Das Problem in den vergangenen Jahren: Viele Normalverdiener konnten die Prämie nicht in Anspruch nehmen, denn die Einkommensgrenzen für deren Erhalt waren relativ niedrig angesetzt. Die seit 1996 nicht mehr angepassten Konditionen entsprachen schlichtweg nicht mehr der heutigen Lebensrealität, was die Gehälter angeht: Lag beispielsweise das zu versteuernde Einkommen eines Singles über 25 600 Euro, war die Einkommensgrenze bereits erreicht. Zusammenveranlagte Ehepaare beziehungsweise eingetragene Lebenspartnerschaften durften auf ein zu steuerndes Jahreseinkommen von

maximal 51 200 Euro kommen. Damit lagen bereits im mittleren Einkommensbereich sehr viele Menschen oberhalb dieser Grenzen.

Jetzt höhere Einkommen möglich:

Ab diesem Jahr gibt es eine deutliche Verbesserung, was die Einkommensgrenzen angeht. Singles sind ab 2021 noch mit einem zu versteuernden Einkommen von 35 000 Euro prämienerberechtigt, Ehepaare oder eingetragene Lebenspartnerschaften dürfen auf 70 000 Euro kommen. Wichtig in diesem Zusammenhang: Das Bruttogehalt ist einiges höher als das zu steuernde Einkommen.

Mit den neuen, höheren Einkommensgrenzen setzt die Förderung wieder da an, wofür sie ursprünglich gedacht war: Mehr Menschen mit einem durchschnittlichen Gehalt beim Sparen und bei anderen In-

vestitionen rund ums Eigenheim zu unterstützen.

Deutlich attraktivere Prämie

Mit der Neuerung wurde auch die Prämienhöhe angepasst. Statt bisher 45 Euro pro Jahr für Alleinstehende sowie rund 90 Euro für Paare gibt es ab jetzt 70 beziehungsweise 140 Euro – und damit vom Staat eine deutlich höhere Prämie zur Eigenkapitalbildung als bisher. Prämienerberechtigt sind, wie bisher auch, grundsätzlich alle Sparer ab 16 Jahren. Das heißt Angestellte, Beamte und Selbstständige, die uneingeschränkt einkommensteuerverpflichtigt sind und die unterhalb der Einkommensgrenze liegen.

Lassen Sie sich beraten

Übrigens: In diesem Jahr entfällt für viele Steuerzahler der Solidaritätszuschlag. Das wäre doch eine gute Gelegenheit, das eingesparte Geld sinnvoll für den Aufbau eines Grundstocks an Eigenkapital zu nutzen und damit unter Umständen zukünftig von der Wohnungsbauprämie zu profitieren! Wenden Sie sich an Ihren Berater vor Ort. Er kann das zu steuernde Einkommen und die Prämienberechtigung prüfen. Es lohnt sich auch, bestehende Verträge unter die Lupe zu nehmen. Denn um die volle Prämie zu erhalten, sollten die aktuellen Sparleistungen eventuell angepasst werden.



#wohnenheisst
mit hilfe vom staat
durchstarten, sicher im
eigenheim landen.
wüstenrot

Das eigene Zuhause ist wichtiger denn je. Und mit der **neuen Wohnungsbauprämie** und Wohnsparen von Wüstenrot holen Sie sich das Startkapital dafür.

DBwV-Mitglieder profitieren zusätzlich:

- **Attraktiver Zinsvorteil¹⁾** für Wüstenrot Wohndarlehen
- **Auswahl aus attraktiven Prämien** für Wüstenrot Wohnsparen²⁾

Gleich informieren:

Im Internet unter dbwv.wuestenrot-doppelvorteil.de oder foeg.de, per E-Mail an foeg@dbwv.de oder per Fax an 0228 3823-170.

1) Für ausgewählte Baufinanzierungsmodelle.

2) Prämienerberechtigt ist jede Person bei Neuabschluss oder Erhöhung eines Bausparvertrages pro Kalenderjahr. DBwV Mitgliedschaft vorausgesetzt.

Briefe an die Redaktion

Foto: Bundeswehr



Die Drohne „Heron TP“, die für Einsätze der Bundeswehr von den israelischen Streitkräften gemietet ist, kann auch bewaffnet werden.

Aufspaltung wirkt zerstörerisch

Zum Beitrag „Ohne Reform geht es nicht mehr“, Februar-Ausgabe, Seite 20

Die von Dr. Bartels schon bei vielen Gelegenheiten wiederholte Proklamation, die Materialverantwortung müsse wieder in die TSK verlagert werden, ist nicht überzeugend und lässt aus meiner Sicht tiefergehende Analyse vermissen, zumindest was die Ausrüstung der Marine betrifft. Während er – mit Recht – das BAAINBw als unterbesetzt ansieht, wird der Aufbau der Materialerhaltungskompetenz (hieß also, Aufbau der verschiedensten Fachtechniken, Aufbau juristischer Kompetenz etc.) beim Nutzer möglich sein und damit wären die Probleme gelöst? Wenn das so einfach möglich wäre, könnte man doch besser gleich das BAAINBw mit diesen Dienstposten und Personen stärken, ohne neue jahrelange Umstrukturierungen und neue Schnittstellen mit all ihren Friktionen zu erzeugen. Ferner wäre interessant (da in seinem Artikel nicht differenziert), ob Dr. Bartels die Beseitigung von Obsoleszenzen als reine Materialerhaltung sieht (eigentlich ist das so). Viele Obsoleszenz-Beseitigungen stellen aber „eigentlich“ oft eher Rüstungs- oder Beschaffungsmaßnahmen dar aufgrund der gewaltigen technischen und juristischen Komplexität. Man denke zum Beispiel an den Austausch ganzer Waffen- oder Sensorsysteme, wie sie etwa bei den Kampfschiffen der Marine permanent anfallen.

Die derzeitige zusammenhängende Betrachtung von Rüstung und Materialerhaltung in einer Hand hat enorme Vorteile und resultierte ja auch gerade aus der Erkenntnis, dass auch vor 2012 hier keinesfalls eine heile Welt bestand. Es gibt nun aber eine eindeutige Verantwortlichkeit für die ganzheitliche Planung von Materialerhaltungs- und Rüstungsmaßnahmen und ein transparentes Risiko-Berichtswesen dazu. Eine Aufspaltung von Zuständigkeiten (über reine Sofortinstandsetzung hinaus, was durchaus gut beim Nutzer aufgehoben sein kann), würde die mühselig nach 2012 aufgebauten Synergien wieder zerstören. Wenn hingegen personelle Unterbesetzung (wo auch immer) als Problem erkannt ist, dann muss dieses Problem auch für diesen Bereich gelöst werden. Umstrukturierungen ohne triftigen Grund hingegen sollten vermieden werden.

Kapitän zur See Thomas Jensen, Bonn

Geschichtsträchtig Zur Februar-Ausgabe

Selten war der Inhalt unserer Verbandszeitschrift so bedeutend geschichtsträchtig und aktuell sicherheitspolitisch wie in der Februar-Ausgabe 2021! Als Offizier der Gründerzeit (DE 1958) der Bundeswehr bin ich angetan von der Auswahl ihrer Themen. Von „Was wir aus der Geschichte lernen können: Heeresreformen ab 1806“, der Debatte um die Drohnenbeschaffung, Rettungsaktion „Pegasus“ und der skandalträchtigen Ersterscheinung 1956

haben mir vor allem diese Beiträge Gewinn und Freude gebracht.
Oberstleutnant a.D. Albrecht Dinkel, Brey

Großonkel statt Großvater Zum Beitrag „Der mündige Bürger ist die Grundlage des Fortschritts in Politik und Gesellschaft“, Februar-Ausgabe, Seite 14

Danke für die gut geschriebenen historischen Artikel. Ich habe sie verschlungen. Auf einen Fehler möchte ich Sie aufmerksam machen: Friedrich II. (der Große) war nicht der Großvater Friedrich Wilhelms III., sondern sein Großonkel. Friedrich II. hatte keine Kinder, jedenfalls keine legitimen. Er war noch nicht einmal verheiratet.

Oberstarzt a.D. Dr. Karl-Ingo Steinbach, Bonn

Opfer des Hasses

Zum Beitrag „Landesverteidigung ist Spielball politischer Wahlkampfplanung“, Februar-Ausgabe, Seite 24

Im Internet finden sich ausreichend Erfahrungsberichte über den Krieg mit Kampfdrohnen, vor allem über den der USA in Afghanistan und Pakistan. Ein Ergebnis dieser Einsätze ist gewiss: der Hass der Zivilbevölkerung gegen die „Drohnenkrieger“, weil als „Abfallprodukt“ oder auch „Collateral Damage“ immer wieder unschuldige Zivilisten „anfallen“. Die Folge von Hass ist Rache, oder anders formuliert: Terrorakte, möglicherweise auch auf deutschem Boden. Dann sind wir wieder mit dem „Kampf gegen den Terror“ beschäftigt. Denkt

die Bundeswehr-Führung so weit? Ich als seit 25 Jahren im Ruhestand befindlicher Bundeswehr-offizier möchte nicht, dass meine noch aktiven Kameraden Opfer des Hasses der Zivilbevölkerung eines anderen Landes werden – mit anschließenden Rache-Terrorakten gegen die deutsche Zivilbevölkerung auf deutschem Boden!

Oberstleutnant a.D. Otfried Schrot, Hannover

Drohnen für die Bundeswehr

Zum Beitrag „Landesverteidigung ist Spielball politischer Wahlkampfplanung“, Februar-Ausgabe, Seite 24

Mit der Entscheidung von Herrn Münzenich („M.“), der Drohnenbeschaffung vorerst nicht zuzustimmen, setzt sich die Antistimmung gegen die Bundeswehr in der SPD immer mehr durch. Herr M. und starke linke Kreise seiner Partei betrachten die Verteidigungspolitik immer stärker aus der vereinfachten Sicht pazifistischer, ideologischer Vorbehalte. Die SPD zieht sich aus der bisher weitgehend gemeinsamen Sicherheitspolitik unseres Landes und der Nato zurück. Die Debatte um die A-Waffenstationierung, die aktuelle Ablehnung der Drohnenbeschaffung, die Ausgrenzung von namhaften Parteimitgliedern (zum Beispiel Herr Bartels, Herr Felgentreu), die nicht auf dieser einseitig pazifistischen Linie liegen, zeigen die langfristige Richtung der SPD auf. Die Forderung nach einer breiten Drohnen-debatte ist scheinheilig. Seit Jahren wird darüber debattiert, alle Argumente des Für und Wider liegen auf dem Tisch. In keinem Land wird diese SPD-Debatte geführt! Die Argumentation, in Aserbeidschan sei der Krieg durch Drohnen entschieden worden, ist hanebüchen und unverantwortlich. Der Schutz unserer Soldaten wird pazifistischen Gedankenspielen geopfert.
Oberstleutnant a.D. Manfred Eberhardt, Hadamar

Engagement für den Verband

Zum Beitrag „Enthüllung und handfester Skandal“, Februar-Ausgabe, Seite 34

Mit großer Freude und Zu-

stimmung habe ich in der Februar-Ausgabe „Die Bundeswehr“ den Beitrag zur 1. Ausgabe der Verbandszeitung am 1. Dezember 1956 und die darin enthaltene Würdigung des späteren Oberst Arno Taulien gelesen. Als ich nach Abschluss des Fähnrich-Lehrgangs im Sommer 1960 als junger Leutnant in das Panzerbataillon 83, Lüneburg, versetzt wurde, traf ich dort auf zwei Ritterkreuzträger. Das waren der Kommandeur, Oberstleutnant Friedrich August Graf von Brühl (1913-1981), und sein Stellvertreter, Major Arno Taulien. Selbst schon seit August 1958 Mitglied im Deutschen Bundeswehrverband, habe ich zu keinem Zeitpunkt feststellen können, dass Major Tauliens Engagement für den Verband mit seinen Aufgaben in der Bataillonsführung in Kollision geraten wäre. Viele Jahre später stand ich in der evangelischen Kirche von Bonn-Duisdorf an seinem Sarg Ehrenwache. Da trat ein alter Herr an den Sarg und legte auf diesen ein Säckchen mit ostpreußischer Heimaterde. Es war mein Hörsalleiter im Fähnrich-Lehrgang, der damalige Major Wilhelm von der Trenck. *Oberst a.D. Friedrich Adolph Freiherr von Dellingshausen, Bonn*

Leistungen fallen unter den Tisch

Zum Beitrag „Ungleiche Behandlung im Vergleich zu gesetzlich Versicherten“, Februar-Ausgabe, Seite 29

Man stößt immer wieder auf Leistungen für gesetzlich Versicherte, die die freie Heilfürsorge nicht abdeckt. Eine entsprechende Eingabe beim Wehrbeauftragten in den 90er Jahren ergab schon, dass man diese Leistungen nicht vergleichen könne, weil die freie Heilfürsorge keine Versicherung im üblichen Sinne sei, sondern die freie Heilfürsorge die dienstlich notwendigen Behandlungen alle abdeckt – ehrlicherweise manchmal mehr, als eine Kasse bezahlen würde. Bei der ganzen Diskussion sollte aber nicht vergessen werden, dass keine Krankenversicherung, weder privat noch gesetzlich, eine Person, die Anspruch auf die freie Heilfürsorge hat, versichert. Damit fallen viele Leistungen, die dem privaten Um-

Die Februar-Ausgabe 1957 der „Bundeswehr“ wird in Munster-Lager aufmerksam gelesen.



Foto: Repro: DBWV

feld zuzurechnen sind, unter den Tisch und der Soldat/die Soldatin bleiben auf den Kosten sitzen. Die freie Heilfürsorge hinkt dort Jahre hinterher und erst mit Problemfällen wie den aufgezeigten kommen manchmal Änderungen, wenn es die knappen Mittel zulassen.

Oberstleutnant a.D. Jörg-Peter Meier, Mönchengladbach

Schonungslose Offenheit Zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr

Unser Bundesvorsitzender A. Wüstner beklagt in den deutschen Medien, dass durch die Abkommandierung von 25 000 Bundeswehrangehörigen zur COVID-19-Hilfeleistung die Einsatzbereitschaft der Truppe schwer beschädigt worden sei. Frage: Welche Einsatzbereitschaft meint er? Seit mehreren Jahrzehnten ist die Bundeswehr zur im Grundgesetz verankerten Landesverteidigung nicht mehr fähig. Dass sie es sein könnte, zeigen ihre Kampfeinsätze in Out-of-Area-Einsätzen, in denen sie Mut, Tapferkeit und handwerkliches Können bewiesen hat.

Der „Spiegel“ titelte in seiner Ausgabe 41/1962 zur Bundeswehr „Bedingt abwehrbereit“, in deren Folge Bundeskanzler Adenauer im Bundestag von „ein Abgrund von Landesverrat“ sprach und der damalige Verteidigungsminister Strauß aufgrund seiner eklatanten Fehlleistungen zurücktreten musste. Im neuen „Spiegel“ (Nr. 6/2021) ist ein Artikel über die Bundeswehr mit „In-

der Parallelwelt“ überschrieben; der Titel hätte auch lauten können „Nicht abwehrbereit“.

Wer die Gründe für die seit Jahrzehnten sinkende Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr sucht, sollte deren schonungslose Offenlegung des Historikers Sönke Neitzel in seinem neuesten Buch „Deutsche Krieger: Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte“ lesen. Daraus ergibt sich zwingend, dass es die Politik und die Parteien waren und sind, die die ständigen Kürzungen der Verteidigungsausgaben der Vergangenheit zu verantworten haben, aber keine Skrupel kennen, wenn es darum geht, ihre „Parlamentsarmee“ zur Wahrung oder Einführung der Demokratie zu Kriegseinsätzen in fremde Länder zu führen, Länder, deren durchweg korrupte Führungseliten auf Demokratie pfeifen.

Die jetzt bekannt gewordene geheime „Finanzbedarfsanalyse 2022“ des Verteidigungsministeriums zeigt: Den Streitkräften geht das Geld aus. Für ihre längst überfällige Modernisierung fehlen die Mittel; Deutschland wird seine Bündniszusage, die Nato „als Rückgrat der eurotransatlantischen Sicherheit zukunftsfest zu machen“, kaum erfüllen können. Selbst wenn der Verteidigungshaushalt, wie von der Bundesregierung versprochen, bis 2024 auf 1,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung und danach in Richtung zwei Prozent ansteigen würde, reiche das „zur Deckung des

Bedarfs nicht aus“, heißt es in dem Dokument. Was tun? Man müsse untersuchen, heißt es in der Geheimanalyse, ob es nicht bei einem zeitlich begrenzten „Verzicht auf Fähigkeiten“ möglich sei, die „Realisierung der Bedarfe wieder beherrschbar zu machen“. Das heißt: Die Bundeswehr soll den Offenbarungseid leisten.

Fast alle großen Rüstungsprojekte (15) werden sich um Jahre verzögern. Die Experten des BMVg gehen davon aus, dass die Betriebskosten der Streitkräfte pro Jahr um zwei bis drei Prozent steigen werden. Bei Fortschreibung des bisherigen Finanzplanes und bei Beibehaltung des Verteidigungshaushaltes auf dem heutigen Niveau werden die Betriebskosten ab 2027 das gesamte Budget auffressen.

Was ist zu tun? Schonungslose Offenheit bei den künftigen Haushaltsverhandlungen wird weder den Finanzminister noch die Bundeskanzlerin, geschweige einen künftigen Bundeskanzler, beeindrucken. Und so bleibt der Bundeswehr nur übrig, den Mangel, so gut es eben geht, zu verwalten – und auf bessere Zeiten zu hoffen!

Oberstleutnant a.D. Manfred Böttcher, Bonn

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion oder des Deutschen Bundeswehrverbandes wieder. Wir behalten uns Kürzungen vor.

Großes Kino für daheim



die Hauptdarsteller Ralph Fiennes („Der englische Patient“; „M“ in den aktuellen Bond-Filmen) und Carey Mulligan („Wall Street: Geld schläft nicht“; „Der große Gatsby“) überzeugen. Die Story: Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beauftragt die Witwe Edith Pretty den Hobbyarchäologen Basil Brown, Ausgrabungen an Grabhügeln auf ihrem weitläufigen Anwesen vorzunehmen. Nicht ohne Widerstände aus der etablierten Wissenschaft können die beiden dabei eine Entdeckung machen, nach der die britische Geschichte neu geschrieben werden muss. Der Film basiert auf historischen Ereignissen, in der Nähe des originalen Fundortes eines angelsächsischen Schiffgrabes fanden die Dreharbeiten statt.

Dass Netflix mit seinen Eigenproduktionen etablierten Filmstudios durchaus Konkurrenz machen kann, hat es schon mehrfach

bewiesen. Mit „Die Ausgrabung“ ist dies dem Streaming-Dienstleister erneut gelungen. In dem ruhig erzählten Film können vor allem

rhythmischen Ereignissen, in der Nähe des originalen Fundortes eines angelsächsischen Schiffgrabes fanden die Dreharbeiten statt.

Brutale Gewalt vor idyllischer Kulisse

„Wind River“ ist ein ganz besonderer Film. Einerseits besticht er durch die eindrucksvolle Naturkulisse der verschneiten Bergwelt des Drehorts Utah. Andererseits geht es um Gewalt, die sich stellenweise sehr brutal Bahn bricht. Zudem hat „Wind River“ eine soziale Dimension: Wie gehen die USA heute mit ihren Ureinwohnern um? Erzählt wird die Geschichte eines Wildhüters des United States Fish and Wildlife Services (Jeremy Renner; „Mission Impossible“), der einer jungen FBI-Agentin (Elizabeth Olson;



Screenshot: Netflix

„Avengers“) hilft, den Mord an einer Teenagerin in einem abgelegenen Indianerreservat aufzuklären. Einige der weiteren Rollen wurden mit Native Americans besetzt. Unter anderem ist

Graham Greene („Der mit dem Wolf tanzt“) als Polizeichef zu sehen. „Ein fesselnder und bewegender Film, in dem Schmerz und Mitgefühl ebenso ihren Platz haben wie brutale Gewalt“, so das Fazit von filmdienst.de – und dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

Auf Netflix

Von Iggy Pop bis Green Day

Punk war immer schon mehr als nur eine Musikrichtung. Doch was verbirgt sich hinter dem Begriff wirklich? Wie fing alles vor mehr als fünf Jahrzehnten an? Und warum? Antworten darauf und noch viel mehr bietet „The True Story of Punk“. In der vierteiligen Doku-Reihe gibt es viel Musik, Zeitzeugen erinnern sich, und vor allem Musikfreunde werden sicher das eine oder andere „Aha“-Erlebnis haben – auch wenn der Fokus leider vor allem auf der amerikanischen Szene liegt.

In der ZDF-Mediathek

In der Provinz lauert das Böse



Screenshot: ARD

Für deutsche Filme gibt es momentan so etwas wie ein Gütesiegel: Bjarne Mädel spielt mit. Egal ob als „Der Tatortreiniger“ oder in seinen Rollen in „Stromberg“, „Mord mit Aussicht“ und der Netflix-Serie „How to Sell Drugs Online (Fast)“ – wenn der

Hamburger Schauspieler dabei ist, lohnt schon wegen ihm das Anschauen. In „Sörensen hat Angst“ ist Mädel – der erstmals auch Regie führte – als Kommissar mit Angststörung zu erleben. Der lässt sich wegen seiner Erkrankung ins vermeintlich beschauliche Friesland versetzen. Doch die Einwohner des – fiktiven – Ortes Katembüll zeigen ihm die kalte Schulter. Und gleich nach der Ankunft von Kommissar Sörensen ist auch noch der Bürgermeister tot. Er wurde in seinem Pferdestall regelrecht hingerichtet. Zudem verschwindet plötzlich ein Junge aus der Nachbarschaft. Bis 20. April in der ARD-Mediathek

(Texte: Gunnar Kruse)

Epochaler Konflikt

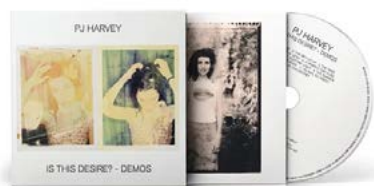


Der Vietnamkrieg von 1955 bis 1975 ist aus vielen Gründen in die Geschichte eingegangen. Unter anderem gilt er wegen der damals direkt wie

auch indirekt beteiligten Supermächte USA und Sowjetunion als Stellvertreterkonflikt während des Kalten Krieges zwischen Ost und West. Die neunteilige Dokumentarfilm-Reihe „Vietnam“ beleuchtet das Geschehen intensiv. Verwendet wurden nicht nur historische Bilder und Filmdokumente: Rund 80 Zeitzeugen geben intime Einblicke in die dramatischen Ereignisse und ihre historischen Zusammenhänge, wie der deutsch-französische Kultursender Arte mitteilt. Auch Veteranen, Kriegsgegner und Zivilisten kommen zu Wort. Entstanden sei „ein multiperspektivisches Bild dieses epochalen Konflikts“.

In der Arte-Mediathek

CD-Tipps



PJ Harvey

„Is This Desire? – Demos“

Island Records (Universal)

Polly Jean – kurz PJ – Harvey ist seit ihrem Debüt Anfang der 90er Jahre zu einer der Ikonen der britischen Independent- und Alternative-Musik geworden. Dabei geht sie auch ungewöhnliche Wege. Mit „Is This Desire? – Demos“ hat die mittlerweile 51-Jährige kürzlich die Demoversionen ihres vierten Studioalbums „Is This Desire?“ veröffentlicht. Erstmals erschienen ist es 1998, doch für Fans und Neulinge in Sachen PJ Harvey ist die Neuauflage der Platte gleichermaßen durchaus empfehlenswert.

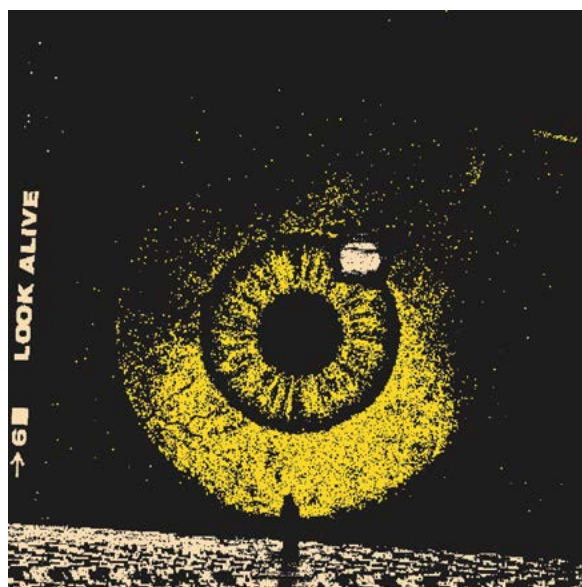
Erstere können sich über die unterschiedlichen Interpretationen der Songs freuen, Letztere sich einfach von der Musik betören lassen. Oder man greift zum Original, das auf Vinyl neu aufgelegt wurde.

Black Pistol Fire

„Look Alive“

Black Hill Records

Was Black Pistol Fire mit ihrem neuesten Werk „Look Alive“ abgeliefert haben, ist eine durchaus bemerkenswerte Platte – auch wenn ihre Musik für europäische Ohren erst einmal außerwöhnlich klingt und am ehesten vielleicht an die White Stripes erinnert. Kein Wunder, mit Kevin McKeown (Gitarre/Gesang) und Eric Owen am Schlagzeug ist die Band ähnlich minimalistisch besetzt. Doch



im Unterschied zu den White Stripes setzen die beiden auf einen Sound, der als Mischung aus klassischen Southern Rock und Garagenpunk beschrieben wird. Es ist zwar nicht so richtig neu und originell, was den Texanern

mit ihrem sechsten Album „Look Alive“ gelungen ist, doch Reinhören lohnt auf jeden Fall. Und das schon allein für „Always On My Mind“.



Foo Fighters

„Medicine at Midnight“

Ariola (Sony Music)

Wenn das keine Vorschusslorbeeren sind: Das neue Album „Medicine at Midnight“ der Foo Fighters war noch gar nicht auf dem Markt, da hatten es allein die Vorbestellungen auf Platz 1 der CD-Bestsellerliste eines großen Internet-Versandhändlers katapultiert. Und die Fans werden von der nach monatelanger Verschiebung nun doch endlich erschienenen Platte sicher nicht enttäuscht. Allein die von der Band vorab veröffentlichten Songs „No Son of Mine“, „Waiting on a War“ und „Shame, Shame“ machen große Lust auf eine komplette Dosis „Medicine At Midnight“.

DVD-Tipps

Schlagkräftiges Finale



Mit „Ip Man 4: The Finale“ geht die Kampfsport-Saga in ihren vierten und letzten Teil. Diesmal will der Ip Man (Donnie Yen) in San Francisco eine Schule für seinen Sohn finden und seinen Schüler Bruce Lee beim Aufbau eines Wing-Chun-Trainingscenters unterstützen. Seine Lehrmethoden finden bei chinesischen und westlichen Martial Arts-Kämpfern allerdings wenig Verständnis, im Gegenteil: Der Ip Man wird zum ultimativen Kampf herausgefordert. Dabei soll sich zeigen, welcher Kampfkunststil den anderen denn nun wirklich überlegen

ist. Ein „actiongeladenes Finale der erfolgreichsten Martial-Arts-Reihe der letzten zehn Jahre“, versprechen zumindest die Macher des Films.

Schlagkräftige Verteidiger

Die Schlacht von Kamdesh im Jahr 2009 gilt bis heute als eine der blutigsten Auseinandersetzungen im Afghanistan-Krieg. „The Outpost – Überleben ist alles“ erzählt die auf den historischen Ereignissen basierende Geschichte: 54 US-Soldaten mussten sich Anfang Oktober 2009 einer Übermacht von mehreren hundert Taliban stellen. In den Hauptrollen sind Scott Eastwood („Fast & Furious 8“), Caleb Landry Jones („Three Billboards Outside Ebbing, Missouri“) und Orlando Bloom („Herr der Ringe“-Trilogie) zu sehen, die mit ihren Kameraden zwölf Stunden ums Überleben kämpfen müssen – und schnell wird dabei die Munition knapp. Regie führte Rod Lurie auf der Grundlage des Sachbuchs „The Outpost: An Untold Story of American Valor“ von Jake Tapper.



(Texte: Gunnar Kruse)

Suzuki Vitara 1.4 Hybrid Allgrip

Seit mehr als 30 Jahren mischt der Suzuki Vitara bei den Kompakt-SUV mit. Die mittlerweile vierte Modellgeneration wurde jetzt zum zweiten Mal überarbeitet. Die wichtigste Änderung ist ein neuer Benziner mit Mild-Hybrid-Technik. Das Motto heißt heute: Reduzierung von Verbrauch und Emissionen. Auch Suzuki erkennt den Handlungsbedarf und greift zu einem radikalen Schritt und ersetzt den 1,0-Liter-Dreizylinder mit 111 PS durch den mild hybridisierten Vierzylinder-Benziner mit 1,4-Liter Hubraum. Das Triebwerk leistet jetzt 129 PS, die allerdings beim Anfahren Unterstützung durch den 10 kW starken Elektromotor im integrierten Startergenerator (ISG) erhalten, ehe bei etwa 2000 U/min der Turbolader in Aktion tritt. Zum Mild-Hybrid-System gehören außerdem noch eine 48-Volt-Ionen-Batterie und ein DC/DC-Wandler, der die höhere Spannung für das 12-Volt-Bordnetz herunterregelt. In der Spitze erreicht das Testfahrzeug 190 km/h. Der CO₂-Ausstoß wird mit 104 g/km angegeben.

Unterm Strich steht ein maximales Drehmoment von 235 Nm bei 2000 U/min zur Verfügung. Zum Vergleich: Der Dreizylinder brachte es bei gleicher Drehzahl auf eben mal 170 Nm. Beim kombinierten Normverbrauch der Frontantriebsversion stehen 4,6 Liter Superbenzin auf 100 Kilometer beim Mild-Hybrid-Vierzylinder den 5,7 Liter beim bisherigen Antrieb gegenüber. Wie bisher gibt



Foto: Suzuki

es neben der Version mit Vorderradantrieb auch optional eine „Allgrip-Allradvariante“ mit den vier Fahrmodus-Einstellungen „Snow“, „Auto“, „Sport“ und „Lock“. Die Einstellung ist von kraftstoffeffizient über sportlich bis extrem geländegängig möglich. Die Grip-Optimierung erfolgt auf Wunsch auch automatisch.

Die Außenmasse des Vitara sind in der Länge 4,17 in der Breite 1,78 und in der Höhe 1,60 Meter. Das Kofferraumvolumen beträgt 375 Liter. Bei umgeklappter Rückbank können bis zu 1120 Liter transportiert werden. Der Fahrer- und Beifahrerbereich ist großzügig und macht auch auf längeren Strecken die Fahrt angenehm, im hinteren Bereich wird es mangels ausreichender Beinfreiheit eher zu einem eingeschränkten Fahrerlebnis führen. Klare Linien, übersichtliche Instrumente und das farbige Multifunktionsdisplay prägen das Cockpit. Das Interieur wirkt wertig und sachlich.

Äußerlich ist der neu motorisierte Vita-

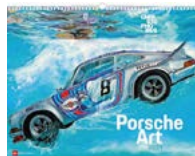
ra nahezu unverändert. Und auch innen ist weitestgehend alles beim Bewährten geblieben. Klimaautomatik mit Pollenfilter, adaptiver Tempomat mit Geschwindigkeitsbegrenzer oder Verkehrszeichenerkennung sind serienmäßig. Je nach Modellausführung kommen noch beispielsweise Rückfahrkamera, Toter-Winkel-Warner, 17-Zoll-Aluräder, elektrisch zu betätigendes Panorama-Glasschiebedach, Keyless-Start und Sitzheizung oder das Audio-System samt Smartphone-Anbindung und Bluetooth-Freisprecheinrichtung hinzu.

Der Vitara wird in den Ausstattungslinien Club, Comfort und Comfort+ angeboten. Das getestete Fahrzeug in der Club-Ausstattung verfügt zusätzlich noch über eine Dual-Sensor-gestützte aktive Bremsunterstützung (DSBS). Suzuki gibt auf jeden Neuwagen drei Jahre Garantie, begrenzt auf eine maximale Laufleistung von 100 000 Kilometer. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit einer Anschlussgarantie für weitere drei Jahre. Der getestete Vitara steht im Grundpreis für 24 550 Euro zum Kauf.

Das Philosophie von Suzuki „Funktion trifft Design, Schotterpiste trifft Laufsteg“ wird vom vielseitigen Vitara Hybrid Kompakt-SUV auf jedem Terrain bestätigt. Das Testfahrzeug in der Allgrip-Variante hat gezeigt, was es in der Natur, auf dem Land sowie im Stadtverkehr kann. **Karl-Heinz Peters**

Literatur

Im Kalender „Porsche Art“ steckt in jedem Motiv ein Kunstwerk. Zusammengestellt von Uli Hack, dem Maler der berühmten Rennsport-Bilder, stellt der Kalender Arbeiten verschiedener Künstler vor, die die ganze Bandbreite zeitgenössischer Kunst zeigen: vom Porsche-Poster bis zum Kunstdruck, vom Vintage-Porsche bis zum 911 classic. Von Ölmalerei bis Digital Art, von klassisch-



schlicht bis schrill und Comiestil. In diesem Kunstwerk ist nahezu alles vertreten!

Hack: „Meine Intention ist es, die von Porsche geschaffene Geschichte zu berücksichtigen

und zu respektieren.

Beginnend mit Ferdinand Porsche beschritt das Unternehmen immer wieder neue Wege. Das macht die Marke so faszinierend und einzigartig.“

Uli Hack ist längst als einer der herausragenden von Porsche inspirierten Künstler der Welt anerkannt.

In dem kürzlich erschienenen „Porsche Art Book“ ist zu sehen, in welcher Form sich seine Leidenschaft über die Autowelt, produzierte Kunstwerke und Bilder erstreckt – das außergewöhnliche Kalendarium bestätigt dies.

Delius Klasing,
ISBN: 978-3-667-11798-4
60 x 75 cm, 78 Euro

Schnappschuss des Monats

Preisträger der Januar-Ausgabe

„Dabei hatte ich doch die Parkscheibe hinter den Winkelspiegel gelegt!“

Hauptmann Christian Gerd Stock, Bonn

„... Homeoffice gesichert, jetzt benötige ich nur noch einen Internetanschluss und los geht's!“

Stabsbootsmann Gottfried Schmidt, Kiel

„Aber Chef, ich wollte doch nur Brötchen holen!“

Oberstabsfeldwebel a.D. Siegfried Goldbach, Köln



Foto: www.spasnet.de

Ergänzen Sie unser „Foto des Monats“ und füllen Sie die Sprechblase mit einem originellen Satz. Einsendungen an:

Redaktion DIE BUNDESWEHR,
Stresemannstraße 57, 10963 Berlin
E-Mail: presse@dbwv.de



Foto: picture alliance/Geiler-Fotopress

Die drei besten Lösungen werden mit je 50 Euro honoriert. Vergessen Sie nicht Dienstgrad, Vorname, Name und Standort (Zuschriften werden nur bei vollständigen Angaben berücksichtigt). Die Namen der Preisträger werden in der übernächsten Ausgabe veröffentlicht.

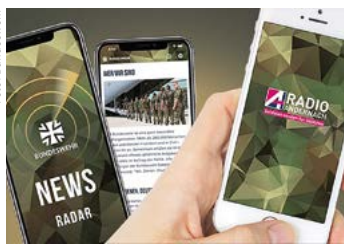
Einsendeschluss für das März-Bild:
Mittwoch, 21. April 2021

Mayen. Mit einer neuen App ist der Soldatensender Radio Andernach nun auch ganz bequem übers Handy zu empfangen. Die Radio Andernach-App sei „der komfortabelste Brückenschlag zwischen Einsatz und Heimat, den es je gab“, teilte die Bundeswehr mit. Per Livestream können die Nutzer das Programm rund um die Uhr per Handy hören. Dazu gibt es weitere Funktionen für die Soldaten im Einsatz beziehungsweise in einsatzgleichen Verpflichtungen: Per Text oder kurzer Audiobotschaft können Grußworte an die Liebsten geschickt werden, und über die Funktion „Hörerhit einreichen“

Radio Andernach sendet nun auch per App

Bundeswehr startet weiteres Digitalangebot

gibt es den Wunschsong direkt über das Einsatzradio aufs Ohr. Kleines Manko: Wer nicht für die Bundeswehr im Auslandseinsatz oder einer einsatzgleichen Verpflichtung beziehungsweise Übung ist und sich auch nicht zum Kreis der Angehörigen dieser Personengruppen zählen kann, der scheitert bereits bei der Registrierung. „Leider gehören Sie (derzeit) nicht zur zugriffsberechtigten Nutzergruppe für unseren Login-Bereich“, heißt es kurz und knapp. Für Soldaten,



Über die Apps „Radio Andernach“ und „Newsradar“ bekommen Bundeswehrangehörige Nachrichten, Radiobeiträge und Informationen mobil auf das Handy, Tablet und Co.

die sich nicht im Einsatz befinden, sowie Reservisten und ehemalige

Bundeswehrangehörige ist das natürlich schade. Dennoch entspricht die Zugangsrestriktion der Grundidee hinter Radio Andernach, der Unterstützung familiärer Kontakte während des Einsatzes und der Bereitstellung von schnell verfügbaren Informationen für die Bundeswehrangehörigen im Einsatz. Ein kleiner Trost für alle anderen: Programminhalte wie kurze Audio-Reportagen oder der Podcast „Funkkreis“ lassen sich auch ohne Registrierung hören. **SSC**

Neues Projekt der DBwV-Stiftung

SVS spendet sicherheitspolitische Literatur an öffentliche Bibliotheken.

Magdeburg. Lesen bildet – diesem altbekannten, aber stets bewährten Grundsatz folgt die Soldaten und Veteranen Stiftung (SVS) mit ihrem neuen Projekt „Mit Sicherheit. Mehr Wissen!“ Dabei spendet die SVS Bücherkisten mit sicherheitspolitischer Literatur an kommunale Bibliotheken: Es geht darum, Brücken zu bauen zwischen den Menschen der Bundeswehr und der Gesellschaft.



Katrin van Treek (r.) übergab der Magdeburger Bibliotheksmitarbeiterin Ines Gonschorek eine prall gefüllte Bücherkiste.

In Magdeburg hat die lokale Stadtbibliothek jetzt eine solche Bücherspende erhalten – Katrin van Treek, Assistentin des SVS-Vorstands, übergab eine SVS-Bücherkiste an die Bibliotheksmitarbeiterin Ines Gonschorek. In der Kiste: aktuelle Werke zu sicherheitspolitischen Fragen und Debatten – darunter auch das vor kurzem erschienene und vieldiskutierte Buch des Historikers Sönke Neitzel „Deutsche Krieger“. Mit der gespendeten Literatur sollen Leser einen Ein-

blick in die Lebenswirklichkeit der Menschen in der Bundeswehr und einen Zugang zu aktuellen sicherheitspolitischen Debatten erhalten. Mit der Erhöhung des Bestands an sicherheitspolitischer Literatur wird ein Beitrag dazu

geleistet, dass sich Menschen mit den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in Uniform auseinandersetzen können – das bewirkt Transparenz und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. **YB**

Vermischtes

Berufssoldat a.D. kauft alte Militärsachen 1800-1960 für militärhistorische Sammlung: Abzeichen, Militärdokumente, Uniformteile, Fotos, Ausrüstungsgegenstände, Helme, etc. **0151 10660669 oder Thomas-Haardt@t-online.de**



Abenduniform für Damen, dunkelblauer Samt, Größe 38, sehr langer Rock zu verkaufen. Bei Interesse Fotos anfordern unter **015140552239**

MILITARIA 1813-1960 GESUCHT

Orden, Urkunden, Uniformen, Säbel, Pickelhauben, Bilder. – BITTE ALLES ANBIETEN – **Alexander von Renz** **Telefon 06146 / 6017845** E-Mail: alexandervonrenz@t-online.de

Umzüge

DB SCHENKER

Wohin Sie auch ziehen – wir ziehen mit.

DB SCHENKERmove

DB SCHENKERmove ist auch in Ihrer Nähe:

■ Berlin	■ Frankfurt	■ München	■ Stuttgart
■ Braunschweig	■ Freiburg	■ Nürnberg	■ New York, NY
■ Dresden	■ Hamburg	■ Saarbrücken	■ Reston, VA
■ Düsseldorf	■ Köln	■ Schweinfurt	■ Washington, DC

Deutschland 0800-1371330
USA 1 800-3119943
bw.umzug@dbschenker.com
www.dbschenkermove.de

Kapitalmärkte

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig!

2,50% echter Vorteilszins

 effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): **50.000 €**, Lfz. 120 Monate, **2,50% eff. Jahreszins**, fester Sollzins **2,47% p.a.**, mtl. Rate **470,70 €**, Gesamtbetrag **56.484,- €**
 Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: 0621-178180-0
info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter **0800-500 9880**

Impressum

ISSN 0007-5949

Herausgeber:

Deutscher BundeswehrVerband e.V.
Stresemannstraße 57, 10963 Berlin

Oberstleutnant André Wüstner,
Bundesvorsitzender
Jan Meyer, Leiter Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion:

Stresemannstraße 57, 10963 Berlin
Tel.: (030) 235990-0
E-Mail: presse@dbwv.de
Internet: www.dbwv.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für
unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos
und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch
auf Honorierung und Rücksendung.

Chefredakteur: Frank Jungbluth
(verantwortlich)
Stellvertretende Chefredakteurin:
Christine Hepner
Redakteur: Gunnar Kruse
Redakteur: Yann Bombeke
Redakteurin: Sonja Schmidt
Bildredakteur: Mika Schmidt
Layout: Rainer Roßbach
Lektorat: Dr. Nicole Nottelmann
Redaktionsassistentin: Anja Wolf
Grafische Konzeption:
Mattheis Werbeagentur, Berlin

Alle mit vollem Namen oder
Namenszeichen versehenen Artikel stellen
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
oder des DBwV dar.

Druck:

Möller Druck und Verlag GmbH
Zeppelinstraße 6, 16356 Ahrensfelde
www.moeller-mediengruppe.de

Anzeigen:

TIP Berlin Media Group GmbH
Salzufer 11, 10587 Berlin
Tel.: (030) 233 269 663
Fax: (030) 233 269 899
E-Mail: thiede@tip-berlin.de
Disposition: Bianca Haas
E-Mail: anzeigen@tip-berlin.de
www.tip-berlin.de

Der Bezug des Magazins „Die Bundeswehr“
erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen
Beitragspflicht als Mitglied des Deutschen
Bundeswehrverbandes.

Anzeigen und Beilagen in dieser Zeitschrift
sind nicht als Empfehlung des DBwV anzu-
sehen.

Beilage Abonnenten:

Servus Handels- und Verlags-GmbH

Anzeigenschluss April-Ausgabe:

Montag, 8. März 2021.

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 49.

Redaktionsschluss April-Ausgabe:

Mittwoch, 17. März 2021.

Strom- kabel	Haupt- stadt von Armenien	▽	katho- lisches Sakra- ment	Männer- name	▽	▽	ugs.: das Selbst- wert- gefühl	englisch: Bedarf	Hand- lungs- druck	▽	▽	ein- stellige Zahl	fossiler Brenn- stoff	Initialen von Sänger Marshall
▷	▽					4	Preis unge- brauch- ter Güter	▷					8	▽
helles Vulkan- gestein			chinesischer Politiker †	▷			mittel- griechi- sches Gebirge		Chromo- somen- erb- anlagen	▷				
▷	2			Schell- fisch- art			1991 gefund. Gletscher- mumie	▷				Unab- hängig- keit		Initialen der Nannini
Ver- ände- rung			Zwei- rad (Kw.)	▷					Wissens- durst			dichter Nebel in England	▷	▽
▷							räum- liche Ausdeh- nung		an der Nase herum- führen	▷				9
▷			Stier- kampf- plätze	▷			Heil- und Duft- pflanze	▷						alle ohne Aus- nahme
knapp, schmal	Krank- heits- erreger (Mz.)	span. Feld- herr, † 1582	▷						landsch. für Ausguck	▷		Herings- fisch		eh. italie- nische Währung (Mz.)
dt. Jour- nalist, Literatur- kritiker †	▷					5			Parla- ments- mitglied (Abk.)			Schuh- macher- werk- zeug	▷	▽
▷						7	deutsche Vorsilbe		Anteil- nahme	▷				10
Fecht- waffe		Abk.: Oberin- spektor		Missionar in Grön- land	▷						1	franzö- sische Königs- anrede	▷	
Garten- gemüse	▷								Kern- reaktor	▷				6
Zahl- wort	▷				1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Sudoku

Zahlen von 1 bis 9 sind so einzutragen, dass sich jede dieser neun Zahlen nur einmal in einem Neunerblock, nur einmal auf der Horizontalen und nur einmal auf der Vertikalen befindet.

leicht

	6	8				1	4	3
	9	3	8	5		2		
	7		1	6	3			
8		9	5	7				1
		1	2	3				9
		7	4			3		8
9				2	7		1	
7	4				1	5	3	
3	1				5		9	

schwer

					4		9	
6				2			8	
5	8						4	
9				4				1
				5	7	3		
		8						3 7
			6	1				
		4	3					
						5		6 9

leicht

**Auflösungen
Februar-
Ausgabe**

2	9	4	7	3	8	5	1	6
5	3	6	1	9	2	8	7	4
7	8	1	5	4	6	2	9	3
9	5	2	4	6	3	7	8	1
1	6	7	9	8	5	4	3	2
8	4	3	2	7	1	9	6	5
6	1	9	8	5	4	3	2	7
3	7	5	6	2	9	1	4	8
4	2	8	3	1	7	6	5	9

schwer

9	7	6	5	3	1	2	8	4
3	1	4	2	8	7	5	9	6
5	2	8	4	9	6	1	7	3
1	4	5	7	2	9	6	3	8
8	9	2	1	6	3	7	4	5
6	3	7	8	5	4	9	2	1
7	8	3	6	1	2	4	5	9
2	6	9	3	4	5	8	1	7
4	5	1	9	7	8	3	6	2

S	B	H	A	O	T			
A	R	O	M	A	R	A	R	I
H	R	E	I	N	H	E	I	T
F	A	C	K	E	L	E	D	O
R	A	U	B	E	N	E	F	I
K	A	M	M	K	A	R	G	U
P	P	I	N	N	E	R	A	N
U	E	B	E	N	D	S	T	A
I	N	N	S	N	A	H	T	E
K	R	O	M	A	N	Z	E	L
L	E	E	M	I	T	E	M	B
P	A	T	I	N	V	E	R	G
R	M	I						

© DEIKE PRESS 09/2020



Deutscher
Bundeswehrverband



Soldaten und Veteranen Stiftung

Vertrauen verbindet.

Die SVS dankt ihren Zustiftern und Förderpartnern



Volksbank Bonn Rhein-Sieg

KTO: 300 40

BLZ: 380 601 86

IBAN: DE 51380601860000030040

BIC: GENODED1BRS

www.soldaten-veteranenstiftung.de

TRAUMHAFT.

Erfüllen Sie sich Ihren
Herzenswunsch –
mit dem PSD PrivatKredit
auch im Ausland.

EINE BANK. EIN WORT.
SEIT 1872.



PSD PRIVATKREDIT: WÜNSCHE WERDEN WIRKLICHKEIT.



- Exklusiver Konditionsvorteil für Mitglieder des Deutschen Bundeswehrverbandes:
**2,39 % effektiver Jahreszins,
2,36 % p. a. gebundener Sollzinssatz**
- Kreditbetrag ab 2.500 Euro – auch online abschließbar
- Ein Zinssatz für alle Laufzeiten (12 bis 96 Monate)
- Weltweit Wünsche finanzieren,
z. B. bei längerem Auslandseinsatz

Nettodarlehens-
betrag:

10.000 €

Monatliche
Rate*:

114 €

Für den o. g. Zinssatz und die Beispielrechnung gelten folgende Annahmen: Finanzierungssumme = Nettodarlehensbetrag, Sollzinsbindung ist gleich Gesamtlaufzeit, Kreditnehmer ist nicht selbstständig oder Gewerbetreibender.

*Repräsentatives Beispiel

Finanzierungssumme (= Nettodarlehensbetrag) 10.000,00 Euro, gebundener Sollzinssatz 2,36 % p. a., effektiver Jahreszins 2,39 %, Sollzinsbindung und Gesamtlaufzeit 96 Monate, zu zahlender Gesamtbetrag 10.983,39 Euro, mtl. Teilzahlung 114,42 Euro, Anzahl Teilzahlungen 96.

Stand: 15.12.2020, Zinsen freibleibend.

Jetzt online abschließen auf www.psd-west.de/foeg



VERLASSEN SIE SICH AUF AUSGEZEICHNETE QUALITÄT

Das Handelsblatt hat zusammen mit der FMH Finanzberatung Ratenkredite regionaler Anbieter unter die Lupe genommen. Der PSD PrivatKredit belegte den ersten Platz und erhielt die Auszeichnung „Bester Ratenkredit 2020“.